

Proletarierinnen/
Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG - Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 29
2016

Rot Front

Von Alcatel bis Opel Bochum:

Wichtige Kämpfe der
Arbeiterinnen und
Arbeiter in Deutschland
1999–2013

ISSN 1616-315X

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

<https://gegendiestroemung.net>

Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird

Von Alcatel bis Opel Bochum:

**Wichtige Kämpfe der
Arbeiterinnen und Arbeiter
in Deutschland
1999 – 2013**

Inhalt

Vorwort	7
Teil I:	
Grundsätzliches vorab	11
1. Warum entwickeln sich Klassenkämpfe in einem Land wie Deutschland so schwer?	13
2. Gegen deutsch-nationalistische Überheblichkeit: Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)	22
3. Warum die Arbeiterinnen und Arbeiter die einzige konsequent revolutionäre Kraft sind	35
4. Nicht nur zur Begriffsklärung – eine notwendige Problematisierung	38
Teil II:	
Wichtige Kämpfe 1999 – 2013	41
1. Der Kampf bei Alcatel in Berlin 1999	43
2. Streik der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter 2002	50
3. Streikabbruch ohne Urabstimmung durch die IG-Metall-Führung 2003	55
4. Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler 2004	64
5. Streik und Streikabbruch bei Opel 2004	79
6. Streik bei Infineon München 2005	85
7. Streikkämpfe bei AEG und Gate Gourmet 2005/2006	90
8. Kampf der Werktätigen bei der Deutschen Bahn 2007	98
9. Der Kampf bei Nokia in Bochum 2008	112
10. Opel: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! 2013	118

Teil III:

Grundfragen des Kampfes 123

1. Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich!
Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung!
Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen! 125
2. Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit
und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen! 131
3. Lohnsklaverei und Hartz IV 138
4. Die kommunistische Arbeit in den Betrieben
langfristig vorantreiben! 148

Anhang:

Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer
ausgebeuteter Werktätiger in Deutschland – Schlaglichter
zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse. 155

Auch in den letzten 15 Jahren haben in Deutschland immer wieder Kämpfe gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen verschärfte Ausbeutung und die Vernichtung von Arbeitsplätzen stattgefunden. In Einzelfällen gelang es, den legalen Rahmen zu sprengen, wie bei der fünfwöchigen Betriebsbesetzung des Alcatel-Werks Berlin 1999, beim einwöchigen sogenannten „wilden“ Streik im Opel-Werk Bochum 2004 oder bei der teils erfolgreichen Abwehr von Streikbrechern beim Streik im Infineon-Werk München 2005. Auch den Spaltungsmanövern der Kapitalisten wurde in manchen Kämpfen teils erfolgreich entgegengewirkt: So zum Beispiel während des bundesweiten Streiks bei Daimler-Chrysler 2004 durch Solidaritätsaktionen über Betriebsstandort-, Branchen- und Ländergrenzen hinweg oder beim Streik der Belegschaft von Infineon München 2005, die mehrheitlich aus Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern besteht, durch gemeinsamen Kampf unabhängig von Nationalität oder Herkunftsland.

Nichts Neues ist es, dass die Gewerkschaftsführung mit ihrem Gewerkschaftsapparat und die Arbeiteraristokraten in den Betrieben Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Produktion bzw. den Profit der Kapitalisten ernsthaft gefährden, letztlich abwürgen und faule Kompromisse mit den Kapitalisten aushandeln. Sichtbar wird jedoch eine weitere Verschärfung im feindlichen Umgang mit Arbeitskämpfen seitens Gewerkschaftsführung, bürgerlicher Politiker und Medien sowie dem Staatsapparat:

- So brach zum Beispiel 2003 die IG-Metall-Führung einen vierwöchigen Streik Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter im Osten Deutschlands für die 35-Stunden-Woche ohne Urabstimmung ab, womit sie offen gegen ihre eigene Satzung verstieß. Das ist ein Novum in der jüngeren Geschichte deutscher Gewerkschaften. Die systematische Hetzkampagne von bürgerlichen Politikern und Medien gegen die für die 35-Stunden-Woche Streikenden nahm eine neue Qualität an hinsichtlich Schärfe und Inhalten der Verleumdung von Streikenden.
- Auch die groß angelegte Anti-Streik-Kampagne von Politikern fast aller Bundesparteien und verschiedenen DGB-Gewerkschaftsführern gegen den bundesweiten Streik von Tausenden Werktätigen der Deutschen Bahn im Jahr 2007, dem bis dahin längsten Streik von Eisenbahnern in Deutschland, stellte das Streikrecht prinzipiell in Frage. In der Tat entschieden dann auch zwei Arbeitsgerichte ein Streikverbot für bestimmte Bereiche der Deutschen Bahn.
- Der 2013 zwischen der IG-Metall-Führung und dem Opel-Konzern abgeschlossene sogenannte „Sanierungs-Tarifvertrag“ für das von der Schließung

bedrohte Werk in Bochum hat den geltenden Flächentarifvertrag unterlaufen, denn tarifliche Lohnerhöhungen aus den Tarifrunden 2012 bis 2015 sollten erst ein Jahr später bezahlt werden. Damit wurde ein Präzedenzfall in der Automobilindustrie geschaffen.

Diese Beispiele sind Ausdruck einer zunehmenden Verschärfung der kapitalistischen Unterdrückungsverhältnisse und der staatlichen Faschisierung.

Im Teil I, „Grundsätzliches vorab“, werden einerseits Gründe für die Schwierigkeiten bei der Entfaltung von Klassenkämpfen behandelt, andererseits aber auch die Gründe für die Perspektive der proletarischen Klasse als einzige konsequent revolutionäre Klasse dargelegt.

Im Teil II dokumentieren wir unsere Stellungnahmen zu wichtigen Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland und den üblen Machenschaften der Gewerkschaftsführung im betrachteten Zeitraum. Sie sind aus aktuellem Anlass und meist während oder kurz nach Ende des jeweiligen Kampfes verfasst und veröffentlicht worden, um Position zu den konkreten Kämpfen zu beziehen, Solidarität mit den Kämpfenden zu propagieren und vorhandene politisch-ideologische Probleme im jeweiligen Kampfaufzuzeigen. Eine systematische und vollständige Schilderung des Verlaufs der Kämpfe und ihrer Ergebnisse enthalten diese Stellungnahmen daher nicht. Anhand der vorliegenden Dokumentation kann die Auswahl der Kämpfe und die inhaltliche Stoßrichtung unserer Stellungnahmen kritisch geprüft und diskutiert werden. Vor allem ist es aber ein wichtiger Schritt zur weitergehenden Analyse und Bewertung dieser Kämpfe.

Nach wie vor besteht das Problem einer mangelhaften Quellenlage bei der Analyse der Kämpfe. Die Darstellung der Kämpfe beruht zwar zum Teil auf Informationsmaterialien der Streikenden selbst, aber zu einem anderen Teil auch nur auf Informationen aus bürgerlichen Quellen. Eine wichtige Aufgabe ist es, direkte Kontakte mit den streikenden Betrieben, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kämpfe herzustellen.

Die hier behandelten Kämpfe stellen nur einen Ausschnitt der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland im betrachteten Zeitraum dar. Hinweisen wollen wir hier noch auf den Streik bei Neupack 2012/2013, ein gutes Beispiel für einen kämpferischen und langandauernden Streik in einem kleineren Betrieb: Neun Monate lang kämpften 110 der 200 Kolleginnen und Kollegen von Neupack in Hamburg und Rothenberg unter anderem für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Gemeinsam organisierten die vor allem aus Deutschland, der Türkei, Griechenland und Polen stammenden Streikenden den Kampf gegen Streikbrecher und gegen die Spaltungsversuche der Kapitalisten. Dabei mussten sie sich auch immer wieder gegen die eingesetzte Polizei zur

Wehr setzen, die die Streikbrecher ins Werk bringen sollte und mit Festnahmen und Platzverweisen gegen die Streikenden vorging. Der Gewerkschaftsführung gelang es schließlich, den Streik abzuwürgen und zu beenden.

Ein Mangel ist sicherlich die fehlende chronologische Gesamtübersicht zu den Tageskämpfen ab 1998. Das ist eine noch ausstehende Aufgabe, auch um die Vertuschung und Verschleierung von Streikkämpfen durch die bürgerlichen Medien zu durchbrechen.

Insgesamt kann, wie schon in den Jahrzehnten davor, auch in dem betrachteten Zeitraum von einem bewussten Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie in Deutschland nicht gesprochen werden. In den letzten Jahren gab es keine größeren, mehrere tausend Streikende umfassenden Arbeitskämpfe mehr in den Betrieben, die über längere Zeit durchgeführt wurden, um wirklich Druck auf die Kapitalisten erzeugen zu können. Die ab und an durchgeführten Warnstreiks dienen der Gewerkschaftsführung vor allem dazu, sich entwickelnde Kämpfe schon im Keim zu ersticken und abzuwürgen. Diese sogar rückläufige Entwicklung und die große Schwäche im Bewusstseinsstand der heutigen proletarischen Klasse in Deutschland muss unbestreitbar festgestellt werden, doch ohne in defätistisches und kapitulierendes Fahrwasser zu geraten. Umso wichtiger ist es, stattfindende Kämpfe bekannt zu machen und tatkräftig zu unterstützen.

Gegen den deutschen Nationalismus und gegen den europäischen Chauvinismus gerichtet muss immer wieder betont werden, dass der Kampf der proletarischen Klasse gegen das Kapital seinem Wesen und seinem Inhalt nach international ist. Ein Blick auf die heutige internationale Situation der Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern zeigt sehr deutlich, dass in anderen Ländern, insbesondere in den vom Imperialismus abhängigen Ländern in Afrika, Asien und Mittel- u. Südamerika, Kämpfe in wesentlich größerer Dimension und teils in sehr viel heftigeren Formen stattfinden, als es in Ländern wie Deutschland der Fall ist. Die Bekanntmachung, Unterstützung und Analyse dieser Kämpfe in anderen Ländern ist, wenn man den proletarischen Internationalismus ernst nimmt, eine gewichtige Aufgabe. Zum einen als Ausdruck der Solidarität mit den Klassengeschwistern in anderen Länder, zum anderen, um auch aus diesen Kämpfen zu lernen für die anstehenden Kämpfe im eigenen Land.

Realistisch betrachtet stehen wir heute bei der erneuten Entwicklung einer wirklich revolutionären proletarischen Bewegung in Deutschland, als Teil der proletarischen Bewegung weltweit, wieder am Anfang. Eine wirklich revolutionäre proletarische Bewegung wird jedoch nicht einfach so, spontan, entstehen. Dazu bedarf es der Verbindung des wissenschaftlichen Kommunismus mit der proletarischen Bewegung. Für die kommunistischen Kräfte gilt es deswegen, über die Analyse der konkreten Erfahrungen in den wichtigsten Tageskämpfen

hinausgehend, prinzipielle theoretische Fragen und ideologische Probleme im Klassenkampf in Deutschland schlüssig zu klären. Sowohl im Teil I als auch im Teil III werden daher grundsätzliche ideologische und theoretische Aspekte behandelt.

Die erfolgten Kämpfe müssen auch im Zusammenhang mit der Entwicklung und dem heutigen Stand der wirtschaftlichen und sozialen Lage der proletarischen Klasse in Deutschland bewertet werden. Im Teil III und im Anhang behandeln wir daher Aspekte der zunehmenden Verelendung der proletarischen Klasse und anderer werktätiger und ausgebeuteter Massen in Deutschland. Seit den 2000er Jahren, insbesondere seit Einführung der sogenannten Hartz-IV-Gesetze, hat eine massive Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen großer Teile der proletarischen Klasse und anderer Ausgebeuteter in Deutschland stattgefunden.

* * *

Es ist undenkbar, dass kommunistische Kräfte ohne ausreichende Kenntnisse der in den konkreten Tageskämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter des eigenen Landes gewonnenen Erfahrungen, ohne selbst die entscheidenden Lehren daraus zu verstehen und propagieren zu können, die fortschrittlichsten Kräfte der proletarischen Klasse im eigenen Land für den Kommunismus und für die wieder aufzubauende Kommunistische Partei gewinnen können. Darum geht es in diesem Buch.

August 2016

Grundsätzliches vorab

1. Warum entwickeln sich Klassenkämpfe in einem Land wie Deutschland so schwer?

Anders als in Frankreich, anders als vor allem in Ländern wie Bangladesch, Kambodscha oder Südafrika sind in Deutschland ernste Auseinandersetzungen in den Betrieben selbst um einfache gewerkschaftliche Fragen, gegen Entlassungen, für bessere Arbeitsbedingungen oder für höhere Löhne in den letzten Jahren eher zurückgegangen, obwohl sich die Ausbeutung verschärft und die Lebensbedingungen sich verschlechtern.

Bei der Beantwortung der Frage geht es auf lange Sicht gesehen jedoch nicht nur um die Entfaltung von Kämpfen gegen verschärfte Ausbeutung oder um die Entfaltung von wirklichen Klassenkämpfen. Es geht vor allem um die weitergehende Frage, welchen Anteil die proletarische Klasse in Deutschland am ganzen Prozess von Revolutionen in allen Ländern der Erde durch eine eigene, sozialistische Revolution haben kann und haben wird.

Die großen Hindernisse für eine Entwicklung von Klassenkämpfen, ja revolutionären Kämpfen sowie die Mittel für die Spaltung der proletarischen Klasse liegen auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet. Nur wenn alle drei Faktoren analysiert werden, wird die große Herausforderung für revolutionäre Kräfte deutlich. Bei der Beantwortung dieser Frage spielt also eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle. Aber es ist besonders wichtig zu verstehen, dass die Analyse dieser Faktoren nicht dazu dient, Resignation und Pessimismus zu fördern, sondern ganz im Gegenteil über mögliche und nötige Gegenmittel nachzudenken, zu diskutieren und sie anzuwenden.

Bedeutung der deutschen Geschichte und die Niederlage der kommunistischen Kräfte

Ganz gewiss ist in Deutschland ein großer erschwerender Faktor die gesamte Geschichte, die eben nicht nur die Bauernkriege 1525, den gescheiterten Aufstand 1848, die Novemberrevolution 1918 und die großen Klassenkämpfe bis 1923 beinhaltet. Vielmehr geht es vor allem auch um den Sieg der Konterrevolution 1933, um die Errichtung des Nazifaschismus, der sehr rasch die Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter nahezu vollständig zerschlagen konnte und 12 Jahre lang sehr erfolgreich fast jede demokratische und revolutionäre Regung niederhalten konnte.

Die gesamte antikommunistische Entwicklung nach 1945, die Demoralisierung der großen Zahl linker und revolutionärer Kräfte durch die konterrevolutionäre Entwicklung in der ehemals sozialistischen Sowjetunion nach dem 20.

Parteitag der KPdSU 1956 und die polizeistaatliche Realität in der DDR der letzten Jahrzehnte vor ihrer Einverleibung durch den deutschen Imperialismus sind weitere geschichtliche Faktoren, die die Entwicklung von Klassenkämpfen enorm schwächten.

Eine konsequente, aufklärerische, kämpferische revolutionäre Kommunistische Partei gibt es seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr. Die Macht der bürgerlichen Massenmedien ist gewaltig gestiegen. Der Antikommunismus wirkt gerade in Deutschland besonders erdrückend.

Alle diese Faktoren zählen und jeder hat für sich große Bedeutung. Geschichtliche Aufklärung ist in hohem Maße nötig. Direkter Kampf gegen die bürgerlichen Massenmedien ist eine der vordringlichsten Aufgaben.

Erfahrene imperialistische Unterdrücker und ihre Helfer

Das Programm zur Spaltung der arbeitenden Bevölkerung

Aber es gibt auch noch einen anderen Faktor, der ebenfalls von großem Gewicht ist. Die Schwierigkeiten für die Klassenkämpfe in Deutschland hängen mit dem gigantischen Programm der Spaltung der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der proletarischen Klasse zusammen. „Teile und herrsche“, die Konkurrenz unter den Arbeiterinnen und Arbeitern schüren, hier zuschlagen, da ein Zugeständnis machen, also „Zuckerbrot und Peitsche“ – gerade die Imperialisten in Deutschland haben eine große, jahrzehntelange Erfahrung mit all diesen Mechanismen.

Dieses gigantische Programm hat der deutsche Imperialismus immer weiter ausgebaut und verfeinert: von Hartz IV bis zum Meister und Vorarbeiter im Betrieb, von gekauften Betriebsräten und bestochenen Gewerkschaftsfürsten über das sog. „Betriebsverfassungsgesetz“ bis zur sog. „Sozialpartnerschaft“, der „Standort Deutschland“-Ideologie und der „Gewinnbeteiligung“ – um nur einige wichtige Mittel zu benennen.

Die Bedeutung des gigantischen staatlichen Unterdrückungsinstruments Hartz IV besteht nicht nur in der Schikanierung, Bedrohung und Bespitzelung derjenigen, die in das Hartz-IV-System gezwungen werden. Hartz IV ist auch eine allgegenwärtige mächtige Drohung gegen all jene, die noch beschäftigt sind, aber vorgeführt bekommen, was passiert, wenn sich die Kapitalisten etwa für eine sogenannte „Standortverlegung“ entscheiden.

Zur Rolle der sogenannten Arbeiteraristokratie

Wesentliche Helfer der Imperialisten bei ihrem Programm „Teile und herrsche“ ist eine ganze Schicht der proletarischen Klasse, die sogenannte Arbeiteraristokratie, welche die Imperialisten mit deren Einwilligung korrumpieren. Das ist ein Vorgang, den man nur als Bestechung bezeichnen kann.

Zu dieser Schicht gehören jene Teile der proletarischen Klasse, die mit Befehlsgewalt über andere Arbeiterinnen und Arbeiter ausgestattet und materiell deutlich besser gestellt sind (vor allem Meister, teilweise Vorarbeiter). Und dazu gehört die Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsbürokratie, die oberste Schicht der Arbeiteraristokratie, die fest eingebunden ist in das System des Imperialismus und sich direkt an der Niederhaltung von Kämpfen gegen das Kapital und den Imperialismus beteiligt.

Diese Helfer werden dafür gewonnen, sich an der ideologischen Rechtfertigung von Raubzügen gegen andere Länder zu beteiligen, Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter niederzuhalten, Reformismus, deutschen Nationalismus und Rassismus, europäischen Chauvinismus und Antikommunismus innerhalb der proletarischen Klasse zu verbreiten.

Der deutsche Imperialismus braucht diese Helfer auch, um bei seinem „dritten Anlauf“ zur Weltherrschaft im Kampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte ein ruhiges Hinterland zu schaffen.

Ökonomische Faktoren für das „Teile und Herrsche“

Es entspricht kommunistischem Grundverständnis, dass trotz der riesigen Bedeutung ideologischer und politischer Faktoren auch und gerade auf lange Sicht ökonomische Faktoren grundlegend für die Entwicklung von Klassenkämpfen sind. Die Geschichte als Geschichte der Klassenkämpfe hat eine ökonomische Basis.

Befriedung durch ökonomische Besserstellung und die Propaganda der deutschen Imperialisten

Eines der großen gewichtigen Instrumente der Konterrevolution besteht in der Befriedung durch ökonomische Besserstellung. Die Spaltung der proletarischen Klasse wird erleichtert durch die unterschiedliche ökonomische Lage der proletarischen Klasse in allen Ländern und auch innerhalb der einzelnen Länder – und die Bourgeoisie benutzt diese Tatsache auch in ihrer Propaganda.

Die herrschende Klasse in Deutschland, die Medien und Parteien des deutschen Imperialismus werden nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, wie gut es doch den Menschen hier in Deutschland geht, vergleicht man die Lage mit Indien oder anderen Ländern, in denen heute heftige Streikkämpfe stattfinden. Es handelt sich um eine für die Imperialisten sehr wichtige und wirkungsvolle Demagogie, ja um eine Falle. Darauf fallen nicht selten Leute herein, die die Phrase mehr lieben als die Analyse der Realität und die Notwendigkeit von Antworten in mehreren Schritten.

Die vielleicht dümmste Antwort auf diese Propaganda besteht darin, mit einem glatten „Das stimmt nicht“ zu antworten. Noch schlimmer wird es, wenn dann noch mit dem Anspruch auf die Theorie von Karl Marx daherkommend mit ernster Miene behauptet wird, dass Menschen, die selbst ausgebeutet werden, nicht an den Resultaten der Ausbeutung anderer Menschen beteiligt werden und nicht davon profitieren können. Nicht selten spielen sich diejenigen, die so antworten, dann auch noch damit auf, dass sie die „Ehre der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen“ gegen Verleumdungen verteidigen müssten.

Sicherlich, die Imperialisten in Deutschland beschönigen das soziale Elend und die reale Lage gerade der untersten Schichten der arbeitenden Bevölkerung und der proletarischen Klasse. Sie leugnen oder verharmlosen die Probleme. Und es ist richtig, hier dagegenguhalten und die reale Lage zu schildern. Aber es ist eine Aufgabe des Internationalismus der proletarischen Klasse, die gesamte Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Ländern der Welt zu kennen und nicht die nationalistische Brille aufzuhaben. Unserer Meinung nach genügt ein Blick, dann ist klar, dass die Lage der proletarischen Klasse in Kampuchea und Bangladesch in wesentlichen Punkten nicht die gleiche ist wie die Lage der proletarischen Klasse in Deutschland. Auch innerhalb Deutschlands ist es so, dass die proletarische Klasse in verschiedene Schichten aufgeteilt ist. Das alles sind Faktoren, welche die internationale Solidarität und auch die Entwicklung einheitlicher Kämpfe der proletarischen Klasse in Deutschland erschweren.

Methoden der ökonomischen Besserstellung und ihre Quellen

Es ist eben wahr und keinesfalls lediglich eine Lüge der Imperialisten, dass es den Imperialisten zeitweilig und sogar in großem Umfang gelingen kann, die arbeitenden Menschen eines Landes einschließlich der untersten Teile der proletarischen Klasse materiell an den Ergebnissen der Ausplünderung anderer Länder zu beteiligen. Und zwar erfolgt das nicht nur so plump, wie es zwar auch geschieht, dass geraubte oder durch extremste Ausbeutung produzierte Güter sehr billig angeboten oder gar kostenlos oder fast kostenlos verteilt werden. Es wird vor allem eine umfangreiche Infrastruktur durch die imperialistischen Staaten aufgebaut und damit werden auch materielle Vorteile geschaffen: vom Schwimmbadbesuch über eine funktionierende Trinkwasserversorgung und Abfallentsorgung bis zur ärztlichen Versorgung.

Die herrschenden Klassen in den imperialistischen Ländern wie Deutschland halten also materielle Mittel in der Hand, die es ermöglichen, Klassenkämpfe zu verhindern. Diese materiellen Mittel werden eingesetzt, um Kämpfe abzuwürgen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und vor allem schon im Vorfeld die Entstehung einer revolutionären Situation zu verhindern. Dadurch wird in Ländern wie USA, England, aber gerade auch Deutschland, oder der Schweiz

die Entwicklung konsequenter Klassenkämpfe und revolutionärer Kämpfe wirklich erschwert. Diese materiellen Mittel schöpfen die Imperialisten aus den verschiedensten Quellen, deren Anteil am gesamten Profit der Imperialisten schwer zu bestimmen ist.

Es ist schwer im Detail zu berechnen, welchen Teil der Profite die herrschende Klasse der imperialistischen Länder aus der „eigenen“ proletarischen Klasse herausziehen und welchen Teil aus der Ausbeutung der proletarischen Klasse anderer Länder. Schwer festzustellen ist auch, welche Profite mit Hilfe von Raub und Erpressung geschaffen werden. Denn es wird nicht nur im Sinne eines „klassischen“ Kapitalismus Mehrwert in den Betrieben produziert, wo die dort Arbeitenden ausgebeutet werden.

Im Imperialismus werden zunehmend mit Raub und Betrug und selbst nach bürgerlichen Maßstäben mit hoher krimineller Energie besonders hohe Profite erzielt. Der deutsche Imperialismus, eine imperialistische Großmacht, die weltweit ausbeutet und unterdrückt, steht dabei mit an vorderster Front. Das wird nicht nur in den vom Imperialismus abhängigen Ländern durchgeführt, sondern das betrifft auch die untersten Schichten der proletarischen Klasse in den imperialistischen Metropolen wie Deutschland – diese kommen ja auch nicht zufällig oft aus ökonomisch schwächeren Ländern.

Kampf gegen die Bagatellisierung der Tatsache der ökonomischen Besserstellung

Was soll es für einen Sinn machen, vor diesen Tatsachen die Augen zu verschließen oder diese Tatsachen zu bagatellisieren? Ja gewiss, es handelt sich um eine internationale proletarische Klasse, eine Klasse der Produzierenden und Ausgebeuteten. Aber die Aufgabe, die Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder im Kampf herzustellen, ja an einer festen revolutionären Solidarität zu arbeiten, wäre zehnmal so einfach, wenn die Aufsplitterung der internationalen proletarischen Klasse in viele Segmente nur ein Produkt der imperialistischen Ideologie allein wäre, die es zu widerlegen und zu zerschlagen gelte. Ohne Frage, diese Aufgabe der Schaffung einer festen internationalen Solidarität ist schwer genug, ist unerlässlich, vordringlich und von allergrößter Bedeutung. Sie wird aber umso schwieriger, weil es eben doch handfeste materielle Unterschiede und nicht allein eine ideologische Verhetzung gibt.

Wer versteht, dass auf lange Sicht gedacht, gehandelt und gearbeitet werden muss, dass nur auf lange Sicht wirkliche Kämpfe gegen den Imperialismus entwickelt werden können, der wird verstehen, dass es nötig ist, schonungslos, mit wissenschaftlicher Rücksichtslosigkeit den Kampf für eine internationalistische, klassenbewusste proletarische Klasse auch in Deutschland zu führen. Denn darum geht es, das ist ein entscheidendes Kriterium. Unserer Meinung nach ist

es nötig, in den nächsten Jahren diesen Punkt anhand der Tatsachen und Fakten genauer unter die Lupe zu nehmen.

Zur Lage in Deutschland und die langfristige revolutionäre Perspektive zum Sturz des Imperialismus

Die Frage des „revolutionären Subjekts“

Wenn ernsthaft die Frage aufgeworfen wird, wer in der ganzen Welt, wer auch in Ländern wie Deutschland eine wirkliche sozialistische Revolution durchführen wird, dann geht es nicht allein und nicht in erster Linie um die Frage, wer die schlechtesten Lebensbedingungen hat.

Es wird nicht vor allem die immer größer werdende Zahl von Obdachlosen und oft schwer kranken Menschen sein, die auf der Straße leben, auch wenn ihre Lebenslage zumeist wesentlich schlechter ist als die der Arbeitenden. Aber es ergibt auch keinen Sinn, die proletarische Klasse insgesamt wegen ihrer Stellung in der Produktion und ihrer Bedeutung für die Mehrwertproduktion umstandslos zu dem zu erklären, was man auch „revolutionäres Subjekt“ nennen könnte. Denn: Die ökonomische Analyse ist zwar wesentlich, aber entscheidend ist die Positionierung in den Klassenkämpfen. Ja, es wird auch Teile der Industriearbeiterschaft geben, die sich nicht an einem revolutionären Umsturz beteiligen werden (dazu kommt noch die Arbeiteraristokratie, die sich höchstwahrscheinlich nahezu vollständig auf die Seite der Konterrevolution stellen wird). Das ist sehr wahrscheinlich und muss bewusst sein. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass in der Perspektive nicht doch der historisch und logisch gut begründete Satz gilt: Wenn nicht die Mehrheit der proletarischen Klasse an der Spitze einer revolutionären Bewegung steht, dann wird es in einem Land wie Deutschland keine siegreiche Revolution geben.

Zur Lage in Deutschland

Es gibt ernste Gründe für einen eher pessimistischen Blick auf die Bewusstseinslage der proletarischen Klasse in Deutschland und der Masse der Beschäftigten in Deutschland insgesamt. Die kommunistischen Kräfte, die in einem Betrieb arbeiten und nicht auf dem Sofa sitzend die angebliche „Ehre des deutschen Arbeiters“ verteidigen, kennen diese Gründe.

Von wirklichen Klassenkämpfen in Deutschland kann gegenwärtig keine Rede sein. Es gibt Streiks. Jedoch sind diese meistens von Gewerkschaftsfunktionären initiiert, um Dampf abzulassen und mögliche weitergehende Kämpfe zu verhindern.

Meistens sind es kurze Warnstreiks, wie zum Beispiel auch die Warnstreiks vom März 2014 im „öffentlichen Dienst“. Wenn die Streikenden es nicht schaffen, gegen und ohne die Gewerkschaftsführung den Kampf selbstständig zu führen,

dann werden solche Kämpfe mehr oder weniger schnell abgewürgt. Denn von Ausnahmen abgesehen (wie der lange Streik bei Neupack 2012/2013) werden solche Kämpfe meist rasch im Sinne der Ideologie der Klassenversöhnung, der „Sozialpartnerschaft“ von der Gewerkschaftsführung beendet und beerdigt.

Es ist eine Tatsache, dass die Anzahl der Streikenden und der Streiktage in einem Land wie Deutschland extrem niedrig ist. Hier ist interessant, wie unterschiedlich Statistiken Dinge darstellen. Es gab 2012 Warnstreiks mit ca. 800.000 IG-Metall-Mitgliedern. Ähnlich gibt es 2014 auch wieder Warnstreiks im „öffentlichen Dienst“. Sicher war und ist das nicht unwichtig. Das hat aber mit einem klassischen Streik wenig, wenn nicht gar nichts zu tun. Diese 800.000 Personen nun als „Streikende“ in eine Streikstatistik aufzunehmen, bedeutet sich in die Tasche zu lügen. Aber selbst bei dieser mehr als merkwürdigen Methode, bei der im Durchschnitt dann in Deutschland jeder der insgesamt etwa eine Million Streikenden im Jahr 2012 etwa 25 Minuten gestreikt hat, bleibt, dass die Streiks in einem Land wie Frankreich das Zehnfache umfassen.

Dennoch gibt es auch sehr klare und gute, ja noch bessere Gründe für einen revolutionären Optimismus auf lange Sicht. Aber auch aktuell gibt es positive Entwicklungen, die verstärkt werden müssen: Es mögen zunächst kleine Schritte sein, aber es ist von enormer Bedeutung, dass es in den fortgeschrittenen Teilen der proletarischen Bewegung und der antikapitalistisch orientierten Jugendbewegung zu einer Selbstverständlichkeit wird, bei großen Streikkämpfen und Klassenkämpfen in anderen Ländern, Aktivisten zu Solidaritätsveranstaltungen und zum Austausch von Erfahrungen nach Deutschland einzuladen. Es werden auch Delegationen in diese Länder geschickt, um danach über diese Kämpfe berichten zu können. Auch materielle Unterstützung wird organisiert (Lenin forderte die Unterstützung nicht nur mit Geld und Literatur, sondern gegebenenfalls auch mit Waffen).

Kurz gesagt: Kein Mensch, auch kein Revolutionär kann etwas dafür, in welchem Land er geboren ist. Der springende Punkt aber ist: Aus einer besonderen, im Weltmaßstab gesehen privilegierten Lage ergeben sich für die proletarische Klasse und die revolutionären Kräfte besondere Verpflichtungen gegenüber den revolutionären Bewegungen in anderen Ländern, ihre günstigeren Bedingungen für die internationale Solidarität einzusetzen.

Wenn auch nicht im Umfang wie in Frankreich, so hat sich doch auch in Deutschland als ein Prüfstein für wirklich demokratisch orientierte Positionen herauskristallisiert, ob man sich mit den nach Deutschland geflüchteten Menschen tatkräftig solidarisiert, ihren Kampf nach Kräften unterstützt und jeder nationalistisch gefärbten Propaganda massiv entgegentritt. Dieser Kampf, der wie in den letzten Monaten in Hamburg Zehntausende von Menschen umfasste, beginnt auch seine Wurzeln innerhalb einzelner Abteilungen an der Basis der

Gewerkschaften zu schlagen. Es nehmen nicht nur Schüler und Schülerinnen, nicht nur Studierende an dieser Bewegung teil. Es sind auch – relativ gesehen sicherlich wenige – immer mehr Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, die sich solidarisieren und mitkämpfen.

Kampf gegen Spaltung international und in Deutschland

Die wichtigste Aufgabe für die Entfaltung der Kämpfe der Arbeitenden ist es, die gesetzmäßig von Kapitalismus und Imperialismus erzeugte Spaltung zu bekämpfen und zu überwinden – in erster Linie international, aber zwingend unbedingt auch im „eigenen“ Land.

Eins steht fest: Jammern hilft überhaupt nicht, ebenso wenig wie die beleidigte Leberwurst spielen, wenn die Tatsachen über die unterschiedliche Lage der proletarischen Klasse verschiedener Länder und im „eigenen“ Land festgestellt werden. Hier existiert ein Problem.

Die kommunistische Theorie spricht zu Recht davon, dass die proletarische Klasse in den imperialistischen Kernländern an der Ausbeutung anderer Länder „bis zu einem gewissen Grade Teilhaber“ ist (Lenin). Hier wird ein objektiver Tatbestand festgehalten, der ohne revolutionäre Grundhaltung, ohne revolutionäre Moral schwer oder gar nicht zu verstehen ist.

Das Problem ist nicht, dass Menschen mit ausgesprochen geringen finanziellen Möglichkeiten in Deutschland moralisch zu verurteilen sind, weil auch sie billige geraubte oder zu extrem ausbeuterischen Bedingungen hergestellte Waren kaufen. Es geht darum, dass ein Bewusstsein von dieser Lage der arbeitenden Menschen in anderen Ländern entsteht. Die entscheidende moralische Frage ist eine einzige: Ist man bereit, selbst wenn es kurzfristig die eigenen Lebensbedingungen verschlechtern sollte, mit internationalistischen Vorstellungen im Kopf gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern zu kämpfen oder nicht. Wir sind sicher, die Arbeiterinnen und Arbeiter in Kampuchea und Bangladesch verstehen dies leichter.

Aber auch hier in Deutschland werden vor allem die untersten Schichten der proletarischen Klasse dies leichter verstehen, wenn sie in unterschiedlichen Stufen des Kampfs die unbedingte Notwendigkeit der Solidarität international und im „eigenen“ Land erfahren, diskutieren und selbst praktizieren.

Der Imperialismus als „Vorabend der sozialistischen Revolution“

Die gesamte Entwicklung des Imperialismus mit seinen Krisen und Kriegen, mit verschärfter Ausbeutung und Verelendung in allen Teilen der Erde beruht zwar einerseits auf der Spaltung der proletarischen Klasse, trägt andererseits aber auch alle Voraussetzungen für einen sich entwickelnden gemeinsamen internationalen Kampf in sich.

Lenin bezeichnete deshalb den Imperialismus in seiner Schrift „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus“ als den „Vorabend der sozialistischen Revolution“ und meinte damit keinesfalls, dass die sozialistische Revolution sozusagen morgen schon auf der Tagesordnung steht. Lenin kam es vielmehr darauf an, Folgendes klarzustellen:

Die Imperialisten der Welt können langfristig nicht verhindern, dass die Klassengegensätze auch in den imperialistischen Metropolen aufbrechen. Sie können nicht verhindern, dass es zu gigantischen Krisen des Imperialismus und des Kapitalismus überhaupt weltweit kommt, weil sich seine inneren Widersprüche immer weiter verschärfen. Das wird schließlich den Kern der proletarischen Klasse, vor allem die untersten Schichten der proletarischen Klasse, sowie die große Masse der ausgebeuteten, unterdrückten, erniedrigten arbeitenden Menschen in Bewegung und in revolutionäre Bahnen bringen.

Und gerade hier existiert die Aufgabe einer zu schaffenden wirklichen Kommunistischen Partei, sich nicht deutsch-nationalistisch zu gebärden, sondern aufzuklären und bei der Überwindung der Spaltung voranzugehen.

Es geht darum, allen Unterstützern und Helfern des Imperialismus, von den Nazis bis zur Arbeiteraristokratie und allen anderen Reformisten, wirklich mit Klarheit über Weg und Ziel entgegenzutreten.

Es geht darum, jegliche „Einheitspolitik“ mit der Arbeiteraristokratie mit aller Kraft zu bekämpfen, ja den Kampf für den radikalen Bruch mit der Arbeiteraristokratie zu organisieren und durchzuführen.

Es geht darum, über alle Schwierigkeiten und Zwischenschritte hinweg den revolutionären Kampf zum Sturz des Imperialismus, für eine solidarische, eine kommunistische Gesellschaft zu organisieren und zu führen.

2. Gegen deutsch-nationalistische Überheblichkeit: Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)

Der Kapitalismus beruht auf der Konkurrenz der Arbeiterinnen und Arbeiter

Durch das Streben nach Profitmaximierung verschärft die deutsche Bourgeoisie mit allen Mitteln die Ausbeutung und benutzt dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, um die Konkurrenz unter den Arbeiterinnen und Arbeitern zu entfachen und zu verschärfen: Zum einen, indem sie Entlassungen, Fabrikschließungen und Produktionsverlagerung ins Ausland androhen. Zum andern, indem sie die Arbeiterinnen und Arbeiter im eigenen Land gegeneinander auszuspielen versuchen: „Junge“ gegen „Alte“, „West“ gegen „Ost“, „Arbeitsplatzbesitzer“ gegen „Erwerbslose“, „EU-Bürger“ gegen „Nicht-EU-Bürger“, „Deutsche“ gegen „Ausländer“ (oder im Lafontaine-Jargon „Fremdarbeiter“), „Legale“ gegen „Illegale“.

Die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die damit erreicht werden soll, ist nur eine Seite der Medaille. Schmeicheleien, Besserstellung, Privilegien gegenüber den inländischen, genauer: deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern sind dabei Mittel, um die Überheblichkeit, den deutschen Nationalismus in den Köpfen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern zu verstärken. In einem Zirkularbrief an die Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation erläutert Marx 1870 diesen Mechanismus am Beispiel des von England unterdrückten Irland und den in England arbeitenden irischen Migrantinnen und Migranten:

„Zweitens hat die englische Bourgeoisie das irische Elend nicht nur ausgenutzt, um durch die erzwungene Einwanderung der armen Iren die Lage der proletarische Klasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zweierlei feindliche Lager gespalten ... es herrscht in allen großen Industriezentren Englands ein tiefer Antagonismus zwischen dem irischen und englischen Proletariat. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den standard of life herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien. Er betrachtet ihn fast mit denselben Augen, wie die poor whites der Südstaaten Nordamerikas die schwarzen Sklaven betrachteten.“

(Marx, Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz, 1870, Werke Band 16, S. 388)

In einem Brief beschreibt Marx, der zu dieser Zeit in England im Exil lebte, ergänzend die Manöver der Schmeichelei, Privilegierung und Aufhetzung durch die Kapitalisten, tagtäglich tausendfach propagiert in „Presse, Kanzel, Witzblättern“, wodurch die Arbeiterinnen und Arbeiter der Unterdrückernation nationalistisch verhetzt und an die eigene Bourgeoisie gebunden werden sollen:

„Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich deswegen eben zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, nationale und soziale Vorurteile gegen ihn ... Der Irländer pays him back with interest in his own money (zahlt ihm mit gleicher Münze zurück, A.d.V.). Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland.

Dieser Antagonismus wird künstlich wach gehalten und gesteigert durch Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz allen den herrschenden Klassen zu Gebote stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse.“

(Marx, Brief an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9. April 1870, Werke Band 32, S. 668 f.)

War es schon zu Marx' Zeiten so, dass – wie am Beispiel England/Irland – in einem Land eben nicht nur eine Nation, nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter einer Nationalität lebten, so hat sich dies durch den Prozess der „modernen Völkerwanderung“ (Lenin) noch weiter entwickelt. Der Kapitalismus ist international und die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, auf dem „Arbeitsmarkt“ ihre Ware anbieten. Sie suchen dort Arbeit, wo ihre Arbeitskraft scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger, Armut und elende Lebensbedingungen sind die wesentlichen Gründe, warum Arbeiterinnen und Arbeiter außerhalb des eigenen Landes ihre Arbeitskraft, ihren einzigen Besitz, zum Verkauf anbieten.

Im Imperialismus, wo eine Handvoll Großmächte die Welt unter sich aufgeteilt hat, sind solche elenden Lebensbedingungen in den von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten Ländern die Regel. Dies ist eine unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung der abhängigen Länder, der Auspressung riesiger Extraprofiten aus den Werktätigen dieser Länder durch die Imperialisten.

Lenin schrieb in seiner Schrift „Kapitalismus und Arbeiteremigration“ schon 1913, dass der Kapitalismus eine besondere Art der „Völkerwanderung“ hervorgebracht hat:

„Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte von Werst (russisches Längenmaß, A.d.V.) weit verschlagen.“

(Lenin, Kapitalismus und Arbeiteremigration, 1913, Werke Band 19, S. 447)

Und heute? Speziell der deutsche Imperialismus hat in den letzten 15 Jahren nicht ohne Erfolg versucht, sich in den Ländern Ost- und Südosteuropas eine Art „Hinterhof“ zu schaffen. Wurden in den 60er und 70er Jahren Arbeitskräfte vom deutschen Imperialismus hauptsächlich in Südeuropa und der Türkei „angeworben“, so setzte in den 90er Jahren verstärkt eine Wanderbewegung aus Osteuropa, aber auch Afrika und Asien ein. Diese Erscheinung nutzt der deutsche Imperialismus bewusst:

- Die neu eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter bilden eine industrielle Reservarmee, ein Heer von Arbeitskräften, das gezwungen ist, sich für Hungerlöhne und unter miserablen Arbeitsbedingungen zu verkaufen. Mit dem Verweis auf die zahlreichen „Arbeitswilligen“, die auch für weniger zu schufteten gezwungen sind, drücken die Kapitalisten die Löhne und verschlechtern die Arbeitsbedingungen. Die weitgehende Rechtlosigkeit der eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter ist ein zentrales Mittel der Kapitalisten, um gerade bei verstärkter Erwerbslosigkeit oder auch in Arbeitskämpfen Druck auszuüben, um eine entstehende gemeinsame internationalistische Kampffront zu untergraben.
- Andererseits nützt der deutsche Imperialismus diese Möglichkeit zur Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter, um nach dem Motto „teile und herrsche“ seine Herrschaft zu sichern und deutschen Nationalismus schüren, um insbesondere die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter an sich zu binden.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es für die kommunistischen Kräfte von großer Bedeutung, dass diese moderne „Völkerwanderung“ nicht nur automatische Folge des Imperialismus ist, sondern auch große Chancen und Aufgaben im Kampf für die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter mit sich bringt. Lenin führte dazu aus:

„Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben.

Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und die Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.“

(Lenin, Kapitalismus und Arbeiteremigration, 1913, Werke Band 19, S. 447 f.)

Die besondere Unterdrückung und Ausbeutung polnischer Werktätiger in Deutschland bekämpfen!¹

Wenn wir die Geschichte der Unterdrückung der polnischen Werktätigen durch den deutschen Imperialismus genauer betrachten, fällt auf, dass schon im deutschen Kaiserreich ab 1880 vor allem polnische Landarbeiterinnen und Landarbeiter „angeworben wurden“, die insbesondere für die ostelbischen junkerlichen Großgrundbesitzer schuften mussten und systematisch in temporär befristeten Arbeitsverhältnissen mit anschließender Ausweisung und Abschiebung ausgebeutet wurden.

Während des Zweiten Weltkriegs beging der deutsche Imperialismus unglaubliche Verbrechen in den Ländern Osteuropas, insbesondere auch an der polnischen Bevölkerung. Die deutschen Nazi-Besatzer ermordeten sechs Millionen der Bevölkerung Polens, darunter über drei Millionen jüdische Menschen in Ghettos und Vernichtungslagern. Der Überfall Nazideutschlands auf Polen markierte auch einen Einschnitt im nazi-faschistischen Sklavenarbeiterprogramm. Hunderttausende polnische Kriegsgefangene wurden zur Sklavenarbeit gezwungen und es begann die systematische Verschleppung und Versklavung von zwei Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern mit lügnerischen Versprechungen, Erpressung und vor allem mit brutaler Gewalt, mit Razzien bis hin zu regelrechten Treibjagden. Wer sich weigerte oder zu flüchten versuchte, wurde ermordet. In Viehwaggons wurden die Verschleppten unter schrecklichen Bedingungen ins „Deutsche Reich“ deportiert und dort in Zwangsarbeiterlager gepfercht. Die polnischen Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter wurden vor allem in der Landwirtschaft brutal ausgebeutet. Im März 1940 verschärften die Nazifaschisten mit den sogenannten „Polen-Erlassen“ die Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter. Sie mussten in eingezäunten und bewachten Zwangsarbeitslagern

¹ Dieser Abschnitt beschreibt exemplarisch anhand polnischer Werktätiger die Situation von besonders unterdrückten und ausgebeuteten Werktätigen aus anderen Ländern in Deutschland. Die konkreten Zahlen stammen aus unserer 2006 vorgenommenen Recherche und sind daher zum Teil veraltet.

leben und an ihrer Kleidung ein „P“ tragen. Der Umgang mit deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern wurde verboten. Öffentliche Einrichtungen wie Züge und Bäder durften sie nicht mehr benutzen. Die „Polenerlasse“ dienten dabei vor allem auch zur nazistischen Verhetzung der deutschen Bevölkerung.

Polnische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter heute: rechtlos, schikaniert von den Behörden, verfolgt von der Polizei, Zielscheibe rassistischer Hetze und des Nazi-Terrors

Die polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden vom deutschen Imperialismus erst Jahrzehnte später, und das nur zähneknirschend unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit, mit Brosamen als angeblicher „Entschädigung“ abgespeist. Die antislawische und antipolnische Hetze – von rassistischen „Polen-Witzen“ bis hin zu nazistischem Terror – gehören auch heute zum Alltag der polnischen Werk tätigen in Deutschland.

Aktuell leben hier rund 600.000 Polinnen und Polen, von denen jedoch nur 300.000 ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht besitzen.² Seit den 90er Jahren sind die legalen Arbeitsmöglichkeiten für Werk tätige aus osteuropäischen Ländern mit einer zeitlichen Befristung beschränkt auf sog. Werkvertragsarbeiter – vor allem im Baubereich oder auf Schlachthöfen – oder Saisonarbeiter – vor allem in der Landwirtschaft, in Hotels und Gaststätten.

Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter hat viele Gesichter: schufteten für die schwersten Jobs bei schlechtesten Bezahlung, Verweigerung legaler Arbeitsbedingungen, auch wenn der- oder diejenige gerne mit Papieren arbeiten würde, keine Krankenversicherung, keine Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften, längere Arbeitszeiten und häufig keine 5-, sondern 6- oder 7-Tage-Wochen.

Die Entsendung von Werkvertragsarbeitern ist kontingentiert nach den ausbeuterischen Interessen der Kapitalisten. 2003 wurden von den insgesamt 370.000 Werkverträgen rund 270.000 an polnische Werk tätige erteilt (weitere 30.000 an rumänische, jeweils rund 15.000 an slowakische und ungarische Werk tätige)³ Werkverträge gelten bis zu maximal drei Jahren, danach muss die Ausreise erfolgen. Um als Werkvertragsarbeiter wieder nach Deutschland kommen zu können, muss im Herkunftsland eine anschließende Aufenthaltszeit von gleicher Länge dazwischenliegen.⁴

2 Haug, Sonja, Wanderung zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern, Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik 3/2004

3 Bundesministerium des Inneren, Migrationsbericht. Aktualisierte Ausgabe vom November 2004, Berlin, Dezember 2004, S. 100

4 Dresel, Irene, Migration, Europäische Hochschulschriften, Verlag Peter Lang, 2005, S. 160

Formell erhalten die Werkvertragsarbeiter und -arbeiterinnen teilweise den Mindestlohn für eine vertraglich vereinbarte Arbeitszeit, müssen dann aber monatlich Dutzende Überstunden umsonst schuften. Aber auch Stundenlöhne von 2,50 Euro bei einem regelmäßigen 14-stündigen Arbeitstag sind keine Seltenheit.⁵ Da sie nicht selten gezwungen werden zu unterschreiben, dass sie nur eine bestimmte Anzahl von Tagen pro Monat arbeiten, fällt die nachträgliche Beweisführung bei der Er kämpfung der geprellten Löhne schwer.⁶

Immer öfter anzutreffen ist inzwischen die „Scheinselbstständigkeit“ als besondere Ausbeutungsform. Dabei werden Wanderarbeiter nicht mehr als Werkvertragsarbeiter, sondern als „Selbstständige“ mit eigener Firma eingestellt, wobei Anwerbefirmen die Formalitäten der Firmengründung besorgen. Aktuell kämpfen rund 20 polnische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter auf der IKEA-Baustelle in Erfurt, wo sie als „Selbstständige“ unter Vertrag waren und seit Monaten keinen Cent Lohn erhalten hatten.⁷

Aber auch direkter Lohnraub ist eine gängige Praxis. Im Januar 2006 beispielsweise streikten 15 polnische Bauarbeiter von der Autobahn-Baustelle in Halle, weil sie wochenlang zu wenig Lohn erhalten hatten und zuletzt die Zahlungen ganz ausgeblieben waren. Ein bei Werkverträgen häufig anzutreffendes undurchschaubares Geflecht von General- und Subunternehmern erschwerte es zunächst für die Kollegen, ihre Forderungen vorzubringen. Schließlich streikten sie mit Unterstützung des 2004 gegründeten Europäischen Verbands der Wanderarbeiter erfolgreich für die Auszahlung ihrer ausstehenden Löhne.⁸

2003 wurden – zu rund 90 % in der Landwirtschaft, in der Obst- und Gemüseverarbeitung und zu rund 7 % im Hotel- und Gaststättengewerbe⁹ – rund 320.000 Saisonarbeiterinnen und -arbeiter in Deutschland ausgebeutet (zum Vergleich: 1991 waren es noch 130.000), davon rund 270.000 aus Polen, 26.000 aus Rumänien.¹⁰ Bemerkenswert ist insbesondere bei der Saisonarbeit der hohe Anteil der Frauen, die fast 50 % der in Deutschland lebenden Werk t ä t i g e n aus Polen ausmachen.¹¹ Die Ausbeutung und Isolation wird in der Gastronomie besonders gesteigert infolge der häufig im Lohn enthaltenen Kost und Logis. Eine ähnliche besondere Abhängigkeits- und Ausbeutungssituation ergibt sich

⁵ Stundenlohn von Werkvertragsarbeitern auf einem Schlachthof in Niedersachsen. Siehe junge Welt v. 15.2.05

⁶ [www.de.indymedia.org/Wanderarbeiterverband aktiv in Hamburg.htm](http://www.de.indymedia.org/Wanderarbeiterverband_aktiv_in_Hamburg.htm)

⁷ EVW-Info Nr. 4 (Februar 2006) unter www.emwu.org

⁸ www.emwu.org/universal/aktuelles/beitrag_lesen.php?id=37

⁹ Dresel, Irene, a.a.O., S. 163

¹⁰ Bundesministerium des Inneren, Migrationsbericht. Aktualisierte Ausgabe vom November 2004, Berlin, Dezember 2004, S. 101

¹¹ Dresel, Irene, a.a.O., S. 121

bei den landwirtschaftlichen Saisonarbeiterinnen- und -arbeitern, die häufig auf dem Hof oder in unmittelbarer Nähe zum Arbeitsplatz direkt vom Agrarkapitalisten untergebracht werden.

Daneben ist die Zahl der als „Illegale“ zusätzlich ausgebeuteten extrem hoch. Neben den Saisonarbeiterinnen und -arbeitern bildete eine große Gruppe Polinnen und Polen, die in Deutschland illegal arbeiten müssen, Werk­tätige aus der privaten Krankenpflege – geschätzt werden ca. 70.000 bis 80.000¹² – sowie Haushalts- und Putzhilfen. Illegalität – das bedeutet noch niedrigere Löhne, noch längere Arbeitszeiten, keine Unfallversorgung, kein Urlaub, oft genug keine Auszahlung von Lohn und Prellereien verschiedener Art, Bedrohung und Einschüchterung, wenn jemand seine Rechte einfordern will. Nahezu völlig rechtlos müssen diese nicht nur für niedrigste Löhne die schwersten Arbeiten verrichten, sondern unterliegen auch der nationalistischen und rassistischen Hetze und werden häufig Opfer von nazistischen Angriffe und Polizeischikanen.

Im Zeitraum von 1993 bis 2004 starben 121 Menschen bei dem Versuch, illegal nach Deutschland einzuwandern, an den deutschen Ostgrenzen infolge des mörderischen Grenzterrors, 259 erlitten Verletzungen durch Bisse der deutschen Schäferhunde von Zoll und Polizei.¹³ Sie gehören zu den untersten Schichten der proletarischen Klasse, die am krassesten ausgebeutet werden.

Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus und die arbeiteraristokratisch-nationalistische Politik der „Zuzugsbeschränkungen“!

Eine üble Rolle in diesem System von staatlicher Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung spielen die arbeiteraristokratischen-nationalistischen Gewerkschaftsführungen insbesondere von der IG BAU und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Sie fordern Zuzugsbeschränkungen, „Kontingentierung“ und mehr staatliche Kontrollen zu deren Überwachung, um angeblich gegen „schwarze Schafe“ vorzugehen und „Dumpinglöhne“ zu verhindern und schmeicheln den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern mit „deutschen Qualitätsstandards“.

Der zutiefst reaktionäre Charakter der Gewerkschaftsführungen zeigt sich an ihrer nationalistischen Politik gegen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern. Diese werden nur als „Konkurrenten“ betrachtet, die durch niedrigere Löhne Druck machen auf die Löhne „von uns Deutschen“. So ist in der Broschüre „Landwirtschaftliche Saisonarbeit 2001“ der IG BAU keine Spur von

¹² www.pflegeberufe.de

¹³ www.anti-rar.de/doku/titel.htm

Solidarität zu spüren, vielmehr werden Saisonarbeiterinnen und -arbeiter quasi als „doppelte Abzocker“ dargestellt und alle Register antislawischer Vorurteile von Polen als „Schwarzmarkt-Händlern“ usw. gezogen:

- „IV. Seit Mitte der 80er Jahre kamen immer mehr Erntehelfer aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern – vorwiegend aus Polen – zu Ernteinsätzen in die alten Bundesländer. Sie waren auch mit geringeren Löhnen zufrieden, da nur sie einen doppelten Marktvorteil erlangen konnten:
- a) hatten sie einen erheblichen Kaufkraftvorteil gegenüber ihrer nicht-konvertierbaren heimischen Währung;
 - b) konnten sie auf dem Heimweg Waren exportieren, die sie gewinnbringend auf den heimischen Märkten umsetzen konnten ...“¹⁴

Ein Kernpunkt der Politik der IG-BAU-Führung zur „Verhinderung illegaler Beschäftigung“ sind stärkeren Kontrollen auf den Baustellen, Razzien in enger Zusammenarbeit mit der Zollfahndung der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, der Ausländerbehörde und den Arbeits- und Sozialämtern. Seit April 2004 propagiert die IG-BAU-Führung offiziell das Spitzelwesen mit der Einrichtung einer „Telefonischen Meldestelle gegen Lohndumping und illegale Beschäftigung“, bei der illegale Kolleginnen und Kollegen denunziert werden sollen.

Damit beteiligt sich die IG-BAU-Führung letztendlich an der Abschiebung der illegalen Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer. Denn es ist mehr als bekannt, dass es bei diesen Aktionen nicht die Kapitalisten trifft (gegen diese werden, wenn überhaupt, lächerlich geringe Strafen verhängt¹⁵); diese werden nicht gezwungen, zumindest Mindestlöhne zu bezahlen, sondern es trifft die, die ganz unten sind.

Und nicht selten verschafft eine rechtzeitige Abschiebung den Kapitalisten den angenehmen Nebeneffekt, ausstehende Löhne nicht mehr bezahlen zu müssen. Nicht selten geben die Kapitalisten selbst den Hinweis auf illegale Beschäftigung auf ihren eigenen Baustellen, um Löhne nicht mehr bezahlen zu müssen. Es entspricht einer zutiefst rassistischen und deutsch-nationalistischen Politik, wenn die NGG- oder IG-BAU-Führung Forderungen nach staatlichen Sanktionen aufstellt, obwohl – oder gerade weil sie weiß, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern die Leidtragenden sind.

Die nationalistische Politik der Gewerkschaftsführungen von NGG und IG BAU stößt auch auf Widerstand bei fortschrittlichen gewerkschaftlich organisierten

¹⁴ Broschüre „Landwirtschaftliche Saisonarbeit 2001“ der IG BAU, S. 31 f.

¹⁵ Im Jahr 2000 wurden 130 Millionen Euro an „Bußgeldern“ verhängt, davon allerdings ein Großteil gegen Arbeiterinnen und Arbeiter! Siehe das Papier „Unsere Regeln taugen nichts!“ unter www.qualm-nix.de/regeln.htm

Kolleginnen und Kollegen. In Anspielung an das IG-BAU-Plakat „Ohne Regeln geht es nicht!“ formulierten IG-Bau Kolleginnen und Kollegen 2004 ihre Position im Kritikpapier „Unsere Regeln taugen nichts!“, darin heißt es unter anderem richtig:

„Wir“ – so heißt es selbstkritisch als Anklage, wenn die IG-BAU-Mitglieder wirklich tun würden, was die IG-BAU-Fürsten von ihnen verlangen, „Wir fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, dass die – in der Regel ausländischen – Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen der – in der Regel deutschen – Legalen abgeführt werden. ‚Ausländer raus‘ braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm von Strafverfolgungsbehörden – und damit zu Recht: Gegner ...“¹⁶

Die Kollegen weisen darauf hin, dass es gilt, solidarisch mit „legalen“ und „illegalen“ Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Als positive, aber noch zu seltene Beispiele gemeinsamer Aktionen von „Legalen“ und „Illegalen“ heben sie den Kampf von 19 Asylbewerberinnen und -bewerbern aus Afrika hervor, die im Oktober 2003 unterstützt von antirassistischen Gruppen in Berlin ihre ausstehende Löhne in Höhe von 40.000 Euro eintreiben konnten¹⁷ oder eine Demonstration 150 lohngeprellter rumänischer Bauarbeiter, die von einer antirassistischen Initiative unterstützt wurde. Weiter heißt es:

„Dass ein Umdenken mit gemeinsamer Aktion indes möglich ist, hat nicht zuletzt der erfolgreiche Arbeitskampf im Juni 2002 gezeigt. Nicht nur in Hamburg machten wir die Erfahrung, dass insbesondere die polnischen und portugiesischen Kollegen ‚wie ein Mann‘ hinter unseren Forderungen standen, soweit es ihnen möglich war.“¹⁸

Für die deutschen Kolleginnen und Kollegen bedeutet eine solche solidarische Unterstützung zunächst, sich mit den besonders ausbeuterischen und Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Werkträger auseinanderzusetzen, sich in die Lage ihrer Kolleginnen und Kollegen hineinzusetzen. Ist schon in einem gewöhnlichen Industrietrieb eine solidarische Aktion nicht einfach zu erreichen, so wird dies auf Baustellen, in Schlachthöfen, in landwirtschaftlichen Betrieben, in Hotels und Gaststätten noch erschwert durch die Befristung des Arbeitsvertrags und die darauffolgende erzwungene Ausreise, durch Sprach-

16 Ebenda

17 Eine interessante Auswertung der Erfahrungen bei dieser Aktion ist nachzulesen unter www.elexir-a.org

18 www.qualm-nix.de/regeln.htm

barrieren, durch Isolation, durch das teilweise berechtigte Misstrauen gegenüber den deutschen Kolleginnen und Kollegen usw. Noch schwieriger ist die Lage der illegalen Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die angesichts ihrer Rechtlosigkeit und der für sie drohenden Konsequenzen wie etwa Inhaftierung und Abschiebung vor ungleich schwierigeren Problemen stehen, wenn es um gemeinsame Organisation und gemeinsamen Kampf geht.

Um hier einen Schritt in diese Richtung zu tun, fordern die Autorinnen und Autoren des Papiers „Unsere Regeln taugen nichts!“ nicht ganz ohne Illusionen in die IG-BAU-Führung, die eigentlich unversöhnlich bekämpft werden müsste:

„Entgegen der kaum fassbaren, inhaltlichen Schwäche unserer Organisation brauchen wir nun endlich Werkzeuge in die Hand, um den Schulterchluss mit unseren Kollegen notfalls selber herzustellen. Wir brauchen Broschüren, Flyer, Dolmetscher jeder „Bau-Sprache“ und wir brauchen die Rückendeckung unserer Gewerkschaft statt Razzien ... Wir wollen die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsräten, Migrantenorganisationen und antirassistischen Initiativen. Wir fordern aggressive Kampagnen gegen die bekanntesten Dumpingbetriebe zum Zwecke der Rufschädigung und Schließung ...“¹⁹

Gemeinsame Aktionen und Kämpfe, massiv und militant geführt, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keineswegs unwirksamen Manövern zur Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter entgegenzuwirken. Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter und Arbeiterinnen illegal beschäftigt, keinerlei Unfallschutz bietet, Lohn prellt, wüsste, dass am nächsten Tag solidarische Kolleginnen und Kollegen „seinen“ Laden auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde, doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann ist ein Schritt in die richtige Richtung getan.

Die kämpferischsten und fortschrittlichsten Kolleginnen und Kollegen für eine revolutionäre Perspektive gewinnen!

Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels wurde ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt genannt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben kein Vaterland, das Proletariat ist eine internationale Klasse, auch wenn der Klassenkampf in jedem Land vor allem auf nationalem Territorium gegen die jeweilige Bourgeoisie geführt werden muss. Die Arbeiterinnen und Arbeiter führen in allen Ländern im Kern ein und denselben Kampf gegen

¹⁹ Ebenda

ein und denselben Klassenfeind, die kapitalistischen Ausbeuter und den Weltimperialismus. Deshalb haben sie trotz aller Unterschiede wesentlich dasselbe Interesse, erfordern ihre Interessen volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationen.

Die proletarische Klasse imperialistischer Großmächte generell und auch in Deutschland besteht in den industriellen Großbetrieben, aber verstärkt auch in Agrarbetrieben gerade in den untersten und kämpferischsten Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern, die teils vor Jahrzehnten, teils vor Jahren, teils vor ganz kurzer Zeit ihre Herkunftsländer verlassen haben. Von vornherein ist somit bei jeder Analyse und bei jeder konkreten Auseinandersetzung ein rücksichtsloser Kampf gegen den deutschen Nationalismus eine Vorbedingung.

Ausgehend von den grundlegenden Prinzipien des proletarischen Internationalismus ergeben sich entscheidende Verpflichtungen, aber auch große Möglichkeiten für die kommunistischen Kräfte in Deutschland und die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter. Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in den Tageskämpfen, in den Betrieben eine gemeinsame Kampffront mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern aufbauen, für gleiche Rechte der Ausgebeuteten aus anderen Ländern eintreten, jegliche Spaltungsversuche und den deutschen Nationalismus und Rassismus bekämpfen und dabei von der oftmals vorbildhaften Rolle der Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern in den täglichen Kämpfen, von ihrer Kampfkraft und ihrem kämpferischen Bewusstsein maximal lernen.

Dabei muss bewusst sein, dass ein solcher Kampf nur unabhängig und gegen die Bürokraten der Gewerkschaftsführung geführt werden kann. Denn sie gehören zu einer besonderen Schicht der proletarischen Klasse, der Arbeiteraristokratie. Mit Hilfe imperialistischer Extraprofite des deutschen Imperialismus wird eine ganze, nicht unerhebliche Schicht der proletarischen Klasse von den untersten Schichten der proletarischen Klasse abgegrenzt, bevorzugt und mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft. Diese gegenüber der ganzen proletarischen Klasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht, aus deren Reihen sich auch die Bürokraten der Gewerkschaftsführung rekrutieren, ist ein Hauptinstrument zur Verbreitung der reaktionären Ideologie des Reformismus, der Sozialpartnerschaft, des deutschen Nationalismus und Antikommunismus in die Köpfe der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Doch die Existenz der Arbeiteraristokratie ist zwar ein Haupthindernis, das die Entwicklung einer kämpferischen proletarischen Bewegung in Deutschland erheblich erschwert, aber keinesfalls das einzige. Aus der Tatsache der Ausplünderung der Bevölkerung in den vom Imperialismus abhängigen Ländern durch die imperialistischen Länder ergibt sich zusätzlich, dass ein großer

Teil der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber dieser besonders brutal ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung der vom Imperialismus abhängigen Länder in einer ökonomisch und politisch viel besseren Lage lebt.

Die Antwort und die Perspektive der fortschrittlichen Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland kann angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen nur sein: Verstärkter Klassenkampf nicht unter „deutschen“ Parolen wie „Standort Deutschland sichern!“ usw., sondern bewusst gegen alle Spielarten des deutschen Nationalismus, Seite an Seite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Der notwendige Zusammenschluss über die Grenzen des „eigenen“ Landes hinweg mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder ist unmöglich, wenn nicht umfassend für die gleichen Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig von ihrer Herkunft sowie gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen gekämpft wird.

Ganz besondere Bedeutung hat dabei die Erfahrung eines gemeinsamen Kampfes. Dort, wo – wie kürzlich bei AEG oder bei den Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeitern – schon Streiks und gemeinsame Aktionen durchgeführt wurden, ist die Idee der Überwindung des Nationalismus, die Idee des gemeinsamen Kampfes und des proletarischen Internationalismus schon im Keim enthalten. Nur auf dieser Grundlage kann auch die Erkenntnis entstehen, dass es gemeinsam gilt, über die Ziele aktueller Tagekämpfe hinaus, die Grundfeste des ganzen kapitalistischen Systems zu erschüttern.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf sehen wir folgende grundlegenden Ausgangspunkte:

- Gemeinsamer Kampf und Zusammenschluss der untersten Schichten der proletarischen Klasse, unabhängig von Nationalität, Religion oder Hautfarbe als unverrückbarer Ausgangspunkt.
- Als fortschrittliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gilt es vor Ort – und darüber hinaus – möglichst engen Kontakt und Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen antirassistischen und antinazistischen Initiativen herzustellen, die gegen staatlichen Abschiebeterror, Faschisierung und Nazi-Terror kämpfen.
- Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen zu sprengen, auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.
- In diesen Kämpfen müssen wir als kommunistische Kräfte vor allem die Grundideen des wissenschaftlichen Kommunismus propagieren: Sturz der Ausbeuter durch Zerschlagung ihres Staatsapparats im bewaffneten Kampf der Mehrheit der proletarischen Klasse und ihrer Verbündeten, Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der Ausbeuter und aller Re-

aktionäre, die die umfassendste Demokratie für die ehemals Ausgebeuteten verwirklicht, die sozialistische Demokratie; sofortige Enteignung der großen Fabrikbesitzer, aller Banken, schrittweise aller Besitzer von Produktionsmitteln, die andere Menschen ausbeuten, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen als Voraussetzung für den Aufbau des Kommunismus weltweit, einer Gesellschaft ohne Staat, ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

3. Warum die Arbeiterinnen und Arbeiter die einzige konsequent revolutionäre Kraft sind

Bei revolutionären Kräften in Deutschland, bei Kräften, die wirklich gegen Verbrechen des deutschen Imperialismus kämpfen wollen und auch kämpfen, ist relativ weit verbreitet, dass es ja nicht sein kann, dass man mit „dieser Arbeiterklasse in Deutschland“ eine Revolution machen und mit ihr siegen kann. Die Vertreter dieser Auffassung, die von wirklich wunden Punkten, von den Schwächen des Bewusstseins der heutigen proletarischen Bewegung in Deutschland ausgehen, müssen sich allerdings die Frage gefallen lassen: Wenn nicht das Proletariat, wer soll dann die Verhältnisse ändern?

Ein paar Blicke auf den Zustand der anderen Schichten zeigen ja überdeutlich, dass diese im Moment auch nicht gerade die Speerspitze der Revolution in Deutschland sind.

Entscheidend ist, dass es nicht um heute und jetzt geht, nicht um den heutigen Bewusstseinsstand der proletarischen Klasse. Entscheidend ist, dass aufgrund der objektiven Lage das Proletariat die besten Möglichkeiten besitzt, die Revolution gegen den Kapitalismus zum Sieg zu führen.

Marx schrieb bereits in den Anfängen der proletarischen Bewegung, dass es nicht darauf ankommt, was in einer bestimmten Situation die proletarische Klasse noch an reaktionären und falschen Ideen im Kopf hat, sondern dass die geschichtliche Entwicklung die Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrem Kampf dazu führen wird, ihre revolutionäre Rolle zur Vernichtung des Kapitalismus, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus einzunehmen.

Warum ist das so, warum ist für den wissenschaftlichen Kommunismus die proletarische Klasse die einzige konsequent revolutionäre Kraft? Die entscheidenden Argumente in Kürze sind:

1. Die proletarische Klasse besitzt keinerlei Produktionsmittel und ist von Leitung, Organisation und Planung der Produktion ausgeschlossen, muss aber ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, um leben zu können. Die Kapitalisten können nicht ohne die proletarische Klasse leben, denn sie ist die Schöpferin des Mehrwerts. Das Proletariat kann sehr wohl ohne die Bourgeoisie leben.
2. Die proletarische Klasse ist mit der Großproduktion, der fortgeschrittensten Form der Produktion, der grundlegenden Produktionsform des Sozialismus und Kommunismus verbunden und ist eine internationale Klasse, die in jedem Land der Welt existiert und trotz aller Unterschiede wesentlich dasselbe Interesse hat. Das Proletariat hat deshalb als Klasse eine wirkliche Zukunft.

3. Die Konzentrierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken erleichtert ihre Bewusstmachung, ihre Organisation, die Schaffung einer bewussten Disziplin bei ihnen, die nötig ist, um im Kampf gegen den Imperialismus die notwendige Zielklarheit, Ausdauer und Kraft zu entwickeln.

Die Charakterisierung der proletarischen Klasse als einzige konsequent revolutionäre Kraft bedeutet jedoch nicht, dass sie automatisch, „von selbst“ in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen. Lenin hat in seiner Schrift „Was tun?“ dieses Problem schon 1902 prinzipiell beantwortet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter können allein durch ihre wirtschaftlichen und politischen Kämpfe nicht ein solches Bewusstsein entwickeln, um die Revolution zum Sieg führen zu können. Denn die spontanen Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung können auf sich alleine gestellt, trotz aller Kraftanstrengungen, die Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie in der proletarischen Klasse nicht beseitigen. Lenin nannte als Gründe vor allem folgende Argumente: weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter, viel ausgefeilter und weitverzweigter ist als die kommunistische und über unvergleichlich mehr Mittel und Kanäle der Verbreitung verfügt.

Ein wirklich revolutionäres, sozialistisches Bewusstsein kann deshalb bei der großen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter nur „von außen“ geschaffen werden: durch den von der Kommunistischen Partei angeleiteten Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und gegen die aktuellen Lügen und Verfälschungen der Wirklichkeit, anknüpfend an eigene Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Ein wirklich revolutionäres, sozialistisches Bewusstsein schaffen bedeutet vor allem Folgendes:

Die große Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter müssen begriffen haben, dass sie die Bourgeoisie nur stürzen können, wenn sie unter den anderen Ausgebeuteten Verbündete gewinnen, wenn sie es verstehen, sie an sich heranzuziehen und sie zu führen, wenn also die Hegemonie des Proletariats verwirklicht wird. Dazu darf die revolutionäre Bewusstmachung der Arbeiter und Arbeiterinnen keinesfalls nur auf die Erkenntnis ihrer eigenen Lage gelenkt werden, sondern sie müssen alles wissen über alle Klassen und Schichten, über ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat und untereinander. Denn nur so können sie wirklich den Klassenfeind, seine Parteien und seine Politik durchschauen, ihre eigene führende Rolle in der proletarischen Revolution verstehen und durchsetzen lernen.

Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, bei der großen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter Klarheit über den Hauptfeind der „eigenen“ Revolution, über die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und den Weg ihrer Beseitigung (die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates im Bürgerkrieg und der Errichtung der Diktatur des Proletariats), Klarheit über die Ziele des Sozialismus und Kommunismus, Klarheit über die Notwendigkeit der weltweiten Vernichtung des Imperialismus zu schaffen.

Das bedeutet vor allem auch, die Aufgabe zu erfüllen im Kampf gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus die Losung „Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, den Zusammenschluss der proletarischen Klasse mit den Befreiungsbewegungen in den vom Imperialismus abhängigen Ländern zu propagieren, die Bedeutung dieser Aufgaben den Arbeiterinnen und Arbeitern bewusstmachen und sie dazu zu befähigen, danach zu handeln.

Die große Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland wie in jedem Land müssen die internationale Situation, die Kräfte der internationalen Konterrevolution und die Kräfte der proletarischen Weltrevolution genau kennen, sonst ist an einen siegreichen Kampf für die proletarische Revolution als Teil der proletarischen Weltrevolution, in Deutschland wie in jedem Land, nicht zu denken.

Diese nur sehr knappe Aufzählung macht angesichts des heutigen extrem niedrigen Bewusstseinsstands der proletarischen Klasse in Deutschland deutlich, welche riesigen Aufgaben noch zu leisten sind. Es wird klar, dass dazu nur eine revolutionäre Organisation, eine wirkliche Kommunistische Partei, in der Lage ist, die den Kampf gegen alle Formen des Reformismus, deutschen Nationalismus und Rassismus sowie Antikommunismus, gegen alle Unterstützer und Helfer der Bourgeoisie, gegen die gigantischen bürgerlichen Massenmedien langfristig plant, wissenschaftlich organisiert und führt und sich gegen den Zugriff durch Polizei, Geheimdienste und Spitzel maximal schützt.

Dabei geht es insbesondere auch darum, die noch bestehende Dominanz der Arbeiteraristokratie innerhalb der proletarischen Klasse zu zerstören, den radikalen Bruch mit der Arbeiteraristokratie zu erkämpfen, um so überhaupt eine revolutionäre Einheit der großen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter schaffen zu können.

4. Nicht nur zur Begriffsklärung – eine notwendige Problematisierung

„Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland“?

„Inländische Arbeiterinnen und Arbeiter“?

„Arbeiterinnen und Arbeiter mit deutschem Pass“?

„Deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter“?

Warum sich überhaupt mit dieser Frage auseinandersetzen? Spielt es eine Rolle, ob man von „Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland“, „mit deutschem Pass“ oder „deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern“ spricht?

Die deutschen Imperialisten haben Begriffe geprägt, der bewusste oder unbewusste rassistische Alltag prägt absurde Begriffsinhalte, so dass überall Fallen und falsche, zumindest unbefriedigende Begriffe in der Debatte auftauchen.

Innerhalb der Gruppe der sogenannten „Ausländer“ hat der deutsche Imperialismus ein ausgeklügeltes System der Hierarchie und Spaltung installiert:

Eine Gruppe sind die vor allem in den 60er und 70er Jahren angeworbenen Arbeiterinnen und Arbeiter aus Italien, Spanien, Griechenland, aus der Türkei, aus Exjugoslawien, Marokko usw. Sie leben teilweise schon Jahrzehnte in Deutschland, in der zweiten und dritten Generation. Ihr rechtlicher Status ist unterschiedlich: von Migranten mit deutschem Pass bis Flüchtlingen mit Bleiberecht. Die heute oft gebrauchte Formulierung „mit „Migrationshintergrund“ ist auch eine problematische Wortschöpfung des deutschen Imperialismus.

Daneben gibt es insbesondere seit den 90er Jahren eine Gruppe von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Osteuropa, aber auch aus Afrika und Asien. Insbesondere die osteuropäischen Arbeiterinnen und Arbeiter sind – etwa im Vergleich zu den angeworbenen Migrantinnen der 60er und 70er Jahre – durch das staatlich reglementierte System der befristeten Arbeitsverhältnisse zur regelmäßigen Ausreise gezwungen.

Ganz unten stehen in der ausgeklügelten „Ausländer“-Hierarchie des deutschen Imperialismus die „Illegalen“ und Flüchtlinge, die weitgehend rechtlos sind.

Über all diesen Gruppen gibt es sozusagen die „Ureinwohner“, im deutsch-nationalistischen Sinne die „eigentlichen“ deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, die der deutsche Imperialismus durch allerlei Privilegien und Vergünstigungen,

durch Schmeichelei und Nationalismus an sich zu binden versucht. Klar ist, dass die Übergänge fließend sind und dies hier insofern nicht exakt, sondern etwas klischeehaft formuliert ist.

Sie alle sind mit Sicherheit Arbeiterinnen und Arbeiter „in Deutschland“, denn sie alle werden in Deutschland ausgebeutet und unterdrückt.

Um es an einem Beispiel zu sagen: Es leuchtet ein, dass bei einem Arbeitskampf in einer Fabrik sie alle ein und denselben Ausbeuter haben, gegen den sie sich zusammenschließen müssen, frei von rassistischen und nationalistischen Überheblichkeiten und Vorurteilen. Doch die Aufgabe, den „ausländischen“ Kolleginnen und Kollegen in der Praxis ihre Solidarität zu beweisen, jegliche deutsch-nationalistische Privilegierung abzulehnen, kurz: einen entschiedenen Kampf gegen den deutschen Nationalismus zu führen, das ist eben eine spezielle Aufgabe vor allem, man könnte sagen, der „Stino-Deutschen“ (Stinknormalen Deutschen), der sogenannten „deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter“.

Teil II:

Wichtige Kämpfe

1999 – 2013

1. Der Kampf bei Alcatel in Berlin 1999

September/Oktober 1999

Fünf Wochen Betriebsbesetzung bei Alcatel/Berlin!

Als die Arbeiterinnen und Arbeiter des Alcatel-Kabelwerkes in Berlin-Neukölln Ende August erfuhren, dass das Werk mit 170 Beschäftigten nun endgültig zum Ende des Jahres dichtgemacht werden soll, reichte es ihnen. Die Kolleginnen und Kollegen waren nicht bereit, diesen weiteren Angriff auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen kampflos hinzunehmen. Als Höhepunkt eines seit Anfang des Jahres 1999 begonnenen Kampfes besetzten sie am 13. 09. 1999 das Werk, legten die Produktion lahm und nahmen die bereits fertig gestellten Produkte als Faustpfand. Damit begann die seit 1993 längste Betriebsbesetzung in Deutschland. Am 18. 10. 1999 wurde die Besetzung nach Verhandlungen zwischen Betriebsrat, IG-Metall-Führung und der Konzernspitze beendet. Das Ziel des Weiterbetriebs des Kabelwerks wurde nicht erreicht. Tatsache ist aber auch, dass nur die entschiedene Kampfbereitschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter die Kapitalisten von Alcatel nach neun Monaten überhaupt dazu gebracht haben, finanzielle Zugeständnisse zu machen. Und vor allem haben die Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Kampf wichtige Erfahrungen gemacht.

Angesichts der enormen Schwäche der Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland ist es umso wichtiger, im Kampf gegen Resignation und Unglauben an die Möglichkeit der Entwicklung einer revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse, den Blick immer wieder auf die gegenwärtig sehr wenigen, aber doch stattfindenden – und von den bürgerlichen Medien weitgehend verschwiegenen – Kämpfe in den Betrieben zu lenken, um die grundlegenden Ansätze für die Entwicklung einer wirklich kämpferischen, revolutionären und internationalistischen Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland aufzuzeigen.

Der Verlauf des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Alcatel

Der weltweit agierende Konzern Alcatel mit Hauptsitz in Paris kaufte bisher weltweit 140 Kabelstandorte auf, um damit unliebsame kapitalistische Konkurrenten auszuschalten. Im Zusammenhang mit diesem Plan sollten 40 Prozent dieser Werke geschlossen werden. Allein in Berlin wurden bereits seit 1995 vier Kabelwerke dichtgemacht. Weltweit vernichtete Alcatel in dieser Zeit 30.000 Arbeits-

plätze. Bei einer Erwerbslosenquote von fast 18 Prozent für ganz Berlin (im Stadtteil Neukölln ca. 24 Prozent) bedeutet die beabsichtigte Schließung des Werks einen entscheidenden Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen. Mit besonderer Schärfe trifft es insbesondere auch die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern bei Alcatel (ca. 50 Prozent der Belegschaft, hauptsächlich Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei). Diese wurden zumeist als Kabelwerker angelernt und haben angesichts der bereits in den vergangenen Jahren entlassenen Kabelwerker und der deutsch-nationalistischen und rassistischen Diskriminierung bei Ausbildung und Einstellungen kaum Chancen, schnell oder überhaupt einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Allein in Berlin ist der Erwerbslosenanteil bei den Werkträgern aus anderen Ländern mit 33,5 Prozent fast doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung.

Als im Januar die Nachricht durchsickerte, dass die Standorte von Alcatel in Hamburg und Stadthagen sowie das letzte Alcatel-Kabelwerk in Berlin zum Jahresende dichtgemacht werden sollen, reagierten die Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcatel/Berlin darauf empört mit einer ersten **Straßenblockade** vor ihrem Werk in der Sonnenallee. Die Alcatel-Kapitalisten verweigerten jede Verhandlung und Information an den Betriebsrat von Alcatel. Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter waren nicht bereit, dem Vorgehen der Alcatel-Kapitalisten nur zuzusehen und organisierten gemeinsam und geschlossen weitere Aktionen. Nach der Straßenblockade im Januar wurden in den folgenden Monaten **Protestdemonstrationen** im Stadtteil Neukölln, zum Roten Rathaus und eine Kundgebung auf dem Alexanderplatz organisiert. Bei einer Kundgebung vor der französischen Botschaft wurde eine Protestresolution gegen das Vorgehen von Alcatel übergeben. In einem **Autokorso**, der sogenannten „Tour de Alcatel“, wurde an den vier von Alcatel aufgekauften und bereits geschlossenen Betrieben die Politik der Arbeitsplatzvernichtung öffentlich angeprangert.

Vorherrschend waren zu dieser Zeit in der Belegschaft noch die Illusionen, dass der moderne technische Standard des Betriebs und dass weitere Angebote des Betriebsrats über bessere Ausbeutungsbedingungen durch Lohnverzicht und Arbeitszeitflexibilisierung Alcatel davon abhalten könnten, das Kabelwerk in Neukölln zu schließen. So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Betriebsrat und IG Metall, in der das Kabelwerk in Neukölln den Alcatel-Kapitalisten angepriesen und „Kostensenkungs“-Opfer der Arbeiterinnen und Arbeiter befürwortet wurden:

„... das Werk liefert Jahr um Jahr schwarze Zahlen, die Belegschaft ist bereit, weitere Kostensenkungsmaßnahmen mitzutragen.“²⁰

20 „Positionspapier zur Standortentwicklung“, IG Metall Berlin und Betriebsrat der Alcatel Kabel AG & Co, Werk Berlin (Kabelwerk Berlin)

Dagegen mussten die Kolleginnen und Kollegen von Alcatel die Erfahrung machen, dass das Gesetz der Profitmaximierung, die ungehemmte Jagd der verschiedenen Kapitalgruppen nach Maximalprofit ein Wesenszug des kapitalistisch-imperialistischen Systems ist. Technischer Zustand oder kapitalistische Rentabilität eines einzelnen Werkes spielen bei diesem weltweiten Konkurrenzkampf verschiedener Kapitalisten eine mitunter zweitrangige Rolle. Wenn es der maximalen Steigerung ihrer Profite dient, werden ohne jeden Skrupel, ohne Rücksicht auf die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter eben ganze Fabriken geschlossen und das Kapital wird in gewinnbringenderen Bereichen angelegt.

Vorbereitet durch mehrere IG-Metall-Mitglieder und Betriebsversammlungen besetzten die Kolleginnen und Kollegen am 24. 08. 1999 daraufhin das Werk zunächst für einen Tag und gingen am 13. 09. 1999 zur zeitlich unbefristeten Besetzung über. Die Werksleitung hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits in das in der Nähe gelegene Luxushotel Estrel einquartiert und hoffte darauf, dass die Besetzer schnell aufgeben würden. Das Gegenteil war der Fall: Die Arbeiterinnen und Arbeiter legten die Arbeit nieder und übernahmen für fünf Wochen weitgehend die Kontrolle über das Kabelwerk. Über den Tag verteilt beteiligte sich ein Großteil der Alcatel-Belegschaft an der Organisierung der Besetzung. Viele Kolleginnen und Kollegen übernachteten in den Hallen oder Büroräumen des Werks. Türkische und kurdische Kolleginnen und Kollegen sowie Kolleginnen und Kollegen aus Spanien organisierten „Länderabende“ mit entsprechendem Essen und Musik. Zur Eingangskontrolle und zum Schutz vor Kälte wurde ein provisorisches Pfortnerhaus aufgestellt. Auf das Werksgelände wurden nur noch Familienangehörige, Essens- und Getränkelieferanten sowie Unterstützer von außen gelassen. Da die Post- und Telefonverbindung in den Betrieb unterbrochen wurde, mussten eigene Kommunikationswege hergestellt werden. Auf und vor dem Betriebsgelände wurde auf zahlreichen Transparenten der Weiterbetrieb des Kabelwerks gefordert, Wandzeitungen informierten über die bisherigen Stationen ihres Kampfes. Der Tagesablauf der Betriebsbesetzung wurde selbstständig organisiert. Dazu gehörten zum Beispiel die Eingangskontrolle, der Reinigungsdienst, die Pressearbeit und Betriebsbesichtigungen mit Solidaritätsdelegationen aus anderen Betrieben. Zur demokratischen Beratung weiterer Schritte ihres Kampfs fand jeden Abend in einer Halle des Betriebs eine Besetzerversammlung statt.

Ende September 1999 fuhren 50 Kolleginnen und Kollegen zur Konzernzentrale nach Paris und veranstalteten davor zusammen mit französischen Kolleginnen und Kollegen eine Kundgebung. Vertreter der Alcatel-Belegschaft betonten, dass sich diese Kundgebung nicht gegen die französischen Kollegen richte. In französischsprachigen Flugblättern informierten die Kolleginnen und Kollegen die Bevölkerung über ihre Betriebsbesetzung. („taz“ vom 29. 09. 1999)

Solidaritätsaktionen und -bekundungen mit der kämpfenden Alcatel-Belegschaft

Außerhalb des Betriebs bekamen die Besetzer zahlreiche Unterstützung, auch wenn diese insgesamt noch viel zu wenig war. Im Stadtteil Neukölln wurde den Besetzern zum Beispiel Lebensmittel und Geld übergeben. Einige gewerkschaftliche und linke Unterstützerguppen versuchten durch eigene Aufrufe, die Besetzung bekanntzumachen. Zahlreiche Betriebsdelegationen aus Berlin, aber zunehmend auch aus ganz Deutschland kamen zu Solidaritätsbesuchen und unterstützten durch Geldspenden. So kamen allein in den fünf Wochen Betriebsbesetzung an die 100.000 DM Spendengelder zusammen. („taz“ vom 19. 10. 1999) Am 21. September fand eine gewerkschaftliche Solidaritätskundgebung auf dem Gelände des besetzten Werks statt, auf der Vertreter der IG Medien, der HBV, der GEW sowie Betriebsräte aus anderen Metallbetrieben sprachen.

Wiederholt kamen auch Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Betrieben, die selber von Schließung bedroht sind, wie zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen des Herlitz-Werkes in Berlin. Bei ihren Solidaritätsbesuchen wollten sie sich auch über die Erfahrungen einer Betriebsbesetzung informieren, darüber diskutieren und diese für ihren eigenen Kampf auswerten.

International bekamen die Kolleginnen und Kollegen Solidaritätsadressen aus den Alcatel-Niederlassungen in Spanien, Argentinien, Belarus (Weißrussland), Frankreich, USA, aus der Schweiz und Litauen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter des früher ebenfalls zu Alcatel gehörenden CEGELEC-Werks in Nanterre in Frankreich, die das Werk ebenfalls besetzt hielten, unterstützten nachdrücklich die Besetzer von Alcatel. Am 12. 10. 1999 wurde das Werk in Nanterre von der Polizei geräumt. („ak“, 10/1999)

Heuchlerische „Unterstützung“ durch bürgerliche Politiker

Je länger die Besetzung anhielt, desto öfter versuchten bürgerliche Politiker aller Parteien des deutschen Imperialismus, durch zahlreiche Besuche im Kabelwerk die Kolleginnen und Kollegen vom eigenständigen Kampf abzuhalten. Sie schürten unter den Arbeiterinnen und Arbeitern Illusionen über mögliche „Lösungen“ und spielten sich als die wahren „Arbeiterfreunde“ auf.

In einem Solidaritätsaufruf mit den Arbeiterinnen und Arbeitern von Alcatel heißt es dazu treffend, dass die bürgerlichen Politiker nur aus wahlkampfaktischen Gründen in das Werk kommen. Die Werktätigen und Arbeitslosen aber, so der Aufruf,

„müssen die Alcateler unterstützen, weil sie für uns alle kämpfen und zeigen, wie der scheinbaren Ohnmacht begegnet werden kann“. („express“, 9/1999)

Die Beendigung der Besetzung

Nach fünf Wochen Besetzung standen die Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcatel vor einer schwierigen Entscheidung. Trotz weiterer vereinzelter Solidaritätserklärungen aus anderen Betrieben war ihre Besetzung isoliert geblieben. Insbesondere war es nicht gelungen, andere Alcatel-Werke in diesen Kampf miteinzubeziehen. Durch die Verweigerung der Zahlung noch ausstehender Löhne aus der Zeit vor der Besetzung nahm der Druck auf die Kolleginnen und Kollegen von Alcatel zu. Die Krankenkassen drohten den Arbeiterinnen und Arbeitern und ihren Familien, die Krankenversicherungen zu entziehen. Unter dem Druck der Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcatel und um ihren reaktionären Einfluss über das Geschehen zu behalten, sah sich die IG Metall Berlin zwar gezwungen, eine gewisse technische und personelle Unterstützung zu geben. Bezeichnend ist aber, dass die IGM-Führung es tunlichst unterließ, den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcatel in ganz Deutschland und international bekanntzumachen.

Der IGM-Führung ging es im Gegensatz zu vielen Kolleginnen und Kollegen von Alcatel von vornherein nicht um den Weiterbetrieb des Kabelwerks. So offenbarte der 1. Bevollmächtigte der IGM Berlin Arno Hager in einem Fernsehinterview aus dem besetzten Werk:

„Das ist so ein kleines Werk, ist halt zu klein, um ein eigenes Ausrufezeichen zu setzen.“ Und weiter:

„Unsere Aufgabe begreifen wir so, und das ist manchmal ein Kampf gegen Windmühlen: Einerseits die sozialen Härten abzufedern bei den betroffenen Menschen und andererseits den Modernisierungsprozess mit voranzutreiben.“

(ARD-Magazin „Fakt“ vom 18. 10. 1999)

Am Abend des 17. 10. 1999 gab Hager auf der Besetzerversammlung bekannt, dass am 17. 10. 1999 in Gesprächen zwischen Betriebsrat, IGM und Konzernvorstand ein „letztes mögliches Verhandlungsergebnis“ erzielt worden sei: Schließung des Werkes zum Ende des Jahres bei gleichzeitigem Sozialplan im Umfang von 18 Millionen DM. 40 Arbeitsplätze würden im Vertrieb erhalten bleiben. Für 30 Kolleginnen und Kollegen würde der Sozialplan den Vorruhestand vorsehen, für 90 Kolleginnen und Kollegen würde eine „Beschäftigungsgesellschaft“ die Ausbildung/Umschulung für zwei weitere Jahre bezahlen. („express“, 10/1999) IGM-Mann Hager forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, das Verhandlungsergebnis anzunehmen und drohte indirekt damit, dass die IG Metall bei Nichtannahme die Unterstützung einstellen würde. Eine Mehrheit der anwesenden 90 Kolleginnen und Kollegen stimmte der Annahme des Verhandlungsergebnisses und dem Ende der Besetzung zu.

Das Ziel des Weiterbetriebs wurde somit nicht erreicht. Ein Teilerfolg war aber ohne Zweifel, dass die Alcatel-Kapitalisten weit über ihr ursprüngliches Angebot von 2 Millionen DM hinausgehen mussten. Das wäre ohne das entschiedene Handeln der Kolleginnen und Kollegen, ohne die Betriebsbesetzung und die kämpferischen Aktionen nicht möglich gewesen. Vor allem aber haben die Kolleginnen und Kollegen von Alcatel mit der Kampfform der Betriebsbesetzung Erfahrungen bei der Anwendung weitergehender, über den legalen Rahmen des kapitalistischen Staates hinausgehender Kampfmaßnahmen gemacht.

Zur Bedeutung des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcatel

Drei Aspekte sollen hier hervorgehoben werden:

- Das Beispiel Alcatel hat gezeigt, dass **Betriebsbesetzungen** ein wichtiges Kampfmittel der Arbeiterinnen und Arbeiter sein können, vor allem wenn diese mit weiteren Kampfmaßnahmen wie Streiks und Demonstrationen verbunden werden. Durch Betriebsbesetzungen kann die direkte Aussperung der Streikenden und auch der Einsatz von Streikbrechern zur Weiterführung der Produktion verhindert werden. Hinzu kommt, dass durch eine Betriebsbesetzung die Arbeiterinnen und Arbeiter konzentriert sind, dass die konkreten Kampfmaßnahmen gut zu koordinieren sind, schnelle Entscheidungen getroffen werden können und so die Kampfkraft gestärkt werden kann.

In der Atmosphäre einer Betriebsbesetzung, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter faktisch die Verfügungsgewalt der Kapitalisten und Antreiber über den Betrieb in Frage stellen, besteht für die kommunistischen Kräfte verstärkt die Chance, dass es Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten gibt, um im Kampf gegen Reformismus, Nationalismus und Antikommunismus das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen und Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu propagieren und zu diskutieren.

- Der Kampf der Alcatel-Arbeiterinnen und -Arbeiter wurde **gemeinsam von Werktätigen aus Deutschland und anderen Herkunftsländern**, hauptsächlich aus der Türkei, geführt. Er unterstreicht wieder einmal nachdrücklich, dass gegen deutschen Nationalismus und Rassismus bei jedem Kampf unverrückbarer Ausgangspunkt die internationalistische Einheit zwischen den untersten Schichten der proletarischen Klasse, unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe sein muss. Nötig ist ein hartnäckiger, lang-

wieriger und unerbittlich zu führender Kampf gegen den massiv vorhandenen deutschen Nationalismus im Bewusstsein breiter Massen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

- Das Beispiel Alcatel machte deutlich, wie wichtig es ist, den eigenen Kampf über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit zu verankern. Dabei spielt die eigenständige Kontaktaufnahme mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Betrieben eine herausragende Rolle. Der eigene Kampf muss dabei von vornherein auch mit den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in anderen Ländern verbunden werden. Dafür stehen auch die ersten Versuche der Kolleginnen und Kollegen von Alcatel, ihre Kontakte zu den französischen Arbeiterinnen und Arbeitern von Alcatel auszubauen. Beispielhaft erklärten bereits 1995 Kolleginnen und Kollegen von Alcatel Duisburg:

„Unsere Kabelfabrik in Duisburg mit 500 Beschäftigten soll zum Juni 1996 dichtgemacht werden. Für Alcatel zählt nur der Maximalprofit und der erste Platz auf dem Weltmarkt. Aber wir, die Kabelarbeiter, wollen diese verschärfte Ausbeutung nicht länger hinnehmen. Wir kämpfen nicht nur für uns selbst, sondern für die Arbeitsplätze und die Zukunft der Jugend. Nächste Woche werden uns die belgischen Kollegen von Alcatel-Bell besuchen. Wir wollen uns gemeinsam beraten und lernen, gemeinsam zu kämpfen, denn wir brauchen die internationale Einheit der Arbeiter. Wir laden auch Euch Kollegen von Alcatel de Paris zu diesem Treffen ein. Knüpft Kontakte mit uns. Vereinigen wir unsere Kräfte! Lassen wir uns nicht spalten durch Regionaldenken, durch Nationalismus und Konkurrenzkampf.“²¹

²¹ Aus einem Flugblatt des Komitees der Arbeiter von Alcatel Duisburg vom 6.12.1995, verteilt auf einer Demonstration in Paris

2. Streik der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter 2002

Juni 2002

Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung

Vom 17. 06. 2002 bis zum 26. 06. 2002 streikten zum ersten Mal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter auf ca. 2.800 Baustellen in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen. So wichtig und notwendig diese für viele Arbeiterinnen und Arbeiter ersten Kampferfahrungen seit Jahrzehnten sind, zeigt aber auch dieser Streik das Dilemma von Kämpfen, die unter der Kontrolle der DGB-Führung und des DGB-Apparats stehen.

Erstens wird für unzureichende Forderungen (4,5 Prozent für alle Tarifarbeiterinnen und -arbeiter) mobilisiert, der Streik abgewürgt, wenn die Forderungen gerade mal zur Hälfte „durchgesetzt“ sind, was dann auch noch als großer Erfolg verkauft wird. Damit sind Demoralisierung und Resignation gerade auch bei den kämpferischen Kolleginnen und Kollegen vorprogrammiert.

Zweitens zeigt sich gerade an diesem Streik, wie durch die staatstragend-nationalistische Politik der Gewerkschaftsführung die reaktionäre Bindung der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter an den deutschen Imperialismus vorangetrieben und zementiert wird. Denn nur vordergründig gilt bei ihnen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für alle Arbeiterinnen und Arbeiter. In Wirklichkeit richtet sich ihre nationalistische Politik gerade gegen die am meisten ausgebeuteten und entrechteten Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, die gezwungen sind, hier ohne Papiere zu leben und zu arbeiten.

Zu Beginn der Tarifverhandlungen haben sich die Kapitalisten in der Bauindustrie faktisch geweigert zu verhandeln. Lohnerhöhungen sollte es nach deren Vorstellungen gar nicht geben. Stattdessen sollte aber der im Bauhauptgewerbe für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gültige Manteltarifvertrag verschlechtert werden: unter anderem Einführung der 6-Tage-Woche, was in der Konsequenz auf eine 60-Stunden-Woche hinausläuft. Die Verhandlungen führten wie erwartet zu keinem Ergebnis, es begann das Ritual der Schlichtungsverhandlungen, die letztendlich ebenfalls scheiterten.

Dagegen stellte die IG BAU Forderungen nach 4,5 Prozent Lohnerhöhungen auf, keine Verschlechterungen des Manteltarifvertrags und Erhöhung der Mindestlöhne in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

Nachdem sich bereits 40.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter an Warnstreiks beteiligt hatten, begann am 17. 06. 2002 der Streik.

- Während der 9 Streiktage haben die streikenden Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter systematisch andere Baustellen aufgesucht, auf denen weitergearbeitet wurde. Es ist ihnen teilweise gelungen, dort die Arbeit ganz oder wenigstens für Stunden zu blockieren und auch die Kolleginnen und Kollegen zum Mitstreiken zu überzeugen.
- So manche Blockadeaktion hatte die IG-BAU-Führung dabei nicht mehr im Griff, zu groß war die Wut der Kolleginnen und Kollegen. So verhinderten Streikende am Frankfurter Westhafen mit Gewalt das Weiterarbeiten von Streikbrechern.
- Auf anderen Baustellen erreichten die Streikenden, dass, obwohl diese nicht bestreikt wurden, nicht weitergearbeitet werden konnte, indem Streikende in Reisebussen angefahren kamen und die Baustellen quasi besetzten. So konnte zum Beispiel Baumaterial, das innerhalb einer bestimmten Zeit verarbeitet werden muss, nicht verarbeitet werden und verdarb. Die Unsicherheit der Kapitalisten, ob die Streikenden wiederkommen, führte mancherorts dazu, dass sie nicht riskieren wollten, neues Material zu bestellen und die Arbeit deshalb zum Ruhen kam.
- Viele Kolleginnen und Kollegen auch ausländischer Firmen solidarisierten sich und beteiligten sich an dem Streik. In Berlin zum Beispiel weigerten sich portugiesische und griechische Arbeiter, sich als Streikbrecher missbrauchen zu lassen. In Hamburg schlossen sich polnische Bauarbeiter dem Streik an.

Am 26. 06. 2002 erklärte die IG BAU den Streik dann allerdings für beendet und präsentierte ein mehr als mageres Verhandlungsergebnis: Die Löhne und Gehälter steigen 2002 faktisch um 2,7 Prozent, im September 2003 dann noch einmal um 2,4 Prozent. Der Mindestlohn in Ostdeutschland steigt um sage und schreibe 13 Cent von 8,63 Euro auf 8,76 Euro, und im September 2003 dann noch einmal auf 8,97 Euro!!! Im Westen beträgt die Erhöhung zunächst 32 Cent, von 9,80 Euro auf 10,12 Euro, und im September 2003 steigt der Tariflohn auf 10,36 Euro. Die geplanten Verschlechterungen des Manteltarifvertrags konnten laut IG BAU abgewehrt werden. Proteste seitens der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter gab es gegen dieses Ergebnis nicht.

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Die Gewerkschaftsführung präsentiert das Ergebnis als „großen Erfolg“, obwohl im Grunde nur eine Verlangsamung der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und kein eigentlicher Fortschritt erreicht wurde.

Wieder einmal hat sich gezeigt, dass es den Gewerkschaftsfürsten nicht darum geht, den berechtigten Forderungen der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter zum Durchbruch zu verhelfen. Zunächst werden die Kolleginnen und Kollegen zu Aktionen und zum Kampf ermutigt, um dann im geeigneten Moment zurückgepfiffen zu werden mit der Erklärung „mehr ist jetzt nicht drin, wenn wir weitergestreikt hätten, wäre auch nicht viel mehr herausgekommen“. Die demoralisierende Wirkung, die vom „Abschalten“ der Kämpfe durch die DGB-Fürsten ausgeht, führt auch dazu, dass sich ein Gefühl der Ohnmacht verbreitet, was gerade kämpferischen Arbeiterinnen und Arbeiter zermürben, fertigmachen und von künftigen Kämpfen abhalten soll.

Deshalb ist es wichtig und unverzichtbar, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter sich bei jedem ernsthaften Arbeitskampf nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen!

Wie die nationalistische Politik der IG-BAU-Führung die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern schürt!

Die IG-BAU-Führung forderte in diesem Streik gleichermaßen 4,5 Prozent Lohnerhöhung für alle „Tarifarbeiter und -arbeiterinnen“. Diese an sich legitime Forderung nach mehr Lohn täuscht darüber hinweg, dass damit die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter zementiert wird.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass im Baugewerbe wie in anderen Branchen auch in der Ex-DDR weit schlechtere Tarife gelten als im Westen. Um der Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wirklich Geltung zu verschaffen, hätte für Ostdeutschland eine ca. 8-prozentige Lohnerhöhung gefordert werden müssen. Die Angleichung der Löhne im Osten an den Westen war jedoch keine offizielle Streik-Forderung der IG BAU in diesem Streik. Das die Konkurrenz verschärfende Tarifsysteem soll weiterhin seine Geltung behalten.

Vor allem aber: Der zutiefst reaktionäre Charakter der Position der IG BAU zeigt sich an ihrer nationalistischen Politik gegen die sogenannten „illegalen“ Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern. Dies sind die Kolleginnen und Kollegen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Gerade diese Kolleginnen und Kollegen arbeiten zu vielfach härteren Bedingungen auf den Baustellen: zu Hungerlöhnen von oftmals nur 1,50 bis 2,50 Euro und zu Arbeitszeiten von regelmäßig mehr als 12 Stunden pro Tag. Sie sind nicht sozialversichert, Unfallschutzvorschriften stehen für sie vielfach nur auf dem Papier. Sie gehören zu den untersten Schichten der proletarischen Klasse, die am krassesten ausgebeutet werden.

Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen dieser Kolleginnen und Kollegen sieht die Führung der IG BAU keinen Streik vor. Sie

sieht die „Illegalen“ nur als Konkurrenz, die es buchstäblich mit allen Mitteln konsequent zu unterbinden gelte.

Ein Kernpunkt der Vorschläge der IG-BAU-Führung zur Verhinderung illegaler Beschäftigung ist die Forderung nach stärkeren Kontrollen auf den Baustellen und die Bildung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen, Aufbau einer zentralen Datei „illegale Beschäftigung“, Koordination über Schwerpunktstaatsanwaltschaften (Rede des Vorsitzenden der IG BAU Klaus WieseHügel auf dem 6. Potsdamer Gesellentag am 20.01.2001). Gewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter werden aufgefordert, Spitzeldienste gegen ihre Kolleginnen und Kollegen zu verrichten und an Koordinierungsstellen zu melden, wenn sie den Verdacht auf „illegale“ Beschäftigung auf „ihrer“ Baustelle haben.

Die IG-BAU-Fürsten propagieren das Spitzelwesen und sorgen letztendlich für die Abschiebung der sogenannten „Illegalen“ in ihre Herkunftsländer. Denn es ist mehr als bekannt, und wird auch von WieseHügel selbst in seiner Rede zugegeben, es trifft nicht die Kapitalisten, gegen sie werden (wenn überhaupt) lächerlich geringe Strafen verhängt, nicht sie werden gezwungen, zumindest den Mindestlohn zu bezahlen, sondern es trifft die Ärmsten der Armen, die „Illegalen“ selbst. Nicht selten verschafft eine rechtzeitige Abschiebung den Kapitalisten den angenehmen Nebeneffekt, ausstehende Löhne nicht mehr bezahlen zu müssen. Nicht selten geben die Kapitalisten selbst den Hinweis auf illegale Beschäftigung auf ihren eigenen Baustellen, um Löhne nicht bezahlen zu müssen.

In diese Politik reiht sich eine weitere Forderung der IG BAU ein, die Forderung nach Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für sogenannte Pendler. Darunter werden Arbeiter und Arbeiterinnen verstanden, die zwar in Deutschland arbeiten, aber nicht in Deutschland wohnen (Beschluss des Bundesvorstands der IG BAU vom 11.09.2000 zur EU-Osterweiterung).

Die IG-BAU-Führung unterstützt grundsätzlich die Zuzugsbeschränkungen für Arbeiterinnen und Arbeiter aus Nicht-EU-Ländern und fordert gar eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit von mindestens 10 Jahren für die Masse der Ausgebeuteten und Werk tätigen der sogenannten EU-„Beitrittsländer“ (Frank Schmidt, Vorstandsmitglied der IG BAU in der „jungen Welt“ vom 19. 05. 01).

Es entspricht einer zutiefst rassistischen und deutsch-nationalistischen Politik, wenn die IG BAU Forderungen nach staatlichen Sanktionen aufstellt, obwohl oder gerade weil sie weiß, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern die Leidtragenden dabei sind.

Jede Forderung nach Beschränkung des Zuzugsrechts und des ungehinderten Zugangs nach Deutschland für Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist zutiefst reaktionär. Der notwendige Zusammenschluss über die Grenzen des „eigenen“ Landes hinweg mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder

ist unmöglich, wenn nicht umfassend für die gleichen Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig von ihrer Herkunft gekämpft wird. Das schließt auch das Recht auf uneingeschränkten Zuzug ein.

Für den proletarischen Internationalismus! Gegen die reaktionäre Politik der IG BAU gegen Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern!

Die nationalistische Politik der IG-BAU-Führung muss mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Vereinzelt gibt es auch aus den Reihen der IG-BAU-Mitglieder heftige Proteste dagegen. So wird mit Recht darauf hingewiesen, dass es darum geht, auch für die „Illegalen“ die Lohnerhöhungen gleichermaßen durchzusetzen. Eine Kollegin aus dem Ortsvorstand Hamburg der IG BAU forderte: „Auf dem Bau muss wieder Solidarität einkehren. Unser Motto muss lauten: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch“ (www.gegenwind.info). Es gilt, solidarisch mit den „legalen“ und „illegalen“ Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Solche Aktionen und Kämpfe, massiv und militant geführt, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keineswegs unwirksamen Manövern zur Spaltung der Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen entgegenzuwirken. Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter und Arbeiterinnen illegal beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallschutz bietet, wüsste, dass am nächsten Tag Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen gemeinsam „seinen Laden“ auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde, doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann wäre ein Schritt in die richtige Richtung getan. Proletarischer Internationalismus und internationale Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Bau muss der reaktionären Politik der IG-BAU-Führung entgegengesetzt werden!

3. Streikabbruch ohne Urabstimmung durch die IG-Metall-Führung 2003

Juni 2003

Mit Polizei, Zwickel und Medien wie „Bild“ forciert der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Bewegung der proletarischen Klasse

Vier Wochen lang, vom 1. 06. 2003 bis 28. 06. 2003, streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Metall- und Elektroindustrie in den Tarifbezirken Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) für die 35-Stunden-Woche und den Fortbestand der bereits abgeschlossenen Tarifverträge. Die Kollegen und Kolleginnen der Stahlindustrie streikten gleichzeitig eine Woche. Dieser gerechte Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Deutschland war lange überfällig. Es sollte endlich Schluss sein damit, dass in den sogenannten neuen Bundesländern 8,6 Prozent weniger Geld für die gleiche Arbeit bezahlt wird. Denn die Kolleginnen und Kollegen erhalten für 38 Stunden den gleichen Lohn wie ihre Kollegen und Kolleginnen im Westen für 35 Stunden.

Von Anfang an waren die Streikenden mit einer gigantischen Hetzkampagne nicht nur durch die Kapitalistenverbände, sondern auch durch die Berliner Politiker und bürgerlichen Medien konfrontiert. Mit Hetztiraden wie: „Die Deutschen arbeiten fast 400 Stunden zu wenig“, „Die Region stirbt!“, die „IG Metall hinterlässt eine blutige Spur“ wurde versucht, die Streikfront zu brechen.

Für die Streikenden völlig überraschend und die eh nur spärlich vorhandenen innergewerkschaftlichen demokratischen Regeln mit Füßen tretend (ein Streikabbruch ist laut IG-Metall-Satzung erst nach Urabstimmung möglich), trat der Vorsitzende der IG Metall Zwickel am 28. 06. 03 nach einer ergebnislosen Verhandlungsrunde vor die Presse und erklärte die Kapitulation der IG Metall: der Streik sei gescheitert und wird beendet.

Die neue Qualität der Hetzkampagne der bürgerlichen Medien, die massive Einmischung bürgerlicher Politiker bis hin zur Aufforderung, den Lohnkampf sofort zu beenden, im Zusammenspiel mit den Streikbruchaktivitäten von Betriebsratsfürsten der Automobilindustrie in Westdeutschland und dem undemokratischen Streikabbruch durch Zwickel, im Nachhinein abgesegnet durch den IG-Metall-Vorstand, zeigt die zunehmende Verstärkung der Faschisierung gegen die Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland.

Der Beginn des Streiks für die gerechte Forderung nach der 35-Stunden-Woche

Bei den Tarifverhandlungen 1996 konnte die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie und in der Metall- und Elektroindustrie in den sogenannten fünf neuen Bundesländern nicht erreicht werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren weiter gezwungen, 38 Stunden die Woche für das gleiche Geld wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen für 35 Stunden zu arbeiten und damit faktisch 8,6 Prozent weniger Lohn in Kauf zu nehmen. Die Kapitalistenverbände hatten sich damals zu der Zusage durchgerungen, im Jahr 2003 über die Einführung der 35-Stunden-Woche zu verhandeln. Diese Verhandlungen sollten aber jetzt tatsächlich dazu genutzt werden, die Möglichkeiten zu schaffen, die Arbeitszeiten in den Betrieben noch weiter auszudehnen. Das „Angebot“ der Kapitalisten lautete: Es soll ein Zeitkorridor von 35 bis 40 Stunden geschaffen werden, innerhalb dessen die Betriebe die wöchentliche Arbeitszeit selbst festlegen sollten. Ein Freizeitausgleich für Arbeitszeiten über 38 Stunden hinaus soll nicht stattfinden, Dies bedeutete faktisch die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche! („Metall aktuell“ vom Juni 2003)

Gleichzeitig haben die Kapitalistenverbände die bestehenden Tarifverträge gekündigt und damit auch Leistungen wie Urlaubsgeld, Überstundenzuschläge und das Übernahmerecht der Auszubildenden für 12 Monate in Frage gestellt.

Nachdem bei der Urabstimmung 79,9 Prozent der Kolleginnen und Kollegen für den Streik stimmten, begann am 01. 06. 2003 der Streik in der Stahl- und in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost). Die Nachtschicht des VW-Motorenwerks Chemnitz trat nahezu zum selben Zeitpunkt in den Streik, an dem der SPD-Parteitag sein Programm zur Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland „Agenda 2010“ verabschiedet hatte.

Ab diesem Zeitpunkt streikten täglich 6.000 bis 12.000 der insgesamt 320.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metall- und Elektroindustrie in ca. 15 Betrieben in den nächsten vier Wochen.

Bereits nach nur 6 Tagen kam es zu einem Tarifabschluss in der Stahlindustrie, einem Abschluss, der von den Kapitalisten jederzeit wieder unterlaufen werden kann: Ab dem 01. 04. 2005 soll die Arbeitszeit auf 37 Stunden verkürzt werden, ab dem 01. 04. 2007 auf 36 Stunden, ab dem 01. 04. 2009 auf 35 Stunden, aber nur dann, wenn es die „wirtschaftliche Situation der Betriebe erlaubt“(!). Das heißt, dass die Einführung der 35-Stunden-Woche weiterhin fraglich ist und durch die Kapitalisten mit der Behauptung, ihre wirtschaftliche Situation lasse die Arbeitszeitverkürzung nicht zu, wieder gestoppt werden kann. Die Kolleginnen und Kollegen stimmten trotzdem in der Urabstimmung zu 59,9 Prozent mit ja.

Die Gewerkschaftsführung hatte sich wohl von dem schnellen Ergebnis versprochen, dass nun ein ähnlich fauler Kompromiss auch in der Metall- und Elektroindustrie geschlossen werden könnte und damit ein schnelles Ende des Arbeitskampfs heranrückt.

Die Kapitalistenverbände blieben bei ihrer Forderung nach Ausweitung der Arbeitszeit unerbittlich. Der „Metallarbeitsgeberverband Sachsen“ ließ verlauten, er würde sich lieber selbst auflösen, als einen Millimeter nachzugeben.

Gleichzeitig nahm die Hetze in den bürgerlichen Medien und durch Politiker der Berliner Parteien zu und der Druck auf die Streikenden verstärkte sich. Den Streikenden wurde das Recht abgesprochen, für ihre berechtigten Forderungen nach gleichen Arbeitsbedingungen wie in Westdeutschland zu kämpfen. Dazu mussten die fadenscheinigsten Argumente herhalten, wie zum Beispiel dies, wonach die Lebenshaltungskosten im Osten ja auch geringer als im Westen seien, weshalb weniger Lohn gerechtfertigt wäre. Ein Argument, von dem sich leider auch Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Gewerkschaften beeindrucken ließen.

Wirtschaftsminister Clement hielt die Forderung der Streikenden für mehr Gerechtigkeit für „abwegig“ (Frankfurter Rundschau vom 31.05.2003). Der Präsident des BDA Dieter Hundt forderte die gesetzliche Aufhebung des „Erpressungspotentials“ und damit faktisch die Abschaffung des Streikrechts. Der Vorsitzende von Gesamtmetall drohte mit dem Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen. BMW und VW drohten über die Medien mit dem Stopp von Investitionen und der Verlagerung von Arbeitsplätzen in sogenannte „Billiglohnländer“. Die bürgerlichen Medien – allen voran die „Bild“-Zeitung – nahmen diese Stichworte bereitwillig auf und überzogen die Streikenden mit übelsten Beschimpfungen und Unterstellungen. Während des Streiks waren folgende Schlagzeilen an der Tagesordnung: „Metallstreik gefährdet 20.000 Arbeitsplätze“ („Bild“-Zeitung vom 01. 06. 2003), „Diktat der Minderheit“ („Handelsblatt“ vom 02. 06. 2003), „Arbeitsplätze weg-streiken“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 31. 05./01. 06. 2003), „Kampf der Minderheiten“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 03. 06. 2003).

Insbesondere wurde auch das Argument, die Kolleginnen und Kollegen im Osten wollten gar nicht streiken, das sei ihnen nur durch die IG-Metall-Führung aufgedrängt, immer wieder in den Medien lanciert. So titelte die „Bild“-Zeitung am 19. 06. 2003: „West-Gewerkschafter lassen Ost-Arbeiter nicht an die Maschinen“. Von Anfang an wurde spekuliert, ob die Urabstimmung der IG Metall nicht gefälscht gewesen war. Es sollte damit der Eindruck erweckt werden, dass die Streikfront bröckelte und es unter den Kolleginnen und Kollegen in Wirklichkeit keine Mehrheiten für den Streik gegeben habe.

Der Streik geht trotz aller Einschüchterungsmaßnahmen weiter!

Am 05. 06. 2003 zogen 500 Streikende zu der Zahnradfabrik in Gröna, die dem Vorsitzenden des Metall-Kapitalistenverbands in Sachsen, Bodo Finger, gehört. Finger hatte sich von Anfang an als besonderer Scharfmacher gegen die Streikenden hervorgetan. Die Streikenden mauerten die Eingangstür der Fabrik zu und blockierten die Zufahrtstraßen. Finger hatte sich bereits im Vorfeld aus dem Staub gemacht und seinen Betrieb an diesem Tag geschlossen.

Am 19. 06. 2003 waren immer noch insgesamt 11.300 Arbeiter und Arbeiterinnen in 15 Betrieben im Streik.

Die IG Metall wurde an diesem Tag zu einem Ordnungsgeld in Höhe von 25.000 Euro verurteilt, weil die Kolleginnen und Kollegen den Zugang zum Bombardier-Werk Hennigsdorf und zum ZS Getriebewerk erfolgreich blockiert hatten, damit Streikbrecher nicht ins Werk gelangen konnten. Die Kolleginnen und Kollegen waren völlig zu Recht nicht bereit, sich an den juristisch-legalistischen Rahmen zu halten, wonach Streikende immer eine Gasse für „Arbeitswillige“ freilassen müssen, damit Streikbrecher ungehinderten Zugang zu den Betrieben haben.

Auch bei Federal Mogul hatten die Streikbrecher zunächst keine Chance. Die Zufahrtswege waren blockiert. Der Leiter des Werks Thomas Werner berichtet am 20. 06. 2003 fassungslos: „Wir haben gerade versucht, einen Bus mit Arbeitswilligen ins Werk zu bringen, für 100 Meter haben wir über eine Stunde gebraucht.“ („Financial Times“ vom 20. 06. 2003) Auch hier zeigte das Verbot des Arbeitsgerichts Dresden keine Wirkung. Federal Mogul ließ die Streikbrecher daraufhin mit Hubschraubern ins Werk einfliegen und drohte mit Polizeieinsatz gegen die Streikenden. Nach dem Gerichtsurteil marschierte eine Hundertschaft Polizei auf und sorgte dafür, dass eine Gasse von 3 Metern für die Streikbrecher frei blieb („Süddeutsche Zeitung“ vom 20. 06. 2003). Die IG-Metall-Führung beendete in diesem Werk den Streik am 20. 06. 2003.

Solidaritätsaktionen durch Kolleginnen und Kollegen aus Westdeutschland

Zunächst muss festgestellt werden, dass in den westlichen Tarifbezirken nicht ein Warnstreik, nicht eine Demonstration zur Unterstützung des Streikziels stattgefunden hat. Verschiedentlich gab es Flugblätter in den Betrieben. Dennoch gab es auch Beispiele praktischer Solidarität. Kolleginnen und Kollegen von DaimlerChrysler, Porsche, Thyssen-Krupp, VW, BMW, ZF Saarbrücken und aus vielen anderen Betrieben standen tageweise Streikposten. Die Blockade-Aktionen bei Federal Mogul, VW und ZS Getriebewerk wurden tatkräftig unterstützt durch Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen, hauptsächlich aus den VW-Werken.

Bei VW in Salzgitter weigerte sich die Belegschaft, Streikbrecherarbeit zu verrichten. Dort sollten die Getriebe produziert werden, die in Chemnitz auf Grund des Streiks nicht mehr produziert werden konnten. In Salzgitter fand daraufhin eine fünfstündige Betriebsversammlung statt, die die Produktion lahmlegte.

Der Streik zeigt Fernwirkung in anderen Automobilbetrieben und die Hetze gegen die Streikenden nimmt weiter zu

Die IG Metall schloss bis zum 21.06.2003 in ca. 8 Betrieben sogenannte Haustarifverträge direkt mit den Betrieben selbst ab, die alle einen ähnlichen Kompromiss enthielten wie der Tarifvertrag in der Stahlindustrie.

Am 23. 06. 2003 zeigte der Streik Fernwirkung bei BMW in Regensburg und München. Der Getriebehersteller ZV konnte nicht mehr liefern. BMW konnte 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter nicht beschäftigen. Statt die eintretende Fernwirkung zu begrüßen, da dies den Druck auf die Kapitalistenverbände erhöht, auf die Streikforderung der Kolleginnen und Kollegen einzugehen, erklärt die IG Metall in einer Presseerklärung: „Die IG Metall bedauert mögliche streikbedingte Produktionsausfälle in der Autoindustrie“ („Metall aktuell“ 88/2003 vom 19. 06. 2003).

Am 27. 06. 2003 zeigte sich die Fernwirkung auch bei VW in Wolfsburg. Hier konnten ca. 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter nicht weiterproduzieren, weil die Teile aus Chemnitz und Zwickau nicht geliefert werden konnten.

Jetzt meldeten sich auch verschiedentlich die vom Kapital bestochenen Betriebsrätsführer aus westdeutschen Betrieben der Automobilindustrie zu Wort, fielen den Streikenden in den Rücken und stellten sich auf die Seite der Streikbrecher, so zum Beispiel der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von DaimlerChrysler Erich Klemm und von VW Klaus Volkert. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Opel, Franz, hetzte ganz offen: „Die Streiks für die 35-Stunden-Woche im Osten waren niemals von einer breiten Bewegung in der Arbeitnehmerschaft getragen. Ich bin dafür, dass alle Streiks ab sofort beendet werden, damit schnell eine vernünftige Verhandlungslösung erreicht werden kann.“ („Die Welt“ vom 26. 06. 2003) Eine Haltung, die nach der Satzung der IG Metall zu einem Gewerkschaftsausschluss führen kann, denn für Streikbrecher ist selbst in § 11 dieser reformistischen Satzung die Möglichkeit zum sofortigen Ausschluss bei Streikbruch vorgesehen.

Die Tarifkommissionen Berlin-Brandenburg und Sachsen stellen immerhin am 29. 06. 2003 in der ihr eigenen Sprache klar: „In den letzten Streikwochen wurde die Fernwirkung auf einige westdeutsche Automobilhersteller und Zulieferbetriebe der Autoindustrie deutlich. Jedem Beteiligten war von Anfang an klar, dass eine Fernwirkung auf westdeutsche Betriebe nicht auszuschließen war. Es ist gerade Sinn und Zweck eines Arbeitskampfes, Wirkung auf die Arbeitgeber (sprich: Kapitalisten, A. d. R.) zu erzielen.“

Die IG-Metall-Führung bricht den Streik ohne Urabstimmung ab!

Vor der letzten Verhandlungsrunde fand am 27. 06. 2003 ein Treffen zwischen Schröder und den Gewerkschaftsführern der einzelnen Gewerkschaften statt. Die Gewerkschaftsfürsten bestätigten Schröder noch mal, dass sie jeden Kampf gegen die „Agenda 2010“ unterlassen werden, und die IG-Metall-Führung betonte, dass es ihr darum gehe, dass „SPD und Gewerkschaften wieder zu einer vernünftigen Kooperation finden“, so der Zwickel-Vertraute Klaus Lang („Handelsblatt“ vom 27. 06. 2003).

Wie diese „vernünftige Kooperation“ aussehen soll, bekamen die Streikenden bald zu spüren.

Nachdem die Kapitalistenverbände das Angebot der IG Metall auf stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche abgelehnt haben, trat der Erste Vorsitzende der IG Metall am 28.06.2003 vor die Presse und erklärte gegen alle demokratischen Regeln den Streik für gescheitert und beendet. Diese Entscheidung wurde ohne Urabstimmung und ohne die Tarifkommission getroffen. Es wurde noch nicht einmal ein „Maßregelungsverbot“ vereinbart, wie dies nach einem Streik üblich ist, um die am Streik beteiligten Kolleginnen und Kollegen wenigstens etwas vor Repressalien der Kapitalisten zu schützen.

Der Streikabbruch war eine „vernünftige Kooperation“ zwischen Gewerkschaftsführung, Regierung und Kapitalisten auf dem Rücken der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter: Das Streikziel, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, war nicht erreicht worden, die Tarifverträge sind weiterhin gekündigt und ohne Maßregelungsverbot sind die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen in noch größerem Maße als ohnehin schon der Willkür der Kapitalisten ausgesetzt.

Zur Haltung der IG-Metall-Führung: „Wer sich auf den Gewerkschaftsapparat verlässt, ist verlassen!“

Wie für alle Streiks gilt auch für diesen: „Wer sich auf den Gewerkschaftsapparat verlässt, ist verlassen“. Es gibt unzählige Beispiele, wo sich DGB- oder IG-Metall-Führer als Streikverhinderer, Streikbrecher, als Heuchler und Lügner erwiesen haben. Das lässt sich auch in diesem Streik gut aufzeigen. Der IG-Metall-Führung ging es von Anfang an nicht um eine starke Streikfront, die in der Lage ist, mit Kampfkraft und massivem Druck die Forderung nach der 35-Stunden-Woche durchzusetzen. So begann der Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, erst nach Pfingsten wurden Betriebe aus Brandenburg und Berlin (Ost) mit in den Streik einbezogen. Die ca. 1.900 Kolleginnen und Kollegen von Opel Eisenach durften überhaupt nicht am Streik teilnehmen, obwohl sie ihre Streikbereitschaft mehrfach zum Ausdruck gebracht haben. Auf einer Belegschaftsversammlung nahmen sie deutlich Stellung:

„Wenn wir uns für unsere berechtigten Interessen mit legalen Mitteln einsetzen, werden wir mit Parolen überzogen, die teilweise an Volksverhetzung grenzen. Gleichzeitig wird die Gewerkschaft als völlig nutzlos und überholt dargestellt. Wir wollen hier mal klarstellen: Die Gewerkschaften und das Recht auf Streik als Mittel zur Durchsetzung von Forderungen ist notwendig und das werden wir uns nicht kaputt machen lassen.“
(Presserklärung der Belegschaft Opel Eisenach, labournet.de)

Die IG-Metall-Führung wollte von Anfang an auch keine Fernwirkung des Streiks in Westdeutschland erreichen, was in ihrer Presseerklärung klar zum Ausdruck kam. Dies ist alles nicht neu, wurde in anderen Streikbewegungen der letzten Jahre und Jahrzehnte schon zimal so oder so ähnlich beobachtet und überrascht auch nicht. Wenn der DGB auf dem Prüfstand stand, ging es nicht etwa um die Frage, wie er zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems und seines Staatsapparats gerichteten kommunistischen Bewegung der proletarischen Klasse steht. Da gibt es keinen Zweifel: Der DGB steht ohne Wenn und Aber, festgeschrieben in unzähligen Beschlüssen und Erklärungen, auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nein, es ging um nicht mehr und nicht weniger als um „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, also um eine einfache, gerechte ökonomische Forderung!

Neu ist die Tatsache, dass ein Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft nach einer erfolglosen Verhandlungsrunde mit den Kapitalistenverbänden vor die Presse tritt und den Streik für beendet erklärt. Vorbei an allen innergewerkschaftlich eh nur sehr spärlich vorhandenen demokratischen Regeln, vorbei an der Satzung der IG Metall. Die Satzung schreibt zwingend vor, dass bei einer entscheidenden Wendung im Tarifikampf erneut eine Urabstimmung stattzufinden hat, in der entschieden werden muss, ob der Streik weiterzuführen ist oder nicht (§ 22 der IG-Metall-Satzung). Bislang wurde noch immer eine solche Urabstimmung durchgeführt, wenn ein Streik beendet werden sollte. Der Streik wurde durch den Vorstand der IG Metall auch abgebrochen, ohne die Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Streik ihren Kopf hingehalten haben, zu schützen. Ein Maßregelungsverbot soll verhindern, dass die Streikenden Nachteile haben, wenn sie an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, zum Beispiel durch Lohnabzüge oder Schadenersatzforderungen durch die Kapitalisten wegen angeblicher Schäden, die ihnen während des Streiks entstanden sind. Die IG-Metall-Führung zeigte damit in aller Deutlichkeit, dass sie auf kämpferische Kolleginnen und Kollegen keinen Wert legt.

Die fadenscheinige Begründung des IG-Metall-Vorstands, keine Urabstimmung durchzuführen, lautete, die Streikfront habe so gebröckelt, eine Urabstimmung sei nicht notwendig gewesen. Es bleibt die Frage offen, ob die Urabstimmung ergeben hätte, dass die Streikfront in den Betrieben ungebrochen stand und der Streik

gegen den Willen der IG-Metall-Führung hätte weitergeführt werden müssen. Die IG-Metall-Führung tat alles, um die Frage nach der Stärke der Streikfront nicht aufzuklären, über den Satzungsverstoß verlor sie kein Wort.

Stattdessen hat die IG-Metall-Führung nach Ende des Streiks einen Streit um die Nachfolge Zwickels entfacht und damit von den eigentlich brennenden Fragen abgelenkt. Die Opposition Peters zu Zwickel hatte zwischenzeitlich auch schon längst ihr Ende gefunden, nachdem Herr Peters nun sicher sein kann, im August als Vorsitzender der IG Metall gewählt zu werden. Zwischenzeitlich ließ Peters den Pressesprecher der IG Metall, Claus Eilrich, feuern, weil er es gewagt hatte, in einer Sonderausgabe der „Metall-Zeitung“ einen kritischen Bericht über Zwickel zu veröffentlichen („Frankfurter Rundschau“ vom 16. 08. 2003).

Das Arsenal der Politiker des deutschen Imperialismus: Hetze und Verleumdungen bis zur Forderung nach Abschaffung des Streikrechts

Den Politikern der Berliner Parteien geht es nicht um mehr Gerechtigkeit, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das ist in diesem Streik so gewesen und war auch in den vorangegangenen Kämpfen nicht anders. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der deutschen Imperialisten zu vertreten und nicht die Interessen der proletarischen Klasse. Dabei findet eine gewisse Rollenverteilung zwischen den einzelnen Parteien statt, es bestehen Unterschiede im Auftreten der einen oder anderen Partei. In aller Regel hielten sich die Politiker aller Parteien bei Streiks und Arbeiterkämpfen der letzten Jahre eher mit eindeutigen Äußerungen gegen Streiks zurück, man will ja schließlich potentielle Wähler unter der Arbeiterschaft nicht vor den Kopfstoßen.

Bei diesem Streik ließen Politiker aller Berliner Parteien ihre Zurückhaltung fallen und zogen zum Teil schon vor Beginn des Streiks über die Streikenden und ihre gerechten Forderungen her. Weit aus dem Fenster gelehnt hat sich Wirtschaftsminister Clement, der sogar behauptet, die Forderung der Streikenden als gerecht zu bezeichnen, sei abwegig. Der Wirtschaftsexperte der SPD, Klaus von Dohnanyi, behauptete, die IG Metall hinterlasse eine „blutige Spur“ („Die Welt“ vom 03. 06. 2003). Friedrich Merz von der CDU bezeichnet den Streik als „arbeitsplatzvernichtende Kampfansage“, Angela Merkel (CDU) fordert die Ausweitung der Arbeitszeit in ganz Deutschland („Frankfurter Rundschau“ vom 23. 06. 2003) und bezeichnet den Streik als „aberwitzig“, und Bundeskanzler Schröder sagt klar und deutlich, dass er kein Verständnis für die Streikwelle habe („Bild“-Zeitung vom 23. 06. 2003). Dem Chor der Hetztiraden folgen die Forderungen nach Abschaffung des Streikrechts („Netzzeitung.de“ vom 28. 06. 2003), eines Streikrechts, das so wieso nur auf Streiks für ökonomische Forderungen beschränkt ist. Weiter wird der Ruf nach Schwächung des Tarifrechts laut, die Regelungen sollen künftig in

den Betrieben selbst getroffen werden, vorbei am Tarifvertrag. Eine Forderung, mit der die Grünen schon vor Jahren angetreten sind. Damit soll die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter geschwächt werden, indem jede Belegschaft in ihrem Betrieb selbst mit den Kapitalisten um ihre Arbeitsbedingungen verhandeln und kämpfen muss.

Die bürgerlichen Medien überziehen die Streikenden vom ersten Streiktag an mit Hass- und Verleumdungstiraden

Die Erfahrung vergangener Streikbewegungen zeigt, dass die bürgerlichen Medien als Mittel der Imperialisten in der Regel zu Beginn der Kämpfe zunächst Verständnis und ein gewisses Maß an Sympathie heucheln, bis sie dann diese „Sympathie“ durch direkte Lügenpropaganda und Hetze ersetzen. Damit soll den Kämpfen die Spitze abgebrochen werden, es soll sich eine Atmosphäre der Resignation breitmachen, in der dann die Spaltungsmanöver der Kapitalisten auf fruchtbaren Boden fallen, damit dann die den Kapitalisten genehmen faulen Kompromisse geschlossen werden können.

In diesem Streik haben die bürgerlichen Medien ein anderes „Rezept“ präsentiert. Sie haben von Anfang an Stellung genommen gegen die Streikbewegung. „Sympathie“ für die Streikenden und ihre gerechten Forderungen waren in keinem Artikel der namhaften Zeitungen oder Zeitschriften zu finden. Stattdessen richtete sich eine wahre Hasstirade gegen die Streikenden: Als „absurd und gefährlich“ betitelt der „Spiegel“ den Streik, von „Anmaßung“ spricht das „Handelsblatt“, „Irrsinn“ meint die „Süddeutsche Zeitung“ usw. Es wird massiv die Angst vor noch mehr Erwerbslosigkeit geschürt, an der dann angeblich der Streik schuld sein soll. Die Spaltung in Ost und West wird vorangetrieben mit der Hetze, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen im Westen den Streik im Osten bezahlen müssen, da die Arbeiter und Arbeiterinnen im Westen in Kurzarbeit gehen aufgrund der eingetretenen Fernwirkung.

* * *

Dies alles zeigt, wie sich die Faschisierung gegen die Bewegung der proletarischen Klasse verstärkt. Die deutschen Imperialisten wollen einen Zustand der „Friedhofsruhe“ in Deutschland. Eine „Friedhofsruhe“, die sie benötigen, um ihre revanchistischen Pläne vorantreiben zu können, Ihre Pläne zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland, zur Führung neuer imperialistischer Kriege wie zuletzt in Afghanistan, um ihre Einflussphären auszudehnen, im direkten Konkurrenzkampf zu den anderen Imperialisten, um nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter im eigenen Land möglichst reibungslos ausbeuten zu können, sondern auch die Bevölkerung der vom deutschen Imperialismus abhängigen Länder und von seiner Bundeswehr besetzten Gebiete!

4. Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler 2004

Juli 2004

20 Jahre nach dem Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verschärft das monopolistische Großkapital die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten proletarischen Klasse

Mit den größten Protestaktionen der letzten Jahre, kurzfristigen Streiks, Demonstrationen und Straßenblockaden, kämpften im Juli 2004 Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige verschiedener Werke von DaimlerChrysler gegen die angekündigte Verschärfung der Ausbeutung durch „Kosteneinsparungen“ von 500 Mio. Euro jährlich. Solidaritätsbekundungen gab es nicht nur von Belegschaften und Vertretungen anderer Betriebe in Deutschland, sondern auch aus anderen Ländern. Das alles beunruhigte nicht nur die Herren von DaimlerChrysler, sondern auch Bundeskanzler Schröder und die anderen politischen Sachwalter des monopolistischen Großkapitals. Die bürgerlichen Medien bemühten sich, die Proteste in den Betrieben und auf der Straße ganz zu verschweigen oder als „Randnotiz“ herunterzuspielen.

Gewiss, trotz einer mehr als zweifelhaften „Job-Garantie bis 2012“ konnten die DaimlerChrysler-Kapitalisten ihren 500-Millionen-Euro-Raubzug zunächst weitgehend durchsetzen. Dabei konnten sie sich wieder einmal auf die Gewerkschaftsführung und deren Apparat stützen, die gar von sich aus von vornherein ein 180-Millionen-Verzichtspaket angeboten hatten. Das ändert nichts daran, dass Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter in einem der wichtigsten Konzerne des monopolistischen Großkapitals für die gesamte proletarische Klasse ein kämpferisches Zeichen gegen die Erpressungs- und Spaltungspolitik der Kapitalisten gesetzt haben. Das gilt es ohne jede Schönfärberei, vor allem aber gegen Abwiegelei, Resignation und Kapitulation herauszustellen.

Die Erfahrungen dieses Kampfes verweisen auf die Notwendigkeit und die Aufgaben des selbstständigen Zusammenschlusses der kämpferischsten und fortgeschrittensten Kolleginnen und Kollegen. Dieser kämpferische Zusammenschluss ist nicht nur nötig für die Entwicklung des nötigen Abwehrkampfes gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, sondern vor allem für die revolutionäre Perspektive des Kampfes für die Zerschlagung des kapitalistischen Ausbeutungssystems selbst.

Kampfaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler

Im Juni 2004 haben die DaimlerChrysler-Kapitalisten eine massive Verschärfung der Ausbeutung angekündigt und eingeleitet. Dies geschah ein Jahr nach den vom Kapital niedergeschlagenen und von der Gewerkschaftsführung sabotierten Streiks im Osten für die 35-Stunden-Woche, wurde vorbereitet durch eine Fülle von „Arbeitszeit-Öffnungsklauseln“ im Tarifabschluss der Metallindustrie 2004 und die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bei Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort und steht im Zusammenhang mit dem Sozialraub-Programm von Hartz und Agenda 2010.

DaimlerChrysler drohte mit der Entlassung von 6.000 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sindelfingen und der Verlagerung der Produktion nach Bremen oder Südafrika, wenn es mit dem Gesamtbetriebsrat nicht zu einer Vereinbarung über „Kosteneinsparungen“ von 500 Mio. Euro durch Lohnkürzungen, Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie Streichung bezahlter Pausen kommt. Sobald dies unter den Arbeiterinnen und Arbeitern von Daimler-Chrysler bekannt wurde, gab es größte Empörung.

Besonders wichtig war aber: Der Versuch von DaimlerChrysler, die Belegschaften erpresserisch gegeneinander auszuspielen, konnte den Beginn eines gemeinsamen Kampfes nicht verhindern. Es kam schon bald zu betriebsübergreifenden Protestaktionen, kurzfristigen Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden und Betriebsversammlungen:

3. Juli: In den Werken **Sindelfingen** und **Untertürkheim** kommt es zu Produktionsausfällen wegen der Verweigerung von Überstunden und der Einberufung von Abteilungsversammlungen. Auf danach folgenden Betriebsversammlungen werden Manager mit Pfeifkonzerten bis zu zehn Minuten daran gehindert zu reden. Transparente und Plakate machen die Versammlungen faktisch zu Protestkundgebungen.

9. Juli: Über 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Werken **Sindelfingen**, **Stuttgart-Untertürkheim**, **Mannheim** und Bremen legen die Arbeit bis zu 60 Minuten nieder.

10. Juli: Rund 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte bei DaimlerChrysler in **Sindelfingen** treten ihre Arbeit kurzerhand nicht an.

15. Juli: Mehr als 60.000 Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler protestieren und demonstrieren an diesem Aktionstag gegen die geplanten Angriffe.

- Die Nachtschicht im **Düsseldorfer Daimler-Werk** macht mit Streik und einem Fackelzug durch die Innenstadt den Anfang. In den anderen Werken von Hamburg bis Sindelfingen (**Bremen, Berlin, Kassel, Gaggenau, Wörth, Rastatt**) schließt sich die Frühschicht am 15. 07. an.

- In **Stuttgart-Untertürkheim** versammeln sich 10.000 Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus den Werkteilen Untertürkheim, Hedelfingen und Mettingen zu einer Protestkundgebung vor dem Untertürkheimer Tor. Beteiligt sind auch Delegationen aus den umliegenden Betrieben: Porsche, Alcatel, Siemens, Bosch, Hirschmann. Aus vielen Betrieben gibt es Solidaritätserklärungen: VW, MAN, Opel, MTU Friedrichshafen, Bürgerhospital Stuttgart. Vertreter des Stuttgarter Arbeitslosenzentrums und Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen sind mit Transparenten gekommen, um sich mit dem Daimler-Streiktag zu solidarisieren.

- Die 2.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Werk **Mettingen** haben nicht, wie von der IG Metall organisiert, die S-Bahn als Weg zur Protestkundgebung zum Untertürkheimer Werk genommen. Stattdessen laufen sie – trotz aller Abwiegungsversuche des Vertrauenskörper-Leiters – in einem Protestmarsch über die Hauptverkehrsader B 10. Sie bringen den Verkehr auf der stark befahrenen B 10 zum Stillstand und nehmen die Bundesstraße für eine Stunde in Beschlag. Die wütenden Demonstrantinnen und Demonstranten rufen: „Wir lassen uns nicht erpressen“. Vorneweg wird unter anderem ein Transparent getragen mit der Aufschrift „Lohnraub + Arbeitsplatzvernichtung – DaimlerChrysler-Kollegen wissen sich zu wehren“. Viele Passantinnen und Passanten sowie Lastwagenfahrer auf der Gegenfahrbahn und Arbeiter der Stadtreinigung bekunden ihre Sympathie.

- Im **Sindelfinger Werk** nehmen 20.000 an der Kundgebung teil und marschieren anschließend durch die Innenstadt. Auf einem Plakat steht die Aufschrift „Es ist Krieg“. Auf einem Spruchband steht: „Wer Erpressung sät, wird Streik ernten“.

- In **Rastatt** versammeln sich 1.500 Kolleginnen und Kollegen zu einer Kundgebung vor Tor 3 des Rastatter DaimlerChrysler-Motorenwerks.

- Im **Berliner Werk** streiken 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für rund zwei Stunden. An der Protestkundgebung beteiligen sich auch Arbeiterinnen und Arbeiter anderer Firmen, darunter Siemens und Osram.²²

22 www.rbb-online.de

- In **Mannheim** gibt es eine Kundgebung vor dem Werk mit 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, in **Wörth** (Rheinland-Pfalz) und Bremen jeweils mit 5.000. Auch in **Hamburg** gibt es Proteste.

20. Juli: Die Nachtschicht in **Sindelfingen** legt die Arbeit nieder.

21. Juli: Die Gabelstaplerfahrerinnen und -fahrer in **Sindelfingen** führen einen zweistündigen Streik durch.

Solidaritätserklärungen

Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler hatte breite Sympathie bei den Kolleginnen und Kollegen vieler anderer Betriebe gefunden. Dies zeigte sich an zahlreichen Solidaritätserklärungen sowie auch an der Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe an Kundgebungen und Demonstrationen.²³

Beispielhaft ist die Solidaritätserklärung der IGM-Vertrauenskörperleitung Opel Bochum vom 21. 07. 2004:

„An die DaimlerChrysler-Belegschaft
Eurem Kampf gilt unsere volle Unterstützung und Solidarität. Ihr könnt stolz sein auf den Aktionstag, die Streiks und Demonstrationen. Weiter so bis die Vorstands-Pläne komplett vom Tisch sind!
Besonders die Solidarität aus Bremen hat uns sehr beeindruckt. Der konzernweite Zusammenhalt hat Zukunft. Während Konzerne wie DC, General Motors und Siemens Milliarden an Profiten scheffeln, sollen wir auf Lohn verzichten und länger arbeiten. Was uns dann noch übrig bleibt, nimmt uns die Regierung mit Renten- und Gesundheitsreform und Hartz-Gesetzen. Die Auseinandersetzung bei DC geht uns alle an. Nicht nur wegen den Tarifverträgen. In unserem Betrieb und vielen anderen wird Euer Kampf deshalb mit viel Sympathie verfolgt. Wenn dem DC-Vorstand eine Niederlage beigebracht wird, ist das richtungsweisend für die gesamte weitere Auseinandersetzung mit den Konzernen und der Regierung.
Auch der Opel-Vorstand will bei uns Löhne kürzen und Arbeitszeiten ausweiten. Aber er fürchtet auch den Kampf. Vor einigen Wochen musste er die Tarifierhöhung auf den Opel-Lohn auszahlen aufgrund der Kampfbereitschaft der Belegschaft. Im Jahr 2000 haben wir mit 5 Schichten selbstständigem Streik die Einheit der Belegschaft erfolgreich verteidigt. Die ‚großen‘ Bosse sind verwundbar.

²³ Viele Solidaritätserklärungen sind veröffentlicht unter labournet.de.

In den Hallen sprechen es mittlerweile viele aus: ‚Warum machen wir es nicht so wie bei DC? Am besten alle Arbeiter gemeinsam!‘

Es gibt keinen Grund, mit den Erpressern weiter zu verhandeln und irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wer sagt denn, dass wir uns nur noch über den Grad der Verschlechterungen streiten dürfen? Es wird Zeit, dass wir den Spieß umdrehen und in die Offensive kommen! Schließen wir uns in allen Betrieben, über Branchen- und Ländergrenzen hinweg zusammen. Das hat Perspektive!

In diesem Sinne mit kämpferischen und solidarischen Grüßen,
VKL Opel Bochum A. Felder (Stellv. Vorsitzender)“

In der Solidaritätsadresse der IGM-Vertrauenskörperleitung Hoesch Spundwand und Profil Dortmund vom 19. 07. 2004 wird der Kampf gegen die spalterische Standort-Ideologie betont:

„Wir gratulieren den Bremer Kollegen, dass sie sich nicht auf das miese Spiel der Standortkonkurrenz eingelassen haben. Sie haben damit die richtige Konsequenz aus der Verschärfung der Konkurrenz durch die Internationalisierung der Produktion gezogen: die Entscheidung für den gemeinsamen Kampf über Betriebs- und Ländergrenzen hinweg gegen eine Abwärtsspirale im Kampf um die schlechtesten Arbeits- und Lebensbedingungen! Das hat Perspektive! Bleibt hart!“

In der Solidaritätserklärung der IG-Metall-Vertrauensleute bei Festo in Esslingen vom 20. 07. 2004 wird besonders die Straßenblockade der B 10 in Mettingen unterstützt:

„Mit großer Sympathie haben wir die Kunde vernommen, dass über 1.500 Mettinger Beschäftigte beim Aktionstag am 15. Juli über die B 10 marschierten. Das in Grundgesetz verbriefte Recht auf Demonstrationsfreiheit sollte gerade auf Bundesstraßen häufiger genutzt werden. Es ist doch auch die Bundesregierung, die uns zusätzlich zu den Angriffen der Unternehmer mit ihren sogenannten ‚Reformen‘ der Agenda 2010 in die Taschen greift. Was wir in diesen Tagen über ‚Hartz IV‘ erfahren bestätigt: Es ist höchste Zeit, den Angriffen wirkungsvoll Einhalt zu bieten. Dabei lastet auf Eurer DaimlerChrysler-Belegschaft gegenwärtig eine besondere Verantwortung.

Wir wollen nicht nur die Daumen drücken, sondern erklären unsere Bereitschaft, Eure Aktionen mit aller Kraft zu unterstützen. Auf der B 10 begleiteten Euch bereits einige unserer Vertrauensleute als Delegation. Wir kommen gerne noch öfter und zahlreicher!

Einstimmig beschlossen bei der Vertrauensleutesitzung am 20. 07 2004“

Das NRW-Netzwerk gegen Sozialkahl Schlag hat sich am 17. 07. 2004 mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen bei DaimlerChrysler Düsseldorf solidarisch erklärt und betont besonders die Notwendigkeit des Bündnisses aller von verschärfter Ausbeutung und Verelendung Betroffenen:

„Wir finden es richtig, dass Ihr durch Euren Fackelzug in Düsseldorf dafür gesorgt habt, dass die Menschen in der Stadt Euch in der Öffentlichkeit wahrgenommen haben. Bei Eurem Kampf geht es ja nicht nur um die Interessen der bei Euch beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, sondern um die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller mittelbar oder unmittelbar von Lohnarbeit Abhängigen. Deshalb richten sich auch Hoffnungen der im NRW-Netzwerk gegen Sozialkahl Schlag zusammenarbeitenden Kolleginnen auf Euch und Euren Kampf, und wir sind Euch weit mehr als nur in Solidarität verbunden.

Wir hoffen, dass Ihr in der Abwehr der profitgierigen Zumutungen Eurer Konzernleitung einen großen Erfolg erzielen und damit auch anderen gegen die Arbeitszeitverlängerung, den Lohnverzicht und den Sozialabbau kämpfenden Menschen ein Zeichen der Hoffnung setzen werdet.

Wir sind aber auch sicher, dass wir der Gesamtheit der Angriffe auf unsere über Jahrzehnte erkämpften sozialen Errungenschaften nur begegnen können, wenn wir den Kampf darum als breites Bündnis aller Betroffenen führen.“

In einer Solidaritätserklärung verschiedener Betriebsräte und IG-Metaller aus Zulieferbetrieben der sächsischen Automobilindustrie und von VW Sachsen wird besonders die nötige Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Spaltungshetze betont:

„Wo kämen wir denn hin, wenn sich die Beschäftigten gegenseitig ‚runter konkurrieren‘, Standort gegen Standort, Ost gegen West, deutsche gegen ausländische Kollegen?! Letztlich stünden wir alle schlechter da! Euer bundesweiter Aktionstag ist daher genau die richtige Antwort – denn nur gemeinsam sind wir stark!“

Besonders wichtig und hervorzuheben sind die Solidaritätserklärungen und auch Aktionen in anderen Ländern, darunter besonders von Belegschaften bei DaimlerChrysler. Bekannt geworden sind Unterstützungserklärungen aus Brasilien, Mexiko, Südafrika und Uruguay. Ein Beispiel hierfür ist der nachfolgende Solidaritätsbrief der Arbeiterinnen und Arbeiter eines DaimlerChrysler Werkes in Brasilien, der am Aktionstag am 15. Juli unter großem Beifall sowohl am Tor 8 in Mettingen als auch auf der Kundgebung in Bremen verlesen wurde:

„Kolleginnen und Kollegen, mit großem Interesse verfolgen wir auch hier in Brasilien Eure Aktionen. In der heutigen Ausgabe unserer Gewerkschaftszeitung berichten wir darüber, wie das Unternehmen Euch angestammte Rechte nehmen will. Damit machen wir auch bei uns in Brasilien publik, welchen Erpressungsversuchen Ihr ausgesetzt seid. Morgen, am 15. Juli, werden wir Eure Aktionen hier bei uns im Werk São Bernardo do Campo mit einer Kundgebung unterstützen. Vorwärts kommen wir nur gemeinsam!

Wenn Ihr diesen Kampf gewinnt, werden auch wir gewinnen.

Wir müssen uns wehren gegen diese Logik, nach der irgendwann immer noch billiger sein wird. Dieses Konkurrenzdenken muss ein Ende haben!

Wir sind von Eurer Kampfbereitschaft überzeugt, ihr könnt Euch auf unsere Solidarität verlassen!

Wir unterstützen die Belegschaften von DaimlerChrysler in Deutschland.

Fabrikkommission im DC-Werk São Bernardo do Campo und
Gewerkschaft Metall im Industriegebiet ABC/São Paulo“

Wie die IG-Metall-Führung im Interesse des Kapitals einen oberfaulen Kompromiss gegen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter durchgesetzt hat

Die Daimler-Beschäftigten haben am 15. Juli ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Die Kampfbereitschaft war ähnlich groß wie beim Kampf um den Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1996, als Regierung und Kapitalisten mit spontanen Massenstreiks in den Daimler-Werken Baden-Württembergs zum Rückzug gezwungen werden konnten.²⁴

Die IGM-Führung und ihr Apparat haben dagegen von vornherein Kurs genommen, die Belegschaft auf ein faules Ergebnis einzuschwören. Dementsprechend haben sie auch den Aktionstag und davor bereits Betriebsversammlungen und VL-Vollversammlungen genutzt.

²⁴ Tom Adler, Betriebsrat im DaimlerChrysler-Werk Untertürkheim, erklärte gegenüber der Zeitung „Freitag“: „Die derzeitige Kampfbereitschaft übertrifft alles, was ich in diesem Betrieb jemals erlebt habe.“ („Freitag“ vom 23. 07. 2004)

Der Betriebsrat führte seit Wochen ohne Mandat durch die Belegschaft oder die Vertrauenskörper mit dem Daimler-Management Verhandlungen über geplante Verschlechterungen. Schon im März hatte der Gesamtbetriebsrat (GBR) – kaum dass die Tinte unter dem Tarifabschluss der Metallindustrie (Öffnungsklauseln) trocken war – dem Vorstand öffentlich angeboten, in Entwicklung, Forschung, Planung und Zentrale zu 100 Prozent die 40-Stunden-Woche zu ermöglichen, also für rund 20.000 Kolleginnen und Kollegen in der Region Stuttgart. („Freitag“ vom 23. 07. 2004)

In vorausseilendem Gehorsam hatte der GBR außerdem schon vor dem Juli 2004, noch bevor DaimlerChrysler die 500 Mio. Euro „Kosteneinsparungen“ forderte, den „Verzicht“ der Arbeiterinnen und Arbeiter auf 180 Mio. Euro vorgeschlagen. Am Ende des Protesttags am 15. 07. war sogar von 200 Mio. die Rede.

Am 23. 07. um fünf Uhr morgens wird von der Gewerkschaftsführung der Kampf abgeblasen. In Betriebsversammlungen versuchen die Vertreter der Gewerkschaftsführung das faule Ergebnis geradezu als großen Erfolg zu verkaufen. Ihr Hauptpropaganda-Instrument, um die Arbeiterinnen und Arbeiter zu beschwichtigen, ist der angeblich alles andere aufwiegende scheinbare Trumpf einer vermeintlich langfristig vereinbarten Beschäftigungssicherung bis 2012.²⁵ Die Führung der IG Metall zur Vereinbarung vom 23. 07. 2004: „Die Arbeitsplätze bei DaimlerChrysler sind langfristig gesichert. Die Belegschaft hat Sicherheit über ihr Einkommen. In Tarifverträge wird nicht eingegriffen.“²⁶ In Wirklichkeit wird das oberfaule Ergebnis, dessen genauer Wortlaut übrigens bis heute nicht bekannt ist, durch Halbwahrheiten oder direkte Lügen schöngeredet:

- Die offenkundigste Tatsache ist: Die DaimlerChrysler-Kapitalisten haben ihr Ziel, 500 Mio. Euro Personalkosten „einzusparen“, voll erreicht. Rechnerisch bedeutet das ab 2007 für jede Kollegin und jeden Kollegen bei DaimlerChrysler jährlich durchschnittlich ca. 3.200 Euro Lohnverlust oder 267 Euro monatlich.
- Zur sogenannten „Arbeitsplatzgarantie“ für die 160.000 DaimlerChrysler-Beschäftigten in Deutschland hat Mercedes-Chef Hubbert sofort erklärt, dass neu darüber verhandelt werden müsse, wenn sich das wirtschaftliche Umfeld stark verändere. („Frankfurter Rundschau“ vom 24.07.2004.)²⁷
- In den Flächentarifvertrag wurde – zunächst „nur“ für einen Teil der Belegschaften – mindestens in vier Punkten massiv eingegriffen:

²⁵ Auf der Stuttgarter Betriebsversammlung wurde der stellvertretende BR-Vorsitzende Nieke mit Pfiffen empfangen. Ein Transparent, mit der Forderung nach Urabstimmung, erhält Beifall.

²⁶ Siehe: www.igmetall.de

²⁷ „Experten bezweifeln allerdings, dass sich der Konzern im Krisenfall an die Garantie gebunden fühlt.“ („Financial Times Deutschland“ vom 26.07.2004)

Für die rund 6.000 „Dienstleister“ im Konzern wurde die unbezahlte Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 35 auf 39 Stunden vereinbart. Dafür erhalten sie außerdem nur noch deutlich geringere Löhne, da sie nicht mehr nach dem Metall-Tarifvertrag bezahlt werden, sondern nach einem niedrigeren Dienstleistungstarifvertrag. (Genaueres zur Lohnhöhe ist noch nicht klar, es dürfte sich aber um Lohnkürzungen von 20 bis 30 Prozent handeln.)

Für alle Neueinstellungen wurden niedrigere Löhne vereinbart. (Es dürfte sich auch hier um mindestens 20 Prozent handeln.)

Die bereits bei der Tarifierhöhung vorenthaltenen 2,79 Prozent Strukturkomponente zur Angleichung der Arbeiterlöhne an die Angestelltenlöhne werden gestrichen. Das ist ein Verstoß gegen den Entgelt-Rahmen-Tarifvertrag.²⁸

Für Sindelfingen bedeutet die teilweise Preisgabe der 1974 erkämpften fünf Minuten Erholungspause je Arbeitsstunde (sogenannte „Steinkühler-Pause“) einen Eingriff in den baden-württembergischen Tarifvertrag.²⁹

- Die 20.000 in Forschung und Entwicklung Beschäftigten, von denen bisher nur 18 Prozent mehr als 35 Stunden arbeiten durften, müssen statt bisher 35 Stunden jetzt 40 Stunden pro Woche arbeiten. Diese Mehrarbeit muss zum normalen Lohn geleistet werden, also ohne Überstundenzuschlag. („Financial Times Deutschland“ vom 26. 07. 2004)
- Vereinbart wurde auch die Einrichtung einer betriebsinternen Personalagentur („DC Move“), über die ausgelernte Azubis, Neueingestellte sowie befristet Beschäftigte für bis zu drei Jahre beliebig in alle Werke in Deutschland versetzt werden können.

28 Die für die Umsetzung des Entgelt-Rahmen-Abkommens (ERA) vorgesehene praktische Erhöhung um 2,79 Prozent soll nach der neuen Vereinbarung im Jahr 2006 lediglich als Einmalzahlung erfolgen. Wodurch sich die Grundlöhne entsprechend verringern. Mit der Einführung von ERA ab 2007 soll das Verteilungsvolumen dann auf 1,5 Prozent „gedeckt“, d. h. gekürzt werden.

29 Die „Steinkühler-Pausen“ von stündlich fünf Minuten werden weiter auf dem Arbeitszeitkonto angesammelt, jedoch müssen die Beschäftigten einen Teil dieser Freizeit nun für Weiterbildung verwenden. Eine halbe Stunde pro Woche geht den Arbeiterinnen und Arbeitern verloren. DaimlerChrysler tun diese früher erkämpften Pausen nicht sehr weh. In den Tarifverträgen ist nämlich festgelegt, dass die fünf Minuten Pause pro Arbeitsstunde mit den Stillstandszeiten der Maschinen verrechnet werden können. Wie mehrmonatige Tests ergeben hätten, gleichen sich die Maschinenstillstandszeiten und die sogenannte „Steinkühler-Pause“ praktisch exakt aus. Ähnliches gilt für den 20-prozentigen Zuschlag bei Schichtbeginn ab 12 Uhr in Sindelfingen. Um diese zu ersparen, wird von DaimlerChrysler ausgenutzt, dass der Tarifvertrag auch unbezahlte Pausen ermöglicht. Die Schicht beginnt dann offiziell schon um 11.50 Uhr. Allerdings ist das zu Anfang eine „unbezahlte Pause von drei Stunden und zehn Minuten“, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter zu Hause verbringen. (Siehe: „Financial Times Deutschland“ vom 19. 07. 2004)

Durch die vereinbarte Ausweitung der Leiharbeit auf bis zu 1,5 Prozent der Gesamtbelegschaft – in einem Werk kann der Anteil bis zu 8 Prozent betragen – wird der Druck auf die Stammbeflegschaft verstärkt. Leiharbeiterinnen und -arbeiter erhalten keine AG-Zulagen.

Die Vereinbarung vom 23. 07. 2004 hat in mehrfacher Hinsicht einen sehr schädlichen Charakter und ebensolche Wirkungen:

- Erstens wird die Belegschaft stark aufgespalten. Am Band oder in der Kantine werden Arbeiterinnen und Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten, ganz unterschiedlich entlohnt und müssen ihre Arbeitskraft zu sehr unterschiedlichen Bedingungen verkaufen.
- Zweitens wurde bei DaimlerChrysler, in einem Konzern mit einer traditionell kämpferischen Belegschaft, ein Präzedenzfall geschaffen, der den Generalangriff auf der ganzen Linie zur Liquidierung aller Ergebnisse des Kampfes für die 35-Stunden-Woche, zur Verlängerung der Arbeitszeiten und zur Senkung der Reallöhne einläutet.³⁰

Die Vereinbarung habe „Modellcharakter für den Standort Deutschland“³¹, verkündete DaimlerChrysler-Chef Schrempp sofort, während Schröder das Ergebnis als „Sieg der Vernunft“ lobte und den „zukunftsweisenden Charakter“ („Rheinische Post“ vom 24. 07. 2004) betonte. Auch bei Opel sind bereits „Einsparungen“ angekündigt. VW will bis 2011 30 Prozent der Personalkosten einsparen. („Süddeutsche Zeitung“ vom 24. 07. 2004) MAN und viele andere folgen.

- Drittens wird die Flexibilisierung vorangetrieben. Schrempp ist mit dem Ergebnis weitgehend zufrieden, da dieses DaimlerChrysler weitergehend als bisher erlaubt, „im Rhythmus der Auftragszyklen zu atmen“ („Frankfurter Rundschau“ vom 24. 07. 2004). Das bedeutet, dass die Existenz der Arbeiterinnen und Arbeiter noch unsicherer, elender, noch willkürlicher dem Kommando des Kapitals unterworfen ist.
- Viertens bedeutet die massiv vorangetriebene Durchlöcherung des Tarifvertrags einen weiteren Schritt zur angestrebten Liquidierung nahezu aller in früheren Kämpfen erreichten minimalen Rechte und Errungenschaften, um freie Bahn zu haben für äußerste Ausbeutung im erbarmungslosen Kampf der deutschen Kapitalisten und Imperialisten um Märkte und Einflussphären, um maximalen Profit.

³⁰ Die „Fesseln der 35-Stunden-Woche“ seien durchtrennt, freute sich DaimlerChrysler-Personalvorstand Fleig öffentlich nach der Einigung mit der IG Metall („Süddeutsche Zeitung“ vom 24./25.07.2004).

³¹ Der Tarifvertrag vom Februar 2004 bedeutete eine deutliche Ausweitung der Möglichkeiten zur „betrieblichen Differenzierung“, die Daimler nun genutzt hat.

Der IGM-Vorsitzende Peters bezeichnete die Vereinbarung vom 23. 07. 2004 als „eine gute Lösung für den Standort Deutschland“ („IG Metall Pressedienste“, Nr. 074/2004). Mit dieser nationalistischen Propaganda verkündete er, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter der kapitalistisch-imperialistischen internationalen Konkurrenzlogik unterordnen sollen. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutet dies nicht nur, dass sie stets auf noch mehr verzichten sollen, sondern auch, dass sie gegen ihre Klassengeschwister in anderen Ländern agieren sollen, in der Konsequenz bis hin zum gegenseitigen Abschlachten im imperialistischen Krieg wie im Ersten Weltkrieg.

Kaum eine Woche nachdem DaimlerChrysler sein 500-Millionen-Euro-„Sparpaket“ durchgesetzt hatte, verkündete das „Handelsblatt“, dass die „Unternehmen in Sektlaune“ seien (30./31.07./01.08.2004). Siemens, wo zum Teil die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich erhöht wurde, erzielte den höchsten „Neunmonatsgewinn“ der letzten fünf Jahre (ebenda). DaimlerChrysler, das im Jahr 2003 einen Profit von 5,1 Milliarden Euro erreichte, hat mit 2,1 Milliarden Euro im zweiten Quartal 2004 sein Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht (boerse.ard.de).

Die Kapitalisten jagen nach noch höheren Profiten gerade auch durch „eine Flexibilisierung der Arbeit“. So heißt es in einer kapitalistischen „Studie“ über VW: „Nach UBS-Berechnungen brächte eine Senkung allein der inländischen Arbeitskosten um zwei Prozent eine Steigerung des Vorsteuergewinns um fast 14 Prozent. Bei MAN wären es immerhin 13 Prozent und bei Thyssen-Krupp noch elf.“ („Die Welt“ vom 14. 07. 2004)

Der großen Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie auch der anderen Werktätigen muss es schlechter gehen, ihr Lebensstandard muss herabgesetzt werden, damit die Profite für die Kapitalisten umso reichlicher „sprudeln“ – das ist die von den „Unternehmen in Sektlaune“ gefeierte Realität der kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung.

* * *

So hat sich in diesem Kampf konkret wieder einmal bestätigt, dass mit der Gewerkschaftsführung und ihrem Apparat kein konsequenter Kampf zu führen ist, ja dass diese sogar ein entscheidendes Instrument zur Durchsetzung der Verschärfung der Ausbeutung und der Verschlechterung der Lage der proletarischen Klasse sind.

Drei Aspekte sind besonders hervorgetreten:

Erstens kam es den bürgerlichen Politikern und den Kapitalisten sehr darauf an, dass die Gewerkschaftsführung den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter bei DaimlerChrysler so schnell wie möglich abwürgt. Sie hatten die Furcht, dass dieser Kampf womöglich Auftakt für eine Kettenreaktion von Streiks und anderen

Protestaktionen auch in anderen Betrieben wird, was dann die reibungslose Durchsetzung von Hartz IV und Agenda 2010 tatsächlich hätte gefährden können. Das ist der Grund, warum Schröder die Kapitalisten nach dem DaimlerChrysler-Aktionstag am 15. Juli auch davor warnte, die Arbeiterinnen und Arbeiter durch allzu offene, allgemeine und lautstarke Formulierung der kapitalistischen Ziele zum Kampf zu veranlassen.³² In genau diesen Chor stimmte der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Huber ein, als er vor der Gefahr einer „Radikalisierung“ aufseiten der Arbeiterinnen und Arbeiter warnte. („Financial Times Deutschland“ vom 26. 07. 2004) Kämpferische Mobilisierung und Aktionen, wuchtige Schläge gegen die Kapitalisten, immer weitere Ausdehnung und Verstärkung der Proteste in den Betrieben und auf der Straße, alles das versucht die IG-Metall-Führung mit allen Mitteln zu verhindern oder, falls es sich nicht ganz verhindern lässt, schnellstmöglich wieder in den „Griff“ zu kriegen.

Nur ein Beispiel dafür ist das Auftreten des Ersten Bevollmächtigten der IG Metall von Stuttgart, Jürgen Stamm, bei der Kundgebung in Untertürkheim. Er schloss seine Rede damit, die Anwesenden darauf einzuschwören, dass sie nicht wie in Sindelfingen durch die Stadt marschieren oder noch mal eine Straße blockieren, sondern „diszipliniert nach Hause gehen“.³³ Schon die Blockade der B 10 musste gegen die IGM-Bürokraten durchgesetzt werden, welche die Kolleginnen und Kollegen von dieser Aktion abzuhalten versuchten.

Wirtschaftsminister Clement lobte es denn auch als positiv, dass mit dem sogenannten „fairen Kompromiss“ vom 23. 07. 2004 weitere Streikaktionen im Konzern vermieden würden. („Financial Times Deutschland“ vom 23. 07. 2004)

Zweitens betrügt die IG-Metall-Führung die Arbeiterinnen und Arbeiter, indem sie die gegenwärtig bevorzugte Methode des Kapitals unterstützt und mitmacht, die Tarifverträge nicht offen zu liquidieren, sondern im Einzelnen immer mehr auszuhöhlen und zu durchlöchern.

Die Kapitalisten tarnen ihre Raubzüge – so muss auch die bürgerliche „Frankfurter Rundschau“ einen Tag nach Ende des Kampfes bei DaimlerChrysler zugeben –, „mit harmlos erscheinenden Verkleidungen“: „Lohnkürzungen kommen im Gewand der 40-Stunden-Woche daher, die wiederum unter dem Überrock Flexibilisierung. Wenn dies in einem Unternehmen erst umgesetzt ist, kann man sich sogar, wie jetzt Schrempp, großzügig geben und erklären, die Republik brauche keine grundsätzliche Verlängerung der Arbeitszeit.“ („Frankfurter Rundschau“ vom 24. 07. 2004) Wenn die IG-Metall-Führung angesichts dessen formalistisch verkündet, dass es gelungen sei, die Tarifverträge gegen die Kapita-

32 „Ich rate dazu, diese Dinge in den Betrieben zu regeln und möglichst wenig darüber zu reden“, teilte Bundeskanzler Schröder mit. („Financial Times Deutschland“ vom 19.07.2004)

33 Vgl. labournet.de

listen zu verteidigen, so entspricht dies eben dieser betrügerischen Verschleierungstaktik.

Drittens hat die IG-Metall-Führung und ihr Apparat in diesem Kampf das Gift der Standortlogik verbreitet, die sich gegen jeden wirklich gemeinsamen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Betriebe, Gebiete und Länder richtet.

Bei der Kundgebung am 15. 07. im Werk Sindelfingen rief der GBR-Vorsitzende von DaimlerChrysler, Klemm, aus: „Wir wollen das profitabelste Werk des Konzerns bleiben.“ Damit rief dieser an die Kette des Kapitals gebundene Arbeiterbürokrat faktisch dazu auf, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Betriebe für den Profit der Kapitalisten gegenseitig niederkonkurrieren sollen. Derselbe Klemm stand vor einem Jahr zusammen mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von VW Volkerts und anderen Betriebsratsfürsten an der Spitze der Streikbrecher, die dem Streik für die 35-Stunden-Woche in Berlin (Ost), Brandenburg und in Sachsen im Juni 2003 in den Rücken gefallen sind und zum sofortigen Streikabbruch aufriefen.

Die kämpferischen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Den Legalismus bekämpfen!

Die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen aus diesem Kampf zeigen, dass es richtig ist, sich so wie bei der Blockade und Besetzung der B 10 nicht auf den eng gesteckten Rahmen der Legalität zu beschränken. Ein Betriebsrat im Daimler Chrysler-Werk Untertürkheim erklärte: „Warum nicht schärfere Aktionsformen wählen? Wenn 2.000 Mettinger Daimler-Kollegen am Daimler-Aktionstag die B 10 – eine der Hauptverkehrsadern in der Region – besetzen konnten, was können dann erst 100.000?“ („Freitag“ vom 23. 07. 2004)

Um Widerstand gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu entwickeln, gilt es wirklich konsequent zu kämpfen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also Druck zu erzeugen und dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen. Bei Streiks kommt es darauf an, konsequent die Produktion zu verhindern und damit eine Kettenreaktion auch auf andere Betriebe auszulösen, die aufgrund der nichtgelieferten Teile ebenfalls nicht produzieren können. Damit wird der Druck auf die Kapitalisten erhöht, den Forderungen der Streikenden nachzugeben. Wie wirksam dies sein kann, zeigte sich ansatzweise daran, wie viele Autos schon durch die kurzen Streiks bei DaimlerChrysler nicht produziert werden konnten.³⁴

34 800 Autos Produktionsausfall war das Ergebnis allein des Streiktags im Sindelfinger Werk von DaimlerChrysler. (labournet.de)

Tageskämpfe auch ohne und gegen den DGB-Apparat führen!

Eine weitere Erfahrung aus diesem Kampf zeigt, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihre eigene Kraft verlassen müssen und nur dieser vertrauen können. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder den Gewerkschaftsapparat verlassen, dann sind sie verlassen.

Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw. besteht die Möglichkeit, den Kampf auf eine kämpferische Perspektive zu orientieren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter dürfen sich in den Tageskämpfen mit ihren ökonomischen und demokratischen Forderungen nicht davon abhängig machen, ob die DGB-Führung es gerade für opportun hält, diese Kämpfe zu unterstützen, um sich bei der proletarischen Klasse anzubiedern wie am 15. 07. 2004. Denn immer wieder bestätigte Tatsache ist, dass diese sogenannte „Führung“ gerade ihre grundlegende Aufgabe darin sieht, dem Kampf die Spitze abzubreaken, einen faulen Kompromiss wie am 23. 07. 2004 zu schließen oder gar den Kampf ergebnislos als Niederlage für die Streikenden bzw. Kämpfenden zu beenden wie im Juni/Juli 2003, als die IG Metall entgegen der eigenen Satzung den Streik für die 35-Stunden-Woche in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) ohne Urabstimmung abbrach. Nur wenn sich die Arbeiterinnen und Arbeiter auf ihre eigene Kampfkraft verlassen, dann haben sie es selbst in der Hand, den Kampf auch gegen den Willen der DGB-Führung weiterzuführen.

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Eine sehr wichtige Erfahrung in diesem Streik ist, dass es gegen die kapitalistische Standortlogik, gegen den Nationalismus und jegliche reaktionären Spaltungs-ideologien nötig ist, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter über „ihren“ Betrieb hinaus, über „ihren“ Tarifbezirk, über „ihre“ Branche und vor allem auch über die Grenzen „ihres“ Landes hinaus zusammenschließen, sich im Kampf gegenseitig unterstützen und informieren.

Die nationalistisch Standort-Ideologie der DGB-Führung mit ihren angeblichen „Sachzwängen“ der Konkurrenz geht stillschweigend von der Annahme aus, dass nicht gekämpft wird bzw. dass dann, wenn etwa hier in Deutschland für Arbeitszeitverkürzungen und höhere Löhne gekämpft wird, man nichts dagegen machen könne, dass das Kapital dorthin geht, wo es bessere Ausbeutungsbedingungen vorfindet, weshalb man von vornherein so „vernünftig“, das heißt unterwürfig und bescheiden sein müsse, dass dies nicht passiert. Außen vor bleibt, dass selbstverständlich auch in anderen Ländern die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen, heute zumeist auch viel mehr und militanter kämpfen als in Deutschland, dass also ein echter Zusammenschluss im Kampf stattfinden kann und die Spaltungsmanöver der Kapitalisten so durchkreuzt werden können.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter bei DaimlerChrysler in Südafrika zum Beispiel haben über einen Sprecher der Nationalen Metallarbeitergewerkschaft (NUMSA) erklärt, dass sie sich nicht gegen die Kolleginnen und Kollegen in Sindelfingen und anderen deutschen Standorten ausspielen lassen. In Südafrika stehen die Kolleginnen und Kollegen selbst in einem Kampf gegen die Verlängerung der regulären Wochenarbeitszeit von 40 auf 45 Stunden und für eine Lohnerhöhung um ca. 9 Prozent. Auch ihnen wird angedroht, die Produktion nach Deutschland zu verlagern, wenn sie dies nicht hinnehmen würden.

Für das Bündnis der Arbeiterinnen und Arbeiter mit allen fortschrittlichen Kräften im Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und Reaktion

Eine wichtige Erfahrung ist schließlich auch, dass die streikenden und protestierenden Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler die Sympathie und Unterstützung anderer Werktätiger, von Erwerbsloseninitiativen bzw. Initiativen gegen den Sozialabbau wie dem NRW-Netzwerk gegen Sozialkahlschlag hatten.

Gerade der Kampf gegen die Spaltung zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern, die noch „beschäftigt“ sind, und den Erwerbslosen, die größtenteils als „Reservearmee“ zur proletarischen Klasse gehören, ist von elementarer Bedeutung für jeden erfolgreichen Kampf gegen das Kapital.

Ebenso ist sehr wichtig, dass sich einerseits die kämpferischen und oppositionellen gewerkschaftlichen Kräfte bewusst mit den fortschrittlichen Kräften zusammenschließen, die in antifaschistischen und antirassistischen Initiativen den Kampf gegen die reaktionären Machenschaften des deutschen Imperialismus führen. Andererseits kommt es darauf an, dass die oftmals jugendlichen Kräfte, die den Kampf gegen die Nazis führen, die Aufgabe sehen und verstehen, sich eng mit der Bewegung der proletarischen Klasse zu verbinden, da ohne das Erstarken einer fortschrittlichen, einer revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse gar nicht an den Umsturz der bestehenden Verhältnisse zu denken ist.

5. Streik und Streikabbruch bei Opel 2004

Oktober 2004

Zweierlei Lehren

Vom 14. 10. 2004 bis zum 21. 10. 2004 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Opelwerke in Bochum gegen drohende Massenentlassungen. Dieser Streik wurde ohne und gegen die Gewerkschaftsführung begonnen und durchgeführt. Die IG-Metall-Führung und die Opel-Betriebsratsfürsten waren von Beginn an gegen die selbstständigen Streikaktionen. Gemeinsam mit den Politikern, von Schartau über Clement bis Schröder, versuchten sie die Angst vor der Komplettschließung des Werks wegen des Streiks zu schüren. Auch den Einschüchterungsversuchen der Kapitalisten mit Schadenersatzdrohungen und Drohung mit fristloser Kündigung hielten die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel stand. Der Streik wurde sieben Tage erfolgreich gegen die Spaltungsversuche der Arbeiteraristokraten aus den Betriebsratsgremien durchgesetzt, denen es erst am 21. 10. 2004 gelungen ist, in einer gemeinsamen Aktion mit den Kapitalisten und mit Hilfe einer undemokratisch geführten Abstimmung den Streik abubrechen. Zweierlei Lehren stehen sich schroff gegenüber: Der Streik hat einerseits die große Kampfkraft der selbstständig kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter gezeigt. Andererseits ist auch die enorme Kraft der Abwiegelei der Gewerkschaftsführung und ihres Apparats im Dienst der Kapitalisten deutlich geworden.

Am 11. 10. 2004 wurde bekannt, dass General Motors in den Fabriken in Europa 12.000 Arbeitsplätze vernichten will. Mehr als 7.000 Arbeitsplätze sollen 2005 bei Opel in Deutschland plattgemacht werden: ca. 3.500 in Rüsselsheim und ca. 3.500 in Bochum sowie 450 in Kaiserslautern. Ab 2008 wird mit der Schließung der Werke Rüsselsheim oder Trollhättan (Schweden) gedroht. Die Werke in Europa sollen angeblich Verluste für die Kapitalisten bringen. General Motors (GM) insgesamt meldete allerdings allein für das 3. Quartal des Jahres einen Nettogewinn von 440 Millionen US-Dollar. („Handelsblatt“ vom 11. 10. 2004) Um ihre Profite zu erhöhen, fordert GM Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und Entlassungen.

300 Arbeiterinnen und Arbeiter legen bereits am 14. 10. 2004 die Arbeit nieder und ziehen vor die Werkstore, nachdem die Drohungen der Kapitalisten bekannt wurden. Am späten Nachmittag gegen 16.00 Uhr stehen dann alle drei Werke in Bochum still. Auch die Frühschicht am kommenden Tag setzt den Streik fort. Insgesamt beteiligen sich ständig rund 3.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werkstätige an den Streikaktionen vor den Toren bzw. in den Werkshallen.

Da der deutsche Imperialismus Streiks, die nicht von den Gewerkschaftsführungen ausgerufen werden, als illegale Streiks bezeichnet, nennen die Kolleginnen und Kollegen ihren Streik „Informationsveranstaltung“. Die Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sind:

- keine betriebsbedingten Kündigungen,
- keine Entlassungen,
- keine Standortschließungen.

Der Streik wird in der Hauptsache angeführt von Arbeiterinnen und Arbeitern ohne betriebliche oder gewerkschaftliche Funktionen. Die Tore werden mit Gabelstaplern verbarrikadiert, kein LKW kommt mehr herein oder heraus. Stündlich werden Informationsveranstaltungen an den Haupttoren durchgeführt, um die Streikenden zu informieren und um zu diskutieren. Jede einzelne Schicht stimmt über die Fortführung des Streiks ab. Somit baut der Streik auf einer breiten, demokratischen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter auf. Gleichzeitig fordern die Arbeiterinnen und Arbeiter die Einberufung einer Betriebsversammlung, um mit allen Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren, was vom Betriebsrat lange verweigert wird. Koordiniert wird der Streik auf Treffen von Aktivistinnen und Aktivisten aus den einzelnen Abteilungen. Die meisten Betriebsratsmitglieder hingegen lassen sich nur selten bei den Streikenden sehen.

Mit ihrem Streik haben die Kolleginnen und Kollegen ein starkes Druckmittel für ihre Forderungen. Von Bochum aus werden Autoteile nach Rüsselsheim und in alle europäischen Werke von Opel geliefert. Ohne die Teile aus Bochum stehen auch die Bänder in Belgien, Großbritannien, Spanien und Polen nach einigen Tagen still.

Gewerkschaftsfürsten, Politiker und die Arbeiteraristokraten gegen den Streik

Bereits ab dem ersten Streiktag steht den Streikenden eine geschlossene Front aus Gewerkschaftsführern, Politikern und Betriebsratsbürokraten gegenüber, die sich einig sind: Es muss unbedingt weitergearbeitet werden, der Arbeitskampf ist sofort zu beenden.

Wirtschaftsminister Clement heuchelt Verständnis für die Wut und Empörung der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel, fordert aber zugleich, „die Nerven zu behalten und die Arbeit nicht ruhen zu lassen“ („Frankfurter Rundschau“ vom 16. 10. 2004). Er hetzt gegen den Streik, indem er behauptet, dass mit solchen Aktionen die Schließung von Werken angeblich noch forciert würde. Fast täglich machen Clement, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Steinbrück und sein Wirtschaftsminister Scharthau sowie Bundeskanzler Schröder Stimmung gegen den Streik.

Schützenhilfe bekommen sie dabei vom ersten und zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Peters und Huber, die die Streikenden auffordern, den Streik zu beenden. Seinem Ruf als Streikbrecher gerecht wird der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Franz, der fast täglich versucht der Streikbewegung in den Rücken zu fallen und die Arbeiterinnen und Arbeiter auffordert, den Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Franz hatte sich schon im Juni 2003 an die Spitze der Streikbrecher gestellt. Als die Kollegen und Kolleginnen der Metall- und Elektroindustrie in der Ex-DDR für die 35-Stunden-Woche streikten, meldete er sich zu Wort: „Ich bin dafür, das alle Streiks ab sofort beendet werden, damit schnell eine vernünftige Verhandlungslösung erreicht werden kann.“ („Die Welt“ vom 26. 06. 2003)

Bereits nach zwei Tagen Streik verkündet der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Franz, dass es ohne Entlassungen bei Opel nicht gehen werde. Zwei Tage später teilt er mit, dass ausgerechnet das Verhandlungsergebnis bei Karstadt Vorbild für Opel sein müsse. Für die Kolleginnen und Kollegen bei Karstadt bedeutet dieses Ergebnis: 5.500 Kolleginnen und Kollegen verlieren ihre Jobs, es gibt keine Gehaltserhöhungen für die kommenden drei Jahre, sogenannte „Standortgarantien“ gibt es nur für drei Filialen in Hamburg, 760 Mio. Euro sollen auf dem Rücken der Arbeiterinnen und Arbeiter eingespart werden. Franz verhöhnt damit die Kolleginnen und Kollegen von Opel und Karstadt.

Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen

Trotz der Appelle, mit dem Streik aufzuhören, gepaart mit Drohungen von der Komplettschließung des Standorts, trotz der massiven Drohungen der Kapitalisten mit fristlosen Kündigungen und Schadenersatzforderungen wegen des sogenannten „illegalen“ Streiks steht die Streikfront sieben Tage ungebrochen. Wichtig ist dabei die Solidarität, die den Streikenden den Rücken stärkt.

Die Solidarität mit den Streikenden ist groß, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen der anderen Opel-Werke sich dem Streik nicht anschließen. Vor allem die Leute aus der Umgebung sind solidarisch mit dem Streik und unterstützen mit Lebensmittel- und Geldspenden die Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch ganze Schulklassen kommen zu den blockierten Werkstoren, um sich zu solidarisieren. Aber auch Kollegen und Kolleginnen aus anderen Betrieben und Branchen, so zum Beispiel Kolleginnen und Kollegen von Porsche Zuffenhausen, Vertrauensleute von Thyssen, Bosch in Plochingen, Druck- und Verlagshaus Frankfurt, BMW Motorradwerk Berlin, Festo in Esslingen, von Ford, von Opel Eisenach und Gliwice (Polen) sind solidarisch mit dem Streik. Auch international wird der Streik verfolgt, so erklären sich zum Beispiel die Arbeiterinnen und Arbeiter aus drei Werken in Brasilien und von Seat in Spanien solidarisch. Am europaweiten Solidaritätstag protestieren 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter von General Motors gegen verschärfte Ausbeutung und Massenentlassungen.

In Bochum und Rüsselsheim demonstrieren 20.000, in Kaiserslautern 4.500. Im Opel-Werk Gliwice (Polen) findet eine Betriebsversammlung statt. In Trollhättan (Schweden) wird die Arbeit für zwei Stunden niedergelegt. In Ellesmere Port (England) findet eine Informationsveranstaltung statt.

Streikabbruch

Der europaweite Aktionstag am 19.10.2004 ist von der IG-Metall-Führung und dem Gesamtbetriebsrat organisiert worden. Deren Ziel ist es, den Protest zu kanalisieren und endlich das Ende des Streiks herbeizuführen. In Bochum werden Wirtschaftsminister Schartau und der Erzbischof Grave auf der Schlusskundgebung für ihre Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, allerdings wütend ausgepiffen. Nach dem Aktionstag geben Betriebsrat und Konzernspitze das erste „Verhandlungsergebnis“ bekannt. „Es bestünde ein ernsthafter Wille“ zur Standorterhaltung über 2010 hinaus, allerdings nur wenn es gelänge, die Standorte profitabel arbeiten zu lassen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter möchten sich mit dieser vagen Aussage nicht abspeisen lassen und fordern Garantien für die Werke und den Ausschluss von Entlassungen, erst dann soll der Streik beendet werden.

Auf der Betriebsversammlung dürfen die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht sprechen. Es gibt keine Saalmikrofone. Betriebsratsvorsitzender Hahn, sein Stellvertreter Einkel und Ludger Hinse von der IG Metall können für den Streikabbruch reden. Eine Diskussion wird nicht zugelassen, was Einkel mit der zynischen Bemerkung rechtfertigt, man habe in den vergangenen Tagen tagtäglich 24 Stunden Zeit für Diskussionen gehabt. Ein Hohn auf jedes demokratische Selbstverständnis! Zudem wird die Versammlung vom Werkschutz kontrolliert, dieser führt Taschenkontrollen durch und schirmt das Mikrofon ab. Die meisten Kollegen und Kolleginnen haben keinen Platz in der kleinen Halle, sie müssen nebenan in einer Turnhalle zuhören.

Der Stimmzettel ist ein übler Trick. Darauf steht die Frage: „Soll der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung weiterführen und die Arbeit wieder aufgenommen werden?“ Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter sind nicht gegen Verhandlungen mit den Kapitalisten, aber gleichzeitig verhandeln und dabei streiken steht nicht zur Wahl. Das Abstimmungsergebnis lautet dementsprechend: 6.463 Stimmen werden abgegeben, 4.647 für Verhandlungen und Streikabbruch, 1.759 für die Fortsetzung des Streiks.

Deutsch-nationalistische Drecksargumente zum Schutz des Kapitalismus

Das geheuchelte Verständnis von Politikern, Gewerkschaftsführern und Betriebsratsfürsten für die Streikenden war flankiert von übelstem Antiamerikanismus.

Mit Sprüchen wie „Europa ist nicht Texas“ (Berthold Huber, IG Metall, „Hamburger Abendblatt“ vom 15.10.2004) oder „Wir brauchen europäische Perspektiven, damit wir uns nicht von den USA vorführen lassen“ (Ludger Hinse, IG Metall Bochum, „Berliner Zeitung“ vom 19. 10. 2004), wurde versucht, vom eigentlichen Problem abzulenken und weiszumachen, dass alles in Wirklichkeit ein US-amerikanisches Problem sei. Auch die Titelseite des „Stern“, Nr. 44/2004, schlägt in die gleiche Kerbe. Unter ähnlichen antiamerikanischen und nationalistischen Slogans marschierten am 19. 10. rund 60 Nazis durch Bochum. 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten sich den Nazis entgegenzustellen, die von der Polizei geschützt wurden.³⁵

Mit der Konstruktion des bösen Yankee-Kapitalismus und des angeblich zivilisierten europäischen bzw. deutschen Kapitalismus soll davon abgelenkt werden, dass das gesamte System des Kapitalismus und Imperialismus auf der Jagd nach immer mehr Profiten die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit verschärft.

Gegen die faulen Kompromisse und das Ablenkungsmanöver „Das kommt alles aus den USA, wir können hier nichts dagegen tun“ nimmt die Erklärung der IG-Metall-Vertrauenskörperleitung MAN Roland Offenbach richtig Stellung:

„Mit diesen ‚Lösungen‘ muss endlich Schluss sein. Schluss mit dem Verzicht. Schluss mit dem Stillhalten. Schluss mit der Kooperation mit Politik und Kapital. Wer jetzt nach Schröder, Clement, Steinbrück oder Koch ruft, der will euch verkaufen an die Diener des Kapitals, an die Macher der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, der Leiharbeit und Niedriglöhne, die Totengräber der Tarifverträge. Jetzt auf einmal sollen sie auf unserer Seite stehen? Oder soll von denen nur abgelenkt werden? Damit ihr hilflos über ‚den großen Teich‘ nach Detroit schaut anstatt hier zu kämpfen in Bochum, in Rüsselsheim, in Kaiserslautern – in der ganzen Republik.“

Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Opel ist nicht zu Ende!

Allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz, der Streik sei illegal und rechtswidrig, durchbrachen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel in Bochum die Fesseln der „sozialpartnerschaftlichen“ Institutionen und Gesetze, indem sie ohne Rücksicht auf die „Friedenspflicht“ des Betriebsverfassungsgesetzes in den Streik traten und ohne und gegen die unternehmenstreue Betriebsratsspitze eigene Kampfstrukturen aufzubauen begannen.

Nach der Abstimmung kommentierte ein Arbeiter das Ergebnis folgendermaßen: „Wir kennen jetzt unsere guten Leute. Wir wissen, auf wen Verlass ist.“

³⁵ www.bo-alternativ.de vom 20. 10. 04

Wir wissen auch, wo der Clement steht, und auch, wo unsere Betriebsratsspitze steht.“

Dieser Streik hat bestätigt, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter nur auf ihre eigene Kraft vertrauen können. Ebenso hat dieser Kampf bestätigt, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter wirklich verlassen sind, sobald sie sich auf die Gewerkschaftsführer und ihren Gewerkschaftsapparat sowie auf die Betriebsratsfürsten verlassen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel in Bochum haben auch den Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben gezeigt, dass ein Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung möglich und notwendig ist.

Tatsache aber ist ebenso, dass es der Gewerkschaftsspitze und den Arbeiteraristokraten aus den Betriebsräten bei Opel erneut gelungen ist, den Arbeitskampf abzuwürgen. Die Gewerkschaftsbürokraten und Arbeiteraristokraten konnten bei diesem Streik wieder einmal beweisen, dass die Kapitalisten sie noch benötigen, um den Kampfeswillen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu lähmen und Streiks abzuwürgen. Gezeigt hat sich, dass diese Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsratsfürsten mit all ihren Machenschaften und Manövern nicht unterschätzt werden dürfen.

Dies alles zeigt, welche großen Aufgaben die fortschrittlichsten Kräfte in den Betrieben haben, um gegen die drohende Resignation, die diese Abwiegler zu verbreiten suchen, anzukämpfen und mit langem Atem die selbstständige klassenkämpferische Organisation voranzubringen.

6. Streik bei Infineon München 2005

Oktober 2005

„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“

Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher

Die Angriffe der Kapitalisten gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon München-Perlach reihen sich ein in die Angriffe gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW, DaimlerChrysler, Opel und anderen Betrieben. Bei Infineon wurde die Schließung des Werks für das Jahr 2007 und die Verlagerung der Produktion in zwei andere Werke angekündigt. Alle 800 Beschäftigten direkt bei Infineon und 200 bei Zulieferfirmen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bei der Urabstimmung Mitte Oktober sprachen sich 93 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter bei Infineon für einen unbefristeten Streik aus, um eine Verzögerung der Schließung des Werks und höhere Abfindungen zu erkämpfen. Die Spaltung in Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern und deutsche ist den Kapitalisten bei diesem Streik nicht gelungen.

Der ursprüngliche Streikbeginn zur Frühschicht wurde vorverlegt, nachdem bekannt wurde, dass Infineon bereits vorher versuchen wird, Streikbrecher mit Bussen aufs Werksgelände zu bringen. Am 24. Oktober um Mitternacht begann der Streik und damit die Blockade der zehn Werkstore.

Die mitten in der Nacht angekarnten Streikbrecher in ihren drei Bussen wurden von über 100 Streikenden und von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben (BMW, MAN, Siemens, MTU etc.) mit einem Pfeifkonzert und Parolen empfangen. Sie wurden aufgefordert, sich entweder solidarisch am Streik zu beteiligen oder wieder nach Hause zu fahren. Nachdem der Einsatz einer Polizeihundertschaft zur Erzwingung des Zugangs angedroht wurde, gestand die Streikleitung dies unter der Bedingung zu, dass die Streikbrecher zu Fuß ins Werk gehen sollten, damit sie den Streikenden in die Augen schauen mussten. Diese Blamage wollten sich die Streikbrecher nicht antun. Die Busse kehrten mitsamt den feigen Streikbrechern um.

Seit Streikbeginn wurde die Produktion des Werkes faktisch stillgelegt. Rund 400 Streikende protestieren vor dem Werksgelände gegen die Pläne von

Infineon. Dabei werden sie von Gewerkschaftern aus anderen bayerischen Städten unterstützt, auch Anwohner und Anwohnerinnen zeigten ihre Solidarität. („Infineon-Streikinfo“ Nr. 2; „junge Welt“ vom 25. 10. 2005)

Um Streikbrecher zu erkennen, kontrollierten die Streikposten an den Werkstoren die Werksausweise, da nicht der gesamte Zugang blockiert werden konnte, da auf dem gleichen Industriegelände auch andere Firmen wie zum Beispiel Siemens sind.

Solidarische Unterstützung

Die Solidarität von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben und anderen Einzelgewerkschaften ist sehr groß. Bereits am ersten Tag beteiligten sich viele aus verschiedenen Betrieben der Metallbranche, aber auch Kolleginnen und Kollegen von anderen Einzelgewerkschaften an den Protestaktionen vor dem Tor.

Auch gewerkschaftlich organisierte Mitglieder, die bei Siemens Perlach, Siemens Business Services Südbayern und Fujitsu Siemens Computers München im gleichen „Industriepark“ wie Infineon arbeiten, zeigen sich solidarisch mit dem Streik. In einer Erklärung der Vertrauenskörperleitungen aus den drei Betrieben heißt es:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir IG-Metall-Mitglieder bei Siemens Perlach, Siemens Business Services Südbayern und Fujitsu Siemens Computers München erklären uns solidarisch mit Eurem Kampf gegen die drohende Werksschließung in Perlach und für Eure Arbeitsplätze. (...) Wenn Ihr Euch nicht in das Schicksal ergeben und in gut einem Jahr arbeitslos werden wollt, bleibt nur die Alternative, Euch gemeinsam zu wehren und zu streiken. Wo wir euch unterstützen können, wollen wir das gerne tun. (...)

Heute Ihr – morgen wir! Wenn Ihr bei Infineon Euch gegen die Arbeitsplatzvernichtung wehrt, setzt ihr ein Zeichen, das auch unseren Kolleginnen Mut macht, sich zu wehren.“

(„Infineon-Streikinfo“ Nr. 3)

Auch die Vertrauensleute bei Infineon Dresden unterstützen den Streik und rufen die Kolleginnen und Kollegen im Dresdner Werk zur Solidarität auf. In Dresden versucht die Geschäftsleitung Streikbrecher anzuwerben, die 50 Euro Prämien und 20 Euro Spesen für jeden Tag in München bekommen sollten. Daraufhin wehren sich die Vertrauensleute in Dresden mit Aushängen „Keine Streikbrechertätigkeit und kein Streikbruch!“ gegen die Machenschaften der Geschäftsleitung. („Infineon Dialog“ vom 21. 10. 2005; de.intemet.com vom 24. 10. 2005, 16. 16 Uhr)

Kampf gegen Streikbrecher! Den Legalismus bekämpfen!

Am 24. 10. 2005 kam es zu ersten Rangeleien mit Streikbrechern, die aber abgewehrt werden konnten. Nachmittags kam es zu einem Polizeieinsatz gegen die Streikenden. Eine streikende Kollegin wurde von einem Zivilpolizisten bedroht, der den Zugang für Streikbrecher erzwingen wollte. Als ihr andere Streikende zu Hilfe kamen, drohte der Polizist mit dem Einsatz seiner Schusswaffe. Kurz darauf wurden zwei Streikende brutal „wegen Verdachts der Nötigung in Gewahrsam“ genommen.

Ein Streikender berichtete labournet.de telefonisch:

„Der Polizeieinsatz zeigt, wie nervös die Infineon-Geschäftsleitung ist, aber auch, in wessen Interesse der Staatsapparat agiert.“

Zur Einschüchterung ließ Infineon am zweiten Streiktag eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei am Werkstor aufmarschieren. Am Mittwoch, dem 26. 10. 2005, beschloss das Arbeitsgericht auf Antrag von Infineon, dass für Streikbrecher ein 4 Meter breiter Korridor aufgehalten werden müsse. Bei Zuwiderhandlung drohen dem Streikleiter eine Strafe von 250.000 Euro oder sechs Monate Haft. („junge Welt“ vom 27.10.2005)

Die Versuche der Kapitalisten, den Streik mit streikbrechenden Ingenieuren auszuhebeln, endete mit einem Fiasko für sie. Rund 15 Entwicklungsingenieure hatten sich unter dem Schutz der Polizei und im provozierenden stechschrittartigem Gang Zugang zum Werk verschafft. Der Fertigungsleiter hatte die Polizei im Befehlston angewiesen, für die Streikbrecher den Weg freizumachen. Daraufhin hat die Streikleitung die noch im Werk befindliche Notbesetzung zur Teilnahme am Streik aufgefordert. („Infineon Dialog – das Forum für alle Infineon Beschäftigten“ vom 26. 10. 2005; „junge Welt“ vom 27. 10. 2005) Den Ingenieuren gelang es nicht, die Produktion aufzunehmen. Sie verursachten stattdessen einen Schaden von 200.000 Euro.

Was für Figuren die Streikbrecher sind, zeigt sich in der Provokation der Ingenieure ebenso wie in der nazistischen Hetze gegen die Streikenden im Internet. In Kommentaren zu einem Artikel auf www.testicker.de vom 25. 10. 2005 zeigen Streikbrecher ihre Fratze:

„Der Polizeieinsatz ist mehr als gerechtfertigt. Von den ca. 80 Prozent heißblütigen ausländischen Kollegen, die die Arbeitswilligen bespucken und treten, gibt es leider keine Berichte! Hab das am eigenen Leib verspürt. Die Polizei sollte im Gegenteil noch härter durchgreifen!“
(www.testicker.de vom 25. 10. 05)

Ein weiterer Streikbrecher bläst ins gleiche Horn:

„Ich finde es lächerlich, wenn sich die ausländischen Kollegen so verhalten und Deutsche anspucken, nur weil sie um ihre Arbeit bangen. Sie können doch froh sein, dass sie nicht in der Türkei oder Jugoslawien arbeiten müssen, dort wären sie schon längst auf der Straße und ohne Abfindung. So ein Pack sollte man sofort fristlos kündigen. Ich finde den Polizeieinsatz mehr als gerechtfertigt. Die sollen nur richtig durchgreifen und die Anstifter gleich in den Knast stecken, dort wo sie hingehören.“ (Ebenda)

Das sind Stimmen wie aus der nazistischen „Deutschen Nationalzeitung“. Ein Streikender gibt dieser nationalistischen Hetze in seinem Kommentar die richtige Antwort:

„Die mehrheitliche Belegschaft von Infineon ist nicht deutsch und deshalb funktioniert es auch (...) Ich bin ein Deutscher und glücklich darüber solche Kollegen zu haben!!“ (Ebenda)

Auch der bayerische DGB-Fürst Fritz Schösser fiel den Streikenden prompt in den Rücken:

„Das elementare Recht der Beschäftigten, um ihre Arbeitsplätze und beschäftigungspolitischen Ziele zu kämpfen, sollte nicht von Streikenden durch Übernahme der rüden Methoden der Geschäftsleitung in Misskredit gebracht werden.“ („junge Welt“ vom 26.10.2005)

Er verliert kein Wort zum Polizeieinsatz, betreibt dafür Abwiegelei und Hetze gegen die Streikenden! Damit benutzt er die gleiche Argumentation wie die Infineon-Kapitalisten in ihrer Hetze gegen den Streik:

„Streik ist eine Sache. Übergriffe, Beleidigungen und Einschüchterungen sind aber etwas anderes. Auch die Behinderung des Zugangs zum Werksgelände ist rechtswidrig.“

(Infineon-Manager Reinhard Ploss, de.interaet.com vom 24. 10. 2005, 16. Uhr)

In den Streikinfos der IG Metall wurde Schössers schäbige Haltung nicht einmal angesprochen.

Die Erfahrung des Streiks zeigt, dass es richtig ist, sich nicht auf den eng gesteckten Rahmen der Legalität zu beschränken, wonach den Streikenden zum Beispiel vorgeschrieben wird, eine vier Meter breite Gasse für Streikbrecher offen zu halten. Es gilt, konsequent die Produktion zu verhindern und damit auch eine Kettenreaktion auf andere Betriebe auszulösen, die dann aufgrund der nicht gelieferten Teile zumindest nicht reibungslos oder sogar überhaupt nicht produzieren können. Damit wird der Druck auf die Kapitalisten erhöht, um die Forderungen der Streikenden durchzusetzen. Ein wirksamer Streik ist nicht möglich, wenn Streikbrecher ungehinderten Zugang zum Werk bekommen.

Der Streik hat auch gezeigt, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Provokationen und Angriffe der Polizei und Streikbrecher wehren müssen.

Die Ideologie des Legalismus, die Verpflichtung der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter, die Gesetze der Kapitalisten einzuhalten, ist eine mächtige Waffe der Bourgeoisie und Arbeiteraristokraten im Kampf gegen die Streikenden.

Wenn man darüber nachdenkt, liegt es doch auf der Hand: Die Mehrheit der Belegschaft stimmt demokratisch für den Streik. Und wenn die Streikenden diese Mehrheitsentscheidung nicht mit allen Mittel gegen die Kapitalisten und Streikbrecher durchsetzen würden, nähmen sie sich selbst ein wesentliches Kampfmittel.

Die Kapitalisten, Streikbrecher und die bürgerliche Presse wütete gegen die Streikenden, wenn konsequent Streikbrecher behindert werden, und werfen den Streikenden vor: Das ist diktatorisch, was ihr da macht, und nicht demokratisch!

Darauf müssten die Arbeiterinnen und Arbeiter antworten: Wir haben eine demokratische Mehrheitsentscheidung über den Streik gefasst und diese Entscheidung setzen wir, wenn's sein muss, auch diktatorisch durch. Unser Streik ist also demokratisch und diktatorisch zugleich. Die Angriffe der Kapitalisten und der Polizei, die sich auf die Fahnen schreiben, die Rechte der ausbeutenden Minderheit zu verteidigen, sind dagegen alles andere als demokratisch.

Dem Geschrei der Kapitalisten und ihrer Streikbrecher nach „Minderheitenrechten“ gab ein Kollege die richtige Antwort:

„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“ (Ebenda)

Insgesamt dauerte der Streik eine Woche bis zur Urabstimmung am 31. 10. 2005. Wie schon so oft wurde dem Streik durch die IG-Metall-Führung die Spitze abgebrochen, bevor der Druck auf die Kapitalisten wirklich groß genug war. Das ausgehandelte Ergebnis ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Schließung wurde lediglich um drei Monate hinausgezögert und eine Abfindung von 1,3 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr erhöht. So oder so wird für viele die Erwerbslosigkeit die Folge sein.

Natürlich ist ein solcher Streik kein revolutionärer Kampf für den Sturz der Ausbeuterklasse, sondern ein ökonomischer Tageskampf. Aber Arbeiterinnen und Arbeiter „spüren“, dass Demokratie für die proletarische Klasse die Diktatur über die Kapitalisten benötigt, um sich gegen deren Angriffe zu behaupten.

„Ein Streik öffnet aber den Arbeitern die Augen nicht nur über die Kapitalisten, sondern auch über die Regierung und über die Gesetze.“

(Lenin, „Über Streiks“, 1899, Werke Band 4, S. 312)

7. Streikkämpfe bei AEG und Gate Gourmet 2005/2006

Oktober 2005 – Februar 2006

Die Arbeiterinnen und Arbeiter bei AEG Nürnberg streiken, die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Gate Gourmet Düsseldorf streiken. Und auch in anderen Bereichen wird immer deutlicher, dass ohne Streiks, dass ohne Kampf die Ausbeutung dramatisch verschärft werden wird. Jeder einzelne Kampf, jeder einzelne Streik muss bekannt gemacht werden, unterstützt werden, analysiert werden, um aus den eigenen Kämpfen für die weiteren Kämpfe maximal lernen zu können. Denn es gilt drei Feinde zu besiegen: die Kapitalisten, die Gewerkschaftsbürokraten und unsere eigenen Fehler.

**Wir bleiben hier! Dafür kämpfen wir!
Die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen gegen die
Schließung von AEG in Nürnberg**

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatte der Elektrolux-Konzern angekündigt, circa 30 Werke in Westeuropa und den USA zu schließen. Die Produktion soll nach Asien, Mexiko und Osteuropa verlagert werden. Elektrolux lässt die Marken AEG, Juno, Privileg, Frigidaire und Zanussi produzieren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Mexiko, Osteuropa und Asien sind gezwungen, zu weit geringeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Dadurch steigen die Profite von Elektrolux.

Die ersten Streiks und Aktionen beginnen im Oktober 2005

Bereits am 05. 10. 2005 fand eine Protestkundgebung statt, die sich zu einem ersten 24-stündigen Streik ausweitete. Die Kolleginnen und Kollegen gingen nicht zur Frühschicht, sondern versammelten sich vor dem Tor. Dieser Versammlung schloss sich dann ab 14 Uhr auch die Spätschicht an. Der Schließungsbeschluss war im Aufsichtsrat noch nicht getroffen worden, auch der angekündigte Termin, der 24. 10. 2005, an dem eine Entscheidung fallen sollte, sollte nicht stattfinden. Die Kolleginnen und Kollegen befürchteten zu Recht, sie sollten bis nach Weihnachten hingehalten werden, damit Elektrolux in aller Ruhe das Weihnachtsgeschäft abwickeln könne. Angeprangert wurde auch die schlechte Informationspolitik der IG Metall.

Am 21. 10. 2005 versammelten sich die Kolleginnen und Kollegen unter der Losung „Keiner kommt rein – nichts geht raus“ ab 6 Uhr früh wieder in der Muggenhoferstraße und blockierten die Tore.

Es kam zu Auseinandersetzungen mit Streikbrechern, als sogenannte „höhere Angestellte“ provozierend, von Fernsehkameras begleitet auf das Tor zumarschierten. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich gegen die Rempelen geschlossen zur Wehr gesetzt. Der Vertreter der IG Metall, Rudi Lutz, hatte allerdings entschieden: „Sie dürfen durch.“ In seiner Rede prangerte der Vertreter der Vertrauenskörperleitung die Rempelen und Provokationen an. Er warnte davor, dass das sogenannte Management aus den Vorfällen in Spanien nichts gelernt habe. Dort hatte sich nach der Bekanntgabe der Schließung des Werks die Belegschaft den Werksleiter vorgenommen. Er musste danach im Krankenhaus behandelt werden. Die Kolleginnen und Kollegen klatschten begeistert Beifall. Als Lutz um 9 Uhr die Kundgebung beenden wollte, kam es zu Pfiffen und Buhrufen aus der Belegschaft. Die Frühschicht ließ sich an diesem Tag nicht mehr dazu bewegen, zur Arbeit zu gehen.

An diesem Tag gab es außerdem Streiks und Aktionen in Rothenburg, Frankreich, Spanien, Schweden, Ungarn und in allen fünf italienischen Werken.

Verhandlungsangebote der IG Metall-Führung – Anbiederung an die Kapitalisten

Die IG-Metall-Führung machte bereits im Oktober weitgehende Zugeständnisse an Elektrolux, die fast ausschließlich auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden sollten: Einsparungen in Höhe von 15 Millionen Euro, der „Beitrag“ der Kollegen und Kolleginnen sollte 12 Millionen Euro betragen. Dafür sollte der Standort bis 2010 gesichert werden.

An der Wand des Werks in der Muggenhoferstraße wurde durch eine Parole gewarnt: „Betrug von IGM und Elektrolux! Entlassungen kommen nach Weihnachten!“

Die IG-Metall-Führung ging im Laufe der Zeit immer weiter mit ihren Zugeständnissen. Am 02. 12. 2005 gab sie auf einer Betriebsversammlung bekannt, dass sie zur Beschäftigungssicherung nur eine garantierte Produktionszahl von 800.000 Stück gefordert hat. Dies würde bedeuten, dass von den insgesamt 1.700 Arbeitsplätzen ca. 800 wegrationalisiert werden.

Das Angebot der Arbeitszeitverlängerung, mit der die Elektrolux-Kapitalisten nach Plänen der IG Metall 9 Millionen Euro auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen einsparen sollen, führt dazu, dass 800 Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Arbeitsplätze verlieren.

Gleichzeitig wurde bereits für 477 Kolleginnen und Kollegen in einem Bereich eine Vereinbarung mit den Kapitalisten getroffen, die deren Arbeitsplätze nur noch bis zum 30. 06. 2006 garantiert. Die IG-Metall-Führung verkauft dies als Erfolg, da Elektrolux gefordert hatte, die 477 Arbeiter und Arbeiterinnen bereits im Dezember 2005 zu entlassen. In Wirklichkeit bedeutet es aber den Versuch der Spaltung der Belegschaft.

Die Empörung der Kolleginnen und Kollegen von AEG gegen die Kapitalisten, aber auch gegen die Verzögerungs- und Anbiederungstaktik der IG Metall wächst!

Nach der Betriebsversammlung am 02. 12. 2005 drängten die Kolleginnen und Kollegen zum unbefristeten Streik. Ihre Befürchtung wuchs, dass sie nur hingehalten werden sollen. Im AEG-Werk in Nürnberg wurde faktisch nicht mehr gearbeitet. Da zu diesem Zeitpunkt ein Streik noch als illegal galt, weil noch keine Urabstimmung stattgefunden hat, wurden täglich Betriebs- oder Abteilungsversammlungen durchgeführt. Die Kolleginnen und Kollegen suchten gemeinsam den Betriebsrat auf, oft reichte der Platz vor dem Betriebsratsbüro nicht aus, weil so viele gekommen sind, berichtete ein Kollege.

Am 12. 12. 2005 wurde auf einer Betriebsversammlung dann der endgültige Schließungsbeschluss bekanntgegeben: bis 2007 soll das Werk dicht sein. Die Produktion wird nach Polen und Italien verlagert. Es wurde eigens Horst Winkler, der Europachef von Elektrolux, aus Brüssel eingeflogen. Seine Worte gingen in einem Pfeifkonzert unter, und er musste die Bühne nach kurzer Zeit fluchtartig verlassen, weil die Kolleginnen und Kollegen begannen, mit Gegenständen zu werfen. Die Kolleginnen und Kollegen gingen anschließend auf die Straße und führten eine Kundgebung mit ca. 1.500 Teilnehmern durch.

Am 13. 12. 2005 versammelten sich zu Frühschichtbeginn spontan 800 Arbeiterinnen und Arbeiter vor den Toren, um weiter gegen den Stilllegungsbeschluss zu protestieren. Die Bänder bei AEG standen faktisch still, auch in den folgenden Tagen wurde nicht gearbeitet. Jeden Tag wurde abgestimmt, ob die Arbeit wieder aufgenommen oder ob eine Informationsveranstaltung durchgeführt wird. Ansonsten wird nur sehr schleppend gearbeitet und nur sehr eingeschränkt produziert. Die Stückzahlen bewegten sich zwischen 30 und 75 Prozent der üblichen Produktion. Der Krankenstand war extrem hoch, bis zu 20 Prozent. („junge Welt“ vom 17. 01. 2006) Oft können schon aus diesem Grund die Bänder nicht laufen.

Noch kurz vor Weihnachten sollte bereits ein Teil der Fertigungsstraßen nach Polen verlagert werden. Als die Arbeiterinnen und Arbeiter davon erfahren, entscheiden sie, dass die Fertigungsstraße unbedingt ordentlich instandgesetzt

werden muss. Sie schraubten sie ab und brachten sie in die Instandsetzung. Der streikbrechende Werksleiter muss ohne die Fertigungsstraße wieder nach Hause fahren. („taz“ vom 19. 01. 2006)

Durch die spontanen Streiks wuchs der Druck auf die Geschäftsleitung und auch auf die IG Metall. Die Kapitalisten hatten die Lage zeitweilig nicht im Griff und forderten die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, nach Hause zu gehen. Versprochen wurde, dass dennoch der Lohn weitergezahlt wird. Und so haben die Kapitalisten letztendlich für 14 Tage (bis zur Weihnachtspause) bezahlt, in der Hoffnung, damit die Kolleginnen und Kollegen zu besänftigen.

Am 20. 12. 2005 demonstrierten 6.000 Menschen gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die Schließung der Fabrik. Die Demonstration endete mit einer Menschen- und Lichterkette um das AEG-Werk. Es waren auch viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben nach Nürnberg gekommen, um ihre Solidarität zu demonstrieren.

Nach der Weihnachtspause gingen die Aktionen unvermindert weiter. Gleich am 4. Januar stand die Produktion wegen eines Stromausfalls für 20 Minuten still. Die Kollegen kündigten an, dass dies nicht der letzte Stromausfall gewesen sei. Daran anschließend fanden Werkversammlungen statt.

Wir streiken für den Erhalt aller Arbeitsplätze! Nicht für hohe Abfindungen!

Endlich fand am 19. 01. 2006 die Urabstimmung über den unbefristeten Streik statt. 96,35 Prozent der organisierten Kolleginnen und Kollegen stimmten für den Streik. Dies war ein ungewöhnlich hohes Ergebnis.

Die Kolleginnen und Kollegen stellten immer wieder klar, dass sie nicht für einen Sozialtarifvertrag streiken, sondern für den Erhalt der Arbeitsplätze. Nach dem sogenannten „Arbeitskampfrecht“ in Deutschland darf für das Ziel „Keine Schließung des Werks“ nicht gestreikt werden, weil das nach der Rechtsprechung ein politischer Streik ist. Legal ist es nur, für Tarifverträge, für sogenannte ökonomische Ziele zu streiken. Die Urabstimmung wurde deshalb über einen Streik für einen Sozialtarifvertrag durchgeführt.

Seit dem 20. 01. 2006 befanden sich die Kolleginnen und Kollegen von AEG Nürnberg nun in einem unbefristeten Streik. Die Belegschaft setzt sich in der Mehrzahl aus Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern zusammen, in der Produktion teilweise bis zu 90 Prozent. Die Kolleginnen und Kollegen haben das AEG-Werk dichtgemacht, rein durften ab diesem Zeitpunkt nur Mitarbeiter von anderen Firmen, die auf dem Gelände ansässig sind. Gestreikt wird rund um die Uhr, wie auch nach dem Schichtplan gearbeitet werden würde. Bei Temperaturen von bis zu minus 18 Grad harren die Kolleginnen und Kollegen

vor den Toren aus. Die Stimmung und die Geschlossenheit sind sehr gut. Seit der Streik begonnen hat, sind auch die Zahlen der Krankmeldungen zurückgegangen, die Kollegen und Kolleginnen haben sich den Streikenden angeschlossen. Am 25. 01. 2006 schlossen sich die Kolleginnen und Kollegen der Elektrolux Logistic GmbH den Streikenden an. Sie stimmten an den Standorten Nürnberg, Rothenburg und Dormagen mit 90,74 Prozent für einen Streik. Zwar sind die Werke derzeit nicht von der Schließung betroffen, die Kolleginnen und Kollegen haben sich aber entschieden, nun endlich für einen Tarifvertrag zu streiken. Bislang sind diese Betriebe nicht tarifgebunden. („Handelsblatt“ vom 25. 01. 2006). Elektrolux hatte angekündigt, die Einkommen in Nürnberg, Rothenburg und Dormagen zum 1. Februar massiv zu senken. In Nürnberg begann der Streik der Logistik am 27. 01. 2006, in Dormagen am 30. 01. 2006.

Am 07. 02. 2006 wurde ein Aktionstag „Weiße Ware“ in Nürnberg durchgeführt. Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Branche „Weiße Ware“ kamen zur Unterstützung ihrer Kollegen und Kolleginnen nach Nürnberg, zum Beispiel von Bauknecht, Miele, Bosch, Siemens und Liebherr. („Neues Deutschland“ vom 08. 02. 2006). Es demonstrierten ca. 3.000 Kolleginnen und Kollegen vom Nürnberger Hauptbahnhof aus zum AEG Werk.

Am 08. 02. 2006 begann die Urabstimmung im Ersatzteilwerk Distripart GmbH in Rothenburg. Die Kolleginnen und Kollegen in Rothenburg ob der Tauber wollen gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen streiken. Elektrolux will künftig nicht mehr nach dem Tarifvertrag für die Elektro- und Metallindustrie vergüten, sondern nach dem wesentlich schlechteren Groß- und Außenhandelstarifvertrag. Ohne Lohnausgleich soll dadurch zum Beispiel die Arbeitszeit von 35 auf 38,5 Stunden erhöht werden. („Netzzeitung“, www.n24.de vom 09. 02. 2006) Bei der Urabstimmung haben sich trotz der massiven Behinderungen 77,7 Prozent für den Streik ausgesprochen. Die IG-Metall-Führung hat aber nun offengelassen, wann der Streik beginnen soll.

Weil die Urabstimmung im Werk Rothenburg massiv behindert wurde, haben die Kolleginnen und Kollegen von AEG Nürnberg beschlossen, nun auch keine Beschäftigten von anderen Firmen mehr auf das AEG-Gelände zu lassen. Auch Handwerker und die Post werden nicht mehr durchgelassen.

Breite Solidarität

Von Beginn der Aktionen an, bereits im Herbst des vergangenen Jahres, gab es viel Unterstützung und Solidarität für die Kolleginnen und Kollegen des AEG-Werks.

Vertrauensleute vom BMW Motorradwerk Berlin schrieben am 24. 01. 2006 eine Solidaritätserklärung und forderten die Solidarität und den Zusammenschluss aller kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter:

„Von eurem Streik kann ein Signal ausgehen, dass nicht jeder Betrieb sich nur mit seinem eigenen Schicksal beschäftigt, sondern die Kräfte

gebündelt und zu einer Bewegung der proletarischen Klasse werden. Denn diese größere Bewegung ist nötig, um mehr als Teilerfolge zu erringen.“

Aus folgenden Betrieben waren Kolleginnen und Kollegen in Nürnberg: Infineon Perlach, Siemens, MAN Roland, Gate Gourmet, Bosch, Stahlwerker und Beschäftigte des Dynamowerks Bremen und viele mehr. Auch aus der Nachbarschaft und der ganzen Stadt erfahren die Kolleginnen und Kollegen große Unterstützung und Solidaritätsbekundungen.

Inzwischen gibt es auch eine Solidaritätsadresse der polnischen Kolleginnen und Kollegen, die künftig die Arbeit aus Nürnberg übernehmen sollen. Seit dem 08. 02. 2006 gibt es im polnischen Elektrolux-Werk eine Gewerkschaftsorganisation. Die Kollegen und Kolleginnen haben ihre Solidarität mit den Streikenden erklärt und mitgeteilt, dass nur noch etwa eine Woche Bleche aus Nürnberg zur Verfügung stehen, dann können sie nicht mehr produzieren.

Verhandlungen haben begonnen

Am 29.01.2006 fand die erste Verhandlungsrunde statt. Es trafen sich Elektrolux-Kapitalisten, Werner Neubauer und Jürgen Wechsler von der IG Metall Bayern und Harald Dix, der Betriebsratsvorsitzende von AEG Nürnberg, mit Edmund Stoiber. Elektrolux lehnte es klar ab, den Schließungsbeschluss zurückzunehmen und stellte die Forderung, dass für die Zeit der Verhandlungen der Streik beendet wird. Die Verhandlungsdelegation der IG Metall hielt ihr Angebot zur Beschäftigungssicherung aufrecht. Ein Angebot also, das weiterhin davon ausgeht, dass mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze wegfallen werden!

Unterstützt die Kolleginnen und Kollegen von Gate Gourmet Düsseldorf, die seit dem 07. 10. 2005 streiken!

Als Gate Gourmet im September 2005 von den Kolleginnen und Kollegen in Deutschland unter anderem eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, Kürzung des Jahresurlaubs um fünf Tage und Reduzierung der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit forderte, stimmte am 04. 10. 2005 in der Filiale Düsseldorf 93 Prozent der Belegschaft für den Streik. Gate Gourmet ist ein Catering-Konzern für die Lebensmittelversorgung von Flugzeugen mit weltweit rund 22.000 Beschäftigten in fast 30 Ländern. Der Konzern beliefert unter anderem LTU, British Airways, Air France, Iberia, Delta und Continental

Airlines. Bereits in den letzten beiden Jahren hatten die Kolleginnen und Kollegen auf die Hälfte des Weihnachtsgeldes verzichten müssen, gleichzeitig war die Arbeitshetze enorm intensiviert worden. So wurden Verschnauaufpausen bei den Essenstablatt-Fließbändern abgeschafft. Von den ursprünglich 90 LKW-Fahrern in Düsseldorf, die die Bordverpflegung zu den Flugzeugen bringen, sind 36 übrig geblieben, die jetzt die gleiche Arbeit leisten müssen. Diese Verschärfung der Arbeitsbedingungen wurde mit Schikanen wie Abmahnungen und angedrohten Entlassungen durchgesetzt. Dies alles hatte das Fass bei den Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf, von denen ein Großteil aus der Türkei, aber auch aus Polen, Marokko, Kroatien, Griechenland, Sri Lanka oder Brasilien kommt, zum Überlaufen gebracht.

Beflügelt und ermutigt hatte sie dabei sicher auch der spektakuläre Streik ihrer Kolleginnen und Kollegen der Gate-Gourmet-Filiale am Londoner Flughafen. Dort waren hauptsächlich aus Indien stammende Kolleginnen und Kollegen, die sich schon zuvor an Protestaktionen beteiligt hatten, im August 2005 – auf dem Höhepunkt der Sommerreisezeit – mit einem ähnlichen „Forderungskatalog“ des Konzerns konfrontiert worden. Als sie sich weigerten, die Forderungen zu unterschreiben, wurden 667 sofort entlassen und die verbleibenden 1.400 sollten dadurch erpresst werden, neue, schlechtere Arbeitsverträge zu unterschreiben. Doch die Kapitalisten hatten sich verrechnet. Die vermeintlich unqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die in so zeitkritischen Bereichen wie dem hoch technologisierten Transportbereich arbeiten, waren nicht so zu leicht zu ersetzen, wie es sich die Kapitalisten vorstellten. Aber wichtiger noch: Am nächsten Tag solidarisierten sich ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen von British Airways (früher gehörten sie alle zu BA) mit ihnen. Die Fluglotsinnen und Fluglotsen, die Rampenarbeiter und die Kolleginnen und Kollegen der Gepäckbänder legten durch diese machtvolle Demonstration der Solidarität den Flugverkehr in London lahm. Nach einigen Tagen schon musste Gate Gourmet zähneknirschend klein begeben.

In Düsseldorf beteiligen sich von den insgesamt 120 Kolleginnen und Kollegen 85 an dem Streik. Sie haben mit zwei großen Problemen zu kämpfen: zum einen mit Streikbrechern. Unter den Düsseldorfer Streikbrechern befinden sich mehrere Betriebsräte, Beschäftigte anderer Gate-Gourmet-Filialen (u. a. aus Frankfurt, München, Stockholm) sowie angeheuerte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Dadurch gelingt es dem Gate-Gourmet-Konzern, den Eindruck zu erwecken, relativ problemlos mit dem „Häufchen Radikaler“ fertig zu werden und den Catering-Betrieb aufrechtzuerhalten.

Die Düsseldorfer Kolleginnen und Kollegen haben ein Streikzelt vor dem Betriebstor errichtet, das rund um die Uhr besetzt ist. Mehrere Male haben sie versucht, die Zufahrtstore zu blockieren, was von der Polizei und Schlägern einer

privaten „Sicherheitsfirma“ verhindert wurde. Geschickt getarnte Schützenhilfe leistet dabei die Führung der Gewerkschaft Nahrungsmittel – Genuss – Gaststätten (NGG), die sich beim ersten Blockadeversuch der kämpferischen Kolleginnen und Kollegen beeilte zu erklären; „Auf ein Wort: Kurze Aufregung gab es gestern, als die Streikposten sehen, dass die LKW wieder die vordere Laderampe nutzen. Das würde man zu gern verhindern! Aber Vorsicht: Aktionismus ist nicht immer hilfreich! Klar ist jedoch: Natürlich versucht die Geschäftsführung, die Streikenden zu provozieren. Aber darauf müssen wir doch nicht eingehen!“ („NGG-Streikzeitung“, Nr. 18 vom 01. 11. 2005; siehe www.ngg.net/alle_streikzeitungen)

Und hier sind wir bei dem zweiten großen Problem: die Gewerkschaftsbürokratie. Die Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf sind bei der NGG organisiert, während die meisten anderen Gate-Gourmet-Filialen bei ver.di organisiert sind (formal gibt es zwei Firmen: Gate Gourmet Deutschland, entstanden aus dem Bankrott der Swissair, für die ver.di zuständig ist, und Gate Gourmet West für die Filialen, die von der LTU übernommen werden, für die NGG zuständig ist). Nicht nur, dass die Gewerkschaftsführung keinen Finger rührt, um Solidarität in den Gate-Gourmet-Standorten zu organisieren. Die ver.di-Verhandlungsriege hat die Tarifverhandlungen mit Gate Gourmet Deutschland auch noch nicht für gescheitert erklärt, um so formal Solidaritätsstreiks zu verhindern.

Umso eindrucksvoller ist es, wie die streikenden Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf nichts unversucht lassen, um Solidarität zu organisieren. Mit Flugblättern in deutscher und türkischer Sprache haben sie die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter über ihr Recht aufgeklärt, bei Streikbrücheinsätzen die Arbeit zu verweigern. Sie veröffentlichen eine regelmäßige Streikzeitung, Delegationen der streikenden Düsseldorferinnen und Düsseldorfer fahren zu anderen Gate-Gourmet-Standorten, um mit den dortigen Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, Unterstützerinnen und Unterstützer organisieren mit Streikenden vor den Terminals in verschiedenen Flughäfen Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen.³⁶

³⁶ Quellen: www.gg-streik.net; www.labournet.de

8. Kampf der Werktätigen bei der Deutschen Bahn 2007

Juli – November 2007

Am 6. August 2007 beschlossen die Lokführerinnen und Lokführer sowie auch Zug- und Servicebegleiter und -begleiterinnen bei der Deutschen Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik. Ihre Forderungen waren: ein eigener Tarifvertrag, eine Lohnerhöhung von bis zu 31 Prozent und eine Arbeitszeitverringerung von ⁴¹ auf 40 Stunden. Anfang August begann daraufhin der bisher längste Streik von Eisenbahnern in Deutschland, der wiederholt und mehrere Tage lang den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene großenteils lahmlegte. Angesichts der massiven Lohneinbußen in den letzten Jahren und der enorm verschärften Arbeitsbedingungen im Fahrdienst steht die Unterstützung und Solidarität mit diesem berechtigten Kampf der Lokführerinnen und Lokführer und anderen Werktätigen dieses Bereichs gegen verschärfte Ausbeutung außer Zweifel.

Dennoch ist bei diesem Streik eine schwer zu durchschauende Gemengelage entstanden: Dieser Streik wird nicht von der Teilgewerkschaft des DGB in diesem Bereich, der Transnet (die eher der SPD nahesteht) geführt, sondern von der GDL, einer Gewerkschaft, die Mitglied im CDU-nahen Deutschen Beamtenbund ist. Zugleich hat sich eine riesige Kampagne gegen diesen Streik gebildet. Diese reicht von der Bundesregierung, bürgerlichen Parteien und Medien, den Kapitalistenverbänden bis hin zu den Führungen der Teilgewerkschaften des DGB, Transnet, IG Metall, ver.di, um nur die wichtigsten zu nennen. Angesichts dieser Lage scheint es uns zentral, die Tricks und Drecksargumente dieser Anti-Streik-Kampagne zu entlarven, um die berechtigten Kämpfe der Werktätigen zu verteidigen, ohne die falschen Freunde aus der Schusslinie zu nehmen. Die mehrfach ausgesprochenen gerichtlichen Streikverbote zeigen nicht zuletzt, wie absurd es ist, einen Zustand als „Neoliberalismus“ zu bezeichnen, der durch zunehmende Verschärfung der staatlichen Unterdrückung charakterisiert ist. Die Streikergebnisse einzuschätzen ist momentan schwierig. Noch wichtiger als die konkreten Ergebnisse sind so oder so aber die in diesem bedeutsamen Streikkampf gemachten Erfahrungen.

Verschärfte Ausbeutung der Bahn-Werkstätigen

Trotz Teilprivatisierung ist die Deutsche Bahn immer noch ein staatlich-kapitalistischer Großbetrieb. 2006 gab es noch zirka 230.000 Beschäftigte bei der Bahn, darunter 20.000 Lokführer und 12.000 Werkstätige des Fahrdienstes.

Die Schichtung der Werktätigen innerhalb von staatlich-kapitalistischen Großbetrieben in Deutschland hat bestimmte Besonderheiten, die gerade für Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung von Bedeutung sind.

Die Bahn als staatlich-kapitalistischer Großbetrieb hat ähnlich wie die Post eine große Anzahl an Beamten beschäftigt. Dies war und ist auch noch im Bereich Fahrpersonal so. Von den ca. 20.000 Lokführerinnen und Lokführern sind noch zirka 8.000 Beamte. Vom übrigen Fahrpersonal, dessen Gesamtzahl sich auf ca. 12.000 beläuft, sind noch ca. 1.600 Beamte. Alle anderen sind Angestellte. In Ostdeutschland gibt es keine Beamten unter dem Fahrpersonal, das heißt, das gesamte verbeamtete Fahrpersonal arbeitet in Westdeutschland. Das kommt daher, dass das Bahnpersonal aus Ostdeutschland nach der Einverleibung der DDR 1990 – wenn überhaupt – lediglich als Angestellte von der Deutschen Bahn übernommen wurde. Beamte bei der Bahn sind im Vergleich zu Angestellten in der Regel schwerer kündbar und haben auch höhere Rentenansprüche.

In der Gewerkschaft der deutschen Lokomotivführer (GDL) sind im Juli 2007 von den ca. 20.000 Lokführern und Lokführerinnen, die bei der Deutschen Bahn arbeiten, rund 15.000 organisiert. Außerdem sind noch ca. 4.000 Zug- und Servicebegleiter und -begleiterinnen Mitglied der GDL („taz“ vom 03. 07. 2007).

Die Ausbeutung wurde in den letzten Jahren enorm verschärft. Von 1991 bis 2006 wurden rund 230.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, darunter die Arbeitsplätze von ca. 21.000 Lokführern und Lokführerinnen. Dies bedeutet eine Halbierung der Zahl der Bahn-Beschäftigten. Gleichzeitig sind die Reallöhne nach Schätzungen in den letzten 15 Jahren um ca. 10 bis 30 Prozent gesunken. Die Arbeitsbedingungen haben sich massiv verschlechtert. 2005 wurde die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht. Die Schichten dauern gemäß einer von Transnet abgeschlossenen Betriebsvereinbarung bis zu 14 Stunden. Durch „flexible“ Schichtpläne ergeben sich unregelmäßige Arbeitszeiten. Sicherheitseinrichtungen an den Gleisen, etwa der Güterbahnhöfe, werden vielfach demontiert, um Wartungskosten zu sparen. Dazu kommt, dass Lokführer im Regionalverkehr zumeist nicht einmal auf die Toilette gehen können. Der Bahnvorstand will zudem durchsetzen, dass die Anfahrtszeiten zu den jeweiligen Einsatzorten nicht mehr bezahlt werden, was eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung bedeuten würde. Die enormen Profite der Bahn sind Ergebnis dieser verschärften Ausbeutung der Werktätigen der Bahn. So hat sich der Konzerngewinn der Deutschen Bahn AG von 2005 bis 2007 verdreifacht und lag 2006 bei 2,4 Milliarden Euro. Das Management genehmigte sich eine Versechsfachung seiner Bezüge seit 1999.

All diese Maßnahmen der verschärften Ausbeutung werden von der Bahn erpresserisch mit der geplanten „Privatisierung“ begründet. Ansonsten sei die Deutsche Bahn nicht „wettbewerbsfähig“ und nicht „reif“ für den geplanten

„Börsengang“. Offen wurde gedroht, dass 7 Prozent mehr Lohn angeblich die Vernichtung von 8.000 Arbeitsplätzen nach sich ziehen würde. („Handelsblatt“ vom 07. 07. 2007).

Bei der Bahn ist es nicht anders als bei der Post und anderen Staatsbetrieben, die privatisiert werden sollen oder teilweise oder schon ganz privatisiert wurden: Die Werktätigen sollen mit der drohenden Privatisierung bzw. der drohenden Ausweitung der Privatisierung eingeschüchtert werden, damit sie die systematische Beseitigung erkämpfter Schutzmaßnahmen und verschärfte Ausbeutung kampflos hinnehmen.

Doch das Fahrpersonal der Bahn ließ sich von diesen Tricks und Manövern nicht einschüchtern und begann den Kampf gegen die immer weiter verschärfte Ausbeutung.

Der Streik ab Juli 2007

Die Führung der Transnet und der GDBA sorgen für einen schnellen und lächerlich geringen Tarifaabschluss nach ersten Warnstreiks im Juli 2007

Am 02. 07. hatten 500 Arbeiter und Arbeiterinnen nach einem Aufruf der Gewerkschaften Transnet und GDBA, beide organisiert unter dem Dach des DGB, an 13 Standorten für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Die Streikforderung lautete: 7 Prozent mehr Lohn. Am 03. 07. begannen die Beschäftigten, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, ebenfalls ihren Arbeitskampf mit einem Warnstreik. Teile des Schienenverkehrs waren in der Zeit von 5.00 bis 9.00 Uhr weitgehend lahmgelegt. Doch bereits am 05. 07. kündigte der Vorsitzende der Transnet und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Bahn, Hansen, an, dass eine Einigung mit der Bahn in Aussicht steht. Transnet und GDBA brachen umgehend alle Arbeitskampfmaßnahmen ab. Am 09. 07. präsentierte Hansen das Ergebnis: 4,5 Prozent mehr Lohn ab dem 01. 01. 2008 und eine Einmalzahlung von 600 Euro. Angesichts der Reallohnseinbußen und der Verschärfungen der Arbeitshetze in den letzten Jahren war dieses lächerlich geringe Ergebnis im Schnellverfahren eine Ohrfeige für die Beschäftigten der Bahn.

Die Streiks unter Führung der GDL vom August bis November 2007

Mit diesem Ergebnis wollten sich die in der GDL organisierten Beschäftigten des Fahrpersonals nicht abspesen lassen. Die GDL begann mit der Urabstimmung. Die Forderung lautete: bis zu 31 Prozent mehr Lohn (für die niedrigste Lohngruppe) sowie eine Verringerung der Arbeitszeit von 41 auf 40 Stunden.

Die GDL forderte zudem einen eigenen Tarifvertrag, der die erschwerten Arbeitsbedingungen für das Fahrpersonal berücksichtigt. Zum Fahrpersonal zählen die Lokführer, Zugbegleiter und das Gastronomiepersonal.

Die Transnet-Führung fiel den Vorbereitungen zu diesem Streik offen in den Rücken. Sie inszenierte eine Unterschriftenaktion gegen die Urabstimmung der GDL. Die Transnet- und die GDBA-Führung erklärten sogar, ihre Mitglieder seien zum Streikbruch bereit („junge Welt“ vom 07. 08. 2007). Die Bahn ihrerseits hatte verboten, dass die Urabstimmung in den Zügen stattfand.

- Als **Ergebnis der Urabstimmung** konnte am 06. 08. allerdings verkündet werden: **95,8 Prozent für einen unbefristeten Streik**. Nach dem eindeutigen Ergebnis der Urabstimmung ruderte der Transnet-Chef Hansen zurück und schloss nun verbal Streikbruch aus („junge Welt“ vom 08. 08. 2007).

Da die GDL ihre nächste Streikaktion eine Woche vorher ankündigte, hatte die Bahn ausreichend Gelegenheit, sich irgendein Arbeitsgericht zu suchen, das ein „Streikverbot“ aussprechen sollte. Durch einstweilige Verfügung **verbot das Arbeitsgericht Nürnberg der GDL Streiks im Güter- und Fernverkehr** bis September 2007 mit der Begründung, dass diese „der gesamten Volkswirtschaft immense wirtschaftliche Schäden“ zufügen würden. Die GDL beugte sich dem Urteil und setzte ihre Streiks zunächst aus. Andernfalls waren ihr 250.000 Euro „Ordnungsgeld“ angedroht worden, gewiss keine Kleinigkeit.

Die Streikenden änderten nun ihre Taktik und bestreikten zunächst nur den Personennahverkehr, denn der war von dem Streikverbot nicht betroffen. Die GDL stimmte dann im Widerspruchsverfahren vor dem Arbeitsgericht Nürnberg einem „Vermittlungsverfahren“ mit Figuren wie Biedenkopf und Geißler zu, während dessen sie auf Streiks verzichtete. Das Vermittlungsverfahren scheiterte am 20. 09. endgültig.

Die GDL kündigte für den 05. 10. bundesweite befristete Streiks im Güterverkehr und im Personenverkehr an. **Nun verbot das Arbeitsgericht Chemnitz den Lokführerinnen und Lokführern, den Fern- und Güterverkehr zu bestreiken.**

- Am 05. 10. stand in ganz Deutschland ein Großteil des Personenverkehrs auf der Schiene still. Rund die Hälfte der Nahverkehrszüge und ein Drittel der Fernverkehrszüge (wegen des Streiks im Regionalverkehr) fielen aus. In Berlin und Frankfurt am Main setzte die Bahn mit Polizeigewalt ihr „Hausrecht“ durch. Die Streikenden mussten die Bahnhöfe verlassen.
- Am 12. 10. wurde ganztägig im Regionalverkehr gestreikt. 85 Prozent der Regional- und S-Bahn-Züge waren betroffen, ca. 7.000 Lokführer beteiligten sich am Streik („taz“ vom 13. 10. 2007).

Die Bahn AG erteilte nach diesen ersten Streiks insgesamt mehr als 200 Abmahnungen und sprach mindestens zehn fristlose Kündigungen für Lokführer und Lokführerinnen aus (Associated Press vom 22. 10. 2007).

Die Bahn legte dann ein angeblich „neues Angebot“ vor. Dieses „Angebot“ stellte nichts als eine weitere Verhöhnung der Streikenden und eine Irreführung der Öffentlichkeit dar.

- Am 18. 10. wurde der Streik im Nahverkehr von 2.00 bis 11.00 Uhr fortgesetzt. Im Osten Deutschlands fuhren 85 Prozent der Züge nicht. Im Westen standen etwas mehr als 50 Prozent der Züge im Nahverkehr still (Pressemitteilung der GDL vom 18. 10. 2007). Dort konnten Beamte als Streikbrecher eingesetzt werden.
- Am 25. 10. traten insgesamt 4.000 Beschäftigte des Fahrpersonals im Nahverkehr in einen 30-stündigen Streik. In Ostdeutschland gelang es wiederum, den Zugverkehr fast vollständig lahmzulegen. Im Westen kam es laut GDL nur zu „starken Beeinträchtigungen“, da wiederum verbeamtete Lokführer zu Streikbrechereinsätzen bereit waren.
Erst am 02. 11. wurde es der GDL gerichtlich wieder „erlaubt“, auch im Güter- und Fernverkehr zu streiken.
- Am 08. 11. begann dann ein **42-stündiger Streik im Güterverkehr**. Es beteiligten sich ca. 2.600 von 5.500 im Güterverkehr beschäftigten Lokführerinnen und Lokführer. Ca. 1.000 Güterzüge konnten am 08. 11. nicht fahren. Am 10. 11. in der Zeit von 0.00 Uhr bis 6.00 Uhr standen wiederum fast alle Güterzüge still (Pressemeldung der GDL vom 10. 11. 2007).
- Am 15. 11. begann die GDL einen 62-stündigen Streik des gesamten Fahrpersonals, außer den Lokführern auch Zugbegleiter, Werk tätige der Bordgastro nomie, Rangierlokführer und andere. Die Bahn reagierte unter anderem mit einer millionenschweren Anzeigenkampagne in großen Tageszeitungen („Stoppen Sie diesen Wahnsinn, Herr Schell!“). Die Bundesregierung „warnte“ vor den „volkswirtschaftlichen Auswirkungen“ des Streiks.

Die Bahn hatte vor Streikbeginn erklärt, dass es kein neues Angebot an die GDL geben werde. Der Aufsichtsrat der Bahn AG forderte den Bahn-Vorstand einstimmig auf, den Forderungen der GDL nicht nachzukommen. Das alles konnte den größten Bahn-Streik nicht aufhalten. Weite Teile des Bahnbetriebs wurden durch den Streik zum Stillstand gebracht. Auch bei den Seehäfen zeigte der Streik Wirkungen.

Unter dem Druck dieses Streiks und drohender weiterer Streiks sah sich die Bahn AG nunmehr gezwungen, mit einem angeblich „wesentlich verbesserten Angebot“ an die GDL heranzutreten. Zusätzlich zu der mit der Transnet und GDBA vereinbarten Lohnerhöhung von 4,5 Prozent enthält das Angebot ledig-

lich weitere 2 Prozent sowie – wie schon zuvor – die Bezahlung von Mehrarbeit. Außerdem ist von einer Anhebung von Zulagen die Rede.

Mit der Zusage, dass die GDL eine Art von eigenständigem Tarifvertrag erhalten würde, hat die GDL-Führung Verhandlungen mit der Bahn AG aufgenommen. Bis zu deren Abschluss sagte die GDL-Führung den Verzicht auf weitere Streiks zu. Außen vor bleiben allerdings die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter sowie die Werk tätigen des Gastronomiebereichs, die gemeinsam mit den Lokführerinnen und Lokführern gestreikt haben. Die von der GDL ursprünglich geforderte Einbeziehung der Zugbegleiter und Gastronomiemitarbeiter sei durch die jetzt vereinbarten Eckpunkte „vom Tisch“, äußerte die GDL-Sprecherin Seibert („junge Welt“ vom 05. 12. 2007).

Fakt ist: Nur durch die Streiks in den letzten Wochen und Monaten konnte die Bahn AG überhaupt zu Zugeständnissen gezwungen werden. **Dass es den vergleichsweise wenigen GDL-Streikenden gelungen ist, den riesigen Bahn-Konzern wiederholt und über mehrere Tage hinweg weitgehend lahmzulegen, ist eine überaus wichtige konkrete Erfahrung, die weit über den Bahn-Bereich hinaus bedeutsam ist.**

Solidarität

Der GDL-Streik hatte in der Öffentlichkeit eine relativ breite Sympathie. Trotz der von der Bahn AG und der Bundesregierung als deren Eigentümer organisierten Hetzkampagne gelang es den Streikgegnern bis zuletzt nicht, dies umzukehren. Eine große Rolle spielte dabei, dass es viele Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werk tätige für gut hielten, dass sich eine Gruppe von Werk tätigen so spürbar und mit so massiven Auswirkungen zur Wehr setzte.

Die Aktionen direkter Unterstützung und Solidarität waren allerdings, vor allem zu Beginn, ziemlich schwach und entwickelten sich auch erst langsam. Ein Hauptgrund dafür war, dass von Seiten der DGB-Führung und ihres Apparats eine Mauer der Ablehnung gegen diesen Streik aufgerichtet worden war, die durchbrochen werden musste. Erst die andauernde Streikentschlossenheit der Lokführerinnen und Lokführer, die ihren Kampf trotz Verboten und heftigen Anfeindungen vom Juli bis in den November hinein fortsetzten, bewirkte eine Zunahme der praktischen Solidarität. Einige Beispiele:

- Der „Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten“ (darin sind beim DGB und seinen Teilgewerkschaften Beschäftigte organisiert) solidarisierte sich mit dem Streik des Fahrpersonals: „Wenn es Euch gelingt, durch Euren Streik dem DB-Konzern einen guten Tarifvertrag für das Fahrpersonal abzurufen, wird dies für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland einen wichtigen Impuls bedeuten.“

- Am 06. 10. waren Streikende des Otto-Konzerns, die seit dem 28. 09. für höhere Löhne streiken, zum Hamburger Hauptbahnhof gezogen und haben den streikenden Lokführern eine Grußbotschaft überbracht („junge Welt“ vom 08. 10. 2007).
- In einem Aufruf von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern des DGB heißt es: „Nicht der, der kämpft, spaltet! Ein gemeinsamer Arbeitskampf könnte schnell gewonnen werden, wenn die anderen Bahngewerkschaften sich dem Kampf anschließen. (...) Der Angriff der Arbeitgeber muss gemeinsam abgewehrt, das Streikrecht verteidigt werden. **Wir fordern: Solidarität ALLER Gewerkschaften mit dem Bahn-Streik!**“ (www.bahnstreik-soli.de)
- 26 Betriebsräte und Vertrauensleute bei Daimler in Bremen: „Als aktive IG-Metaller halten wir Euren Streik für absolut gerechtfertigt, zumal Ihr nichts anderes einfordert, als einen Facharbeiterlohn, als menschenwürdige Arbeitsbedingungen in einer hoch verantwortungsvollen Arbeit. Ja, wir sind entschiedene Befürworter einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Wir brauchen sie, um schlagkräftig zu sein (und wir bräuchten sie, um jetzt z. B. dem Nürnberger Gericht und Herrn Mehdorn die gemeinsame deutliche Antwort aller Arbeiter zu geben, egal, ob Lokführer oder Metallarbeiter). Wer im Verein mit Mehdorn von Spaltung redet, sich gleichzeitig offen für die Privatisierung der Bahn ausspricht und dann noch öffentlich zum Streikbruch aufruft, der hat in einer Gewerkschaft nichts zu suchen. In diesem Sinne: Lasst euch nicht entmutigen und macht weiter!“
- Hamburger Transnet-Funktionäre erklärten sich solidarisch mit dem GDL-Streik: „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag – das wäre zwar schön und würde die Position der Beschäftigten sehr stärken – davon sind wir bei der Bahn aber weit entfernt mit der Zersplitterung in hunderte Gesellschaften und Tarifverträge. Letztlich sehen wir Euren Kampf als Stärkung an. Wir wünschen Euch viel Erfolg und möchten Euch nach Kräften unterstützen. Ihr könnt ein Zeichen setzen, dass Gewerkschaften vor allem eins sein müssen: Organisationen für den Kampf um Verbesserungen!“ (www.bahnstreik-soli.de)
- Der Personalrat der Universitätskliniken Tübingen betont gegen das „Spalter“-Argument, dass es im zuvor abgeschlossenen Transnet-Tarifvertrag eine Öffnungsklausel gibt: „Erkämpft die GDL einen höheren Abschluss, kann die Transnet durch eine Öffnungsklausel in ihrem Tarifvertrag neu verhandeln, um für ihre Mitglieder mehr herauszuholen. Die GDL setzt sich also indirekt auch für die anderen Berufsgruppen bei der Deutschen Bahn AG ein.“ Genau dies ist in gewisser Weise jetzt auch eingetreten. Unter dem Druck des GDL-Streiks sah sich die Transnet-Führung gezwungen, noch nachzufordern.

Die Drecksargumente gegen den berechtigten Kampf der Bahn-Beschäftigten bekämpfen!

Gegen die streikenden Lokführerinnen und Lokführer und die Kolleginnen und Kollegen des Fahrpersonals wurde eine wahre Hetzkampagne geführt. An vorderster Front standen neben der Bahn AG selbst die Gewerkschaftsführer der DGB-Gewerkschaften, die Bundesregierung, bürgerliche Medien, und Parteien bis hin zu führenden Mitgliedern der „Linken“. Neben den „üblichen“ Drecksargumenten, dass durch den Streik angeblich „Arbeitsplätze“ gefährdet wären oder gar der „Standort Deutschland“, gab es aber auch andere Tricks und Manöver, die darauf abzielten, die Kämpfenden zu verwirren, Solidarität schon im Keim zu ersticken und mit der schwer zu durchschauenden Gemengelage rund um den Streik zu spekulieren. Drei dieser Hetz-Demagogien stachen besonders hervor:

1. Drecksargument: „Dieser Streik ist Terror!“

Mehdorn erklärte, er werde alles Erdenkliche tun, um weitere Streiks zu unterbinden: „Es kann nicht sein, dass eine kleine Berufsgruppe ganz Deutschland terrorisiert“, erklärte er („Süddeutsche Zeitung“ vom 20. 11. 2007). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wend hetzte, dass dieser Streik dazu missbraucht würde, „die Allgemeinheit in Geiselhaft zu nehmen“. Kannegießer (Chef vom Kapitalistenverband „Gesamtmittel“) und Hundt (Chef des deutschen Kapitalistenverbands) forderten, ein derartiger Streik einer „Spartengewerkschaft“ wie GDL müsse in Zukunft „per Gesetz für unverhältnismäßig und damit unzulässig erklärt werden“ (so Hundt, dpa vom 10. 08. 2007). Tatsächlich blieb es auch nicht bei der Drohung. Arbeitsgerichte hatten zweimal das Streikrecht massiv eingeschränkt und ganze Bereiche mit Streikverboten belegt. Das ist so neu nach 1945 und steht in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Verschärfung der kapitalistischen Unterdrückungsverhältnisse und der staatlichen Fälschung.

Die Beschimpfung als „terroristisch“ dient offenbar der Verunglimpfung des Streiks und ist gleichzeitig auch eine Drohung gegen diesen Streik und andere gerechte Kämpfe. Dagegen stellen wir: Ein Streik, der durchschlagenden Erfolg haben will, muss die Kapitalisten bzw. das Kapital, wogegen er sich richtet, wirklich treffen, muss deren Profitinteressen empfindliche Schläge versetzen. Und wenn die kapitalistischen Ausbeuter darüber aufjaulen und von „Terror“ sprechen, so gilt es eben klarzumachen, worum es ihnen wirklich geht: einzig und allein um die Ausbeuterinteressen einer kleinen Minderheit kapitalistischer Profiteure.

2. Drecksargument: „Bei diesem Streik geht es um privilegierte Sonderinteressen!“

Hansen, Vorsitzender der Transnet, wirft den Streikenden vor, das ihre Forderungen „überzogen und völlig aus der Luft gegriffen“ seien, dass sie einen „zerstörerischen Gruppenegoismus“ verbreiten würden („junge Welt“ vom 08. 08. 2007). Lafontaine tönte, es sei „kein guter Trend, wenn einzelne Gruppen aus der Gesamtbelegschaft ausscheren und Eigeninteressen durchsetzen“ („junge Welt“ vom 24. 10. 2007).

Dies ist nicht nur in mehrfacher Hinsicht absurd, sondern damit wird auch demagogisch mit Aspekten der Realität spekuliert, und das alles nur mit einem einzigen Ziel: die Streiks überhaupt zu denunzieren.

Erstens, und das ist sicherlich die am einfachsten feststellbare Tatsache: Die Forderungen der Streikenden sind keineswegs „überzogen“, sondern nur zu berechtigt.

Zweitens geht es in einzelnen ökonomischen Streikkämpfen, wenn einzelne Betriebe oder auch einzelne Branchen streiken, zunächst einmal immer um „Sonderinteressen“, um die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter eines einzelnen Betriebs oder auch einer bestimmten Branche. Mit dem Verweis darauf, dass es sich hierbei nicht um die gemeinsamen Forderungen aller handelt, sondern nur um die eines Teils, lässt sich praktisch jeder beginnende Kampf niedermachen, wo es notwendigerweise vielfach zunächst um besondere Fragen des jeweiligen Betriebs oder der jeweiligen Branche geht.

Drittens: Die untersten Schichten des Fahrpersonals sind ganz klar das Service- und Begleitpersonal. Diese Werk tätigen werden dort am brutalsten ausgebeutet, haben die niedrigsten Löhne und äußerst schlechte Arbeitsbedingungen. Im Vergleich mit ihnen sind die Lokführerinnen und Lokführer besser bezahlt und in mancherlei Hinsicht teilweise auch bessergestellt. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn im Kampf müssen wir als kommunistische Kräfte uns vor allem auf die „untersten“ Schichten der Arbeiterinnen und Arbeiter stützen, die am wenigsten zu verlieren haben.

Durch verschärfte Ausbeutung sind allerdings nicht nur das Service- und Begleitpersonal betroffen, sondern auch die im Vergleich zu dieser Schicht besser bezahlten Lokführerinnen und Lokführer.

Kern von unserer Seite ist: Wir kämpfen gegen jede Verschlechterung der Lage der Ausgebeuteten, gegen jeden Abbau sozialer Errungenschaften der Ausgebeuteten, gegen jede Verschärfung der Ausbeutung!

3. Drecksargument: „Der Streik bedeutet Aufkündigung der Solidarität und schwächt die Gewerkschaften!“

Peters von der IG Metall hetzte: „Die GDL lässt sich nicht von der Idee der Solidarität aller Beschäftigten leiten“ („Frankfurter Rundschau“ vom 10. 08. 2007). Bsirske, Vorsitzender von ver.di, tönnte von der angeblichen „Aufkündigung der Solidarität“ („taz“ vom 26. 10. 2007) und behauptete: „Zersplitterung schadet“ („Frankfurter Rundschau“ vom 10. 08. 2007). Zerhau, stellvertretende Parteivorsitzende von „Die Linke“, warf den Streikenden vor, den „notwendigen umfassenden Blick auf ein Unternehmen als Gesamtsystem verloren“ zu haben und „die Gewerkschaften insgesamt zu schwächen“ („junge Welt“ vom 08. 08. 2007). Kirchner, Transnet-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA, stellt die Frage, „ob es richtig ist, dass eine Berufsgruppe für sich 30 Prozent mehr reklamiert, ohne die Auswirkungen auf andere Berufsgruppen zu bedenken“ („junge Welt“ vom 26. 10. 2007).

Sicherlich wäre es besser wenn es eine starke klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung gäbe, die große Tarifverträge mit hohen Löhnen und geringerer Arbeitszeit erkämpfen könnte. Denn das Ziel ist natürlich nicht, dass jede kleine Gruppe von Beschäftigten für sich kämpft. Die Realität ist aber nun eben mal so: Streiks beginnen nicht als Generalstreik oder Ähnlichem, sondern werden von einzelnen Gruppen begonnen und durchgeführt. Haben solche Streiks begonnen, bedeutet Solidarität, die Kämpfenden nach allen Kräften zu unterstützen und diesen nicht in den Rücken zu fallen!

Die demagogische „Logik“ der DGB-Fürsten ist: Entweder kämpfen alle oder keiner – das bedeutet also, dass keiner kämpft! In Wirklichkeit geht es hier um das alte Prinzip von „Teile und Herrsche“: Das kämpfende Fahrpersonal soll isoliert werden, Solidarität soll verhindert werden, um weitergehende Kämpfe schon im Keim zu ersticken.

Ein übler Trick ist hier außerdem, so zu tun, als sei die GDL dasselbe wie etwa die „Gewerkschaft“ CDA oder die von Siemens selbst gegründete „Gewerkschaft“ AUB, die sich ja allesamt für Lohnkürzung „einsetzen“. Tatsächlich haben die GDL-Streikenden ja nicht irgendein tolles Transnet-Ergebnis torpediert, sondern ganz im Gegenteil für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Sie sind insofern den anderen Werktätigen bei der Bahn kämpferisch vorangegangen und haben damit ein wichtiges Signal gesetzt.

Die Solidarität mit den GDL-Streikenden und die Haltung zur reaktionären GDL-Führung

Der GDL-Führung ist es während der letzten Monate gelungen, sich als scheinbar kämpferische Kraft, als eine Alternative gegenüber der Transnet-Führung zu profilieren. Viele Lokführerinnen und Lokführer sind während dieser Ausein-

andersetzung von Transnet zur GDL gewechselt. Um hier nicht in die Falle zu tappen, gilt es auch hier klar zu unterscheiden zwischen den einfachen Mitgliedern und der Gewerkschaftsführung und ihrem Apparat.

Die GDL-Führung ist keineswegs fortschrittlich, sie hat keine grundsätzliche Kritik an der verschärften Ausbeutung bei der Bahn und steht fest auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dies zeigt sich auch an ihrer Unterstützung des Börsengangs der Bahn AG. Die GDL-Führung lehnt die Privatisierung der Bahn nicht grundsätzlich ab, weil diese die weitere Verschärfung der Ausbeutung und Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Bahn bedeutet, sondern allenfalls, weil er etwa zu früh stattfindet. 2004 erklärte Schell in einem Presseinterview: „Vom Grundsatz her haben wir nichts gegen einen Börsengang“ („junge Welt“ vom 17. 01. 2004, zitiert nach www.bahnvon-unten.de). Laut GDL-Organ Voraus (Mai 2007) sieht sich die GDL-Führung gar als „Gewinner der Privatisierung“. Mit vielen privatisierten Schienenunternehmen hat die GDL Tarifverträge weit unter DB-Niveau abgeschlossen („arbeiterkampf“ vom 19. 10. 2007).

Tatsächlich sind die GDL-Führung und ihr Apparat keine kämpferische Speerspitze der Bewegung der proletarischen Klasse, sondern ein ebenso reaktionärer bürokratischer Apparat wie die DGB-Führung und ihr Apparat.

Das zeitweilige „kämpferische“ Agieren der GDL-Führung während des Streiks hat unserer Meinung nach vor allem zwei Gründe: Zum einen war und ist es der Druck der GDL-Basis, die wirklich für berechtigte Forderungen kämpfen wollte und auch bereit ist, weiter dafür zu kämpfen. Zum anderen benutzte die GDL-Führung dies für ihr eigenes arbeiteraristokratisch-bürokratisches Interesse an ihrer „Anerkennung“ als „Verhandlungspartner“, um nicht von der Transnet völlig beiseite gedrückt zu werden (wobei es auch hier den Aspekt gibt, dass das gewerkschaftlich-demokratische Recht der GDL gegen alle reaktionären Einschränkungen verteidigt werden muss). Genau wie die DGB-Gewerkschaftsführungen fürchtete die GDL daher einen unbefristeten Vollstreik, der ihrer Kontrolle entgleiten könnte und strebte danach, möglichst rasch gemeinsam mit Transnet und GDBA mit der Bahn AG ins „Verhandlungsgeschäft“ zu kommen.

Das bedeutet: Die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter müssen auch darauf vorbereitet sein, dass die GDL-Führung wie auch die DGB-Führung und die Führung ihrer Teilgewerkschaften bei Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen in bestimmten Situationen in der Lage ist, sich an die Spitze gerechter Kämpfe zu setzen und auch Teilerfolge zu erzielen, um ihren reaktionären Einfluss zu erhöhen und dem Kampf rechtzeitig die Spitze abzurechen.

In all diesen Fragen in einem jahre- und jahrzehntelangen Kampf unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wirkliche revolutionäre Klarheit und Bewusstheit

zu schaffen, gehört zu den zentralen Aufgaben der Revolutionären Kommunistischen Partei, deren Aufbau heute die Aufgabe Nummer 1 für die bewusstesten Kräfte des Proletariats ist.

Anmerkungen:

1. Deutsche Bahn – ein weltweit expandierender Großkonzern des deutschen Imperialismus

Die Deutsche Bahn ist in 150 Ländern, teilweise über ihre Tochterfirmen Schenker und Railon tätig. Sie beteiligt sich weltweit auch an Hafenanlagen, am Transportwegebau, an Luftfrachtfirmen und an der Schifffahrt. In Deutschland und international hat die Deutsche Bahn bereits 200 Unternehmen aufgekauft. In Europa steht sie bereits an führender Stelle im Güter- und Personenverkehr, im weltweiten Lufttransport an zweiter Stelle (nach DHL, einem Tochterunternehmen der Deutschen Post) und im weltweiten Seefrachtverkehr an dritter Stelle. Sie ist seit dem Jahre 2005, nach der Übernahme der US-Logistikfirma Bax mit 12.000 Beschäftigten, der zweitgrößte Logistikkonzern der Welt. (Der größte Logistikkonzern der Welt ist die Deutsche Post.) Für die Übernahme von Bax bezahlte die Deutsche Bahn 940 Millionen Euro.

Firmenübernahmen und Beteiligungen an anderen Firmen werden von der Deutschen Bahn kontinuierlich durchgeführt. Die Deutsche Bahn hat Ende dieses Jahres die größte britische Güterbahn, die EWS, übernommen, die zwei Drittel des gesamten britischen Schienengüterverkehrs kontrolliert. Da EWS auch den Kanaltunnel zwischen Frankreich und Großbritannien betreibt, konnte die Deutsche Bahn mit dieser Übernahme auch erstmals in Frankreich Fuß fassen. Im Sommer dieses Jahres kaufte sie die Mehrheit der spanischen Güterbahn Transfesa und ging ein Joint Venture mit der Russischen Eisenbahn (RZD) ein. Kurz zuvor ging sie bereits mit Bahngesellschaften in Polen und Belarus (Weißrussland) Joint Ventures ein. Im europäischen Schienengüterverkehr ist die Deutsche Bahn zudem mit aufgekauften Unternehmen in Dänemark, den Niederlanden, Italien und der Schweiz vertreten. In China eröffnete die Bahn-Tochter Schenker mit einem deutsch-chinesischen Joint Venture ein neues Logistikcenter in Peking. Schenker ist bereits seit 1970 in China aktiv und besitzt dort das erste Gemeinschaftsunternehmen mit einer ausländischen Mehrheitsbeteiligung in Höhe von 70 Prozent. Im Land-Containerverkehr von und nach China ist die Deutsche Bahn führend. Jüngste internationale Aktivitäten der Deutschen Bahn finden sich in Frankreich, wo sie der französischen Staatsbahn SNCF im großen Stil Konkurrenz machen und zudem die Lyoner

S-Bahn kaufen möchte, in der Türkei, in Saudi-Arabien, am Persischen Golf, in Indien, in Tschechien und Ungarn. Am 6. Dezember wurde bekannt, dass

die Deutsche Bahn das britische Bahnunternehmen Chiltern Railways übernehmen will. Damit steigt sie zum ersten Mal im großen Maßstab auch außerhalb Deutschlands in den Schienenpersonenverkehr ein.

Die Deutsche Bahn ist zugleich das sechstgrößte Busunternehmen in Europa. Ende Juli dieses Jahres begann mit der Übernahme eines dänischen Busunternehmens der internationale Einstieg der Deutschen Bahn auch in diesem Bereich.

Der Konzern profitiert auch immer mehr von den zunehmenden internationalen Aktivitäten der Bundeswehr durch die Bewirtschaftung der Lager der deutschen Armee und die damit verbundenen Transporte.³⁷

2. Zur Bedeutung des Transport- und Kommunikationssystems für den deutschen Imperialismus

Die Hetze gegen diesen Streik, das ist klargeworden, erklärt sich nicht daraus, dass er bis jetzt etwa besonders militant geführt worden wäre, sondern vor allem daraus, dass er in einem höchst empfindlichen Bereich des Systems des deutschen Imperialismus stattfindet. Das Transportsystem ist für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion und die Realisierung der Profite der Kapitalisten zentral (die produzierten Waren müssen rechtzeitig am richtigen Ort sein, wo sie verkauft werden können). Täglich durchqueren ca. 5.000 Güterzüge Deutschland mit Erzen, Kohlen und Bauteilen, so dass in besonderem Maße auch die Stahlproduzenten von einem Streik betroffen sind („taz“ vom 08. 08. und 09. 08. 2007). Insgesamt werden täglich ca. 1 Million Tonnen Güter auf den Schienen transportiert. VW befürchtet, dass seine in Tschechien gefertigten Karossen nicht rechtzeitig zur Weiterverarbeitung nach Deutschland kommen („taz“ vom 08. 07. 2007), die Chemie, Automobil- und Stahlbranche schließt einen Produktionsstopp bei länger andauerndem Streik nicht aus.

Die Transportwege zu Lande sind Bestandteil des zum Teil staatlichen Transport- und Kommunikationssystems in Deutschland, das vor allem aus Eisenbahnen, Flugzeugen und Telekommunikationswegen und -zentren (Telefon, Funk, Satelliten, Internet, Computerzentren) besteht. Dieses gesamte System ist für die Vorbereitung und Führung vor allem groß angelegter imperialistischer Kriege nach außen und für die Aufstandsbekämpfung im Innern enorm wichtig.

Die enorme Rolle des Transportsystems hat sich geschichtlich auf fürchterliche Weise im Zweiten Weltkrieg gezeigt, als Nazideutschland den größten Teil Euro-

37 Quellen: „Frankfurter Rundschau“ vom 17. 11. 2005, „Politische Berichte“ vom 28.06.2007. www.bahn.vonunten.de/DammbruchDBSNCF.htm. „Extrablatt der Basisinitiative in der Bahngewerkschaft Transnet“ vom 04. 12. 2007, www.bahn.vonunten.de/tiefenseestillegung.htm, German-Foreign-Policy.com vom 11. 09. 2005 und 27. 11. 2007, Handelsblatt.com vom 23.07.2007, <http://andreashobi.blogspot.com/2007/06>, „junge Welt“ vom 07.12.2007

pas besetzt und versklavt hatte. Die Eisenbahnzüge transportierten nicht nur Soldaten und Kriegsmaterial, sondern fuhren auch Millionen von Jüdinnen und Juden, Hunderttausende von Sinti und Roma in die Vernichtungslager, in den Tod.

Die nächsten Jahrzehnte werden vor allem im Zeichen der fortgesetzten Verschärfung lokaler Kriege und der Mobilmachung des deutschen Imperialismus für große kriegserische Auseinandersetzungen im globalen Maßstab stehen, auch direkt gegen andere imperialistische Großmächte, vor allem auch den US-Imperialismus. Im Zuge dieser langfristig geplanten Vorbereitung größerer imperialistischer Kriege durch den deutschen Imperialismus weltweit, ob in Afghanistan, wo jetzt schon die Bundeswehr Krieg führt, oder anderswo, wird also dieses System immer wichtiger, insbesondere auch die Eisenbahn. Ein groß angelegter imperialistischer Krieg benötigt große Mengen an schwerem Gerät, wie Panzern und LKWs, die schnell vor allem über Schienen zu den entsprechenden Seehäfen und Flugplätzen zum Weitertransport gebracht werden müssen.

* * *

Gerade auch, weil es vielen heute nicht hochaktuell erscheint, gilt es zudem prinzipiell und langfristig klarzumachen: Die Kommunikations- und Transportwege haben eine sehr große Bedeutung beim bewaffneten Aufstand des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie. Denn die Aufständischen müssen alle wichtigen Kommunikations- und Transportwege in den städtischen Zentren in ihre Hände bekommen, um die eigene Kommunikation und den Transport der bewaffneten Kräfte zu sichern und den übermächtigen Feind, die bewaffnete Konterrevolution, maximal zu desorganisieren und zu schwächen, um ihn besiegen zu können. Gerade auch der Oktoberaufstand in Russland 1917 hat diese Richtlinie bestätigt. Beim Aufstand in Petrograd war einer der ersten Maßnahmen der Aufständischen die Besetzung des Telefon- und Telegrafenamtes sowie der Eisenbahnknotenpunkte und der wichtigsten Brücken.

* * *

Diese Gedanken zeigen, dass über die Ziele und Formen dieses Streikkampfes hinaus weiterführende Diskussionen notwendig sind.

Eine langfristige Aufgabe ist es, den Kampf gegen verschärfte Ausbeutung mit dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus wie in Afghanistan und mit den Kampf gegen verstärkte Faschisierung zu verbinden und dabei jegliche Illusionen in diesen Staat, unseren politischen Feind, maximal zu zerschlagen.

9. Der Kampf bei Nokia in Bochum 2008

Januar 2008

Gegen Abwiegelei und nationalistische Kampagnen Den Kampf verschärfen, Betrieb besetzen!

Am 15. Januar wurde bekannt, dass der finnische Nokia-Konzern sein Werk in Bochum im Laufe des Jahres schließen und alle 2.300 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße werfen will. Weitere 2.000 Kolleginnen und Kollegen von Zulieferern und Leiharbeitsfirmen sind direkt davon betroffen! Mit deren Entlassung ist bereits begonnen worden. Rasch kam es zu ersten Protestaktionen, darunter vor allem die Demonstration am 22. Januar 2008 mit über 15.000 Beteiligten. Auch Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben liefen umgehend an. Der Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Nokia ist berechtigt, das steht außer Frage.

Doch von Anfang an wurden die vorhandenen Ansätze des berechtigten Protests und des Kampfes für den Erhalt der Arbeitsplätze auf mehrfache Weise weitgehend gelähmt und desorientiert: Da war die unerträgliche Beschwörung der angeblichen „Nokia-Familie“, der man sich gerade jetzt durch vorbildliche Arbeit als „würdig“ erweisen müsse. Da war das verlogene Gerede von „Die ganze Politik, alle Parteien stehen euch bei“. Dies wurde kombiniert mit einer deutsch-nationalistischen Propagandakampagne bürgerlicher Politiker, bürgerlicher Medien sowie der Gewerkschafts- und Betriebsratsführung. Mit „Argumentationen“ gegen gierige und unmenschliche „Finnen“, für „Made in Germany“ contra „rumänische Unzuverlässigkeit“ wurde nationalistisch der „Standort Deutschland“ und die „Volksgemeinschaft“ propagiert. Dies ging einher mit einer medienwirksam aufgetragenen Rückgabeaktion von Nokia-Handys durch bürgerliche Politiker.

Mit alledem soll die Durchführung wirklich wirksamer Kampfmaßnahmen der Kolleginnen und Kollegen von Nokia selbst verhindert werden, sei es Streik oder vor allem auch eine Betriebsbesetzung. Vor allem soll damit auch die Frage nach den wirklichen Gründen der drohenden Nokia-Werkschließung in Bochum vernebelt und verdreht werden, die grundlegend im kapitalistisch-imperialistischen System selbst liegen. Daher ist der entschiedene Kampf gegen dieses ganze Netz der reaktionären Abwiegelei und Desorientierung eine unerlässliche Aufgabe für alle Kolleginnen und Kollegen, die wirklich kämpfen und vor allem auch Klarheit über die weiteren Perspektiven des Kampfes schaffen wollen.

Den Arbeiterinnen und Arbeitern wird von den Gewerkschaftsfürsten der IG Metall und von der Betriebsratsführung eingeredet, dass Stillhalten der

beste Weg wäre, einen Erfolg zu erzielen. „Wir wollen zunächst auf der politischen Ebene Druck aufbauen. Über Arbeitskampfmaßnahmen würden wir uns mit der IG Metall abstimmen. (...) Aber im Moment ist das noch kein Thema.“ So äußerte sich der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Silvano Guidone (siehe „junge Welt“ vom 17. 01. 2008). Doch wo war das jemals der Fall, dass durch ausbleibende energische und harte Kampfmaßnahmen die Kapitalisten zu Zugeständnissen gezwungen wurden? Dass die Kapitalisten den Arbeiterinnen und Arbeitern nichts aus Großherzigkeit schenken, ist eigentlich eine klare Sache. Warum sollte das gerade bei Nokia anders sein, wenn bereits jede noch so kleine Lohnerhöhung mit Kampfmaßnahmen wie Streiks durchgesetzt werden muss?!

Die IG-Metall-Führung und die Betriebsratsführung haben Nokia das unverschämte Angebot gemacht, dass die Belegschaft ihre Produktivität verdoppeln könnte, damit es sich für Nokia nicht mehr lohnt, das Werk nach Rumänien zu verlegen. Das ist direkt ein Vorschlag an die Kapitalisten zur Profitsteigerung, der in Wirklichkeit verschärfte Arbeitshetze, Herabsetzung der Löhne und nicht zuletzt auch massenhafte Entlassungen bedeutet. Leute, die derartig schamlose Vorschläge zur Verschärfung der Ausbeutung machen, vertreten nicht die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, sondern sind bezahlte Handlanger der Kapitalisten.

Dort wo eigenständig gekämpft wird, wie 2004 bei Opel in Bochum, zeigt sich schnell das wahre Gesicht von Gewerkschaftsführung und bürgerlichen Politikern. Dann wird gegen „wilde Streiks“ gehetzt, die dem Unternehmen schaden würden, gegen „Rädelsführer“, die angeblich die Belegschaft „aufgewiegelt“ hätten usw. Trotzdem haben die sechs Tage in einem selbstständig organisierten Streik kämpfenden Kolleginnen und Kollegen bei Opel in Bochum Erfolge erzielt, nicht durch Abwarten, nicht durch Hoffen auf Politiker, und dies gegen die abwieglerische IG-Metall-Führung und ihren Apparat. Am Beispiel des Kampfes bei Opel sieht man, auf welcher Seite sie wirklich stehen, wenn es darum geht, energisch die Interessen der Ausgebeuteten durchzusetzen, nämlich auf der anderen Seite der Barrikade.

Wenn bei Nokia in den nächsten Wochen ein entschiedener Kampf durch die Arbeiterinnen und Arbeiter aufgenommen wird, dann wird auch dort die angebliche „Solidarität“ von Politikern und Gewerkschaftsführungen schnell zu Ende sein.

Trotzdem und gerade deswegen gilt es, so schnell wie möglich, bevor Nokia die gesamte Produktion bereits vollständig verlegt hat, Kampfmaßnahmen zu beginnen. Nur durch das Erzeugen von Druck auf die Kapitalisten lässt sich etwas erreichen. Neben Streiks würde eine Betriebsbesetzung ein druckvolles Mittel und Signal sein, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Nokia nicht so einfach abfertigen und vor die Tür setzen lassen.

Ebenso ist es eine Voraussetzung, keine gemeinsame Sache mit dem Kapital und seinen bezahlten Politikern zu machen. Denn es sind Figuren wie CDU-Rüttgers, der auf der Kundgebung am 22. Januar in perfider Art und Weise angeblich im Namen der Belegschaft den Kapitalisten eine Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen angeboten hat, um in Bochum ein „Kosten-Niveau wie in Ungarn“ durchzusetzen. (wdr.de)

In einem Solidaritätsschreiben an die damals in Bochum bei Opel Streikenden von der IG Metall-Vertrauensleuteschaft bei MAN Offenbach wird richtig festgestellt:

„Schluss mit dem Stillhalten. Schluss mit der Kooperation mit Politik und Kapital. Wer jetzt nach Schröder, Clement, Steinbrück oder Koch (die Namen sind austauschbar, A. d. R.) ruft, der will euch verkaufen an die Diener des Kapitals, an die Macher der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, der Leiharbeit und Niedriglöhne, die Totengräber der Tarifverträge. Jetzt auf einmal sollen sie auf unserer Seite stehen?“

Weder Appelle an die „Vernunft“ der Kapitalisten noch das Hoffen auf die bürgerlichen Politiker ist ein Weg, um für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen. Wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Kampf in die eigene Hand nehmen, dann ist dies der einzige Weg, wirkliche Erfolge zu erkämpfen.

Keinen Fußbreit dem Nationalismus

- Für die Arbeiterinnen und Arbeiter sollte es in ihrem Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für höhere Löhne usw. gleich sein, woher die Kapitalisten stammen. Und wenn bürgerliche Politiker, Medien und Gewerkschaftsfürsten plötzlich eine Kampagne natürlich nicht gegen den weltweit existierenden Kapitalismus, sondern gegen „eiskalte Finnen“ lostreten, dann sollten die Alarmglocken läuten.

Als Siemens die Arbeiterinnen und Arbeiter über den Trick mit BenQ auf die Straße warf, da gab es bezeichnenderweise keinen Ruf nach Rückgabe von Siemens-Handys. Ebenso wenig ist selbstverständlich von der Rückgabe von BMWs durch Politiker zu hören, nachdem bekannt wurde, dass BMW in diesem Jahr 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte entlassen will, um noch mehr Profit zu machen. Die Deutsche Bahn hat in den letzten Jahren nicht „nur“ 4.300 Arbeitsplätze, sondern 180.000 Stellen gestrichen. Die Deutsche Telekom hat in den letzten 13 Jahren weit über 100.000 Arbeitsplätze vernichtet. Und das sind nur Beispiele.

Überall dort war von den bürgerlichen Politikern und Medien nichts Vergleichbares zu hören wie jetzt im Fall von Nokia. Das ist auch nicht weiter

verwunderlich. Denn Politiker der bürgerlichen Parteien sitzen bei all diesen Konzernen in den Aufsichtsräten und streichen fette Kohle ein, die massenhaft Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte entlassen haben und weiterhin entlassen werden.

Ganz leise sind diese Herrschaften, wenn deutsche Konzerne in anderen Ländern ganze Werke schließen. Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen, nachdem vielfach Millionen- und Milliardenbeträge kassiert wurden, Erpressung ganzer Belegschaften zur Profitmaximierung, das ist gängige Praxis von VW, Daimler, ThyssenKrupp, Continental usw. in zahlreichen Ländern der Welt. Diesen politischen Sachwaltern der in Deutschland herrschenden Kapitalistenklasse geht es in der Tat nicht um die Sicherung der Arbeitsplätze bei Nokia, sondern um eine nationalistische Kampagne.

- Der Nokia-Konzern hat 2007 einen Profit von 7 Milliarden Euro erzielt. Dazu hat auch die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Werk in Bochum beigetragen. Der Standort Bochum soll nicht dichtgemacht werden, weil er etwa Verluste eingefahren hätte, sondern weil sich für Nokia im künftigen Standort in Rumänien aus verschiedenen Gründen noch mehr Profit herausholen lässt.

Dieser Umstand zeigt, dass sich in dem kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftssystem letzten Endes alles nur darum dreht: um das Streben der Kapitalisten nach Profit, nach noch mehr Profit, ja nach maximalem Profit, der aus den Arbeiterinnen und Arbeitern des „eigenen“ Landes und der anderen Länder herausgepresst wird. Die unstillbare „Gier nach Profit“ anzuprangern und sich darüber zu empören ist berechtigt. Aber diese „Gier“ ist nichts Nokia-spezifisches, sondern liegt im System des Kapitalismus begründet.

Die Vorstellung, dass ein kapitalistisches Unternehmen vielleicht doch so „vernünftig“ sein könnte, sich mit einer bestimmten Profitrate, sagen wir 10 Prozent, zu begnügen, blendet zusätzlich auch aus, dass es zwischen den Monopolunternehmen und -verbänden verschiedener Länder weltweit einen erbitterten Kampf um die größten Anteile an der Ausbeutung, um die größten Profite gibt. Eine Trennung in angeblich soziale und vernünftige Unternehmen – deutsche Konzerne – und gierige und unvernünftige „ausländische“ Konzerne ist nicht nur realitätsfern und schürt Illusionen in eine Reformierbarkeit des Kapitalismus. Vielmehr ist eine solche Trennung letztendlich gerade auch Munition für die nationalistische Propaganda vom „Standort Deutschland“ und einer zusammenführenden „Volksgemeinschaft“ zwischen denen da oben und uns da unten; eine „Gemeinschaft“, in der es in Wirklichkeit keinerlei Gemeinsamkeiten gibt.

- Auch das Gegenüberstellen von angeblicher „deutscher Wertarbeit“ mit angeblich „rumänischer Unsicherheit“, wie es die Betriebsratsvorsitzende Achenbach auf der Versammlung am 22. Januar getan hat, ist eine nationalistische Argumentation.

In bestimmter Hinsicht ist es den Kapitalisten nicht egal, welche Nationalität die Arbeiterinnen und Arbeiter haben, wenn sie maximalen Profit erreichen wollen. In politischer Hinsicht geht es ihnen darum, Klassenkämpfe zu verhindern, die Arbeiterinnen und Arbeiter gegeneinander auszuspielen, so wie jetzt die Arbeiterinnen und Arbeiter in Rumänien und in Deutschland.

Solange sich die Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Kapitalisten je nach Nationalität und „Standort“ gegeneinander aufhetzen und ausspielen lassen, freut sich das Kapital, da es in Ruhe die Ausbeutung erweitern kann. Einen Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter mit Schmeichelei und Lobbudelei nationalistisch an sich zu binden und gegen andere Teile der proletarischen Klasse auszuspielen und aufzuhetzen, diese Methode der Spaltung und gegenseitigen Aufhetzung beherrschen alle Kapitalisten, egal aus welchem Land sie stammen. Dies praktizieren VW, BMW, die Deutsche Bahn immer wieder – hier und in anderen Ländern – und das oftmals noch in einem viel größeren Ausmaß wie zurzeit bei Nokia.

- Schaut man sich die Parolen von „deutscher Wertarbeit“, vom Kampf gegen angeblich gierige und unvernünftige „ausländische Konzerne“ genauer an, so ist der Inhalt – wenn auch in Worten noch etwas anders verpackt – nicht weit entfernt von der Propaganda von NPD, DVU und anderen Nazis. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass Nazi-Kameradschaften ihre angebliche „Solidarität“ mit den Arbeiterinnen und Arbeitern bei Nokia erklären – in der „Logik“ der Nazis natürlich nur mit den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass am 22. Januar auf der Demonstration nicht nur die reaktionäre „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ ihre Flugblätter verteilte, sondern vereinzelt auch Nazis der „Kameradschaft Bochum-Hattingen“ unter den Demonstrierenden gesehen wurden. Bereits beim Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel im Jahr 2004 versuchten 60 Nazis mit einem Aufmarsch am 19. Oktober 2004 die Interessen der Streikenden für sich zu instrumentalisieren. Darum keinen Fußbreit den Nazis, egal wo sie auftauchen, weder bei ihren Aufmärschen auf der Straße, noch in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter!

Als Grundlage für einen erfolgreichen Kampf ist es eine Voraussetzung, sich gegen jegliche Spaltungsversuche zu wenden, gegen eine Spaltung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Deutschland gegen Kolleginnen und Kollegen in Rumänien, gegen eine Spaltung zwischen Leiharbeiter/innen und Festangestellten usw.

* * *

Die Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben nicht nur aus dem Organisationsbereich der IG Metall, sondern weit darüber hinaus, oder von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Rumänien, sind wichtig und zeigen die Perspektive,

dass im Grunde jeder Kampf gegen die Kapitalisten nicht nur im Rahmen des jeweiligen Betriebes, sondern betriebs-, branchen- und länderübergreifend geführt werden sollte. Besonders im Kampf gegen auftretende Nazis sind ein möglichst enger Kontakt und eine Zusammenarbeit mit den örtlichen antifaschistischen Gruppen nötig.

Zudem sollte es während des gesamten Kampfes eine demokratische Atmosphäre für die Beratung und Entscheidung aller Fragen des anstehenden Kampfes geben. Diese demokratische Atmosphäre sollte insbesondere auch den Raum bieten für grundlegende Debatten, die auch das gesamte System des Kapitalismus in Frage stellen und die Perspektive für ein anderes Gesellschaftssystem eröffnen, die revolutionäre und kommunistische Positionen zulässt.

Denn selbst wenn es gelingen sollte, durch solche Kampfmaßnahmen die Schließung des Werks in Bochum zu verhindern, so wird dieser Erfolg immer wieder gegen neue Angriffe der Kapitalisten abgewehrt werden müssen. Bei aller Notwendigkeit der Verteidigung jedes Arbeitsplatzes, beim Kampf um jeden Cent Lohnerhöhung, gleich wie stark dafür die Kapitalisten unter Druck gesetzt werden, es sind lediglich kurz- und mittelfristige Erfolge. Denn das Ziel aller Kapitalisten ist und bleibt der Maximalprofit, der aus der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder herausgepresst wird. Die Erfahrungen der Kämpfe, ihre Erfolge und Niederlagen zeigen, dass es keine Alternative zum Sturz des Kapitalismus gibt.

10. Opel : Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! 2013

Januar/Februar 2013

Mit über 76 Prozent haben die Opel-Kolleginnen und Kollegen in Bochum den sogenannten „Sanierungs-Tarifvertrag“ abgelehnt, den die IG-Metall-Führung mit Opel abgeschlossen hat. Diese Ablehnung ist total berechtigt. Das zeigt sich, wenn man diese Vereinbarung genauer unter die Lupe nimmt. Weiterer Sozialabbau, Lohnkürzungen, Entlassungen und das sichere Aus für die Autoproduktion in Bochum im Jahr 2016 werden festgeschrieben. Mit äußerst vagen Versprechungen von wegen „Zukunftssicherung“ wird dies als angeblich „bestmögliche Lösung unter den gegebenen Bedingungen“ (IGM-Chef Huber) verkauft. Vielfältig sind die Stimmen, die erklären, dass Kampf in dieser Situation sich eh nicht lohnen würde. Das würde alles nur noch schlechter machen. Wer kämpft, verliert, das ist die Logik, welche Gewerkschafts- und Betriebsratsfürsten wie Huber, Schäfer-Klug, Einenkel und Co. uns einreden wollen.

Die Erfahrungen gerade auch von Opel in Bochum bestätigen direkt und indirekt aber gerade das Gegenteil. Wer kämpft, kann verlieren ... Aber ohne Kampf, ohne entschiedene Gegenwehr, ohne echten Druck zu machen können die Kapitalisten und ihr Staat ungebremst immer weitere Verschärfungen durchziehen. Und vor allem geht es darum: Ohne Kampf, ohne sich langfristig – durch Erfolge, Rückschläge und Niederlagen hindurch – im unversöhnlichen Kampf gegen das Kapital, gegen das kapitalistische System immer fester für ihre Interessen zusammenzuschließen, können sich die Arbeiterinnen und Arbeiter niemals in die Lage versetzen, die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aus der Welt zu schaffen.

Der Opel-„Sanierungs-Tarifvertrag“ – ein Dokument der Verschärfung der Ausbeutung

Am 28. Februar 2013 haben sich der IG-Metall-Vorstand mit Berthold Huber und der Gesamtbetriebsrat mit Wolfgang Schäfer-Klug an der Spitze mit General Motors und dem Opelvorstand auf einen sogenannten „Sanierungs-Tarifvertrag“ geeinigt. Dieser Vertrag bedeutet:

- **Betriebsbedingte Kündigungen:** Bei Opel in Bochum werden laut „Sanierungs-Tarifvertrag“ 600 Arbeitsplätze gestrichen. Von vornherein verlogen ist daher die Behauptung in dem Jubelschreiben von Schäfer-Klug und Felix Stumpf (IG-Metall-Verantwortlicher) vom 28. 02. 2013, dass „ein Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen“ vereinbart worden sei.

- **Liquidierung der Automobilproduktion in Bochum:** Festgeschrieben ist, dass ab Ende 2016 in Bochum keine Automobile mehr gefertigt werden sollen. Wie viele Autos bis dahin überhaupt noch produziert werden, ist zudem völlig ungewiss. Darüber gibt es keinerlei Zusagen. Für die Zeit nach 2016 gibt es nur vage Versprechungen, dass 600 Jobs in der Komponentenproduktion und 600 Stellen im Zentrallager erhalten werden könnten. Für die Entlassenen werden – ebenfalls ohne jede Verbindlichkeit – „Ersatzarbeitsplätze“ in Aussicht gestellt. Diese sollen angeblich durch irgendwelche Firmenansiedlungen entstehen. Diese Versprechungen sind das Papier nicht wert, worauf sie stehen. Schon vor Abschluss des „Sanierungs-Tarifvertrags“ hat der Leiter des Opel-Vertrauensleutkörper in Bochum am 11. 02. 2013 die zutreffende Einschätzung der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel Bochum, die zu über 85 % in der IG Metall organisiert sind, dazu wiedergegeben: „Hier kann man nur annehmen, so unsere IG-Metall-Mitglieder, dass ausgehend vom Konzernvorstand eine Absprache mit dem Bundesvorstand der IG Metall und seinem Vorsitzenden Berthold Huber besteht, die Schließung der Fahrzeugproduktion in Bochum zugunsten nebulöser Aussichten auf eine Handvoll Ersatzarbeitsplätze zu opfern und möglichst ohne nennenswerte Kämpfe und Protest umzusetzen.“ (labournet.de)
- **Lohnkürzungen:** Tarifierhöhungen für die Runden 2012 bis 2015 werden jeweils erst ein Jahr später bezahlt. Faktisch wird der Flächentarifvertrag in einem der großen Automobilkonzerne unterlaufen. Damit ist ein Präzedenzfall in der Automobilindustrie geschaffen. Dies wird in dem Schreiben des GBR-Vorsitzenden und des IG-Metall-Verantwortlichen vom 28. 02. 2013 verschleiert. Sie behaupten, dass die Versuche, Opel aus dem Flächentarifvertrag zu drängen, abgewehrt worden seien. Opel, so erklärte der IGM-Chef Huber demagogisch, „bleibe so auch im Flächentarifvertrag“ („FAZ“ vom 28. 03. 2013).
- **Lügenmärchen von der „Zukunftsabsicherung“:** Der GBR-Vorsitzende Schäfer-Klug und der IG-Metall-Verantwortliche Stumpf behaupten in ihrem Jubel-Brief vom 28. 02. 2013, der „Opel-Sanierungs-Tarifvertrag“ bedeute die „Sicherung aller deutschen Standorte“ bis 2022. Das ist nicht nur dumme deutsch-nationalistische Demagogie, da ja nur „deutsche Standorte“ im Blick sind, obwohl es auch in vielen anderen Ländern Opel-Betriebe gibt. Das ist zudem doppelt gelogen. Denn zum einen wird der Standort in Bochum weitgehend liquidiert. Zum anderen legt sich Opel auf keine wirklichen Garantien fest. Über die sogenannte „Katastrophenklausel“ ist jederzeit der Ausstieg möglich, wenn „sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder die dieser Vereinbarung zugrunde liegenden Grundannahmen wesentlich verändern“. Die Hinhalte- und Stillhaltetaktik zielt nur darauf ab, die Arbeiterinnen und Arbeiter einzulullen und gegenüber den unweigerlich auf sie

zukommenden künftigen Attacken der Kapitalisten wehrlos zu machen. Im Schreiben des Opel-VK-Leiters in Bochum vom 11. 02. 2013 wird daran erinnert, dass die IG Metall mit der Zustimmung zur Liquidierung des Opel-Werks in Bochum ihre vorherigen eigenen Beteuerungen Lügen straft. Zitiert wird aus der schriftlichen Formulierung der betrieblichen Tarifkommission vom 12. 12. 2012. Dort heißt es unter dem Druck der Kolleginnen und Kollegen völlig richtig: „Wer heute ein Werk schließen will, der will morgen ein zweites oder drittes Werk schließen. Dies wird die IG Metall weder heute noch morgen akzeptieren.“

- **Spaltung und Erpressung** gemäß dem angeblichen Erfordernis, sich der kapitalistischen „Logik“ unterzuordnen. Die IG-Metall-Führung und ihr Apparat haben systematisch die Erpressung und Spaltung der Opel-Arbeiterinnen und -Arbeiter betrieben. Wer ihren „Master-Plan“ ablehne, gefährde alle Standorte und damit auch den eigenen Arbeitsplatz. Bereits im Schreiben des VK-Leiters in Bochum vom 11. 02. 2013 wird dagegen als Position der kämpferischen Kolleginnen und Kollegen von Opel Bochum bekräftigt: „Wenn infolge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise der Automarkt vor allem in Europa zusammenbricht, dann liegt das nicht in unserer Verantwortung. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum wir auf nur einen einzigen Arbeitsplatz sowie auf unsere Löhne verzichten sollten, zumal es belegbar ist, das Lohnverzicht nicht unbedingt Arbeitsplätze absichert.“ (Veröffentlichtes Schreiben des Opel-VK-Leiters in Bochum Dirk Grützner vom 11. 02. 2013 an die Ortsbevollmächtigte und den Bezirksleiter der IG Metall)

Herr Einkel und Co. – Mit zeitweise „kritischen“ Tönen jeden wirklichen Kampf verhindern

Der Betriebsratsvorsitzende Einkel von Opel Bochum tat sich in letzter Zeit mit Kritik am „Sanierungs-Tarifvertrag“ hervor. Sie wussten, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in Bochum entschieden die Schließung des Werks in Bochum ablehnen. Man konnte fast den Eindruck bekommen, dass Einkel zum entschlossenen Kämpfer für den Erhalt der Arbeitsplätze geworden sei. Einkel verkündete lautstark seine Ablehnung des „Sanierungs-Tarifvertrags“.

Halten wir zunächst einmal fest: Einkel ist dem Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze von Anfang an offen in den Rücken gefallen. Der Bochumer Betriebsrat unter seinem Vorsitz hatte als Ziel (mehrheitlich) ausgegeben, nur 80 Prozent aller Arbeitsplätze zu sichern („Neues Deutschland“ vom 21. 03. 2013).

Die Fakten zeigen, dass Einkel und Co. im entscheidenden Punkt auf einer Linie mit Huber usw. sind: Bloß keine Aktionen, bloß kein Streik, bloß keinen Kampf. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Opel-Schließungsbe-

schlusses im Dezember 2012 trat Einkel mit der Aussage vor die Fernseh-Mikrofone: „Wir werden zur richtigen Zeit das Richtige tun“, in unbestimmter Zukunft, bloß jetzt nicht, wo es drauf ankäme.

Einkels eigentliche Wut richtete sich gegen Vertrauensleute, die einen sofortigen unbefristeten Streik forderten. Dies sei „absoluter Blödsinn, vollkommener Unsinn“. Wer kämpfen, wer streiken wolle, gefährde die Verhandlungen über angebliche Nachbesserungen und Abfindungen. So wurde Einkel auf einer Veranstaltung in Bochum am 21. 01. 2013 kritisiert und verurteilt, weil er seine Leute durch die Abteilungen schickt, um die Vertrauensleute einzuschüchtern, die wirklich kämpfen wollten. Er benutzte dann wieder in typischer Angebermanier Worte wie „Kriegserklärung“ nur, um in Wirklichkeit die empörten Kolleginnen und Kollegen zum Stillhalten zu bringen („Neues Deutschland“ vom 21. 01. 13).

Drei Monate nach dem Schließungsbeschluss wurde Einkel in einem Interview gefragt, ob es nicht an der Zeit wäre, beim Protest eine Schippe draufzulegen. Darauf antwortete Einkel wiederum mit seinem Standard-Abwiegungssatz: „Wir werden das Richtige zur richtigen Zeit tun.“ („junge Welt“ vom 09./10. 03. 2013). Auch jetzt noch entblödet sich Einkel nicht zu erklären, er hoffe darauf, dass die Opel-Kapitalisten zur „Besinnung“ kommen, dass sie „aus dem Schützengraben kommen“ („Der Westen“ vom 03. 04. 13).

In einem weiteren Interview hat Einkel offen formuliert, dass er es in Wirklichkeit auch mit dem Standort-Egoismus hält. Zum „Opel-Sanierungs-Tarifvertrag“ erklärte er am 17. 04. 2013: „Als Rüsselsheimer Beschäftigter und auch als Rüsselsheimer Betriebsratsvorsitzender hätte ich diesem Vertrag auf jeden Fall zugestimmt.“ (Interview im Deutschlandradio, deradio.de)

Und nicht zu vergessen ist: Als es im Jahr 2004 bei Opel in Bochum zum sechstägigen selbstständigen Streik kam, da hat Einkel sich für den Streikabbruch starkgemacht und aktiv verhindert, dass kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter auf der Betriebsversammlung für die Weiterführung des Streiks sprechen konnten.

Für die Gewerkschafts- und Betriebsratsfürsten und ihren Apparat ist es wichtig, jeden effektiven Kampf zu unterbinden. Vor allem wollen sie mit allen Mitteln verhindern, dass es wieder zu einem kraftvollen und selbstständigen Streik kommt wie 2004 und dass der Funke dann möglicherweise auch auf andere Standorte überspringt. Noch ist ihnen das gelungen.

Zulegen, nicht nachgeben!

Laut ist das Geschrei der Gewerkschaftsbürokraten: Na seht ihr, was haben all die Kämpfe bei Opel den Opel-Arbeiterinnen und -Arbeitern denn gebracht?

Jetzt stehen die kämpferischen Kolleginnen und Kollegen bei Opel in Bochum dennoch oder gerade deshalb an erster Stelle auf der Abschlusssliste.

Doch das Problem ist ganz und gar nicht, dass bei Opel in Bochum gekämpft wurde. Das Problem ist ganz im Gegenteil, dass der Kampf offenbar nicht stark genug war. Es ist vielfach nicht gelungen, die Kampffront zu verbreitern und zu vertiefen, so dass andere Opel-Standorte die Kämpfe solidarisch unterstützen und mittragen.

Ein Mitglied der Minderheitsfraktion des Betriebsrats von Opel Bochum rief die Kolleginnen und Kollegen auf einer Kundgebung am 14. 12. 2012 nach Bekanntgabe des Schließungsbeschlusses von Opel Bochum dazu auf, sich an den Kolleginnen und Kollegen aus Genk (Belgien) ein Beispiel zu nehmen, denn die hatten im Herbst 2012 militant gegen die drohende Schließung des Ford-Werkes in Genk gekämpft.

Entscheidend kommt es auf die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter an, auf ihre Bereitschaft und Fähigkeit, dem Kapital und seinem Staat wirkliche Schläge zu versetzen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also echten Druck zu erzeugen.

Je konsequenter Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung geführt werden, umso mehr richten sie sich gegen die Politik der Klassenversöhnung, des Reformismus und der Staatsgläubigkeit, gegen die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter durch den deutschen Nationalismus – und umgekehrt. Und umso mehr nähern sie sich einem Kampf, der insgesamt gegen das Kapital, seine Parteien und seinen Staat gerichtet ist. Solche Kämpfe erleichtern dann auch die Verbindung mit dem Widerstand gegen staatliche Faschisierung und Nazis, gegen Militarisierung und Kriegspolitik, gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus in der ganzen Welt.

Teil III:

Grundfragen des Kampfes

1. Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich! Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung! Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen!

Die Lage in Deutschland 2008: Während international der deutsche Imperialismus die Ausplünderung der Werktätigen in der ganzen Welt forciert, während der Einsatz der Bundeswehr auf internationaler Ebene Schritt für Schritt ausgeweitet wird, während innerhalb Deutschlands polizeistaatliche Zustände zunehmen, Abschiebungen von Flüchtlingen auf der Tagesordnung stehen und die Anschläge der Nazis ohne Unterbrechung weitergehen, werden Zug um Zug immer massivere Angriffe auf die soziale Lage der Werktätigen in Deutschland durchgeführt. Durch immens gesteigerte Arbeitshetze, Arbeitszeitverlängerungen und Reallohnensenkungen wird die Ausbeutung in den Betrieben verschärft und werden bei BMW, Siemens, Nokia usw. Tausende Kolleginnen und Kollegen auf die Straße geworfen.

Allerdings, bei zahlreichen Streiks und Demonstrationen haben auch immer wieder Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen Werktätigen gegen verschärfte Ausbeutung und Sozialabbau protestiert, wie zuletzt beim Streik der Lokführerinnen und Lokführer oder bei den Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel. Warum gelingt es den Herrschenden aber trotzdem immer noch und immer wieder, ihre Pläne mehr oder minder reibungslos durchzusetzen?

Drei Punkte sind unserer Meinung besonders wichtig, um die Mechanismen der Verschärfung der Ausbeutung der letzten Jahre besser einordnen zu können:

Hartz IV als zentrales Instrument

Der Staat hat für das Kapital hier ein gigantisches Werk durchgesetzt – entgegen dem dummen Geschwätz, dass der Staat sich „zurückzieht“ oder immer weniger Bedeutung habe. Die Hartz-Gesetze sind Milliarden und Abermilliarden für das Kapital wert. Es drückt und presst, es wirkt wie ein drohendes „Darmoklesschwert“ über der gesamten proletarischen Klasse. Mehrere Millionen werden mit Hartz IV massiv in die Armut gestürzt. Hartz IV spielt eine fundamentale Rolle, um alle, die im Arbeitsprozess stehen, indirekt und Millionen ganz direkt mit Zwangsarbeit zu bedrohen. Das ist ihr Programm: erfassen, bespitzeln und zur Zwangsarbeit pressen.

Brutale Einschnitte bei Neueinstellungen

Das Kapital hat es in den letzten Jahren geschafft – mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaftsführung –, in einem gigantischen Umfang bei den Neueinstellungen durch massiven Lohnabbau die Lohnkosten insgesamt zu senken. Da ging es nicht um 1 oder 2 Prozent, da geht es in verschiedenen Branchen um 20 bis 30 Prozent. Dazu kommen in gigantischem Umfang das Instrument der sogenannten „Leiharbeiter“ und der zigfach vermehrten sogenannten „befristeten Arbeitsverträge“ sowie formale Tricks wie „Ausgliederungen“ und „Neugründungen“. Fein zergliedert in irgendwelchen Details von „Einstufungen“ und „Lohngruppen“ in diversen Abmachungen. Und dieser Mechanismus wirkt jeden Tag, jeden Monat, jedes Jahr. Jede Entlassung und dann Neueinstellung macht sich bezahlt. Und zudem: Die Spaltung in „Neue“ und „Alte“ in den Betrieben wird so forciert.

Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung

Eine konkrete Analyse der realen Arbeitszeit, vor allem der am schlechtesten bezahlten Schichten der proletarischen Klasse, würde ergeben, dass von der viel proklamierten 35-Stunden-Woche, die vor ca. 20 Jahren noch auf den Plakaten von DGB-Gewerkschaften prangte, in der Realität nicht viel übriggeblieben ist. Erzwungene Überstunden, davon ca. 50 Prozent unbezahlt, tariflich festgeklopfte Verlängerung der Arbeitszeit, die „Rente mit 67“ kombiniert mit erpresster zunehmender Arbeitshetze – gerade nach Entlassungen –, das ist der schon begonnene Weg, der gerade in den nächsten Jahren zu den strategischen Zielen des Kapitals gehört.

Dieses ganze Programm ist in 1001 Unterpunkte und Unterpünktchen verpackt. Da wird hier ein Paket geschnürt, da ein angeblicher Kompromiss geschlossen, ein Durcheinander von staatlichen Maßnahmen und tariflichen Vereinbarungen zusammengepresst, dass den Ausgebeuteten Hören und Sehen vergeht. Statt dieses Drecksmanöver anzuprangern wurstelt die Gewerkschaftsführung fleißig an diesen bewusst undurchsichtig gestalteten 1001 „differenzierten“ Maßnahmen mit, „protestiert“ ein bisschen hier und da, erklärt dann umfangreich da und hier und redet die Kolleginnen und Kollegen schwindelig. Die Gewerkschaftsführung übernimmt die Drohgebärden und die Rhetorik der Kapitalisten: Wenn wir nicht hier zustimmen, dann wird das und jenes passieren usw. usf.

Da gilt es, klaren Kopf zu behalten und sich vor allem klar zu machen, dass ein wirkliches Erkennungsmerkmal von Abwiegeln, ja Verrätern folgender Punkt ist, der so sicher kommt wie das Amen in der Kirche: Es wird an die „Vernunft“ und

an den „Verstand“ mit scheinbar fachlich versierten artistischen Argumentationen appelliert, ja gar die Moral der Ausbeuter wird ins Feld geführt.

Immer dann, wenn an die „Einsicht und Vernunft“ oder gar an den „wirtschaftlichen Verstand“ der Kapitalisten appelliert wird, können die Arbeiterinnen und Arbeiter sicher sein, wer so redet, der steht auf der Seite des Kapitals und nicht auf unserer Seite. Es ist nicht einfach dumm, sondern reaktionär, wenn sich etwa im DGB und seinem Umfeld diverse Figuren als die angeblich „besseren Volkswirte und Betriebswirte“ aufspielen, die glauben machen wollen, man müsse den Kapitalisten und ihrem Staat gar etwas „vorrechnen“ und diesen „Vorschläge“ machen; etwa dass sie mit höheren Löhnen doch die „Binnennachfrage“ stärken würden, was nicht nur für die Arbeiterinnen und Arbeiter gut sei, sondern zugleich auch deren eigenen kapitalistischen Interessen nütze. Ausgeblendet und vertuscht wird damit, dass Lohnkürzungen und Massenentlassungen, ja auch ganze Betriebsschließungen und Standortverlegungen für die einzelnen kapitalistischen Unternehmen im Konkurrenzkampf durchaus „Sinn machen“ für ihr oberstes Bestreben der Profitmaximierung. Es ist ihre Logik, es ist die Logik des Kapitalismus. Keine Sorge, das können die Kapitalisten. Unsere Aufgabe ist nicht, ihnen dabei zu helfen, mit ihnen gemeinsam „mal alles durchzurechnen“ und „gemeinsam zu einer standortverträglichen Lösung zu kommen“.

Zentral ist und bleibt: Was gut ist für die Kapitalisten, ist schlecht für die von ihnen Ausgebeuteten. Mehr Lohn bedeutet eben weniger Profit und weniger Lohn bedeutet eben mehr Profit. Das ist der Kern, alles andere sind Ablenkungsmanöver.

Es geht nicht um die Überzeugung der Kapitalisten, es geht einzig und allein um die Aufklärung, um die Aufdeckung der wirklichen Sachverhalte für die Kolleginnen und Kollegen angesichts der gut gesteuerten Manipulationen und Attacken des Kapitals, seines Staats und seiner Medien. Denn nur bewusste und überzeugte Kolleginnen und Kollegen werden das einzige Mittel anwenden, das angesichts kapitalistischer Logik gegen verschärfte Ausbeutung hilft: Kampf, so breit wie möglich, so hart wie möglich, so organisiert wie möglich.

Wer gegen das Kapital kämpft, hat den Staat gegen sich und bekommt es mit den Gewerkschaftsfürsten zu tun

Wer wirklich gegen verschärfte Ausbeutung kämpfen will und in diesem Kampf seine Erfahrungen gemacht hat, stößt rasch oder sofort auf drei zusammenhängende Probleme:

Das sind selbstredend zunächst die **Kapitalisten**, die gegen Streiks mit Aussperrungen, gegen kämpferische Kolleginnen und Kollegen, von ihnen „Rädelsführer“ genannt, mit Schikanen und Entlassungen vorgehen.

Aber wenn die Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Kampf gegen Massenentlassungen kämpferische Aktionen setzen, wenn sie aktiv gegen Streikbrecher vorgehen, wie etwa beim Kampf der Infineon-Kolleginnen und Kollegen 2005, dann tritt sehr rasch der **bürgerliche Staatsapparat** auf den Plan. Droht eine weiterreichende Ausdehnung und Radikalisierung des Kampfes, werden für alle Fälle Polizei und „Bundespolizei“ („Bundesgrenzschutz“) in Alarmbereitschaft versetzt. Und wer nicht glaubt, dass im Bedarfsfall selbstverständlich für die „innere Sicherheit“ des Kapitals auch die Bundeswehr gegen aufbegehrende Teile der proletarischen Klasse eingesetzt werden wird, möge sich doch bitte überlegen, warum Einheiten der Bundeswehr gerade auch immer wieder die Niederschlagung von Streiks proben.

Wer wirklich gegen das Kapital kämpfen will, bekommt es aber nicht nur mit der kapitalistischen Staatsgewalt zu tun, sondern unweigerlich auch mit der reaktionären Rolle der **DGB-Führung und ihres Apparats**. Ja, im Interesse des Kapitals hat die DGB-Führung, im Zusammenspiel mit dem bürgerlichen Staat, einen wesentlichen Anteil daran, dass die verschärften Maßnahmen der Herrschenden in Deutschland heute noch ziemlich reibungslos gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter durchgezogen werden können.

Die DGB-Führung und ihr Apparat sind aufs äußerste bemüht, jeden wirklichen Kampf gegen Lohnraub und Sozialabbau zu sabotieren und zu verhindern. Großmäulige Ankündigungen von „Widerstand“ und angebliche „Großaktionen“ dienen nur dem „Dampfabblassen“, wie zum Beispiel in jüngster Zeit bei Nokia. Und da wo Kämpfe sich nicht verhindern lassen, setzen sie sich oftmals zunächst an die Spitze, um alles „im Griff“ zu haben, um dann im geeigneten Moment alles abzuwürgen, so wie bei AEG, wobei sie dann die Entlassung in die Erwerbslosigkeit und Hartz IV mittels „Sozialplan“ auch noch als großartigen „Erfolg“ preisen!

Ihre offene Feindschaft gegenüber einem wirklich konsequenten Kampf gegen das Kapital und seinen Staat zeigen sie zumeist dann, wenn selbstständige Kämpfe ohne sie und ihren Apparat beginnen wie bei Opel in Bochum 2004.

Nicht anders sieht es innerhalb des DGB aus: Die DGB-Führung und ihr Apparat spielen gerade in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter eine nicht zu unterschätzende Rolle, mit mal geschickt eingefädelten, mal plumpen Manövern den Faktor „deutsch“ ins Spiel zu bringen. So wird auch die Spaltung innerhalb der Arbeiterinnen und Arbeiter nach Nationalität betrieben. Nicht die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern der „Standort Deutschland“ wird reaktionärerweise als Ausgangspunkt genommen. Ja, wenn es hart kommt, wenn es ernst wird, arbeiten Gewerkschaftsfürsten auch mit der Polizei zusammen bei der Jagd auf Arbeiterinnen und Arbeitern in prekären und unsicheren Arbeitsverhältnissen, faseln von „Illegalität“, nicht um die Kapitalisten

und ihren Staat anzuklagen, sondern um gegen die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern vorzugehen. Das ist auf dem Bau und in der Gastronomie in vielen Bereichen gang und gäbe.

Immer und immer wieder zeigt sich und wird sich in all den Kämpfen zeigen: Der Gewerkschaftsapparat ist fest in der Hand einer gut bezahlten und vollständig gekauften kleinen Schicht von Gewerkschaftsfürsten (Lenin nannte sie „Arbeiterbürokratie“), die sich ihrerseits der Unterstützung einer nicht unerheblichen Schicht der proletarischen Klasse, der sogenannten Arbeiteraristokratie, sicher sein kann. Die Spitzen der DGB-Gewerkschaften und ihr Apparat stehen dabei auf verschiedene Weisen in **engster Verbindung, ja Verwachsung mit Kapital und Staat**: So sitzen sie in den Aufsichtsräten und allen möglichen Ausschüssen und sind auch ganz direkt an der Verwaltung des Kapitalismus beteiligt.

Was uns entscheidende Etappen in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland lehren

Das ganze Ausmaß der Korruptheit, der Charakterlosigkeit und des verbrecherischen Potenzials der DGB-Führung kann wenigstens in Ansätzen verdeutlicht werden, wenn wir die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in entscheidenden Etappen beleuchten:

Ursprünglich gewachsen aus den Kämpfen der proletarischen Klasse selbst, endete die Gewerkschaftsführung wie die SPD als Organisation mit klassenkämpferischen Traditionen eindeutig bei der Unterstützung des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und bei der Niederschlagung der Aufstände der Arbeiterinnen und Arbeiter 1918/1919.

In den Jahren von 1918 bis 1933 säuberte die Gewerkschaftsführung so gut sie konnte angesichts Millionen klassenbewusster Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch in den Gewerkschaften organisiert waren, die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften. Was 1918/19 begonnen wurde, endete am 1. und 2. Mai 1933 mit der erbärmlichen Unterstützung der Nazifaschisten und des von ihnen geschaffenen braunen 1. Mai.

Den „Erfolg“ sollte sich jeder merken. Am 2. Mai wurde der gesamte Apparat des ADGB, der sich so angebiedert hatte, hochoffiziell in die Nazi-Organisationen eingegliedert und in die braune Arbeitsfront überführt. Das war das unrühmliche und kampflose Ende des ADGB. Die Gegner der Nazis, aus welcher Partei auch immer, wurden ohne wirklichen Widerstand der Gewerkschaftsführung verhaftet, gefoltert, ermordet.

Die Vertuschungskünstler der DGB-Führung heute haben verständlicherweise kein Interesse, diese verbrecherischen Handlungen der Gewerkschaftsführung 1914, 1918/19, 1933 zum Thema zu machen. Das müssen wir tun:

„Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit (!) und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewusstsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlassten Feier festlich zu beteiligen.“

(Beschluss des Bundesausschusses des ADGB vom 19. April 1933, in: „Gewerkschafts-Zeitung“, 43. Jg., Berlin, 22. 04. 1933)

„So blieb denn der 1. Mai Kampftag und Opfertag. Nun aber hat ihn die Reichsregierung zum gesetzlichen Feiertag, zum Volksfest der nationalen Arbeit erhoben. Auch die Arbeiterbewegung wandte sich, wenn sie die Maifeier zu einer öffentlichen Kundgebung gestaltete, stets an das ganze deutsche Volk (...)“

(„Gewerkschafts-Zeitung“, 43. Jg., Berlin, 22. 04. 1933)

Nach 1945 bis heute wurde nach der Zerschlagung sämtlicher Strukturen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in der Bundesrepublik ein neuer DGB aufgebaut, eng verknüpft, ja in vielerlei Hinsicht als Teil des restaurierten Staatsapparats des deutschen Imperialismus. Von einer von unten gebildeten, aus einer klassenkämpferischen proletarischen Bewegung entstandenen Gewerkschaft kann heute keine Rede sein. Das ist die bittere Wahrheit. Doch da gilt es nicht zu jammern, da gilt es, auf allen Ebenen, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, ohne Illusionen, diesen Gewerkschaftsapparat reformieren zu können, den Kampf aufzunehmen.

* * *

Mit dieser absolut negativen Einschätzung der Gewerkschaftsführung und ihres Apparates sagen wir nicht, dass man in den Gewerkschaften nicht arbeiten soll. Feinde muss man auch von innen bekämpfen. Es ist nötig, gemeinsam mit den aktivsten Kolleginnen und Kollegen die Gewerkschaftsführung, ihren bürokratischen und undemokratischen Apparat zu bekämpfen, mit dem Ziel der Mobilisierung möglichst großer Teile der Gewerkschaftsmitglieder. Wer noch Illusionen in die Gewerkschaftsführung hat, wird sie in diesem Kampf verlieren. Aber Vorsicht, wir bewegen uns in „Feindesland“, wer einmal einen kapitalhörigen Betriebsratsvorsitzenden der IG Metall stürzen wollte, weiß, wovon wir reden. Verleumdungen, Denunziationen, Entlassung, Bemühung um unsere Entlassung gemeinsam mit den Kapitalisten, Drohung mit Gewerkschaftsausschluss – das alles ist harte Realität, wenn man einem der Gewerkschaftsfürsten

auf die Pelle rückt, seine Machenschaften entlarvt, ja ihnen auch nur zu nahe kommt. Je schärfer die Kämpfe, je aktiver die Kolleginnen und Kollegen sind, je deutlicher zeigt sich die reaktionäre Fratze dieser Gewerkschaftsfürsten (für die Aktivisten sei daran erinnert: Ganz besonders gefährlich sind die diversen ehemaligen Linken und Pseudomarxisten, die sich oft vor allem in der mittleren Funktionärschicht festgesetzt haben und auf Argumente oppositioneller Kräfte „mit dem Ohr des Spitzels“ hören.)

Worum es geht: Egal ob innerhalb oder außerhalb der DGB-Gewerkschaften, nur ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten und ihren Apparat lassen sich konsequente Abwehrkämpfe, Kämpfe für Verbesserungen entwickeln – und dies gilt erst recht für weiterreichende Ziele.

Entscheidend kommt es auf die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter an, ihre Bereitschaft und Fähigkeit, dem Kapital und seinem Staat wirkliche Schläge zu versetzen, sich von den Gewerkschaftsführungen und ihrem Apparat nicht einschüchtern und abhalten zu lassen, wenn möglich sogar einzelne Strukturen in der Gewerkschaft auszunutzen, ohne sich abhängig zu machen, das ist der erste zentrale Punkt.

Für alle, die sich mit der zunehmend verschärften Ausbeutung und Unterdrückung nicht dauerhaft abfinden wollen, gilt es, in all den nötigen Abwehrkämpfen vor allem daraufhin zu arbeiten, aufzuklären und zu organisieren, um den Kapitalismus selbst zu bekämpfen und zu zerschlagen, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen und der alten hochaktuellen Grundidee der proletarischen Bewegung zum Sieg zu verhelfen, für die der rote 1. Mai in aller Welt steht: Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für den Kommunismus.

2. Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!

In Deutschland wie Frankreich, Spanien, Italien, Türkei, Polen usw. herrscht heute millionenfache Massenerwerbslosigkeit, die weiter zunimmt und immer größeres Massenelend bedeutet.

Um dies zu beschönigen und zu rechtfertigen, vor allem aber, um jedes kämpferische Aufbegehren dagegen zu verhindern, werden verschiedene reaktionäre Demagogien verbreitet. So wird die massenhafte Erwerbslosigkeit nur als eine Art vorübergehende „Panne“ des Kapitalismus hingestellt, die von ihm behoben werden könne. Oder aber es wird so getan, als ob die Einführung neuer Techniken

und Maschinen „an sich“ die Ursache der Erwerbslosigkeit sei. Jahr für Jahr und Monat für Monat werden Millionenmassen getröstet, dass leider nur im Moment „noch keine Wende“ absehbar sei. In Verbindung damit wird die nationalistisch-rassistische Vorstellung geschürt, dass die Wurzel der „Arbeitslosigkeit“ in der „Überbevölkerung“ vor allem der abhängigen Länder liege, was in der nazistischen Parole „Ausländer raus!“ gipfelt. Gleichzeitig wird die Lage der Erwerbslosen durch drastische Verschärfungen Zug um Zug verschlechtert.

Die kapitalistischen Profiteure setzen dabei auf die Vereinzelung der Erwerbslosen, die angeblich einer solchen Situation ohnmächtig ausgeliefert seien und angeblich keine Chance auf die Solidarität der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werktätigen hätten. Doch in Frankreich haben Zehntausende Erwerbslose „Schluss“ gesagt und den Kampf dagegen aufgenommen. Sie beweisen, dass es möglich ist, zu kämpfen, Druck auf die Herrschenden auszuüben, sich über die Grenzen der Nationalität und Staatsangehörigkeit hinweg solidarisch im Kampf auch mit anderen vom Kapital Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenzuschließen. Und zugleich haben sie vielfach auch die Frage der grundsätzlichen Ursache der Erwerbslosigkeit aufgeworfen, die im kapitalistischen Profitsystem selbst liegt.

Ursachen der Erwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit wird offiziell vom deutschen Staat und seinen Repräsentanten als „Arbeitslosigkeit“ bezeichnet. Ihr Ziel ist dabei, zu vertuschen, dass für alle Werktätigen insgesamt Arbeit genug da ist, dass nicht Arbeit fehlt, sondern dass die Erwerbsmöglichkeiten fehlen.

Zentral muss herausgestellt werden: **Das kapitalistische System als Ganzes ist die Ursache** der Massenerwerbslosigkeit. Marx bewies in seinem Werk „Das Kapital“:

„Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser (kapitalistischen, A.d.V.) Produktionsweise.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 647)

Das ökonomische Grundgesetz besteht im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, in der Sicherung des Maximalprofits des monopolistischen Großkapitals durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Werktätigen des „eigenen“ Landes, durch Versklavung und Ausplünderung der Bevölkerung anderer Länder, insbesondere der vom Imperialismus abhängigen Länder, sowie durch Militarisierung und imperialistische Kriege, die der Sicherung der Maximalprofite dienen.

Unter diesem Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenszug dieses Systems: Ein Kapitalist schlägt viele andere Kapitalisten tot, das heißt im Kampf auf Leben und Tod um Profitmaximierung trachten die Kapitalisten danach, die Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger zu werden.

Der Kapitalist ist auf der Grundlage der imperialistischen Konkurrenz gezwungen, in steigendem Maße neue Techniken, neue Produktionsmittel einzuführen, um die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter und somit seinen Maximalprofit zu erhöhen.

Auf dieser Basis entsteht gesetzmäßig eine industrielle Reservearmee, die Armee der Erwerbslosen.

Die Verteidiger und Propagandisten der bestehenden kapitalistischen Ordnung verbreiten die falsche Vorstellung, dass die Einführung neuer Techniken und Maschinen die Ursache der Erwerbslosigkeit sei. Der ganze Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise wurde von Marx gerade auch an den Möglichkeiten neuer Technik aufgedeckt:

„Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, dass die Maschinerie an sich nicht verantwortlich ist für die ‚Freisetzung‘ der Arbeiter von Lebensmitteln.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 464)

„An sich“ heißt: von den gegebenen Bedingungen abgesehen, ohne den Irrsinn der kapitalistischen Anwendung der Maschinen. Jede sachliche Überlegung zeigt sofort, dass eine neue Maschine bei leichterer und kürzerer Arbeitszeit die Lebensmittel für die Gesellschaft vermehren müsste. Im Kapitalismus trifft jedoch genau das Gegenteil zu. Wie Marx ausführt, ist es so, dass:

„also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum der Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 465)

Schuld ist also nicht die Einführung neuer Techniken „an sich“, denn bei dem heutigen Stand der Produktivkräfte könnte bei planmäßiger, nicht am Profit orientierter Produktion jeder Mensch arbeiten und mit ausreichend Lebensmitteln versorgt werden. Schuld ist nicht die scheinbare „Überbevölkerung“, denn diese ist ja nichts anderes als die Nichtversorgung eines Teils der Weltbe-

völkerung mit Arbeit und Lebensmitteln, verursacht durch das kapitalistische System.

Lenin erklärte beispielhaft anhand der Entdeckung eines Verfahrens zur unmittelbaren Gewinnung von Gas aus Steinkohlenflözen durch den englischen Chemiker Ramsay:

„Unter dem Kapitalismus wird die ‚Freimachung‘ der Arbeit von Millionen mit der Gewinnung von Kohle beschäftigter Bergarbeiter unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit, zu einem gewaltigen Anwachsen des Elends, zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führen. Den Profit aber aus der großen Erfindung werden sich die Morgan, Rockefeller, Rjabuschinski, Morosow und ihr Gefolge von Advokaten, Direktoren, Professoren und anderen Lakaien des Kapitals in die Tasche stecken.

Im Sozialismus wird die Anwendung des Verfahrens von Ramsay, indem es die Arbeit von Millionen Bergarbeitern usw. ‚frei macht‘, gestatten, den Arbeitstag für alle sofort von 8 Stunden auf beispielsweise 7 Stunden oder sogar noch weniger zu verkürzen.“

(Lenin, „Ein großer Sieg der Technik“, 1913, Werke Band 19, S. 43)

Heute ist in Ländern wie Deutschland ein Hauptargument für Massenentlassungen von Arbeiterinnen und Arbeitern einzelner Unternehmen die Verlagerung ihrer Produktion in Länder mit wesentlich niedrigeren Arbeitslöhnen. Doch das grundsätzliche Kernargument für Massenarbeitslosigkeit bleibt im Kapitalismus der zunehmende Einsatz von Technik.

Die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der proletarischen Klasse

Die Erwerbslosen rekrutieren sich aus allen Schichten der Bevölkerung, zu großen Teilen auch aus der proletarischen Klasse, aus dem städtischen und ländlichen Proletariat. Kern der Herangehensweise muss sein, dass die große Masse der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter Teil der proletarischen Klasse ist. Entgegen den Beschönigungen der bürgerlichen Propagandisten muss die Lage der Erwerbslosen auch in jede Beurteilung der Lage der proletarischen Klasse einbezogen werden.

„Wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, hat man gewöhnlich die in der Produktion beschäftigten Arbeiter im Auge und läßt die materielle Lage der sogenannten Reservearmee von Arbeitslosen außer acht. Ist es richtig, an die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse so heranzugehen? Ich denke, das ist nicht richtig. Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom

Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluß auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben. Darum meine ich, daß bei einer Charakteristik der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auch die Lage der Reservarmee der arbeitslosen Arbeiter berücksichtigt werden müsste.“

(Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, 1952, Werke Band 15, S. 335)

Das Verständnis, große Teile der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter als Teil der proletarischen Klasse zu betrachten, betrifft auch die Frage der kommunistischen Organisation. Die Zelle ist die Grundorganisation der Kommunistischen Partei, die entscheidende Form der Zelle ist aber die Betriebszelle. Denn die Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei ist die Bewusstmachung und Erziehung der proletarischen Klasse, die dort am besten durchgeführt werden kann, wo sich die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter konzentrieren – vor allem in den Großbetrieben des Kapitals. In diesem Sinne gilt „Jeder Betrieb muss unsere Festung sein“ (Lenin). Da die Kommunistische Partei aber ebenso auch unter den erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeitern ihre Grundeinheiten haben muss, sind auch Straßen- und Wohnviertelzellen unverzichtbar, die wiederum in engster Verbindung mit den Betriebszellen stehen müssen.

Erwerbslosigkeit – ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten

Erwerbslosigkeit ist gerade auch für die deutsche Bourgeoisie ökonomisches, politisches und ideologisches Mittel zur Sicherung und Festigung ihres Ausbeuterparadieses.

- Einerseits dient sie als „Menschenreservoir“, aus dem nach Belieben entsprechend den Notwendigkeiten der kapitalistischen Profitmaximierung Arbeitskräfte in diese oder jene neuen Produktionsvorhaben geworfen werden können, ohne dass die kapitalistische Mehrwertproduktion unterbrochen werden muss.
- Andererseits ist sie ein wichtiges Instrument der Diktatur der Bourgeoisie, um ihre reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche“ durchzusetzen.

Mit zunehmender Erwerbslosigkeit verstärkt die deutsche Bourgeoisie die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Erwerbslosigkeit ist ein Hebel für die Verschärfung und Intensivierung der Ausbeutung der noch in der Produktion stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter, für Lohndrückerei

durch die Drohung mit Entlassung, die angesichts des Erwerbslosenheeres besonders große Wirkung zeigt, für die Demontage der in vergangenen Kämpfen durchgesetzten minimalen sozialen Standards. Zwei Beispiele:

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben sind im letzten Jahr um mehr als 10 Prozent zurückgegangen, wobei klar ist, dass in Wirklichkeit der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen und Arbeiter angesichts der verschärften Arbeitshetze mit Sicherheit schlechter geworden ist.

Arbeiterinnen und Arbeiter werden zu „Selbstständigen“ erklärt, die keinen sozialen Schutz mehr haben. Bürgerliche Fachleute schätzen, dass sich in Deutschland mittlerweile eine bis anderthalb Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in äußerster sozialer Unsicherheit als Scheinselbstständige durchschlagen müssen.

Marx geht in seinem Werk „Das Kapital“ auf diesen Zusammenhang ein:

„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 665)

In der Tat handelt es sich bei der Erwerbslosigkeit heute um eine chronische, dauernde und dauernd auf hohem Niveau verbleibende Erwerbslosigkeit. Diese bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, die Arbeitsintensität in höchstem Maße zu steigern, die durch die übermäßig anstrengende Arbeit ausgesogenen Arbeiter hinauszuerwerfen und dafür neue, kräftigere und gesündere Arbeiter einzustellen. Wer heute über 40 Jahre alt und erwerbslos ist, hat in vielen Branchen praktisch keine Chance mehr, wird als „nicht mehr vermittelbar“ ausgemustert. Dadurch verringert sich das „Arbeitsalter“ der Werktätigen und die Dauer ihrer Beschäftigung im Betrieb ganz erheblich. Die Sorge der beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter um die nächste Zukunft verstärkt sich.

Die Drohung mit Massenentlassungen bzw. Teilentlassungen, um die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen, ist ein wichtiger Hebel der Diktatur der Bourgeoisie, Tageskämpfe gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten, insbesondere Streikämpfe schon im Keim zu ersticken.

Die Erwerbslosigkeit dient insbesondere auch zum Schüren nationaler Widersprüche, vor allem durch die Verbreitung des deutschen Nationalismus, indem suggeriert wird, dass nicht das Kapital, sondern die Werktätigen aus anderen Ländern den deutschen Werktätigen die Arbeitsplätze wegnehmen würden, so als wäre nicht das kapitalistische System die tiefste und grundlegendste Ursache von Erwerbslosigkeit.

Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit führen, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter schaffen!

Auch in Deutschland sind mittlerweile Ansätze zu einer Bewegung der Erwerbslosen entstanden. Am 5. Februar 1998 wurde ein erster Aktionstag durchgeführt, an dem in ganz Deutschland ca. 40.000 Erwerbslose teilgenommen haben. Weitere Aktionen sollen folgen.

Als Kommunistinnen und Kommunisten werden wir die Entwicklung einer wirklich kämpferischen Erwerbslosenbewegung so weit wie möglich unterstützen. Dies erfordert aber insbesondere auch, all die abwieglerschen Kräfte zu bekämpfen und zu entlarven, deren größte Sorge darin besteht, dass die Aktionen der Erwerbslosen „ruhig und friedlich“ ablaufen und keinesfalls den Rahmen der bürgerlichen Legalität überschreiten. Eine kämpferische Erwerbslosenbewegung kann sich nur im Kampf gegen den gerade in Deutschland auch unter den breiten Massen der ausgebeuteten Werktätigen tiefsitzenden Legalismus, gegen den Aberglauben an den Staat entwickeln.

Ebenso gilt es, all die opportunistischen Kräfte zu entlarven, welche so tun, als könne die Hoffnung der Erwerbslosen in einem „Kurswechsel“ bzw. Regierungswechsel von der CDU/CSU-geführten Regierung hin zu einer SPD-geführten Regierung liegen. Gerade das Beispiel Frankreich zeigt, dass die sogenannte „Linksregierung“ eben auch eine Regierung des Kapitals ist. Nötig ist dagegen, dass die Erwerbslosen klar erkennen, dass ihre ureigenen Interessen diametral entgegengesetzt sind zu aller bürgerlichen Parteien einschließlich der PDS [heute Partei „Die Linke“ (PDL)]. Bei der Verteidigung des Kapitalismus und damit auch des Elends der Erwerbslosen wetteifert die PDS [PDL] lediglich mit den anderen bürgerlichen Parteien um die angeblich zielführendsten „Reformideen“.

Im Kampf gegen die reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche“, welche die deutsche Bourgeoisie auch mit dem Hebel „Arbeitslosigkeit“ durchzusetzen versucht, gilt es, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zu schaffen. Der Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit muss, ohne Illusionen in den Kapitalismus zu schüren, geführt und mit dem Kampf gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verbunden werden. Es gilt daher, wie Marx feststellte,

„eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren“.

(Karl Marx, „Das Kapital“, Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 669)

Wichtig ist auch, aus den reichen Erfahrungen der KPD sowie anderer kommunistischer Parteien zur Zeit der Kommunistischen Internationale zu lernen, die auch in den eigenen Reihen den Kampf gegen die Unterschätzung der Bedeutung der Erwerbslosenbewegung führen mussten und die offenbar auch heute ungeschmälert wichtige Verpflichtung der Kommunistischen Parteien betonten,

„nicht in Worten, sondern in der Tat um die Einheitsfront der Erwerbslosen und der betriebstätigen Arbeiter, auf Grundlage des gemeinsamen Kampfes für Sozialversicherung, gegen Arbeitsdienstpflicht, Verschlechterung der Sozialversicherung, Massenentlassungen und für Heranziehung der Erwerbslosen in den Streikkampf des Proletariats zu kämpfen.“

(12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1932, zitiert nach: Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen, Band 2, S. 387)

Die gerechten Tageskämpfe der Erwerbslosen werden sich in den nächsten Wochen und Monaten, Monaten und Jahren, Jahren und Jahrzehnten zunehmend gegen das kapitalistische System als tiefste und grundlegendste Ursache der Erwerbslosigkeit richten.

Es gilt für die kommunistischen Kräfte vor allem, die proletarische Revolution als einzigen Ausweg aus der Erwerbslosigkeit immer konkreter zu beweisen und möglichst große Teile der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Kampf um den Kommunismus zu gewinnen.

3. Lohnsklaverei und Hartz IV

Gehen wir einmal nicht von den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse und den aktuellen Phrasen der Politiker der Berliner Parteien aus. Gehen wir von den wirklich einschneidenden Fragen aus, die die Masse der Werktätigen heute in Deutschland betreffen.

Hier steht für diejenigen, die in abhängig-ausbeuterischen Verhältnissen arbeiten, die Drohung mit Hartz IV und für die von Hartz IV bereits Betroffenen die Realität und die zunehmende Repression des Hartz-IV-Systems. Das, was der deutsche Staat im Interesse des Kapitals an den rund 6,8 Millionen Hartz-IV-Betroffenen (darunter 1,7 Millionen Kinder) sozusagen „vorexerziert“, unterstreicht den Ernst der Drohung, um Lohndrückerei und verschärfte Ausbeutung durchzusetzen gegenüber jenen, die noch einen „regulären Job“ haben, noch nicht erwerbslos sind.

Es ist nur logisch und eben gewollt, dass Hartz IV als Instrument der staatlichen Repression unter den Betroffenen und gerade auch unter den Nicht-Betroffenen Angst auslöst, seine Wirkung entfaltet, um die Masse der

Werktätigen in verschiedene Gruppen aufzuspalten, ja sogar gegeneinander aufzuhetzen.

Umso wichtiger ist es, Klarheit über die Bedeutung von Hartz IV und die Notwendigkeit des Kampfes dagegen in aktuelle Debatten derjenigen Kräfte hineinzutragen, die bereit sind, sich gegen Hartz IV, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Politik des „Teile und Herrsche“ zur Wehr zu setzen.

Der kapitalistische Normalzustand der Lohnsklaverei und Hartz IV

Kurt Tucholsky brachte 1930 eine der perfidesten Auswirkungen, die die Erwerbslosigkeit mit sich bringt, auf den Punkt: „Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl die, dass Arbeit als Gnade vergeben wird.“ „Arbeit als Gnade vergeben“ – wie aktuell diese kluge Feststellung Tucholskys ist, zeigt sich, wenn wir uns Ergebnisse aktueller Umfragen bürgerlicher Wissenschaftler anschauen. Es gehört eben offensichtlich zu den deutschen Zuständen, wenn der Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“ rund 60 Prozent der Befragten zustimmen. Der Aussage: „Wenn man Langzeitarbeitslose zu öffentlichen Arbeiten heranzieht, stellt sich bald heraus, wer arbeiten will und wer nicht“, stimmten 88,5 Prozent zu.

Es gehört zum heutigen Stadium des Kapitalismus, dass auf so vielen Gebieten reaktionäre ökonomische und staatliche Repressionsmaßnahmen zur – sowieso nur theoretisch in Reinform vorkommenden – „normalen“ kapitalistischen Ausbeutung hinzukommen, dass subjektiv von Erwerbslosen die Möglichkeit eines „regulären“ Schichtarbeitsjobs, sagen wir in einer Autofabrik, zumindest als kleineres Übel, ja oft sogar als „Glück“ empfunden wird. „Lohnsklaverei ist immer noch besser als Hartz IV“ – so könnte man diese Vorstellung auf den Punkt bringen.

Der notwendige Kampf gegen Hartz IV, an dem keinerlei Abstriche gemacht werden sollen und dürfen, enthält also beim Blick aufs Ganze eine Falle, nämlich die beschönigende Verklärung der lohnklaverischen Ausbeutung angesichts eines noch größeren drohenden Elends einer gesteigerten Repression.

Es kann daher mit gutem Grund als ein Prüfstein für die notwendigen Kämpfe in den Betrieben gegen Schließungen, aber auch gegen Arbeitshetze und Lohndrückerei angesehen werden, ob auch das staatliche System Hartz IV in das Blickfeld genommen wird und ob die Bekämpfung dieses gesamten Systems und die Solidarität mit den Hartz-IV-Betroffenen Teil dieser Kämpfe sind. Andersherum gesagt: **Der Kampf gegen Hartz IV ist keinesfalls nur Angelegenheit der Hartz-IV-Betroffenen selbst**, denn das Hartz-IV-System

bedroht eben die großen Mehrheit der Werktätigen insgesamt. „Gemeinsamer Kampf“ – das ist zunächst einmal ein wichtiges, ein großes Ziel, aber es ist momentan eher Zielvorstellung als konkrete Realität.

Konkrete Realität ist es, dass sich an einzelnen Punkten individuelle, aber auch kollektive Ablehnung und Widerstand gegen Hartz IV entwickelt – übrigens viel häufiger als die Berichterstattung der bürgerlichen Medien es vermuten lässt. Ein Indiz hierfür ist die wachsende Zahl von Klagen gegen Hartz-IV-Maßnahmen.

In diesen konkreten Auseinandersetzungen und Abwehrkämpfen, die an einzelnen Aspekten von Hartz IV ansetzen – wie etwa Umzugszwang oder Sperrung von Geldern –, ist jedoch auch wieder eine Falle enthalten: Der Kampf gegen das gesamte Hartz-IV-System kann aus dem Auge verloren werden. Unstrittig ist, dass der Kampf gegen einzelne Aspekte des Hartz-IV-Systems, vor allen Dingen der Kampf gegen weitergehende Verschärfungen wie etwa das ELENA-Überwachungssystem oder die Generalisierung von Zwangsarbeit, nennen wir sie der Einfachheit halber „Hartz IV+“, unbedingt nötig, ja unerlässlich ist. Auch und gerade deshalb, weil Demagogen der Gewerkschaftsführung von DGB über IG Metall bis ver.di solche Einzelkämpfe in Beschlag nehmen, um das insgesamt unannehmbare Hartz-IV-System „zu entschärfen“, „zu verbessern“ und solche Art von Verbesserungen zum angeblichen Ziel dieser Einzelkämpfe zu deklarieren. Jeder weiß, dass die Hartz-Gesetze von der Gewerkschaftsführung mitkonzipiert und mit durchgesetzt wurden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sich in allerlei Erklärungen der Gewerkschaftsführung von DGB über ver.di bis zur IG Metall die Linie wiederfindet, die Praxis von Hartz IV zeige mehr Schatten als Licht, Korrekturen seien nötig, Entschärfungen angebracht, Regelsetze müssten erhöht werden usw. Tunlichst vermieden wird jedoch eine Kritik am Hartz-IV-System selbst. Manchmal profiliert sich die Gewerkschaftsführung sogar öffentlich als Wegbereiter von „Hartz IV+“. So geschehen in der jüngsten Presseerklärung von ver.di vom 5. März 2010, in der ver.di-Bundesvorstandsmitglied Elke Hannack erklärt: „Wer an die Stelle aktiver Arbeitsmarktpolitik einen Arbeitszwang zum Nulltarif setzen will, kapituliert auf der ganzen Linie“³⁸ – also Arbeitszwang schon, aber nur nicht zum Nulltarif?

Auch die Partei „Die Linke“ (PDL) sondert in Worten, um ihre Popularität zu erhöhen, eine Fülle von Sprechblasen gegen Hartz IV ab. Doch wer noch Illusionen in die PDL hat, schaue sich einmal die Praxis dieser an der Regierung beteiligten und sich links gebenden Partei in Berlin an. Schon 2004 bekam die PDL von der bürgerlichen Presse das Prädikat „Hartz-Musterschüler“ verliehen („Frankfurter Rundschau“ vom 11. 09. 2004), weil sie dort das volle Hartz-Programm durchzog: Lohndrückerei mit „Arbeitsanreizen“, Zwangswohnungs-

³⁸ <http://presse.verdi.de/pressemitteilungen/showNews?id=feae5a-2ab0-11df-5cac-0019b9e321ei>

wechsel und 1-Euro-Jobs nicht nur bei staatlichen Institutionen, sondern auch bei Privatfirmen. Eine Umfrage unter den von Hartz IV Drangsalierten in Berlin würde die Wahrheit ans Licht bringen.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Hartz IV ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Es wäre illusorisch zu glauben, dass die herrschende Klasse in Deutschland nicht schon Pläne in der Schublade hätte, Lohndrückerei und Ausbeutung weiter zu verschärfen. Die immer wieder hochkommenden Debatten über eine Generalisierung der Zwangsarbeit sind ein Indiz davon. Und bereits heute enthält Hartz IV Elemente, die für sich genommen auch wegfallen könnten, ohne das Hartz-IV-System insgesamt in Frage zu stellen.

Auch wenn die Übergänge hier im Einzelnen fließend sind und an dieser Stelle auch gar nicht genauer bestimmt werden müssen, müssen wir auch deutlich sehen, dass es im kapitalistischen Deutschland ein System von Lohnarbeit und Lohnsklaverei gibt und dass für die Aufrechterhaltung dieses Systems ein großes Heer von Erwerbslosen wichtig ist. Und in diesem Kontext ist Hartz IV für die herrschende Klasse ausgezeichnet geeignet, um Lohnsklaverei und Ausbeutung direkt und indirekt zu stabilisieren.

Darüber hinaus gibt es eine Fülle weiterer Verschärfungen, eben „Hartz IV+“, die je nach Intensität des von den Werktätigen entgegengesetzten Widerstands ausprobiert, durchgesetzt und teilweise wieder zurückgenommen werden, wobei dadurch mit demagogischen Mitteln dann von Hartz IV insgesamt und der Lohnsklaverei insgesamt abgelenkt werden kann.

Bespitzelungs- und Überwachungsprogramm

Wer von Hartz IV leben muss, ist tagtäglich den Gängeleien, Schikanen und Drohungen der Behörden ausgesetzt, schon beim geringsten „Verstoß“: Nicht die geforderte Anzahl von Bewerbungen abgeschickt? Mal einen Tag nicht wie verlangt von 8.00 bis 20.00 Uhr erreichbar gewesen für den „Fall-Manager“? Meldetermin beim „Fall-Manager“ versäumt? Wohnung angeblich „zu groß“ und nicht umzugsbereit? Umgehend wird der sowieso schon kaum fürs Leben ausreichende Hartz-IV-Satz gekürzt.

So wurden 2008 nach offiziellen Angaben ca. 790.000 Strafen gegen Hartz-IV-„Empfänger“ verhängt, rund ein Drittel der Betroffenen waren unter 25 Jahren.³⁹ Das Arsenal dieser „Sanktionen“ umfasst Kürzungen von 10 Prozent bis 100 Prozent des sogenannten Regelsatzes. Nach dem dritten „Verstoß“ gegen Auflagen, und seien sie auch noch so absurd, wird für einen gewissen Zeitraum die finanzielle Unterstützung komplett einbehalten.

³⁹ Bundesdrucksache 16/13577, S. 1

Dabei setzen sich die Schreibtischtäter der Job-Center oft genug auch noch über die an sich schon brutalen Hartz-Gesetze hinweg und verhängen zusätzliche Schikanen. Mit den Hartz-Gesetzen wurde ein Instrumentarium von zahllosen Einzelschriften erlassen, die durch rechtliche Fallstricke eben auch das Element der Willkür in sich tragen. Laut offizieller Statistik waren 2008 37 Prozent der Widersprüche gegen Entscheidungen der Job-Center erfolgreich, 2007 waren es sogar 51 Prozent.⁴⁰

Es existiert ein **umfassendes Bespitzelungssystem der Job-Center von „Zeugenbefragung“ über „Hausbesuche“ bis hin zu Observationen**, um angeblichen „Leistungsmissbrauch“ aufzudecken. Eine im Mai 2009 erlassene Handlungsanweisung für „Außendienstmitarbeiter“ der Job-Center ordnet an, wie die Ausspionierung erfolgen soll.⁴¹ Job-Center-Außendienstler verrichten Spitzeldienste und führen „unangemeldete“ Hausbesuche durch, befragen auch mal andere Hausbewohner, holen sich Auskünfte bei Banken und Versicherungen ein und observieren die unter „Leistungsmissbrauchsverdacht“ Stehenden. Sogar private Spitzelfirmen werden von einigen Job-Centern dafür eingesetzt. Flankierend wird im TV nicht nur wie bisher in Talk-Sendungen über „Florida-Rolf“ und „Sozialhilfeschmarotzer“ schwadroniert, sondern in eigenen Doku-Soaps der „Kampf gegen Leistungsmissbrauch“ der spionierenden Job-Center-Außendienstler glorifiziert

Im Rahmen der Hartz-Gesetze wurde bereits 2002, damals von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, eine gigantisches Bespitzelungssystem beschlossen, das nun Januar 2010 begonnen hat: das sogenannte **ELENA-Verfahren**, der „elektronische Entgeltnachweis der Arbeitnehmer“. „Partnerschaft für weniger Bürokratie“ heißt das Projekt, an dem unter anderem auch ver.di und der DGB als Mitwirkende aufgelistet sind. Aufgrund des ELENA-Verfahrens leiten Firmen nun Daten über ihre Beschäftigten, wie etwa Höhe des Einkommens, Kündigungsgrund, Teilnahme an Streiks, Abmahnungen, Fehlzeiten am Arbeitsplatz, an eine zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung weiter. Betroffen von dieser Überwachungsmaßnahme sind rund 40 Millionen Menschen. Auf die ELENA-Datenbank greifen dann Behörden wie Job-Center, Krankenkassen, Justizbehörden usw. zu.

Warum Hartz IV die blödsinnige Theorie vom Neoliberalismus widerlegt

In der Debatte der letzten Monate riefen mit Westerwelle und Konsorten selbst die als Propagandisten des sogenannten „Neoliberalismus“ geltenden Vertreter des deutschen Imperialismus nach mehr Staat, nach mehr Kontrolle und staat-

40 Bundesdrucksache 16/13577, S. 1 und 4

41 Focus Online, 04.06.2009

licher Repression. In keinesfalls unbedeutenden Teilen der Gewerkschaftsbewegung und anderen sozialen Bewegungen gilt das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ als ein Schlüsselbegriff, um angeblich einer neuen Realität Rechnung zu tragen, einer Realität, in der sich angeblich der Staat zurückzieht und das Privatkapital voranmarschiert. Der Knackpunkt dieser faulen Theorie ist zusätzlich meist noch, dass gefordert wird, der Staat müsse gestärkt werden, um das Privatkapital zurückzudrängen. Also eine wirklich zutiefst reaktionäre Konzeption, die den Aberglauben an den Staat verstärkt statt bekämpft und die die tagtäglich nachweisbare Tatsache verschleiert, dass der Staatsapparat in seinen wesentlichen Bestandteilen im Interesse des Kapitals ein Instrument zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems und zur verschärften Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Hartz IV zeigt in der Praxis jedem, der es sehen will, dass der Staat sowohl Stück für Stück erkämpfte soziale Positionen demontiert und diese Demontage zunehmend staatlich absichert, seine Macht weiter ausdehnt.

Hartz IV ist in der Geschichte der Bundesrepublik die bisher mit Abstand größte staatliche Aggression: tagtäglich Staat im Wohnzimmer, unterwegs und zu Hause, tagtäglich Bespitzelung, Strafandrohung und Strafen – kurz: ein gigantisches staatliches Repressionsinstrument. Und da wollen uns die DGB-Fürsten und Attac-Ideologen weismachen, dass der Staat sich immer mehr zurückzieht? In Wirklichkeit verschärft er in tatsächlich gigantischem Ausmaß die auch schon vorher vorhandenen Daumenschrauben. Dies alles geschieht nicht in einem behaupteten „Eigeninteresse“ des Staates, dies alles ist eine Gesamtkonzeption nicht nur der kapitalistischen Ausbeutung in Deutschland, sondern eben auch Teil einer strategischen Planung des deutschen Imperialismus.

Die Funktion von Hartz IV in der Gesamtentwicklung des deutschen Imperialismus

Hartz IV bedeutet nicht nur den Aufbau eines Unterdrückungs- und Bespitzelungsapparats, der dann auch gegen zukünftig sich entwickelnde Kämpfe eingesetzt werden kann. Hartz IV bedeutet nicht nur eine Drohung gegen die große Masse der ausgebeuteten Werktätigen, um sie zu disziplinieren. Hartz IV bedeutet nicht nur die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas der Hetze gegen „Arbeitsscheue“. Hartz IV ist auch nicht nur ein massiver Abbau von Sozialausgaben und verschärfte Ausbeutung zur Steigerung des Maximalprofits.

Nur wer die Augen zumacht und träumt, kann bei der Meinung bleiben, dass die Entwicklung in Deutschland lediglich mit der Verschärfung kapitalistischer Ausbeutung zu tun hat.

Die Realität sieht anders aus: Die Wirklichkeit in Deutschland ist wesentlich mitbestimmt durch ein weltweites System von Ausbeutung und Unterdrückung, ein weltweites System der ökonomischen, politischen und militärischen Expansion imperialistischer Großmächte. Dabei geht es nicht zuletzt um verschärfte ökonomische und politische Konkurrenz dieser imperialistischen Großmächte untereinander, die sich gegenseitig ihre Einflussphären streitig machen. Sie betreiben militärische Aufrüstung „nicht einfach so“ und nicht nur gegen „kleinere“ Länder. Vielmehr führen sie aus ihren eigenen imperialistischen Interessen heraus lokale Kriege, Stellvertreterkriege, die ihnen auch die Möglichkeit bieten, ihre Soldaten und militärischen Systeme dort zu erproben, wo real Krieg ist.

In dieser weltweiten Auseinandersetzung hat jedes Land seine Geschichte, auch Deutschland und der deutsche Imperialismus. **Hartz IV ist insofern ein Teil einer Gesamtkonzeption zur Disziplinierung der Masse der „eigenen“ Bevölkerung, die mit ideologischer Verhetzung und mehr oder minder raffinierter staatlicher Repression auf sehr vielen Gebieten im Griff gehalten werden soll.**

Zur Notwendigkeit und Problematik der Herstellung geschichtlicher Zusammenhänge

So wahr es ist, dass Geschichte sich nicht wiederholt, ist es ebenfalls wahr, dass Kernpunkte geschichtlicher Entwicklung in ungebrochener Tradition weiterexistieren, die herrschende Klasse ganz bewusst auf die gewaltige Erfahrung der Manipulation und Steuerung der werktätigen Massen zurückgreifen kann und wird.

Gerade die Geschichte staatlich angeordneter Zwangsarbeit und der ideologische Umgang mit dieser Frage kann daher in der Diskussion über Hartz IV nicht fehlen. Machen wir es kurz: Deutschland 2010 ist nicht gleich Nazi-Deutschland 1936. Das ist eine triviale Feststellung. Bedeutet das aber, dass nicht genau hingeschaut werden darf, welche Elemente staatlicher Praxis und ideologischer Indoktrination aus der Zeit des Nazifaschismus für heutige Verhältnisse wieder genutzt und modifiziert werden?

Um die Gefahren und Wirksamkeit solcher staatlicher Steuerung zu verstehen, ist es durchaus von Bedeutung, Wissen über die Geschichte, über den „Arbeitsdienst“ und die Zwangsarbeit in Deutschland insgesamt zu besitzen.

1931 erließ die Brüning-Regierung eine „Notverordnung“, die unter anderem neben Lohnkürzungen, Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung auch die Förderung eines „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ (FAD) vorsah. Dieser „Arbeitsdienst“ sollte, so der Plan, zu einem „Pflichtdienst“ erhoben werden, was jedoch von den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern unter Führung der KPD zunächst verhindert werden konnte.

Die Nazifaschisten etablierten 1935 den Nazi-„Reichsarbeitsdienst“, der alle deutschen Jugendlichen ab 18 Jahren zu einem sechs Monate dauernden Arbeitseinsatz und zum „Lagerleben“ mit militärischer Disziplin verpflichtete.

Mit dem Überfall und der Annexion europäischer Länder (beginnend mit Teilen der Tschechoslowakei und mit Österreich 1938) und mit dem Zweiten Weltkrieg kam eine weitere, eine mörderische Komponente der Zwangsarbeit hinzu: Der deutsche Imperialismus bediente sich des Mittels der Zwangsarbeit, der Sklavenarbeit in einem ungeahnten Ausmaß bis zum Programm Vernichtung durch Arbeit. Die Millionen aus ganz Europa verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – das war eine andere, mörderische Realität im Vergleich zur Zwangsinstitution „Reichsarbeitsdienst“.

So wie in der Weimarer Republik hohe Erwerbslosigkeit die Gefahr der Destabilisierung des kapitalistischen Systems in sich trug, so wie später das nazifaschistische Regime Teile der „arischen Volksgenossen“ im „Reichsarbeitsdienst“ organisierte, nicht nur um sie auszubeuten, sondern gerade auch, um sie „ideologisch zu formen“, Nazi-Ideologie in ihre Köpfe zu hämmern, so gibt es die Idee der Zwangsarbeit in ungebrochener Tradition auch in den Köpfen deutscher Ideologen heute.

Ja, der verlorene Krieg der Nazis, das war schlecht, aber immerhin der Reichsarbeitsdienst und die Autobahnen, die Wertschätzung der Mutter und ähnlich Absurdes und Skurriles existiert weiterhin in den Köpfen jener Instanzen, die sich professionell mit staatlicher Indoktrination und Steuerung der Masse der Werktätigen beschäftigen.

Die deutsche Ideologie von der „Volksgemeinschaft“, die Ideologie des „Dienstes an der Volksgemeinschaft“ als angeblich soziales Engagement – das alles sind Bestandteile einer systematischen ideologischen Kampagne, die sich aus vielen Anteilen der Nazi-Ideologie bedient und bewusst offen für rassistische Auslegungen aller Art ist.

Wenn wir also mit aller Kraft gegen die soziale und politische Realität des Gesamtsystems Hartz IV ankämpfen, weder den großen Zusammenhang der Lohnsklaverei noch den Kampf gegen Einzelaspekte von Hartz IV und weiteren Verschärfungen vergessen, dann ist es durchaus auch notwendig, auf die Geschichte Deutschlands, auf die Geschichte der „Arbeit als Dienst an der Volksgemeinschaft“, auf die deutsche Ideologie und die Nazi-Ideologie zu verweisen.

* * *

Hartz IV bedeutet für die Erwerbslosen noch ein minimales Minimum zum Überleben. Jedoch wird auch dieses Minimum wie alle anderen noch vorhandenen staatlichen Sozialleistungen ohne Kämpfe der Ausgebeuteten immer weiter abgebaut werden – das zeigt nicht zuletzt auch die Einführung von Hartz IV selbst.

Um die weitere Abwärtsbewegung insgesamt wenigstens zu verlangsamen, sind eigenständige, starke Massenkämpfe der Erwerbslosen im Bündnis vor allem mit den Arbeiterinnen und Arbeitern gegen das Hartz-IV-System und jede Verschlechterung der Lebenslage der Werk tätigen nötig statt Appelle an diesen Staat, der Hartz IV durchgesetzt hat.

Hartz IV und „Hartz IV+“

Blicken wir kurz zurück: Im Februar 2002 wurde von der damaligen SPD-Grünen-Regierung die sogenannte Hartz-Kommission eingesetzt. In der 15-köpfigen Kommission unter dem Vorsitz von Namensgeber Peter Hartz von Volkswagen (später wegen Veruntreuung verurteilt) saßen u. a. Vertreter der Deutschen Bank, BASF, DaimlerChrysler oder auch Hanns-Eberhard Schleyer für den „Zentralverband des Deutschen Handwerks“ sowie Peter Gasser als Vertreter der IG Metall und Isolde Kunkel-Weber für ver.di.

Diese Kommission tüftelte die sogenannten Hartz-Gesetze aus: Mit Hartz I und II wurde die Leiharbeit fast unbeschränkt und ohne zeitliche Einschränkung möglich, während Hartz III vor allem den Umbau des Arbeitsamts in eine Bundesagentur betraf. Mit Inkrafttreten von Hartz IV am 01. 01. 2005 wurde das Prinzip der Arbeitslosenversicherung faktisch abgeschafft, die „Arbeitslosenhilfe“ (nun ALG II), die bis dahin auf Grundlage des letzten Lohnes berechnet worden war, wurde auf Sozialhilfeniveau gesenkt.

Laut offiziellen Quellen von 2008 erhalten von allen gemeldeten Erwerbslosen nur 30 Prozent, also rund 920.000 Personen, überhaupt noch Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.⁴²

Die Einführung von Hartz IV bedeutete Sozialabbau im Massenumfang. Von einem Tag auf den anderen mussten Millionen „erwerbsfähige Hilfsbedürftige“ mit dem Sozialhilfesatz – 345 Euro für einen Alleinstehenden in Westdeutschland, 211 Euro für Kinder unter 14 Jahren – auskommen. Laut offizieller Quellen waren im Februar 2010 rund 6,8 Millionen Werk tätige Hartz-IV-„Empfänger“. Davon gelten rund 5 Millionen als „erwerbsfähig“, rund 1,7 Millionen sind Kinder.⁴³

Darüber hinaus wurde mit Hartz IV der Arbeitszwang im Massenumfang vor allem über sogenannte 1-Euro-Jobs institutionalisiert. Beim „alten“ Sozialhilfegesetz – das hier natürlich nicht beschönigt werden soll, „nur“ weil Hartz IV

42 Wolfgang Gern, Franz Seghers (Hg.), „Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt“, Hamburg 2008, S. 18

43 Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Februar 2010

noch schlimmer ist – blieb der Arbeitszwang weitgehend davon abhängig, ob überhaupt entsprechende Jobs zur Verfügung standen. Diese Grenze wurde mit Hartz IV systematisch ausgehebelt. Anstelle eines Anspruchs auf staatliche finanzielle Unterstützung, der auch früher bereits „Mitwirkungspflichten“ voraussetzte, bedeutet Hartz IV Arbeitszwang und erst auf dieser Grundlage Anspruch auf staatliche finanzielle Unterstützung. Wer „auf Staatskosten“ lebe, soll sich nicht mehr „drücken“ können vor „zumutbarer“ Arbeit, heißt es. Und was „zumutbar“ ist – sei es untertarifliche Bezahlung, lange Arbeitszeiten oder unzumutbar kilometerlange Anfahrten – bestimmt das Job-Center. Allein von Januar bis Oktober 2009 wurden rund 12.000 Hartz-IV-„Empfänger“ bestraft, weil sie sich weigerten, eine sogenannte „zumutbare Arbeit“ anzunehmen.⁴⁴

Besonders von Hartz IV betroffen sind **Frauen**. Sie gerieten mit der Einführung von Hartz IV in die vollständige finanzielle Abhängigkeit ihrer Ehepartner, weil sie durch die Abschaffung der „Arbeitslosenhilfe“ nun keine staatlichen Gelder mehr bekamen. Auch ist der Anteil der Frauen bei Mini-Jobs und Leiharbeit besonders hoch. Als Alleinerziehende trifft Hartz IV Frauen besonders hart. Rund 40 Prozent von ihnen, das entspricht 600.000, sind mit ihren Kindern auf Hartz IV angewiesen.⁴⁵

Jugendliche bis 25 Jahren werden von den Behörden besonders unter Druck gesetzt und verfolgt. Um Druck, auch von den eigenen Angehörigen, aufzubauen, wird ihnen häufig bereits beim ersten „Verstoß“ gegen Hartz-Auflagen der komplette Regelsatz gestrichen. 2008 mussten knapp 100.000 Jugendliche zwischen 15 und 25 einen Teil des Jahres ohne jegliche finanzielle Unterstützung auskommen. SPD-Wowereit fasste dies im März folgendermaßen zynisch zusammen: „Den alleinstehenden, arbeitsfähigen jungen Mann, der nicht arbeiten will, muss man notfalls auch durch Kürzungen etwas beflügeln“.⁴⁶

Bewusst muss auch sein, dass Hartz IV für „Nichtdeutsche“, **für Menschen ohne deutschen Pass**, insbesondere wenn sie aus einem Nicht-EU-Land kommen, nicht nur ein Leben mit einem minimalen Minimum zum Überleben bedeutet, sondern auch die Drohung, jederzeit abgeschoben werden zu können. Und vollkommen ausgeschlossen aus der „Volksgemeinschaft“ sind Asylsuchende. Hartz IV gilt eben nicht einmal für alle „erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen“ in Deutschland. Für Asylsuchende und für zynischerweise als „Geduldete“ bezeichnete Migrantinnen und Migranten, die keinen sicheren Status in

44 www.n-tv.de, Sanktionen gegen Hartz IV Empfänger, 22. 02. 2010

45 Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Februar 2010

46 www.focus.de/politik/deutschland/hartz-iv-vorstoss_dgb_unterstuetzt-kraft_aid-487494.html

Deutschland haben, wurde ausdrücklich eine Sonderregelung geschaffen. Wer unter das „Asylbewerberleistungsgesetz“ fällt, einem seit 1993 bestehenden Sondergesetz, dessen „Hilfesätze“ seitdem nicht erhöht worden sind und für Erwachsene bei maximal 225 Euro pro Monat liegen,⁴⁷ ist von ALG II grundsätzlich ausgeschlossen.

4. Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!

Am 1. Mai, dem Kampftag der proletarischen Klasse, stellt sich seit über 150 Jahren verstärkt die Frage, ob es denn eine Alternative zum Profitsystem des Kapitalismus, zur Ausbeutung und zum Privateigentum an Fabriken und Produktionsmitteln überhaupt gibt. Das Ziel des Kommunismus wird von vielen heute als „Utopie“ verlacht. Die Möglichkeit des Siegs über das Kapital, durch die diktatorische Unterdrückung der Bourgeoisie und aller Reaktionäre durch die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wird als „Hirngespinnst“ abgetan.

Für die kommunistischen Kräfte heute ist klar, dass wirklich an diesen Zielen festzuhalten bedeutet, nicht allein die Verbrechen des kapitalistischen Systems anzuprangern und zu entlarven, nicht nur die Perspektive des Sozialismus und Kommunismus möglichst realistisch darzulegen, sondern auch einen harten, langfristigen, systematischen Kampf zu führen, um eine feste Mehrheit in den Betrieben für den Kampf um die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zu gewinnen. Der Kampf um die Gewinnung der Mehrheit in der proletarischen Klasse aber bedeutet, den Kampf für die Schaffung kommunistischer Betriebszellen systematisch und planvoll aufzunehmen und weiterzuführen.

Über die Großbetriebe im System des kapitalistisch-imperialistischen Deutschlands

Um es nicht dem Zufall zu überlassen, wo die kommunistischen Kräfte vor allem versuchen, Betriebszellen aufzubauen, müssen Grunddaten über die zahlenmäßige Verteilung des Proletariats in den Betrieben des deutschen Imperialismus bewusst sein.

Von den ca. 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die das städtische Industrieproletariat ausmachen, arbeiten in industriellen Betrieben mit mehr als

47 Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, www.rfsh.de/presse/pe_110_02_2010.htm

1.000 Beschäftigten ca. 2 Millionen, davon in Großbetrieben mit über 10.000 Beschäftigten etwa 1 Million. Die anderen 3 Millionen verteilen sich auf kleinere Betriebe.⁴⁸

Gemessen an der Größe der Betriebe, an der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Bedeutung für die industrielle Gesamtproduktion, sind es nicht mehr als 25 Betriebe, die das Herzstück der gesamten industriellen Produktion des deutschen Imperialismus in Deutschland ausmachen. Dort ist also die übergroße Mehrheit der 1 Million Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Großbetrieben arbeiten, konzentriert.

Neben den produzierenden großen Industriebetrieben gibt es auch andere Großbetriebe, die eine besondere Bedeutung haben, wie etwa der Frankfurter Flughafen. Die Wichtigkeit von Betrieben kann nicht nur an der Anzahl der dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter festgemacht werden. Betriebe mit eher wenigen Arbeiterinnen und Arbeitern, die aber für die Produktivität eines Wirtschaftszweiges oder der gesamten Wirtschaft eine große Rolle spielen (zum Beispiel bestimmte Zulieferer, Energieversorgung, Transportwesen), können gerade in Klassenkampfsituationen auch strategische Bedeutung gewinnen.

Kriterien für die Einschätzung der Lage im jeweiligen Betrieb

Die Unterscheidung zwischen diesen wichtigsten Großbetrieben und den anderen Betrieben des deutschen Imperialismus ist ein erstes wichtiges Kriterium für kommunistische Betriebsarbeit, es ist jedoch nicht ausreichend.

Erstens muss weiterhin bewusst sein, dass in bestimmten Großbetrieben die Ausbeutungszentralen des deutschen Imperialismus ihren Sitz haben. Das bedeutet, dass große Teile der Beschäftigten dieser Betriebe keineswegs Arbeiterinnen und Arbeiter sind, sondern oft bestechliche und schon bestochene Elemente, die die weltweite Ausbeutung des deutschen Imperialismus organisieren und koordinieren.

Zweitens sind die Kampftraditionen der jeweiligen Betriebe zu analysieren, aber auch die jeweiligen Niederlagen, vor allem aufgrund des Wirkens der Arbeiteraristokratie, der Opportunisten und der Gewerkschaftsführung außerhalb und inner-

⁴⁸ Diese Angaben des Statistischen Bundesamtes beziehen sich auf Ende der 1990er Jahre. Aktuelle Zahlen über Großbetriebe mit über 10.000 Beschäftigten werden im veröffentlichten Zahlenwerk des Statistischen Bundesamtes nicht mehr ausgewiesen. Zudem verschleiert die zunehmende Auslagerung von Teilen der Produktion in räumlich nahegelegene, aber rechtlich eigenständige Zulieferbetriebe die wirkliche Größe von Produktionsstandorten.

halb der Betriebe, um genau die Besonderheiten des Kampfes innerhalb dieser Betriebe zu kennen.

Dabei ist es wichtig, über Betriebsräte, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die in den jeweiligen Betrieben arbeiten, an realistische Zahlen und Daten heranzukommen, um die von bürgerlichen Statistikern verschleierte und verfälschte Realität wirklich erkennen zu können.

Aufgrund dieser Analyse gilt es, möglichst realistisch die Lage in den jeweiligen Betrieben einzuschätzen, um dann auf dieser Basis bewusst zu entscheiden, in welche Großbetriebe vorrangig kommunistische Kader geschickt werden.

Grundprobleme der kommunistischen Betriebsarbeit, die eben nicht in erster Linie Gewerkschaftsarbeit ist

- Die besonderen Aufgaben der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern müssen erkannt werden. Insbesondere gilt, es **den Kampf gegen jegliche Formen des deutschen Nationalismus zu führen sowie gegen die besonders brutale Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Herkunftsländern.** Dies ist eine Voraussetzung, um überhaupt eine internationalistische Kampffront der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder in den Betrieben schaffen zu können.
- Kommunistische Betriebsarbeit muss in organisatorischer Hinsicht von Anfang an im Kampf gegen alle Formen des Legalismus **auf illegaler Grundlage durchgeführt werden**, um gegen die Schläge der Bourgeoisie – Entlassungen, Gerichtsverfahren, gewaltsame Angriffe, Verhaftungen etc. – maximal gewappnet zu sein.

Bei der illegalen Arbeit im Betrieb geht es darum, sich legale Stützpunkte, zum Beispiel in den Gewerkschaften, zu schaffen, das heißt, es geht darum, die **illegale mit der legalen Arbeit zu verbinden.** Auf der Basis der illegalen Struktur gilt es zu lernen, in allen legalen Organisationen wie den Gewerkschaften ohne aufzufliegen arbeiten zu können, um an die Arbeiterinnen und Arbeiter überhaupt heranzukommen, sie mobilisieren und organisieren zu können.

In einem Brief an einen Parteigenossen beschrieb Lenin 1902 den **Aufbau und die Aufgaben einer Betriebszelle.**

Lenin stellte klar, dass eine solche Zelle aus mehreren Kadern besteht wobei eine Regel ist, dass Kader verdeckt arbeiten müssen, um den illegalen Aufbau der Betriebszelle zu garantieren. Es muss aber gewährleistet sein, dass mindestens ein Kader legalen Kontakt zu den Arbeiterinnen und Arbeitern hält, diesen Kader „muss **man davor bewahren, dass er überführt wird**“. Er muss an vorderster Kampffront stehen **„obgleich er an der Revolution nicht teilnimmt (man**

sieht nichts davon)“. Weiter macht Lenin klar, dass ein Kader die Verbindung zur Zentrale der Kommunistischen Partei halten muss. Beide Kader müssen jeweils einen Stellvertreter haben, um bei Entlassung oder gar Verhaftung die Kontinuität der kommunistischen Betriebsarbeit garantieren zu können. Lenin macht also deutlich, dass die Verbindung von illegaler und legaler Arbeit unbedingt eine sorgfältig organisierte Arbeitsteilung in der Betriebszelle als Grundlage haben muss.

Ein Kernpunkt dieser Arbeitsteilung ist auch die Organisation verschiedenster Zirkel, die unterschiedliche Aufgaben haben. Die einen Zirkel organisieren den Kampf gegen Spitzel, die anderen führen kommunistische Schulungen durch etc.

Als Regel für den Grad der Konspiration dieser Zirkel sagt Lenin:

„Die Konspiration wird im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der Mitglieder eines Zirkels und im direkten Verhältnis dazu sein, wie weit die Ziele des Zirkels vom unmittelbaren Kampf entfernt sind.“

(Alle Zitate nach: Lenin, „An P. G. Smidowitsch“, 1902, Werke Band 34, S. 95)

Das bedeutet: Je mehr Mitglieder ein Zirkel hat und je weiter er von der unmittelbaren revolutionären Tätigkeit entfernt ist, je geringer ist die Konspiration; je enger die Arbeit mit den revolutionären Aufgaben verbunden ist, desto kleiner die Gruppe, umso größer die Konspiration.

Diese grundlegenden Hinweise Lenins richtig auf die Besonderheiten Deutschlands, ja jedes einzelnen Betriebes in dem wir kämpfen, anzuwenden, ist ein zentrales Problem kommunistischer Betriebsarbeit.

– **Die Entlarvung und der Kampf gegen alle falschen Freunde, ihre Ideologien sowie ihre betrügerischen Methoden** ist zentraler Bestandteil kommunistischer Betriebsarbeit. Der Kampf gegen die Opportunisten, vor allem der PDS [heute Partei „Die Linke“ (PDL)], aber auch der DKP und andere Pseudomarxisten, gegen sämtliche Arbeiteraristokraten, vor allem die DGB-Fürsten und DGB-Bürokraten, ist besonders wichtig. Ein Ziel ist es die Führung der gerechten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter den falschen Freunden zu entreißen, um diese Kämpfe schließlich führend leiten zu können. All dies sind Voraussetzungen, um tatsächlich weiterführende Erfolge bei der Erziehung des Proletariats zu kommunistischem Bewusstsein zu erzielen.

– **Der Kampf gegen Betriebsspitzel und Provokateure aller Art**, insbesondere auch **gegen Streikbrecher**, ist eine eigenständige Aufgabe, die systematisch organisiert werden muss. Dabei ist es klar, dass die bestochene Arbeiteraristokratie potentieller Helfer der Bourgeoisie ist, weil ja diese ganze Schicht materiell und ideologisch ganz und gar an die Bourgeoisie gekettet ist. Spitzel,

Provokateure und Streikbrecher werden aber auch immer wieder aus den Reihen der „einfachen“ Arbeiter gewonnen, durch Drohungen, Bestechungen etc. – das darf nicht unterschätzt werden.

In der ersten Phase des Parteaufbaus, in der wir uns nach wie vor befinden, geht es bei der kommunistischen Betriebsarbeit vor allem darum, die fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

Die grundlegende Form der praktischen Arbeit der Kommunistischen Partei ist auch im Betrieb in der ersten Phase des Parteaufbaus die Propaganda. Jedoch ist klar, dass ohne Agitation, ohne Aktionen, zum Beispiel zur Entlarvung von Arbeiterverrättern, ohne dass sich die kommunistischen Kader in den Betrieben nach Kräften an allen gerechten Kämpfen beteiligen, führend in diesen Kämpfen vorangehen und nach Möglichkeit neue, stärkere, immer militantere Kämpfe entfachen, an kommunistische Betriebsarbeit nicht zu denken ist.

* * *

Der Grund, warum in erster Linie kommunistische Arbeit langfristig in den Großfabriken des deutschen Imperialismus nötig ist: Es ist eben in erster Linie das industrielle Proletariat, das gemeinsam mit dem Landproletariat die Verbündeten aus anderen Schichten in Stadt und Land im Kampf führen wird, um so die gemeinsame Kraft zu entwickeln, die nötig ist, das Kapital, seinen Staat, vor allem seine Armee zu besiegen.

Anders gesagt: Wer wirklich den Sieg der sozialistischen Revolution will, muss die Argumente prüfen, warum das Proletariat der Totengräber des kapitalistischen Systems sein kann und sein wird.

Dabei geht es nicht nur darum zu verstehen, dass andere Schichten, Angestellte, Intellektuelle, die werktätige und ausgebeutete Bauernschaft nicht die Durchschlagskraft und die Konsequenz für die sozialistische Revolution entwickeln können, aufgrund ihrer gesamten Lage schwankend und unentschlossen sind, sondern es geht in erster Linie darum, zu verstehen, welche objektiven unwiderlegbaren Interessen das Proletariat schließlich zur sozialistischen Revolution, zur Aufhebung des Privateigentums an Fabriken und Produktionsmitteln überhaupt, zur Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, des Verkaufs der eigenen Arbeitskraft als Ware bewegen, ja zwingen wird.

Aber der theoretischen Argumentation über die welthistorische Rolle der proletarischen Klasse bei der Zerschlagung des Kapitalismus steht die Realität des realen Bewusstseinsstand der großen Mehrheit der proletarischen Klasse im jeweils „eigenen“ Land, für uns in Deutschland, gegenüber.

Die proletarische Klasse in Deutschland hat schon wahrlich bessere Zeiten in Bezug auf ihren Bewusstseinsstand gesehen. Seit Karl Marx und Friedrich Engels 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei“ schrieben, ist sie einem gewaltigen System der ideologischen Beeinflussung, Manipulation, der Bestechung und der Repression ausgesetzt.

Gerade die wenigen bewussten, nur an die Tausend zählenden kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Großfabriken wissen sehr genau, dass opportunistische Schmeicheleien über ein angeblich heute vorherrschendes „Klassenbewusstsein“ bei der Mehrheit der proletarischen Klasse dummliche Lüge oder Selbstbetrug ist. Die Wahrheit ist, dass Opportunismus und deutscher Nationalismus in breiten Teilen unter den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern nicht nur die Folge ideologischer Beeinflussung durch die Massenmedien des deutschen Imperialismus ist. Dieser Opportunismus und deutsche Nationalismus wird auch sehr materiell und handfest durch reale Drohungen mit Entlassung, bei Arbeitskämpfen mit Polizeiterrord, aber auch durch Bestechungen, kleine und größere Vergünstigungen verankert, wie sie sich eine imperialistische Großmacht wie Deutschland durch die Ausplünderung auch der Werktätigen anderer Länder leisten kann.

Der aktuelle Zustand des Bewusstseins und der Kampfkraft der proletarischen Klasse in Deutschland ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis von Erfolgen, vor allem aber auch einer Kette von Niederlagen der kommunistischen Aufklärung und Organisierung.

Der Kampf in der proletarischen Klasse in Deutschland innerhalb des letzten Jahrhunderts umfasst den imperialistischen Taumel und den sozialdemokratischen Verrat zur Zeit des Ersten Weltkrieges, die Erfolge der Organisierung von über 300.000 Mitgliedern der KPD vor allem in den Betrieben während des Bestehens der Weimarer Republik mit einem großen, in die Millionen gehenden Umfeld, vor allem aber dann auch die welthistorische Niederlage der deutschen proletarischen Bewegung durch den Nazifaschismus.

Die verschiedensten Kämpfe, Erfolge und Niederlagen, haben tiefe Spuren, auch der Resignation, innerhalb der proletarischen Klasse in Deutschland hinterlassen:

- die ersten positiven Versuche nach 1945, erneut durch kommunistische Betriebsarbeit in Westdeutschland eine starke Kommunistische Partei aufzubauen;
- die ersten Erfolge bei der Aufklärung und Organisierung von kommunistisch orientierten Teilen der proletarischen Klasse in der DDR; dann aber vor allem das Zerrbild eines polizeistaatlichen Pseudosozialismus und der Verrat an den Ideen des Kommunismus, der sozialistischen Demokratie und der Idee der Diktatur des Proletariats spätestens ab 1956;

- das Verbot der KPD in der BRD und der völlige revisionistische, kapitulanten-hafte Niedergang der KPD bzw. der SED in beiden Teilen Deutschlands.

Die Herrschaft des Kapitals ist heute weitgehend vor allem dadurch gefestigt, dass nicht zuletzt mit Hilfe des Gewerkschaftsapparats die Betriebe von kommunistischen Kräften in den letzten 50 Jahren systematisch gesäubert wurden. Diese Säuberungen konnten relativ leicht durchgeführt werden, weil die kommunistischen Kräfte darauf nicht genügend vorbereitet waren. Dies hat seine Ursache auch darin, dass das revisionistische Gift sich schon seit den 50er Jahren in der proletarischen Bewegung immer weiter ausbreiten konnte.

Zumindest offene kommunistische Arbeit in den Betrieben führte und führt nach wie vor zur sofortigen Entlassung (und zum Gewerkschaftsausschluss). Doch was besagt das? Dass der Kampf zur Gewinnung der Mehrheit der proletarischen Klasse schwer ist? Sehr schwer? Dass keine kurzfristigen Erfolge zu erzielen sind?

Ja, genau das ist richtig. Das besagt, dass mit klarem Kopf, mit Überzeugung und realistischer Einschätzung der Kampf um die Mehrheit der proletarischen Klasse in den Betrieben geführt, dass systematisch und konspirativ kommunistische Betriebszellen aufgebaut, dass langfristig und nicht kurzfristig gedacht und gearbeitet, organisiert und gekämpft werden muss!

Die Kenntnis der realen Lage und des realen Bewusstseinsstands der proletarischen Klasse ist für diesen Kampf unerlässlich. Die Auswertung der kommunistischen Betriebsarbeit im Kampf gegen Reformismus, Legalismus und Resignation sind Grundvoraussetzungen.

Die kommunistisch organisierten Kräfte müssen systematisch Kader in die Großbetriebe von besonderer Relevanz schicken, entlassene Kader durch neue ersetzen, mit großer Vorsicht in den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen arbeiten. Gleichzeitig müssen sie auch im demokratischen Kampf gegen Nazis und Faschisierung des deutschen Staats lernen, Kontakte herzustellen, vor allem kommunistische Propaganda zu betreiben und in konkreten Kämpfen Freund und Feind besser zu unterscheiden, eine leitende Rolle einzunehmen und vor allem nicht zu resignieren.

Für diese Arbeit sind kommunistische Grundlagen und Prinzipien, ist der Aufbau der Kommunistischen Partei das Allerwichtigste.

Anhang:

Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse
und anderer ausgebeuteter Werktätiger in
Deutschland – Schlaglichter zur Realität
und Aspekte zur Klassenanalyse

Grundsätzliche Aspekte zur Klassenanalyse

Kriterien für die Beurteilung der Zugehörigkeit zu einer Klasse sind die Stellung in der gesellschaftlichen Produktion, das Verhältnis zu den Produktionsmitteln, die Rolle bei der Leitung, Planung und Organisation der Produktion, die Art der Erlangung und die Höhe des Einkommens.

Über jede Gruppe und jede Schicht der proletarischen Klasse – von den untersten Schichten bis zur Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie – und der anderen arbeitenden Menschen müssen Fakten und Zahlen festgestellt werden, um ein realistisches Gesamtbild für die Probleme des Kampfs zu erstellen und richtig agieren zu können. Von großem Gewicht für eine Analyse der Klassen ist auch die Untersuchung der herrschenden Klassen und ihres Apparats, um die im Bürgerkrieg und nach dem Sieg der Revolution nötigen Maßnahmen in ihrer Dimension überhaupt erfassen zu können.

Kernproblem einer wissenschaftlichen Klassenanalyse der ausgebeuteten Werktätigen ist, dass die inneren Zusammenhänge und die Entwicklung der Klassenwidersprüche nicht offenliegen, sondern verhüllt sind. Nur mit Hilfe der Wissenschaft, genauer gesagt: mit Hilfe des wissenschaftlichen Kommunismus und seiner tiefgehenden Beherrschung ist es möglich, von den diversen Erscheinungen zum wirklichen Kern vorzudringen, sich nicht vom Schein trügen zu lassen. Zudem verschleiert die bürgerliche Statistik in zunehmendem Maße die realen Verhältnisse und es wird immer schwieriger, wirklich valide Zahlen daraus zu entnehmen. Die eigene Recherche, Analyse und Forschung zu einer umfassenden Klassenanalyse muss daher als gesonderte Aufgabe angepackt werden. Dazu gehört auch die Analyse der diversen verschleiernenden bürgerlichen Begriffe. Gegen dieses ganze System des bürgerlichen Betrugs, vor allem auch mit Hilfe der bürgerlichen Statistik, kann man ohne den wissenschaftlichen Kommunismus als „Mikroskop“ und „Teleskop“ nicht ankommen.

Das entscheidende Hindernis einer kommunistischen Klassenanalyse liegt in der Tatsache, dass sämtliche Analysen und Faktensammlungen über die ökonomische und politische Lage der proletarischen Klasse von Spezialisten der Bourgeoisie oder von den modernen Revisionisten, zum Beispiel der ehemaligen Sowjetunion oder der ehemaligen DDR durchgeführt wurden und werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ausarbeitung einer kommunistischen Klassenanalyse besteht also in der kommunistischen Kritik dieser Machwerke.

Aus all diesen Gründen sind die im Folgenden dargestellten Zahlen lediglich erste grobe Schätzungen nach Sichtung diverser bürgerlicher Statistiken, die vor allem bemüht sind, die Daten über die Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Anzahl, ihre Verteilung etc. möglichst weitgehend zu verschleiern. Früher wurde in der offiziellen Statistik zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden.

Seit 2004 werden Arbeiter und Angestellte in der bürgerlichen Statistik unter dem Begriff „Arbeitsnehmer“ zusammengefasst. Damit fallen zum Beispiel Facharbeiter in der Produktion und Fachspezialisten in der IT-Abteilung unter die gemeinsame Kategorie „Fachkräfte“. Daher können heute der offiziellen bürgerlichen Statistik strukturelle Zahlenangaben zur proletarischen Klasse – wie zum Beispiel Höhe der Löhne, Ausbildungsgrad (Facharbeiter, angelernt, ungelernt), Stellung in der Produktion (Vorarbeiter, Meister, Polier), hauptsächliche Herkunftsländer – kaum mehr entnommen werden.

Um die Mehrheit des Proletariats für die Revolution gewinnen zu können, gilt es, zu den untersten Schichten der proletarischen Klasse zu gehen, eine immer konkretere Klassenanalyse anzupacken im Bewusstsein, dass sich im Verlauf der Vorbereitung und der Durchführung der Revolution im Detail entscheidet, wer auf der Seite der Revolution und wer auf der Seite der Konterrevolution steht.

Industrie, Landwirtschaft und „Dienstleistungssektor“

Von der ungefähr 82 Millionen Menschen zählenden Gesamtbevölkerung in Deutschland sind 2012 nach bürgerlich-statistischen Kriterien rund 42 Millionen „Erwerbstätige“. Etwa 33,5 Millionen (ohne 2 Millionen Beamte) der Erwerbstätigen sind lohnabhängig bzw. gehaltsabhängig Beschäftigte (fast die Hälfte Frauen). Von allen **abhängig Beschäftigten** werden in der bürgerlichen Statistik 10,5 Millionen als „Arbeiter und Arbeiterinnen“ angegeben (7,5 Millionen Männer, 3 Millionen. Frauen).⁴⁹

– Der **Kern der proletarischen Klasse in Deutschland in den Industriebetrieben** besteht aus sogenannten gelernten Arbeiterinnen und Arbeitern, die sog. Facharbeiterschaft, und einer sehr großen Zahl angelernter sog. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die auch die große Masse der körperlich anstrengenden Arbeit leisten und in der „Hierarchie“ unter der Facharbeiterschaft stehen.

In der Industrieproduktion sind im Jahr 2012 nach staatlichen Angaben ca. 7 Millionen und in der Bauindustrie ca. 2,6 Millionen Menschen beschäftigt.⁵⁰ Die Bereiche der Industrieproduktion mit der größten Anzahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind 2014 die Metallindustrie mit über 1 Million Beschäftigten, der Maschinenbau mit gut 1 Million Beschäftigten,

⁴⁹ Diese Angaben entstammen einer Hochrechnung des Statistischen Bundesamts auf Basis des jährlichen Mikrozensus und beruhen auf keiner wirklichen Zählung (www-genesis.destatis.de). Bis 2011 wurden die ca. 1,5 Millionen Auszubildenden nach ihrer Stellung im Beruf eingeordnet; seit 2012 werden sie als eigene Kategorie gesondert ausgewiesen, wodurch die in der Statistik genannten Zahlen zu Arbeiterinnen und Arbeitern sinken.

⁵⁰ Mikrozensus 2012, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

die Automobilindustrie mit rund 900.000 Beschäftigten und die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 600.000 Beschäftigten.⁵¹

- In der **Landwirtschaft** sind nach staatlichen Zahlen 2010 ca. 190.000 fest eingestellte Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt und ca. 330.000 Saisonarbeiter, vor allem aus osteuropäischen Ländern, die besonders brutal ausgebeutet werden.
- In der bürgerlichen Statistik gehört alles, was nicht der Industrie (inkl. Bauindustrie) sowie Land- und Forstwirtschaft zugeordnet ist, zum sogenannten „**Dienstleistungssektor**“. Dort sind Millionen von Menschen beschäftigt, die noch weniger Lohn erhalten als die Facharbeiterschaft und Teile der fest beschäftigten ungelernten Arbeiterinnen und Arbeiter.
Das betrifft zum Beispiel die Arbeit im **sozialen Bereich und im Gesundheitswesen**, wie Pflege und Betreuung von Kindern, Jugendlichen, Kranken und alten Menschen sowie Erziehung und Unterricht, die von über 5,5 Millionen Menschen geleistet wird. Oder auch den Bereich der **Gebäude- und Straßenreinigung**, in dem rund eine halbe Millionen Menschen arbeiten, davon 30 Prozent ohne deutschen Pass.⁵²
- Im Bereich **Transport und Logistik**, der die Personenbeförderung sowie die Güterlagerung und Güterbeförderung auf der Straße, auf der Schiene, per Schiff oder per Flugzeug umfasst, sind 2014 insgesamt über 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig.⁵³ Allein bei der Deutschen Bahn sind insgesamt 194.000 Menschen beschäftigt, davon über 20.000 Lokführerinnen und Lokführer, die für die Aufrechterhaltung des Transportsystems des deutschen Imperialismus eine wichtige Rolle spielen, sowie 5.000 Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter, die extrem niedrige Löhne erhalten.
- Im **Groß- und Einzelhandel** arbeiten 2014 insgesamt über 4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, davon alleine über 600.000 im Kfz-Bereich (inkl. Werkstätten). In **Banken** und in der **IT-Branche** sind es jeweils rund 600.000.⁵⁴
- Zuletzt sei der Bereich der öffentlichen Verwaltung genannt – also der administrative Teil des Staatsapparats, ohne Justiz, Polizei und Armee –, in dem rund 1,5 Millionen Beschäftigte tätig sind.⁵⁵

51 Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen, September 2014. Die genannten Zahlen beinhalten nicht die Leiharbeiter/innen, da der Verleih von Arbeitskräften in dieser Statistik als eigener Wirtschaftszweig behandelt wird.

52 Ebenda

53 Ebenda

54 Ebenda

55 Ebenda

Millionenheer von „Niedriglohnbeschäftigten“

Es gibt Millionen von sogenannten „prekär Beschäftigten“ in Industrie, Handel und anderen Bereichen, die in unterschiedlichem Ausmaß zu extremen Billiglöhnen am unteren Ende der Lohnskala der Beschäftigten stehen und teils noch zusätzlich mit Zahlungen durch den Staat unterstützt werden, damit sie überhaupt das offizielle Existenzminimum erhalten. Auch ihr Kampf und ihre Organisation für den Kampf sind von enormer Bedeutung, was aber dadurch erschwert wird, dass der Arbeitsplatz sehr oft gewechselt werden muss. Die extrem unsichere Lage macht zwar einerseits ihren Kampf umso nötiger. Andererseits erleichtert das aber auch die Repression.

Mehr als ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten gehört 2012 zu den sogenannten „Geringverdienenden“ (weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns in dieser Gruppe, also weniger als 1.926 Euro brutto im Monat). Das sind über 4 Millionen Menschen – bei den Frauen gehört fast jede Dritte zu den Geringverdienenden.⁵⁶

Enorm angestiegen ist die Zahl der sogenannten **„Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter“**, die über Subverleiher an Firmen zu miserablen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen als die sogenannte „Stammebelegschaft“ ausgeliehen werden. Sie verdienen für die gleiche Arbeit bis zu 40 Prozent weniger als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Jeder Achte ist zusätzlich auf Hartz IV angewiesen, um über die Runden zu kommen.

Waren es Ende der 80er Jahre noch rund 100.000 Leiharbeiter, so stieg ihre Zahl von 1990 bis 2003 auf bis zu 370.000 an. Mit den Hartz-Gesetzen hat sich die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mehr als verdoppelt und erreichte im Juli 2008 mit rund 825.000 ihren ersten Höhepunkt.⁵⁷ Sie waren die Ersten, die im Rahmen der „Finanzkrise“ ab Oktober 2008 gefeuert wurden. Im Jahr 2013 gab es nach Zahlen des Arbeitsamts ca. 850.000 als Leiharbeiter Beschäftigte in Deutschland. Davon sind mindestens ein Drittel Arbeiter und Arbeiterinnen in der Industrie, allein 60.000 in der Fahrzeugindustrie.⁵⁸

Die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden als Drohung gegen die sogenannte „Stammebelegschaft“ eingesetzt, die unter dem Druck steht, ersetzt zu werden, sobald sie Forderungen stellt oder sich mit dem Abbau sozialer Leistungen oder der Löhne nicht einverstanden erklärt. Diese Manöver bleiben nicht ohne

56 Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik. Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte, Nürnberg, Stichtag 31. 12. 2012

57 Bundesagentur für Arbeit, Zeitreihe zur Arbeitnehmerüberlassung 1973–2009

58 Bundesagentur für Arbeit, „Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitarbeit – Aktuelle Entwicklungen“, Februar 2014; FAZ.net, 02.05.2013

Wirkung und begünstigen ein Klima der Entsolidarisierung. Die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wiederum können jederzeit aus ihren Betrieben abberufen werden und laufen dabei sofort Gefahr, ihren Job zu verlieren, wenn kein anderer Einsatzort vorhanden ist. Durch die oft kurzen Einsatzzeiten sind sie bei Entlassungen sofort auf Hartz IV angewiesen und haben nicht selten keine Chance, Arbeitslosengeld zu beziehen, wenn sie in den letzten zwei Jahren weniger als 12 Monate beschäftigt waren.

In den letzten Jahren kam verstärkt die Beschäftigung auf der Basis von sogenannten Werkverträgen hinzu. Zum Beispiel wurden in der Schlachtindustrie ca. 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aus Osteuropa nach gewerkschaftlichen Angaben 2012 mit Hilfe von Werkverträgen besonders brutal ausgebeutet.⁵⁹

Für den gezielten Ausbau des Niedriglohnsektors spielt auch der Bereich der sogenannten **„Geringfügig Beschäftigten“** bzw. der Mini-Jobs mit einem abgabefreien Lohn bis zu 450 Euro pro Monat (bis 2012: 400 Euro) eine Rolle. Die Zahl der Mini-Jobs stieg von 5,5 Millionen 2003 auf 7,5 Millionen im Jahr 2013. Der Zuwachs von 2,5 Millionen resultiert hauptsächlich daraus, dass immer mehr Menschen finanziell darauf angewiesen sind, neben ihrem Hauptberuf zusätzlich noch einen Mini-Job auszuüben. Dazu kommen noch mindestens 1 Million Menschen, die einen der 2003 neu eingeführten sogenannten Midi-Jobs haben, mit einem teilweise abgabefreien Lohn zwischen 450 und 850 Euro (bis 2012: 400 bis 800 Euro).⁶⁰

Zuletzt sind hier noch die sogenannte **„1-Euro-Jobs“** zu nennen, also Jobs vor allem bei Kommunen, staatlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen usw., die Hartz-IV-Betroffene für einen Stundenlohn von einem Euro verrichten müssen. Dabei setzt der deutsche Staat einerseits auf brutalen Zwang, finanziellen und sozialen Druck, hat aber ergänzend dazu ein Klima geschaffen, in der die Werkstätigen verinnerlicht haben, dass sich ihr Selbst-„Wert“ über Lohnarbeit definiert, so dass nicht wenige nach monatelanger Isolation sogar froh sind, wieder „unter Menschen zu kommen“, auch für 1 Euro die Stunde. In den ersten Jahren nach Einführung der 1-Euro-Jobs, im Jahr 2005, mussten jährlich Hunderttausende von Hartz-IV-Betroffenen im Durchschnitt ein halbes Jahr für 1 Euro Stundenlohn arbeiten; mittlerweile wird dieses staatliche Instrument etwas weniger eingesetzt.⁶¹

59 NGG, „Wenig Rechte – Wenig Lohn – Wie Unternehmen Werkverträge (aus)nutzen“, S. 18

60 Forschungsteam internationaler Arbeitsmarkt: Atypische Beschäftigung. Eine wissenschaftliche Bilanzierung, Berlin 2010; Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

61 Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Presseinformation vom 18.03.2010; Spiegel Online, 23. 01. 2013

Menschen ohne deutschen Pass

Alle bis jetzt aufgezählten Schichten sind trotz Elend und Repression auf die eine oder andere Weise in das staatliche Sozialsystem eingebunden und eher vor Obdachlosigkeit geschützt.

Ein großer Teil der insgesamt über 7 Millionen **Menschen ohne deutschen Pass**, die 2013 in Deutschland lebten und arbeiteten⁶² – ob sie nun schon jahrzehntelang oder erst seit einem Monat hier arbeiten –, sind im Gegensatz zu Menschen mit deutschem Pass von Abschiebung oder Ausweisung bedroht, zum Beispiel wenn sie von deutschen Behörden als „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ betrachtet werden, das heißt, wenn sie sich im Kampf gegen den deutschen Imperialismus engagieren.

Die im eigentlichen Sinne **unterste Schicht der proletarischen Klasse in Deutschland** ist ein sehr großer Teil der bis zu 1,5 Millionen **Menschen „ohne Papiere“**, die nach Schätzungen von Gruppen, die sich speziell für diese Menschen einsetzen, in Deutschland leben und arbeiten. Sie leben hier in elenden Wohnverhältnissen, arbeiten unter rechtlosen Bedingungen weit über 40 Stunden in der Woche zu extrem niedrigen Löhnen und sind aus dem Sozialsystem vollkommen ausgeschlossen. Hinzu kommt, dass diese Schicht vor allem die körperlich extrem anstrengenden und körperlich verschleißenden Tätigkeiten wie Bauarbeit, Saisonarbeit in der Landwirtschaft, in der Lebensmittel verarbeitenden Industrie usw. ausübt. Allein in der Bauindustrie wurden 2011 nach gewerkschaftlichen Zahlen ca. 500.000 Menschen ohne Papiere ausgebeutet.⁶³ Im Pflegebereich werden 2011 von den 300.000 Beschäftigten, vor allem aus Osteuropa, die überwiegende Mehrheit ohne Arbeitspapiere ausgebeutet.⁶⁴ Und hier nun beginnt die Überschneidung mit der sozialen Lage in jenen Ländern, aus denen die Menschen ohne Papiere ursprünglich stammen. Denn zum großen Teil lebt und arbeitet diese Schicht teilweise in Deutschland, aber oftmals auch teilweise und zeitweise in ihren Herkunftsländern.

Einen besonderen Status haben auch die über hunderttausend gemeldeten **Flüchtlinge**, die extrem schikaniert werden und von Ausweisung in ihre Herkunftsländer bedroht sind, wo oftmals Ermordung und Folter auf sie warten. Sie werden häufig kaserniert und nur in winzigen Teilen zur Arbeit zugelassen.

62 Focus Online, 22.10.2013

63 Arbeitnehmerkammer Bremen, Interview mit der IG-BAU vom 16.05.2011, www.arbeitnehmerkammer.de

64 RuhrNachrichten.de, 16.2.2011

Erwerbslosigkeit und ihre Folgen

In Deutschland waren 2014 laut offizieller Statistik rund 2 Millionen Menschen als erwerbslos gemeldet.⁶⁵ Andere bürgerliche Quellen sprechen von 3 Millionen registrierten Erwerbslosen plus einer „stillen Reserve“ von 1,3 Millionen.⁶⁶ In Wirklichkeit sind es jedoch viel mehr, denn mit diesen Statistiken werden ganz gezielt und bewusst Fakten verfälscht. Nicht mitgezählt werden nämlich:

- vorübergehend in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit Beschäftigte,
- Erwerbslose in Vollzeit-Weiterbildungskursen und Umschulungen,
- Erwerbslose in „Ich-AGs“ bzw. „staatlich geförderter Selbstständigkeit für Arbeitslose“ (viele von ihnen scheitern und stehen dann erneut ohne Job und oftmals mit hohen Schulden da),
- Arbeiter- und Arbeiterinnen, die kurzarbeiten müssen,
- Jugendliche, die nach der Schulausbildung eine unbezahlte „Weiterbildung“, ein Praktikum oder Ähnliches absolvieren,
- Frauen, die längere Zeit keine Arbeit mehr angenommen haben,
- Werk tätige aus anderen Ländern, die angesichts der zunehmenden Erwerbslosigkeit gezwungen werden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren,
- Erwerbslose, die älter als 58 Jahre sind oder aus anderen Gründen als nicht mehr vermittelbar gelten.

Sie alle bleiben einfach unberücksichtigt, um die Verhältnisse zu beschönigen und das ganze Ausmaß der immer weiter voranschreitenden Verelendung zu vertuschen.

Bei einer genaueren Zergliederung der sozialen Gruppen, die in unterschiedlicher Form in das staatliche System eingebunden sind bis hin zum Anrecht auf zunächst in der Regel „Arbeitslosengeld I“ (ALG I) und dann auf Hartz IV, wird auch deutlich, warum es so schwierig ist, gerade in diesem Sektor wirkliche Kämpfe zu organisieren und durchzuführen.

Ein Blick auf die Gruppe der **beschäftigungslosen sogenannten Hartz-IV-Empfänger** zeigt, dass das staatlich bestimmte Existenzminimum hoch genug ist, damit diese Gruppe keinen Aufstand macht, und so niedrig, dass das tägliche Leben, insbesondere im Vergleich mit den legal Beschäftigten, wesentliche Elemente von Armut und Elend beinhaltet. Dazu kommt, dass die Repression gegen die extrem vereinzelt Hartz-IV-Empfänger einen ständigen Druck erzeugt und zu den größten staatlichen Repressionsinstrumenten überhaupt gehört, mit teilweise offensichtlich großen Auswirkungen auch auf die Mentalität der Hartz-IV-Empfänger. Einerseits erhalten sie wenigstens für eine gewisse Zeit Geld, ohne

⁶⁵ Statistisches Bundesamt, www.destatis.de

⁶⁶ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Kurzbericht 4/2014

arbeiten zu müssen, bis sie zwangsweise zur Arbeit verpflichtet werden. Andererseits ist es nur logisch, dass große Teile von ihnen auch zusätzlich ohne Anmeldung, also offiziell „illegal“, zu oft extrem niedrigem Lohn Arbeiten durchführen, um insbesondere, wenn sie Familie haben, irgendwie durchzukommen.

Die große Zahl derjenigen, die zur sogenannten **industriellen Reservearmee** gehören, wie Karl Marx das genannt hat, sind Arbeiterinnen und Arbeiter, die schon in fester Anstellung waren, dann aber etwa durch die Schließungen von Betrieben oder durch Massenentlassungen ihre Beschäftigung verloren haben, aber teilweise wieder in den Prozess der Ausbeutung in den Fabriken eingegliedert werden, wenn das Kapital sie benötigt. Die Erwerbslosigkeit insgesamt ist ein wichtiger Hebel der Kapitalisten, die Ausbeutung zu verschärfen, Löhne zu drücken. Das zeigt angesichts der millionenfachen Reservearmee und der Drohung mit Hartz IV besonders große Wirkung.

Eine Besonderheit ist es sicherlich auch, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Beschäftigten, die früher relativ gesehen in gehobenen Positionen gut verdient haben, auf einen für sie dramatischen Weg nach unten getrieben wurden. Sie haben ihren Beruf, ihr Prestige und ihr Einkommen weitgehend verloren, hoffen aber oft immer noch, aus dieser Situation in absehbarer Zeit herauszukommen. Das ist oft genug eine Illusion, die sie erst nach mehreren Jahren realisieren.

Zunehmend spielt auch eine Rolle, dass junge Erwachsene, die noch nie oder nur sehr kurz regelmäßig gearbeitet haben, von vornherein in das Hartz-IV-System gepresst werden. Dort werden sie zermürbt und in ihrem Kampf- und Lebenswillen stark beeinträchtigt, in Krankheit und Verzweiflung getrieben.

Politisch von Bedeutung ist, dass gerade hier die Konterrevolution ihr Unwesen treibt, um Teile der Hartz-IV-Empfänger in den Repressionsapparat (Bundeswehr, Sicherheitsdienste usw.) einzubeziehen.

Der Druck in den Betrieben auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, hat also enorm zugenommen und verschärft sich täglich weiter. Das gilt besonders für die zunehmende Zahl von befristet Beschäftigten, denn immer mehr neu abgeschlossene Arbeitsverträge gelten von vornherein nur noch befristet. Waren 1996 etwa 1,3 Millionen Menschen befristet beschäftigt, sind es 2012 mit 2,7 Millionen mehr als doppelt so viele.⁶⁷

67 Zeit Online, 20.06.2013

Zunehmende Armut

Gerade bei den aus dem Produktionsprozess hinausgeworfenen Teilen der Werk­tätigen zeigen sich Merkmale absoluter Verelendung besonders deutlich.

7,2 Millionen Menschen waren 2013 auf staatliche Gelder angewiesen, um wenigstens das offizielle Existenzminimum zu erreichen. 6 Millionen davon waren Hartz-IV-Empfänger und etwas über eine Million waren Rentner und Kranke, die nicht mehr arbeiten können. Hinzu kommen 2014 ca. eine Million Erwerbslose, die ALG I beziehen.⁶⁸ Die ca. 165.000 gemeldeten Flüchtlinge erhalten sehr oft noch nicht einmal das offizielle Existenzminimum.

In den letzten 15 Jahren ist die offizielle „Armutsquote“ (Anteil der Bevölkerung, der mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss) in Deutschland deutlich angestiegen: von 10,3 Prozent der Bevölkerung im Jahr 1999 auf 16 Prozent im Jahr 2014. Das sind also heute ca. 13 Millionen Menschen. Besonders davon betroffen sind Kinder, insbesondere von Alleinerziehenden, junge Erwachsene und Migranten aus Nicht-EU-Ländern.⁶⁹ Die Verschärfungen der sozialen Lage bekommen heute also schon Millionen von Werk­tätigen zu spüren!

⁶⁸ Focus Online, 14. 11. 2013

⁶⁹ Wochenbericht des DIW Berlin Nr.7/2010; ZEIT online, 28.10.2014. Es handelt sich hierbei um eine relative Einkommensarmutsquote. Die definierte Schwelle ändert sich also mit dem Durchschnittseinkommen; aktuell liegt sie für einen Single bei 980 Euro netto im Monat, bei einer vierköpfigen Familie bei 2.050 Euro. Vermögenswerte werden in diese statistische Betrachtung nicht einbezogen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Teil I: Grundsätzliches vorab	11
1. Warum entwickeln sich Klassenkämpfe in einem Land wie Deutschland so schwer?	13
Bedeutung der deutschen Geschichte und die Niederlage der kommunistischen Kräfte	13
Erfahrene imperialistische Unterdrücker und ihre Helfer	14
Das Programm zur Spaltung der arbeitenden Bevölkerung	14
Zur Rolle der sogenannten Arbeiteraristokratie	14
Ökonomische Faktoren für das „Teile und Herrsche“	15
Befriedung durch ökonomische Besserstellung und die Propaganda der deutschen Imperialisten	15
Methoden der ökonomischen Besserstellung und ihre Quellen	16
Kampf gegen die Bagatellisierung der Tatsache der ökonomischen Besserstellung	17
Zur Lage in Deutschland und die langfristige revolutionäre Perspektive zum Sturz des Imperialismus	18
Die Frage des „revolutionären Subjekts“	18
Zur Lage in Deutschland	18
Kampf gegen Spaltung international und in Deutschland	20
Der Imperialismus als „Vorabend der sozialistischen Revolution“	20
2. Gegen deutsch-nationalistische Überheblichkeit:	
Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)	22
Der Kapitalismus beruht auf der Konkurrenz der Arbeiterinnen und Arbeiter	22

Die besondere Unterdrückung und Ausbeutung polnischer Werkstätiger in Deutschland bekämpfen!	25
Polnische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter heute: rechtlos, schikaniert von den Behörden, verfolgt von der Polizei, Zielscheibe rassistischer Hetze und des Nazi-Terrors	26
Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus und die arbeiteraristokratisch-nationalistische Politik der „Zuzugsbeschränkungen“!	28
Die kämpferischsten und fortschrittlichsten Kolleginnen und Kollegen für eine revolutionäre Perspektive gewinnen!	31
3. Warum die Arbeiterinnen und Arbeiter die einzige konsequent revolutionäre Kraft sind	35
4. Nicht nur zur Begriffsklärung – eine notwendige Problematisierung „Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland“?	38
„Inländische Arbeiterinnen und Arbeiter“?	
„Arbeiterinnen und Arbeiter mit deutschem Pass“?	
„Deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter“?	38
Teil II: Wichtige Kämpfe 1999 – 2013	41
1. Der Kampf bei Alcatel in Berlin 1999	43
Fünf Wochen Betriebsbesetzung bei Alcatel/Berlin!	43
Der Verlauf des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Alcatel	43
Solidaritätsaktionen und -bekundungen mit der kämpfenden Alcatel-Belegschaft	46
Heuchlerische „Unterstützung“ durch bürgerliche Politiker	46
Die Beendigung der Besetzung	47
Zur Bedeutung des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcatel	48

2. Streik der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter 2002	50
Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung	50
Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!	51
Wie die nationalistische Politik der IG-Bau-Führung die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern schürt!	52
Für den proletarischen Internationalismus! Gegen die reaktionäre Politik der IG BAU gegen Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern!	54
3. Streikabbruch ohne Urabstimmung durch die IG-Metall-Führung 2003	55
Mit Polizei, Zwickel und Medien wie „Bild“ forciert der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Bewegung der proletarischen Klasse:	55
Der Beginn des Streiks für die gerechte Forderung nach der 35-Stunden-Woche	56
Der Streik geht trotz aller Einschüchterungsmaßnahmen weiter!	58
Solidaritätsaktionen durch Kolleginnen und Kollegen aus Westdeutschland	58
Der Streik zeigt Fernwirkung in anderen Automobilbetrieben und die Hetze gegen die Streikenden nimmt weiter zu	59
Die IG-Metall-Führung bricht den Streik ohne Urabstimmung ab!	60
Zur Haltung der IG-Metall-Führung: „Wer sich auf den Gewerkschaftsapparat verlässt, ist verlassen!“	60
Das Arsenal der Politiker des deutschen Imperialismus: Hetze und Verleumdungen bis zur Forderung nach Abschaffung des Streikrechts	62
Die bürgerlichen Medien überziehen die Streikenden vom ersten Streiktag an mit Hass- und Verleumdungstiraden	63

4. Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler 2004	64
20 Jahre nach dem Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verschärft das monopolistische Großkapital die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten proletarischen Klasse	64
Kampfaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler	65
Solidaritätserklärungen	67
Wie die IG-Metall-Führung im Interesse des Kapitals einen oberfaulen Kompromiss gegen die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter durchgesetzt hat	70
Die kämpferischen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen den Kampf in die eigenen Hände nehmen!	76
Den Legalismus bekämpfen!	76
Tageskämpfe auch ohne und gegen den DGB-Apparat führen!	77
Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“	77
Für das Bündnis der Arbeiterinnen und Arbeiter mit allen fortschrittlichen Kräften im Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und Reaktion	78
5. Streik und Streikabbruch bei Opel 2004	79
Zweierlei Lehren	79
Gewerkschaftsfürsten, Politiker und die Arbeiteraristokraten gegen den Streik	80
Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen	81
Streikabbruch	82
Deutsch-nationalistische Drecksargumente zum Schutz des Kapitalismus	82
Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Opel ist nicht zu Ende!	83

6. Streik bei Infineon München 2005	85
Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher	85
Solidarische Unterstützung	86
Kampf gegen Streikbrecher! Den Legalismus bekämpfen!	87
7. Streikkämpfe bei AEG und Gate Gourmet 2005/2006	90
Wir bleiben hier! Dafür kämpfen wir! Die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen gegen die Schließung von AEG in Nürnberg	90
Die ersten Streiks und Aktionen beginnen im Oktober 2005	90
Verhandlungsangebote der IG Metall-Führung – Anbiederung an die Kapitalisten	91
Die Empörung der Kolleginnen und Kollegen von AEG gegen die Kapitalisten, aber auch gegen die Verzögerungs- und Anbiederungstaktik der IG Metall wächst!	92
Wir streiken für den Erhalt aller Arbeitsplätze! Nicht für hohe Abfindungen!	93
Breite Solidarität	94
Verhandlungen haben begonnen	95
Unterstützt die Kolleginnen und Kollegen von Gate Gourmet Düsseldorf, die seit dem 07. 10. 2005 streiken!	95
8. Kampf der Werktätigen bei der Deutschen Bahn 2007	98
Verschärfte Ausbeutung der Bahn-Werkstätigen	98
Der Streik ab Juli 2007	100
Die Führung der Transnet und der GDBA sorgen für einen schnellen und lächerlich geringen Tarifabschluss nach ersten Warnstreiks im Juli 2007	100
Die Streiks unter Führung der GDL vom August bis November 2007	100
Solidarität	103

Die Drecksargumente gegen den berechtigten Kampf der Bahn-Beschäftigten bekämpfen!	105
1. Drecksargument: „Dieser Streik ist Terror!“	105
2. Drecksargument: „Bei diesem Streik geht es um privilegierte Sonderinteressen!“	106
3. Drecksargument: „Der Streik bedeutet Aufkündigung der Solidarität und schwächt die Gewerkschaften!“	107
Die Solidarität mit den GDL-Streikenden und die Haltung zur reaktionären GDL-Führung	107
Anmerkungen:	109
1. Deutsche Bahn – ein weltweit expandierender Großkonzern des deutschen Imperialismus	109
2. Zur Bedeutung des Transport- und Kommunikationssystems für den deutschen Imperialismus	110
9. Der Kampf bei Nokia in Bochum 2008	112
Gegen Abwiegelei und nationalistische Kampagnen Den Kampf verschärfen, Betrieb besetzen!	112
Keinen Fußbreit dem Nationalismus	114
10. Opel: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! 2013	118
Der Opel-„Sanierungs-Tarifvertrag“ – ein Dokument der Verschärfung der Ausbeutung	118
Einenkel und Co. – Mit zeitweise „kritischen“ Tönen jeden wirklichen Kampf verhindern	120
Zulegen, nicht nachgeben!	121

Teil III: Grundfragen des Kampfes	123
1. Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich!	
Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung!	
Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen!	125
Hartz IV als zentrales Instrument	125
Brutale Einschnitte bei Neueinstellungen	126
Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung	126
Wer gegen das Kapital kämpft, hat den Staat gegen sich und bekommt es mit den Gewerkschaftsfürsten zu tun	127
Was uns entscheidende Etappen in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland lehren	129
2. Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!	131
Ursachen der Erwerbslosigkeit	132
Die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der proletarischen Klasse	134
Erwerbslosigkeit – ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten	135
Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit führen, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter schaffen!	137
3. Lohnsklaverei und Hartz IV	138
Der kapitalistische Normalzustand der Lohnsklaverei und Hartz IV	139
Bespitzelungs- und Überwachungsprogramm	141
Warum Hartz IV die blödsinnige Theorie vom Neoliberalismus widerlegt	142
Die Funktion von Hartz IV in der Gesamtentwicklung des deutschen Imperialismus	143
	173

Zur Notwendigkeit und Problematik der Herstellung geschichtlicher Zusammenhänge	144
Hartz IV und „Hartz IV+“	146
4. Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!	148
Über die Großbetriebe im System des kapitalistisch-imperialistischen Deutschlands	148
Kriterien für die Einschätzung der Lage im jeweiligen Betrieb	149
Grundprobleme der kommunistischen Betriebsarbeit, die eben nicht in erster Linie Gewerkschaftsarbeit ist	150
Anhang:	
Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer ausgebeuteter Werk­tätiger in Deutschland – Schlaglichter zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse	155
Grundsätzliche Aspekte zur Klassenanalyse	157
Industrie, Landwirtschaft und „Dienstleistungssektor“	158
Millionenheer von „Niedriglohnbeschäftigten“	160
Menschen ohne deutschen Pass	162
Erwerbslosigkeit und ihre Folgen	163
Zunehmende Armut	165

Bisher erschienene Ausgaben

Nr. 1 (Januar 1996)

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:

Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen!

Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

156 Seiten • 5,- €

Nr. 2 (Juli 1996)

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

- I. Die Rolle des Proletariats als führenden Klasse der sozialistischen Revolution
- II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten • 10,- €

Nr. 3 (Januar 1997)

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil I und II)

- I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei
- II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:

Dem Genossen Telija zum Gedenken

266 Seiten • 10,- €

Nr. 4 (Juli 1997)

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

- III. Theorie – Kader – Organisation • Die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten • 10,-€

Nr. 5 (Januar 1998)

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951

Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreik 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:

Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten • 7,50 €

Nr. 6 (Juli 1998)

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Dem Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten • 7,50 €

Nr. 7 (Januar 1999, Sondernummer)

Stellungnahmen von Gegen die Strömung zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von Gegen die Strömung zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von Gegen die Strömung zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten • 10,- €

Nr. 8–10 (Juli 2000)

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945 Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten • 25,- €

Nr. 11–14 (Juli 2002)

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten • 23,- €

Nr. 15 (Juli 2003)

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

- I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus
- II. Lenin über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft
- III. Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft • Texte von Marx Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten • 5,- €

Nr. 16–17 (Januar 2004)

J. W. Stalin • Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

- A. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei (1894–1923)
- B. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)
- C. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten • 12,50 €

Nr. 18 (Oktober 2004)

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfaltung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang

Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten • 6,- €

Nr. 19 (Januar 2005)

Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

200 Seiten • 7,50 €

Nr. 20 (Juli 2005)

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

- I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution
- II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus
- III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus
- IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution

280 Seiten • 12,50 €

Nr. 21 (Januar 2006)

Die Revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tse-tungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

110 Seiten • 5,- €

Nr. 22 (Juli 2006)

Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni 1941–Mai 1945)

- A. Der Überfall am 22. Juni 1941
- B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“ (Juni 1941–Nov. 1942)
- C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee (1942/43)
- D. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)
- E. Die Zerschlagung der nazifaschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin
- F. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten • 8,- €

Nr. 23–25 (2007/2008)

Mao Tse-tung • Seine Verdienste – seine Fehler

- I. Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage
- II. Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution
- III. Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf
- IV. Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965 • Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten • 25,- €

Nr. 26–27 (2009/2010)

Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs

- I. Dokument: Geschichtsfälscher. Eine historische Richtigstellung (Moskau 1948)
- II. Zur Konferenz über die Schrift „Geschichtsfälscher“
 - A. Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs
 - B. Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariat (Kurzer Überblick 1918–1952)
 - C. Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen!
 - D. Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR

248 Seiten • 14,- €

Nr. 28 (2015)

Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft

Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)

- I. Stellungnahme zu Karl Marx' Kritik an Bruno Bauers judenfeindlichen Schriften von 1844
- II. Referate zur Vertiefung
 - A. Wie Marx und Engels rückblickend die Schwächen ihrer ersten Schriften einschätzten
 - B. Vorgeschichte und Geschichte der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“
 - C. Kommunistische Haltung zu Religion und Religionskritik

Anhang

Zur Publikations- und Rezeptionsgeschichte der Schrift „Zur Judenfrage“ von Karl Marx – ein Literaturbericht

201 Seiten • 12,- €

Nr. 29 (2016)

Von Alcatel bis Opel Bochum:

Wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland 1999–2013

- I. Grundsätzliches vorab
- II. Wichtige Kämpfe 1999–2013
- III. Grundfragen des Kampfes

Anhang

Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer ausgebeuteter Werktätiger in Deutschland – Schlaglichter zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse

174 Seiten • 12,- €

12 €